Princeton University Library
32101 057679985

-X271
B38
v. 3

Library of

Princeton University.

Digitized by Google

Nach einem Gemälde von Georg Tronnier

[illegible]us meinem [illegible]

Von Augu[illegible]

+ Dritte[illegible] +

Herausgeg[illegible]

Stuttgart 1[illegible]

Verlag von J. H. W. Dietz [illegible]

Digitized by Google

Aus meinem Leben

Von August Bebel

✦ Dritter Teil ✦

Herausgegeben von Karl Kautsky

Stuttgart 1914
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.

Alle Rechte, insbesondere das der Ueberſetzung, vorbehalten.
Copyright 1914 by J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Stuttgart.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort des Herausgebers	V
Die Beratung des Sozialistengesetzes	1
Die nächsten Wirkungen des Gesetzes	17
Die ersten öffentlichen Lebenszeichen der Partei	34
Die Gründung der illegalen Parteipresse	42
Das Richtersche Jahrbuch	58
Der „Sozialdemokrat“	65
Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und der rote Postmeister	90
Die Reichstagssession von 1879	100
Eine verlorene Erbschaft	105
Kämpfe mit der deutschen Polizei	108
Einiges über Versammlungen unter dem Sozialistengesetz	124
Minierarbeit	128
Die Reichstagssession von 1880	139
Vor, während und nach dem Wydener Kongreß	143
Der kleine Belagerungszustand über Hamburg-Altona und Umgegend	160
Der Kanossagang nach London	165
Die erste Session des Reichstags im Jahre 1881	172
Der kleine Belagerungszustand über Leipzig und Umgegend	178
Meine Wahl in den sächsischen Landtag	186
Die allgemeinen Reichstagswahlen im Herbst 1881	189
Ein Nachspiel zur Dresdener Reichstagswahl	199
Totgesagt	206
Im sächsischen Landtag 1881 bis 1882	209
Der erste Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht vom 10. bis 21. Oktober 1881	217
Unstimmigkeiten	222
Die Züricher August-Konferenz	239
Ruhetage	241
Nachwort des Herausgebers	245
Namen-Verzeichnis	258

(RECAP)

527937

Vorwort des Herausgebers.

Am 21. Juli des vorigen Jahres schrieb mir Bebel einen Brief aus Zürich, in dem er zunächst sein lebhaftes Interesse für eine Polemik bekundete, die ich damals führte, und dann fortfuhr:

„Ich habe eine letztwillige Verfügung getroffen und hoffe, Du bist damit einverstanden, daß, wenn ich zur großen Armee abberufen werden sollte, bevor der dritte Band „Aus meinem Leben" fertig geworden ist, Du die Herausgabe übernimmst, soweit das Manuskript druckfertig vorliegt. Ich habe noch wenig zu tun, so ist der Band bis mit 1882 abgeschlossen. Nachher geht's rascher.

Voraussetzung ist, daß an dem Manuskript keine anderen als nur stilistische Aenderungen vorgenommen werden. Tatsächliche nur dann, wenn sich herausstellt, daß eine von mir angegebene Tatsache eine irrtümliche ist, die ich berichtigen müßte. Insbesondere sollen auch keine Namen noch lebender Personen, die ich nenne, unterdrückt oder abgekürzt wiedergegeben werden, soweit ich dieses nicht selbst im Manuskript getan habe.... Da ich mit Wissen niemand unrecht getan habe und die historische Wahrheit erfordert, daß nicht gefärbt wird, so liegt kein Grund vor, an dem Niedergeschriebenen zu ändern.

Eine Weiterarbeit an dem Bande, falls er bei meinem Tode noch nicht fertiggestellt ist, durch Dich oder einen anderen halte ich für ausgeschlossen....

Ich bitte Dich, diesen Brief besonders sorgfältig aufheben zu wollen, zwecks Deiner Legitimation."

Nach diesen Anordnungen ging Bebel in dem Briefe auf Sommerpläne und Familiensachen über, nannte sein Befinden zufriedenstellend, äußerte sich über einige Personalia aus der Reichstagsfraktion und schloß mit der Bemerkung:

„Ich arbeite jetzt am dritten Bande so, daß ich jeden Abschnitt druckfertig mache und dem übrigen Manuskript hinzufüge."

Der ganze Charakter des Briefes deutete darauf hin, daß er doch noch hoffte, seine Erinnerungen selbst fertigzustellen, woran ihm ungemein viel gelegen war, und daß meine Bestimmung zum Herausgeber nur eine Vorsichtsmaßregel darstellte. Auch der

nächste Brief an mich vom 29. Juli war voll von Interesse für die Gegenwart und ihre Polemiken, namentlich wegen der Haltung der Fraktion gegenüber den Steuervorlagen. Er äußerte sich da ähnlich wie in dem Brief, den Molkenbuhr auf dem Jenaer Parteitag verlas. Wohl beklagte er seine „Arbeitsunfähigkeit", doch bezeichnete er als solche den „scheußlichen Zustand, eingreifen zu wollen und doch vor dem Kampf zurückschrecken zu müssen". Es war seine Kampfunfähigkeit, die ihn bedrückte und die er der Arbeitsunfähigkeit gleichsetzte. Kämpfen und Arbeiten war ihm gleichbedeutend. Gleich darauf schrieb er aber in demselben Brief von seiner Arbeit für den dritten Band, die er nur für einige Wochen unterbreche. Auf eine Ausgrabung aus dem Jahre 1876, auf die ich ihn aufmerksam machte, antwortete er:

„Was Du über die Erklärungen und Angriffe in der „Berliner freien Presse" schreibst, war mir unbekannt oder ich werde es, wie so vieles andere, gänzlich verschwitzt haben. Wieviel ich verschwitzte, erfahre ich täglich bei dem Studium der Papiere für den dritten Band."

Das waren Bebels letzte Aeußerungen an mich über den letzten Band seiner Erinnerungen. Sie zeigten ihn mitten in der Arbeit für dessen Vollendung. Zwei Wochen später weilte er nicht mehr unter uns, war er jeder Arbeit, jedem Kampfe entrückt. Sanft entschlief er, die Schmerzen eines langen Todeskampfes blieben ihm erspart: der einzige Trost in dem ungeheuren Schmerz des Abschieds für immer, der jeden von uns niederdrückte, auch wenn er nicht das Glück gehabt, Bebels persönlicher Freund zu sein; jeden, dessen Herz an unserer großen Sache hängt, die in Bebel ihren gewaltigsten und treuesten Vorkämpfer verloren hatte.

Sobald das Material aus Bebels schriftlichem Nachlasse in meinen Händen war, machte ich mich sofort daran, das Vermächtnis meines toten Freundes zur Ausführung zu bringen.

Meine Arbeit war, wie schon Bebel selbst angedeutet hatte, keine große; wesentlich nur die eines feilenden Redakteurs. Stilistische Unebenheiten wurden geglättet, wobei ich die Eigenart des Autors möglichst zu wahren suchte. Zitate und Daten wurden nach Möglichkeit mit den Originalen verglichen. In den zum Abdruck gebrachten Briefen waren aus Bequemlichkeit viele Personen nur mit dem Anfangsbuchstaben ihres Namens bezeichnet. Wo die Namen sich von selbst verstanden, habe ich sie ausgeschrieben. Wo nur große Wahrscheinlichkeit bestand, habe ich den Namen in einer Fußnote genannt. In einigen wenigen Fällen

war es mir unmöglich, den Namen mit einiger Sicherheit festzustellen. Da blieb es bei den Anfangsbuchstaben.

Ebenso natürlich dort, wo Bebel absichtlich den vollen Namen verschwiegen hatte.

Nie dagegen kam ich in die Lage, einen voll ausgeschriebenen Namen nur andeuten oder gar verschweigen zu wollen.

Bebels strenge Vorschrift in diesem Punkte hatte mich stutzig gemacht. Sie sah so aus, als fühle er sich in rücksichtsloser Wahrheitsliebe gedrängt, Enthüllungen zu machen, die manchen angesehenen Genossen kompromittierten. Zu meinem Erstaunen fand ich nichts, das auch nur im entferntesten in dieser Weise wirken konnte. Vielleicht sollten die für einige Namen peinlichen Wahrheiten erst in den kommenden Ausführungen vorgebracht werden, die nun für immer begraben sind.

Zur Veröffentlichung habe ich nur gebracht, was an druckfertigem Manuskript vorlag. Für die Arbeit darüber hinaus hatte Bebel ein umfangreiches Material zusammengetragen, Briefe, Dokumente, Zeitungsausschnitte, Exzerpte, Flugschriften und dergleichen mehr. Das Material reicht bis zum Jahre 1890 und wird den Geschichtschreibern der Partei manchen wertvollen Fingerzeig liefern.

Ich erlaube mir, hier schon einen Passus aus einem Brief an Schlüter zu zitieren. Er behandelt den Elberfelder Prozeß. In meiner Besprechung der Wendelschen Bebelbiographie hatte ich bemerkt, der Prozeß und Bebels Rolle dabei scheine ziemlich vergessen zu sein. Wendel hatte ihn nicht erwähnt. In einer späteren Auflage hat er allerdings das Versäumte nachgetragen. Trotzdem dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, was Bebel noch während des Prozesses selbst am 1. Dezember 1889 schrieb:

„Der Prozeß ist ein Skandal, wie noch keiner da war, eine Schmach und Schande für die Staatsanwaltschaft und Polizei.

Das ließen sich beide nicht träumen, daß das Hereinziehen meiner Person unter die Anklage ihnen dieses furchtbare Fiasko bereitete. Der Staatsanwalt hat schon am zweiten Tage sich privatim geäußert: Dieser Mensch verpfuscht mir den ganzen Prozeß, und die nächsten Tage wurde es noch schlimmer. Ich hoffe, daß der Prozeß für die allermeisten Angeklagten glücklich verläuft. Ein Teil fällt auf lokale Geschichten und wegen seiner Beziehungen zu Z. (Zürich) beziehungsweise Ld. (London) herein.

Aergerlich ist nur die Masse Zeit, die er erfordert. Aber wenn ich überlege, daß die Angeklagten höchstwahrscheinlich wie Häm-

mel abgeschlachtet wurden, wenn ich nicht dabei war, weil sie das Material nicht beherrschten, dann soll mich das Opfer nicht reuen. Ich denke, es ist der letzte große Geheimbundprozeß, den sie in Deutschland aufspielen."

Es war der letzte Prozeß dieser Art. Bald darauf fiel das Sozialistengesetz.

Daneben fand ich auch eine Reihe kurzer, handschriftlicher Notizen, die aber über die bloße Feststellung von Daten in wenigen Worten nicht hinausgehen. Ausführungen einzelner Partien sind nicht vorhanden, auch nicht solche in fragmentarischer Form. Außer dem hier veröffentlichten Manuskript vermochte ich nichts zu entdecken, das man als „Erinnerungen" Bebels hätte veröffentlichen können. Jede Hinzufügung zu dem druckfertig vorliegenden Manuskript wäre die Weiterarbeit eines andern an dem Bande gewesen, die sich der Autor, und mit Recht, verbeten hatte, denn alle derartigen Hinzufügungen konnten, auch wenn sie noch so einwandfrei waren, nicht als Erinnerungen Bebels gelten.

Deren Weiterführung durch mich war ausgeschlossen. Ich habe mir nur erlaubt, da sie ganz unvermittelt abbrechen, ein abschließendes Nachwort anzufügen, in dem ich einige Briefe aus dem Briefwechsel zwischen Bebel und Engels mitteile, die sich zeitlich an die letzten Ausführungen des hinterlassenen Manuskripts anschließen.

Meine Arbeit als Herausgeber war also nicht sehr groß. Weit größer der Genuß, den sie mir bot, schon dadurch, daß sie mir erlaubte, jene Zeiten nochmals zu durchleben, die das Heldenzeitalter unserer Partei bedeuten. Keiner, dem es vergönnt war, sie mitzumachen, kann ihrer anders gedenken als mit Stolz. Die jüngere Generation aber vermag aus der Erinnerung an jene siegreich bestandenen schweren Prüfungen Mut und Kraft zu schöpfen für die großen Kämpfe, die ihr bevorstehen. Denn das Schwerste liegt noch vor uns: die Eroberung der politischen Macht.

Bebels heißester Wunsch, uns dabei vorangehen zu können, ist unerfüllt geblieben. Aber was unsterblich war an unserem großen Vorkämpfer, das lebt in uns weiter und wird uns führen zu Sieg und Triumph!

Januar 1914. **K. Kautsky.**

Die Beratung des Sozialistengesetzes.

Die Eröffnung des neugewählten Reichstags wurde im Weißen Saale des königlichen Schlosses vollzogen. Man hatte erwartet, es werde an Stelle des immer noch leidenden Kaisers der Kronprinz die Thronrede verlesen. Aber es erschien weder dieser noch der Reichskanzler. Dieses Amt übernahm vielmehr der Stellvertreter des Reichskanzlers, der Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode.

Dieser Vorgang gab zu lebhaften öffentlichen Erörterungen Veranlassung. Man schloß daraus, der Kronprinz sei mit dem Ausnahmegesetz nicht einverstanden und habe sich deshalb geweigert, den Reichstag zu eröffnen. Bismarck hingegen habe wieder aus Aerger über diese Weigerung auf die Eröffnung verzichtet, so sei sein Stellvertreter zu dieser Ehre gekommen.

Dieser Froschmäusekrieg in den höchsten Regionen war ja immerhin interessant, aber an der Sache änderte er nichts; denn daß der Ausnahmegesetzentwurf in der einen oder anderen Form Annahme finden werde, daran konnte nach dem Ausfall der Wahlen und der Stimmung in einem großen Teile der Presse nicht gezweifelt werden.

Die Vorlage hatte vor ihrer Vorgängerin vom Mai voraus, daß sie weit gründlicher als diese durchgearbeitet war. Dagegen war ihre Begründung eine äußerst dürftige. Die verbündeten Regierungen, hieß es unter anderem in ihr, seien durch die Attentate und die vielen denselben folgenden Majestätsbeleidigungen davon überzeugt worden, daß in weiten Kreisen eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung herrsche, die Staat und Gesellschaft mit großen Gefahren bedrohe. Es bedürfe also gesetzlicher Vorschriften, die sich gegen die sozialdemokratische Bewegung, als die Trägerin jener Gefahren, richteten.

Es folgte alsdann eine kurze und recht oberflächliche Darstellung der sozialistischen Bewegung seit der Gründung des All-

gemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863) und der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (1864). Dieser kärglichen geschichtlichen Darstellung folgte der Abdruck der Statuten der Internationale und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, des Eisenacher und Gothaer Programms und das Genter Manifest vom Jahre 1877. Das Statut der Internationale enthielt den Satz:

„Der erste internationale Arbeiterkongreß erklärt: daß die Internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen."

Dieser schöne unanfechtbare und nur zu lobende Satz wurde jetzt mit zur Begründung eines Ausnahmegesetzes verwendet. Weiter folgten Auszüge aus den Rechenschaftsberichten der Partei auf den Kongressen zu Gotha in den Jahren 1876 und 1877. Es waren alles Aktenstücke, die öffentlich erschienen und jedem bekannt waren, der sich mit der Arbeiterbewegung beschäftigte. Diese mußten jetzt als Material für den Scheiterhaufen dienen, auf dem man die sozialdemokratische Partei zu verbrennen hoffte.

Die Verhandlungen über die Vorlage begannen am 16. September unter dem Präsidium v. Forckenbecks. Der Stellvertreter des Reichskanzlers eröffnete die Debatte mit einer äußerst dürftigen Rede, die kaum fünf Minuten in Anspruch nahm. Der Reichskanzler blieb den Verhandlungen fern. Wozu sollte er sich in rednerische Unkosten stürzen bei einer Reichstagsmehrheit, die den festen Willen hatte, ihm ein annehmbares Gesetz zu apportieren?

Der erste Redner aus dem Hause war der Vertreter des Zentrums, der Abgeordnete Peter Reichensperger-Olpe. In jenen Tagen spürte das Zentrum den Kulturkampf, wenn er auch schon im Abbröckeln war, noch in allen Knochen. Ein Ausnahmegesetz, wenn auch gegen eine ihm verhaßte Partei, erschien ihm schon wegen der Konsequenzen bedenklich. Auch hätten seine Anhänger eine solche Haltung nicht verstanden,

nachdem man selbst unter Ausnahmegesetzen stand. So erklärte sich Herr Reichensperger „einstweilen" gegen Annahme und Amendierung des Gesetzentwurfes.

Anders der Abgeordnete v. Helldorf-Bedra, einer der Heißsporne der konservativen Partei. Er sprach sich mit erfrischender Deutlichkeit für den Gesetzentwurf aus und warf die Frage auf, ob es mit dem Ausnahmegesetz genug sei, ob es sich nicht auch empfehle, eine Aenderung des Reichstagswahlrechtes in dem Sinne vorzunehmen, daß Garantien für ein gereifteres Alter und größere Seßhaftigkeit geschaffen werden, und ob es nicht ratsam sei, die Legislaturperioden des Reichstags zu verlängern, um der zunehmenden Unruhe des politischen Lebens ein Ende zu machen.

Der letztere Herzenswunsch fand neun Jahre später seine Erfüllung.

Nach Helldorf kam ich als erster Redner der Fraktion zum Wort. Die Fraktion war übereingekommen, das Gesetz sowohl im ganzen wie in seinen Einzelheiten nachdrücklich zu bekämpfen, und hatte zu diesem Zweck die Redner für die verschiedenen Materien bestimmt. Vahlteich und Kayser konnten sich an den Verhandlungen nicht beteiligen, sie genossen um jene Zeit Staatsquartier.

Meinem Grundsatz entsprechend, der Hieb sei die beste Deckung, ging ich der Vorlage und den Vorrednern in zweistündiger Rede zu Leibe. Zunächst gab ich eine Vorgeschichte des Gesetzentwurfes, wobei ich nachwies, daß die amtliche Darstellung mehrfach mit der Wahrheit in Widerspruch stehe. Des weiteren griff ich das willkürliche Verhalten der Polizeibehörden und die barbarischen Urteile der Gerichte in der Attentatsperiode an, Vorkommnisse, die zu den traurigsten und beschämendsten Vorgängen der neueren deutschen Geschichte gehörten und eine Schmach und Schande für das Deutsche Reich seien. (Ordnungsruf.) Alsdann behandelte ich die Geschichte der Partei. Ich wies auf die Versuche Bismarcks hin, unmittelbar nach seinem Eintritt in das preußische Ministerium, September 1862, durch seine Agenten Einfluß auf die Bewegung zu gewinnen, auf seine Verhandlungen mit Lassalle, auf die Bemühungen

ſeines Geheimrats Lothar Bucher, Karl Marx zum Mitarbeiter am „Staatsanzeiger“ zu werben, auf die Rolle Schweitzers im Allgemeinen Deutſchen Arbeiterverein uſw., Vorkommniſſe, die deutlich zeigten, daß Bismarck von nichts weniger beſeelt ſei als von Abſcheu gegen die Sozialdemokratie. Ihn treibe vielmehr der Aerger, daß die Partei ſich ſeinen Plänen unzugänglich erwies und der heftigſte Gegner ſeiner Politik wurde, was ihn bewogen habe, die Attentate, die anſtändigerweiſe niemand uns an die Rockſchöße hängen könne, für ein Ausnahmegeſetz gegen uns auszunutzen.

Mit dem Geſetz, ſo führte ich weiter aus, werde man aber den beabſichtigten Zweck nicht erreichen. Die Sozialdemokratie werde unter ihm und durch es erſt recht an Anhang gewinnen. Das Intereſſe für ſie werde zunehmen, und nicht wir, ſondern unſere Gegner würden die Beſiegten ſein. Man ſolle alſo den Entwurf dahin verweiſen, wohin er gehöre, in den Papierkorb, im Kampfe gegen uns ſich aber nicht auf leere Beſchuldigungen und Redensarten, ſondern auf Tatſachen und Beweiſe ſtützen, die bisher nicht erbracht worden ſeien.

Des weiteren entwickelte ich, wie wir aller Vorausſicht nach unter dem Sozialiſtengeſetz für die Verbreitung unſerer Ideen arbeiten würden, ohne daß die Polizei uns an den Leib könne, und wie die Verbreitung der verbotenen Literatur einen Umfang annehmen werde, wie wir ihn bisher nicht gekannt. Die Zukunft werden zeigen, daß das Geſetz ſeinen Zweck verfehle.

Meine Rede hatte, wie die Ausführungen der nachfolgenden Redner bewieſen, die gewünſchte Wirkung erzielt, auch die Preſſe aller Parteien im In- und Ausland beſchäftigte ſich mit ihr. Der preußiſche Miniſter des Innern Graf zu Eulenburg, der nach mir das Wort ergriff, machte es wie ſein Kollege Graf zu Stolberg-Wernigerode, er faßte ſich kurz. Er begnügte ſich, aus einer meiner Schriften einige Zitate vorzutragen, die beweiſen ſollten, daß die Partei eine Anhängerin des gewaltſamen Umſturzes ſei. Im übrigen beſtritt er, daß Beziehungen zwiſchen der Sozialdemokratie und Vertretern der Regierung beſtanden hätten, oder doch nur zu einer Zeit, in der die Partei eine andere geweſen ſei. Ihm ſei von Vereinbarungen oder Ver-

bindungen wie den von mir geschilderten nichts bekannt; er müsse, bis Tatsachen angeführt würden, auf die er im einzelnen antworten könne, solche Anknüpfungsversuche auf das bestimmteste in Abrede stellen. Anders der nationalliberale Abgeordnete Dr. Bamberger, der in kurzer Rede die Gefährlichkeit der sozialistischen Lehren darzulegen versuchte, aber auch mit Unbehagen konstatierte, daß man in maßgebenden Kreisen nicht allezeit der Sozialdemokratie abweisend gegenübergestanden habe, das bezeugten schon Bismarcks Beziehungen zu Lassalle. Was ich darüber gesagt, sei zum Teil schon bekannt gewesen, zum Teil aber neu. Aber auch im „Staatssozialist", den Stöcker, Pastor Todt und Genossen gegründet hatten, seien Anschauungen vertreten worden, die sich mit den unserigen deckten, dort aber viel gefährlicher wirkten. Er beantragte, eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen. Das Gesetz bedürfe einer eingehenden und aufmerksamen Prüfung, denn meine Rede habe ihn überzeugt, daß kein Versuch unterlassen werden dürfe, um die Gesellschaft vor den Gefahren zu schützen, die ich ihnen vorgeführt. Bamberger, der fast zwei Jahrzehnte als politischer Flüchtling in Paris gelebt hatte, tat, als erfahre er erst durch meine Rede, was der Sozialismus sei.

Am nächsten Tage erschien Bismarck, um gegen mich zu polemisieren. Er entschuldigte sich mit seinem Gesundheitszustand, der ihn bisher genötigt habe, den Verhandlungen fernzubleiben. Aber er sei nunmehr erschienen, um der Legendenbildung, zu deren Organ ich mich gemacht, entgegenzutreten, damit sie nicht Geschichte werde. Ich habe das Wesentliche der Ausführungen Bismarcks gegen mich schon im ersten Bande (erste Auflage Seite 63 ff., zweite Auflage Seite 65 ff.) angeführt. Ich verweise hier darauf. Zum Schlusse seiner Rede versicherte er: Er habe erst durch meine Kommunerede (Mai 1871) die wahre Natur der Sozialdemokratie erkannt und sei von da ab unser ausgesprochener Feind geworden. Er habe auch wiederholt, wie das Haus wisse, Versuche gemacht, uns als Feinde von Staat und Gesellschaft durch gesetzgeberische Maßnahmen in die Schranken zu weisen, er sei aber damit bei dem Hause nicht durchgedrungen. Die sozialistische Presse habe gedroht und gerufen „discite mo-

niti". „Ihr ſeid gewarnt. Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderem als vor dem nihiliſtiſchen Meſſer und der Nobiling-ſchen Schrotflinte. Ja, meine Herren, wenn wir in einer ſolchen Weiſe unter der Tyrannei einer Geſellſchaft von Banditen exiſtieren ſollen, dann verliert jede Exiſtenz ihren Wert." (Beifall rechts.) Jetzt gelte es den Kaiſer zu ſchützen. „Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns fallen werden, das iſt ja ſehr wohl möglich; aber jeder, dem das geſchehen könnte, mag eingedenk ſein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen ſeines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt." Die Rechte brach nach dieſen Worten in einen Beifallsſturm aus, wir proteſtierten und ich verlangte das Wort zur Geſchäftsordnung, um gegen den Kanzler wegen der uns zugefügten Beleidigungen den Ordnungsruf zu fordern. Aber bereits hatte der Präſident dem alten Feuerbrand der Konſervativen, Herrn v. Kleiſt-Retzow das Wort erteilt. Dieſer wetterte gegen uns mit dem ganzen Fanatismus eines chriſtlich-preußiſchen orthodoxen Junkers, der für die Vorrechte ſeiner Klaſſe kämpft. Unſere ganze Tätigkeit in Preſſe und Verſammlungen falle unter die Vorbereitung zum Hochverrat. Unſere Geſänge ſeien Schlachtgeſänge, unſere ganze Tätigkeit eine Vorbereitung zum Kriege. Wir raubten dem Volke die Religion, was zur Folge habe, daß das Volk ſchon im Diesſeits nicht bloß die gleichen Rechte, ſondern auch die gleichen Genüſſe fordere. Er ſchloß ſeine Philippika mit einer Klage über die ſteigende Unzufriedenheit und mangelnde Dankbarkeit und die Verderbtheit großer Maſſen, die das Chriſtentum gefährde.

Ich erhielt nunmehr das Wort zur Geſchäftsordnung und forderte den Ordnungsruf ſowohl gegen den Reichskanzler wie gegen Herrn v. Kleiſt-Retzow, der uns der Vorbereitung des Hochverrats beſchuldigt habe. Der Präſident beſtritt, daß die Aeußerungen der Vorredner den von mir behaupteten Sinn gehabt hätten. Er müſſe jeden Verſuch, in ſeine Geſchäftsführung einzugreifen, zurückweiſen.

Bracke, der alsdann das Wort erhielt, ſprach im Gegenſatz zu dem leidenſchaftlichen Charakter, den die Debatte angenommen hatte, ſehr ruhig. Auf die Zitate, die der Miniſter des In-

nern und Herr v. Kleiſt-Retzow aus Schriften von uns vorgetragen hatten, antwortete er mit Zitaten aus den Schriften bürgerlicher Schriftſteller, die zum Teil aus der Kulturkampfzeit ſtammten und an Schärfe alles übertrafen, was man gegen uns anführen konnte. Auf die liberalwirtſchaftlichen Theorien Bambergers antwortete er mit der ſozialiſtiſchen Auffaſſung von Staat und Geſellſchaft. Auch er erklärte, daß unſere Gegner mit der Ausnahmegeſetzgebung uns nicht überwinden würden.

Nach Bracke ſuchte der Elſäſſer Fabrikant Dollfus nachzuweiſen, daß ſie mit ihren ſogenannten Wohlfahrtseinrichtungen in Mülhauſen ein Arkanum gegen die Sozialdemokratie beſäßen. Aber noch vor Ablauf des Sozialiſtengeſetzes wurde Mülhauſen durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten. Dem Elſäſſer folgte ein polniſcher Redner, der die preußiſche Ausnahmegeſetzgebung gegen die Polen am eigenen Leibe kennen gelernt hatte. Er ſprach ſich ſcharf gegen die Vorlage aus. Das veranlaßte den ihm folgenden Herrn v. Kardorff, ſich um ſo eifriger für ſie einzuſetzen. Nach einer längeren Rede Eugen Richters, worin dieſer ſich namentlich mit dem Reichskanzler auseinanderſetzte, beſchloß die Mehrheit den Schluß der Generaldebatte, wodurch mir das Wort zu einer Entgegnung auf die Rede des Reichskanzlers abgeſchnitten wurde. Ich konnte ihm nur in einer perſönlichen Bemerkung eine Anzahl ſeiner gegen mich gerichteten falſchen Behauptungen und Irrtümer zurückweiſen.

Das Haus beſchloß entſprechend dem Antrag Bamberger, die Vorlage einer Kommiſſion von 21 Mitgliedern zu überweiſen. Es wäre eine Anſtandsſache, ja eine Pflicht des Hauſes geweſen, in dieſe Kommiſſion auch ein Mitglied der angeklagten Partei, über die entſchieden werden ſollte, aufzunehmen, damit dieſes Rede und Antwort ſtehe und die unzweifelhaft notwendig werdenden Richtigſtellungen vornehmen konnte. Ein Teil des Hauſes war auch geneigt dazu. Auf Anfrage an die Fraktion, wen ſie in die Kommiſſion gewählt ſehen wollte, wurde ich vorgeſchlagen. Aber ſofort ſetzte die Intrige gegen mich ein, und ſo fiel ich bei der Wahl durch.

In der Kommission kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der linke Flügel der Nationalliberalen unter der Führung Laskers versuchte wieder einmal die Quadratur des Zirkels zu entdecken. Handelte es sich auch um ein Ausnahmegesetz, so suchten sie doch nach Möglichkeit die Willkür der Polizei einzuengen. Sie wollten daher verhüten, daß die sogenannten legitimen Forderungen der Sozialdemokratie, die man später den „berechtigten Kern" unserer Bestrebungen nannte, durch das Gesetz getroffen würden. Auch sollten andere den sozialistischen Reformbestrebungen verwandte Bestrebungen in bürgerlichen Kreisen nicht getroffen werden können. Dagegen war die rechte Seite der Kommission der Meinung, man müsse ganze Arbeit machen; man müsse der Sozialdemokratie jede Möglichkeit nehmen, ihre gefährlichen Bestrebungen unter harmlosen Formen zu verfolgen, und da müsse man zu den Verwaltungsbehörden Vertrauen haben und ihnen nicht durch unklare und zweideutige Gesetzesbestimmungen in die Arme fallen. Mit Hilfe der Gegner der Vorlage, die für alle Abschwächungsanträge stimmten, siegten Lasker und Genossen. Die Erfahrung lehrte allerdings, daß die beschlossenen Halbheiten nur Zwirnsfäden waren, durch die sich die Verwaltungsbehörden nicht einengen ließen; sie legten eben das Gesetz nach ihrem Gutdünken aus.

Die Hauptänderungen, die die Kommission und ihr folgend das Plenum annahm, waren nachfolgende: Im Gesetzentwurf hieß es, daß Vereine, Verbindungen jeder Art, auch genossenschaftliche Kassen, Versammlungen, Preßerzeugnisse, Geldsammlungen verboten, beziehungsweise unterdrückt werden sollten, sobald sich herausstellte, daß sie Bestrebungen dienten, die auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet waren. Nach den Beschlüssen der Kommission beziehungsweise des Plenums lautete der Satz dahin, daß das Verbot oder die Unterdrückung eintreten sollte, sobald sozialistische, sozialdemokratische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten.

Ein Streit um Worte. Dem Aal kann es gleichgültig ſein, ob er gebraten oder geſchmort werden ſoll.

Weiter ſollte nach dem Entwurf ein Ausſchuß aus ſieben Mitgliedern eingeſetzt werden, den der Bundesrat aus ſeiner Mitte wählte, an den letztinſtanzlich die Beſchwerden über getroffene Maßregeln der unteren Behörde zu richten ſeien. Kommiſſion und Reichstag beſchloſſen, eine Kommiſſion von neun Mitgliedern niederzuſetzen, von denen der Bundesrat vier aus ſeiner Mitte wählte. Die fünf anderen ſollten aus der Zahl der Mitglieder der höchſten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesſtaaten entnommen werden. Der Reichstag glaubte damit eine größere Garantie gegen allzu kühne Auslegung des Geſetzes zu ſchaffen. Die Praxis ergab, daß er ſich auch hier irrte. Die Urteile dieſer Beſchwerdekommiſſion waren ſo reaktionär, daß wir im Jahre 1880 in Leipzig in der Parteileitung beſchloſſen, weil zwecklos, keine Beſchwerden mehr bei ihr einzureichen.

Im § 20 des Entwurfes, ſpäter § 28 des Geſetzes, betreffend den ſogenannten kleinen Belagerungszuſtand, war vorgeſchrieben, daß in Bezirken, in denen durch die ſozialiſtiſchen Beſtrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht war, ſämtliche Verſammlungen der polizeilichen Genehmigung unterworfen werden könnten. Kommiſſion und Reichstag beſchloſſen, daß eine Ausnahme von dieſer Beſtimmung für die Wahlen zum Reichstag oder zu einer Landesvertretung eintreten ſolle. Der Senat zu Hamburg umging aber dieſe Vorſchrift dadurch, daß er, geſtützt auf eine landesgeſetzliche Beſtimmung, auch ſolche Verſammlungen verbot. So konnte während der ganzen Dauer des Sozialiſtengeſetzes, ausgenommen für die Reichstagswahl im Februar 1890, als bereits feſtſtand, daß das Geſetz Ende September fallen würde, die Sozialdemokratie dort keine einzige Wahlverſammlung abhalten. Genützt hat dieſe Maßregel des Hamburger Senats nichts; denn unter der Herrſchaft des Geſetzes fielen ſämtliche drei Wahlkreiſe in die Hände der Sozialdemokratie und verblieben ihr.

Eine andere Aenderung und auch Verbeſſerung des § 20 beziehungsweiſe 28 beſtand darin, daß über jede auf Grund des

erwähnten Paragraphen getroffene Anordnung dem Reichstag sofort beziehungsweise bei seinem nächsten Zusammentritt Rechenschaft gegeben werden müsse über die Gründe, die zu ihrem Erlaß geführt. Durch diesen Beschluß wurde zwar nirgends die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes verhindert, aber er gab uns die Möglichkeit, Jahr für Jahr bei Besprechung solcher Maßregeln die Handhabung des Gesetzes zu kritisieren; die Sozialistengesetzdebatten wurden damit Regel.

Die zweite Beratung des Entwurfs begann im Plenum am 9. Oktober. Das Zentrum gab durch den Mund seines Vorsitzenden die Erklärung ab, es werde gegen den Gesetzentwurf stimmen. Obgleich entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, hieß es in der Erklärung, könne es nicht einem Ausnahmegesetz zustimmen, das die Rechtssicherheit der Staatsbürger in Frage stelle, mit den verwerflichen auch berechtigte Bestrebungen treffe und das polizeiliche Ermessen an Stelle des richterlichen Urteils setze. Für ein allgemeines Rechtsgesetz, das gegenüber den immer stärker hervortretenden Gefahren im Reich eine Erweiterung des Strafgesetzes in bezug auf Ausschreitungen der Presse, der Vereine und Versammlungen herbeiführe, sei es zu haben. Auch erwarte es, daß nunmehr positive Maßregeln ergriffen würden, um den unleugbar vorhandenen und weit verbreiteten Mißständen im wirtschaftlichen und sozialen Leben, namentlich dem des Arbeiterstandes, abzuhelfen, „damit Gerechtigkeit, Gottesfurcht und Friede, insbesondere auch Friede auf dem staatlich-kirchlichen Gebiet im Reich zur vollen Herrschaft gelangen".

Im Grunde genommen wollte also das Zentrum noch mehr, als das Sozialistengesetz ihm bot; es wollte die allgemeine Verschärfung der Gesetze, die allgemeine Reaktion.

Der erste Redner für die Vorlage war der Abgeordnete Freiherr Marschall v. Bieberstein, der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und zuletzt Gesandter in Konstantinopel und London. Marschall, eine große, stattliche Persönlichkeit, war zu jener Zeit Staatsanwalt in Mannheim, wo er als öffentlicher Ankläger auch wiederholt gegen Parteigenossen auftrat,

ſo unter anderem gegen Franz Joſeph Ehrhart. Dieſe Anklage gab Veranlaſſung zu einer heiteren Epiſode. Ehrhart war angeklagt, ein Plakat verfaßt zu haben, auf dem ich als Kandidat der Mannheimer Parteigenoſſen den Wählern des Mannheimer Wahlkreiſes mit den Worten empfohlen wurde, ich ſei ein tapferer Volksmann, der wegen ſeines Kampfes für Volksfreiheit und Volksrecht zu zwei Jahren Feſtung verurteilt worden ſei. Es handelte ſich um die Reichstagswahl im Januar 1877. Herr v. Marſchall ſah als Staatsanwalt in dieſer Behauptung eine entſtellte Tatſache, wodurch eine Anordnung der Obrigkeit wider beſſeres Wiſſen verächtlich gemacht werde. Er klagte Ehrhart auf Grund des § 131 des deutſchen Reichsſtrafgeſetzbuchs an und beantragte gegen den blutjungen Sünder eine exemplariſche Gefängnisſtrafe. Denn ich ſei nicht wegen meines Kampfes für politiſche Freiheit, ſondern wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden. Schon wollte der Gerichtsvorſitzende die Verhandlung ſchließen, als Ehrhart ſich mit der Bemerkung das Wort erbat, daß er als Angeklagter doch auch etwas zu ſagen habe. Er erhielt es, worauf er ſeine kurze, im reinſten Pfälzer Dialekt gehaltene Verteidigungsrede mit den Worten ſchloß: Meine Herren Richter, glauben Sie dem da oben (dem Staatsanwalt) nichts, der macht aus einem Läusle einen Elefanten. Marſchall griff raſch nach der Zeitung, die er vor das Geſicht hielt, um das Lachen zu verbergen. Der Gerichtshof aber glaubte dem Staatsanwalt und ſchickte Ehrhart auf drei Monate ins Gefängnis. Sein ſpäteres Verhalten ſprach dagegen, daß die Strafe eine erzieheriſche Wirkung auf ihn ausgeübt hatte.

Im Gegenſatz zu ſeinen ſcharfmacheriſchen Parteigenoſſen war Herr v. Marſchall ein Gemäßigter. Er ſprach ſich für ein Geſetz von kurzer Dauer aus, mit dem man den beabſichtigten Zweck wohl erreiche. Ihm folgte Sonnemann, der ſich gegen das Geſetz erklärte. Bismarck, der noch aus der Zeit des Krieges von 1866 einen Span auf Sonnemann hatte, antwortete dieſem.

Ich bin im Zweifel, wen Bismarck perſönlich mehr haßte, ob Eugen Richter oder Sonnemann. Ich glaube den letzteren, denn Eugen Richter war trotz aller Oppoſition immer ein guter

Preuße, aber in Sonnemann haßte er den ſüddeutſchen Antipreußen, den „Republikaner“, von deſſen Organ, der „Frankfurter Zeitung“, er behauptete, daß es mehr mit der franzöſiſchen Republik als mit dem Deutſchen Reich ſympathiſiere. So kam es denn, daß, als bei der Reichstagswahl im Jahre 1884 Sonnemann mit unſerem Kandidaten Sabor in die Stichwahl kam, Bismarck auf eine Anfrage der Frankfurter Nationalliberalen, wen ſie wählen ſollten, antworten ließ: „Fürſt wünſcht Sabor.“ Und Sabor wurde gewählt.

Bismarck hatte, wenn er einmal in Kampfſtimmung war — und an jenem Tage beſaß er ſie —, die Gepflogenheit, ſich wenig an den zur Beratung ſtehenden Gegenſtand zu halten. Um ſeinem Herzen Luft zu machen, ſprang er alsdann von einem Gegenſtand zum anderen und ſchlug auf den Gegner los, der ihm im Wege ſtand. Oftmals zur Verzweiflung des Präſidenten, der nicht wagte, ihn zu unterbrechen, dann aber auch nicht verhindern konnte, daß die Angegriffenen ſich wehrten und ſo eine Debatte entſtand, die weit über den Rahmen des zu verhandelnden Gegenſtandes hinausging. So auch diesmal.

Nachdem er ſich mit Sonnemann auseinandergeſetzt, rückte er uns zu Leibe. Ehemals ſei Frankreich das Verſuchsfeld für den Sozialismus geweſen; nach dem Niederſchlagen der Kommune ſei es Deutſchland geworden. Dann klagte er: die Deutſchen ſeien geborene Kritiker, die an der Diskreditierung der Behörden und Inſtitutionen ihre helle Freude hätten. Das treffe namentlich auf die Fortſchrittspartei zu, die in den großen Städten den Boden für uns gelockert habe; ſie ſei die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“. Dann fiel er aufs neue über uns her, verurteilte die Art unſerer Agitation und wie wir die Maſſen in unſer Garn lockten. Weiter klagte er über die Milde unſerer Strafgeſetzgebung, die Gutmütigkeit der Richter, über die Freizügigkeit, die Verführung der Maſſen durch die Vergnügungen in den großen Städten. Seine Rede war eine Jeremiade, die den Junkern und Junkergenoſſen aus der Seele kam. Aber ſie enthielt keine Spur von ſtaatsmänniſcher Einſicht in das Weſen und Getriebe der bürgerlichen Welt, in dem doch die Wurzeln liegen für all das, was er beklagte, und das die

Sozialdemokratie zu einer naturnotwendigen Erſcheinung des öffentlichen Lebens machte, mit der er rechnen mußte.

Des weiteren klagte er über die Spaltungen in den bürgerlichen Parteien, über den Mangel an Vertrauen und Entgegenkommen von jener Seite. Seine Rede klang in die Aufforderung aus, ſich zu einer Phalanx zuſammenzuſchließen, die ſich in allen Teilen gegenſeitig vertraue, ſo daß das Reich allen Stürmen gewachſen ſei und ihnen einen wirkſamen Widerſtand entgegenzuſetzen vermöge. Dieſe Aufforderung war nach alledem, was ſich Bismarck ſelbſt im gegenſeitigen Ausſpielen der Parteien geleiſtet und ſich ſelbſt noch in dieſer Rede zur Erreichung ſeiner Zwecke geleiſtet hatte, dem Hauſe doch ein zu ſtarkes Stück. Er ſchloß ſeine Rede ohne das geringſte Zeichen von Beifall.

Den nächſten Tag erhielt Haſſelmann Gelegenheit, auf die Angriffe und Provokationen Bismarcks zu antworten. Er tat dies in einem großen Teil ſeiner Rede mit unleugbarem Geſchick. Zum Schluſſe verfiel er aber ſelbſt in eine Provokation. Auf den Angriff Bismarcks in ſeiner vorletzten Rede gegen mich antwortete Haſſelmann: Wir ſchleifen keine Dolche für den Fürſten Bismarck, wir verachten den Dolch, der von hinten trifft; wenn wir kämpfen, kämpfen wir Bruſt an Bruſt, aber wenn man für uns Kugeln gießt und Bajonette ſchleift, dann ſagen auch wir: „Wenn wir in einer ſolchen Weiſe unter der Tyrannei einer Geſellſchaft von Banditen exiſtieren ſollen ...“ Darauf großer Sturm in der Verſammlung. Der Präſident rief Haſſelmann zur Ordnung wegen angeblicher Provokation zum Aufruhr. Haſſelmann fuhr fort: „Nicht ich bin es, der provoziert; ich habe zur Genüge geſagt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe (Lachen), ja ich ziehe ihn vor; ich bin aber auch bereit, mein Leben zu laſſen. Fürſt Bismarck möge auch einmal an den 18. März denken.“

Löwe-Kalbe, der Haſſelmann als Redner folgte, äußerte: Ich danke dem Herrn Redner, daß er das Syſtem Bebel in der Verteidigung ſeiner Sache verlaſſen hat und offen mit der Sprache herausgegangen iſt. Herr v. Bennigſen, der jetzt ebenfalls das Wort ergriff, ſuchte durch lange Ausführungen den

vernünftigen Standpunkt, den er bei der ersten Ausnahmegesetzvorlage nach dem Hödelattentat eingenommen hatte, zu verwischen. Er sagte jetzt: Vater, verzeihe mir.

Im Verlauf der zweiten Lesung wurden die Debatten immer erregter. Die gesamten bürgerlichen Parteien schickten ihre besten Kräfte vor, um ihren Standpunkt zu verteidigen. Von unserer Seite nahmen Bracke, Fritzsche, Hasselmann, Liebknecht, Reinders und ich, die meisten von uns mehreremal das Wort. Eine lebhafte Szene rief Bracke hervor bei Beratung des § 4 der Vorlage, der später § 8 des Gesetzes wurde, der von der Auflösung der Vereine handelte und die Bestimmung enthielt, daß die Beschwerde gegen ein Verbot eines Vereins keine aufschiebende Wirkung habe. Gegen diese Bestimmung sprach sich Bracke in seiner kurzen Rede besonders scharf aus. Dann plötzlich aus der Konstruktion der Rede fallend, rief er in den Saal hinein: Meine Herren, ich will Ihnen sagen, wir pfeifen auf das ganze Gesetz!

Wir brachen in stürmischen Beifall aus, der größte Teil des Hauses tobte vor Entrüstung, und der Präsident erteilte Bracke einen Ordnungsruf; draußen aber im Lande jubelte die Partei über diese drastische Kennzeichnung unserer Stellung zum Gesetz.

Am 18. Oktober begann die dritte Lesung des Gesetzentwurfs. Der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst erklärte sich namens des Zentrums noch einmal scharf gegen den Entwurf: Wer wie wir unter solchen Ausnahmegesetzen gestanden hat, kann nun und nimmermehr für ein Ausnahmegesetz stimmen. Das war schön gesagt. Es kam aber bei späteren Beratungen über die Verlängerung des Gesetzes anders; auch im Zentrum fanden sich immer mehr Stimmen für dasselbe, oder man blieb der entscheidenden Sitzung fern, um eine Mehrheit für die Verlängerung zu sichern.

Von unserer Seite nahm noch einmal Liebknecht das Wort, um in nachdrücklichster Weise das Gesetz zu bekämpfen, wohl wissend, wie er gleich bei Eingang seiner Rede bemerkte, daß die Würfel der Entscheidung bereits gefallen seien. Er rede nur, um seine Pflicht zu tun. Er schloß mit den Worten: Der Tag wird kommen, wo das deutsche Volk Rechenschaft fordern wird

für dieſes Attentat an ſeiner Wohlfahrt, an ſeiner Freiheit, an ſeiner Ehre. Den 19. Oktober fanden zwei Sitzungen ſtatt; die Mitglieder drängten, nach Hauſe zu kommen. Die erſte wurde um 10 Uhr 30 Minuten, die zweite um 2 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die letztere diente ausſchließlich der namentlichen Abſtimmung. Während derſelben herrſchte atemloſe Stille. Alsdann verkündete der Präſident das Reſultat. Es hatten an der Sitzung 370 Abgeordnete teilgenommen — das Haus zählt 397 —, von denen 221 mit Ja, 149 mit Nein ſtimmten. Das Mehr betrug alſo 72 Stimmen. Alsdann erhob ſich Bismarck und verlas die kaiſerliche Botſchaft, durch die die Seſſion geſchloſſen wurde. Aber er begnügte ſich nicht damit; er richtete an das Haus noch eine Anſprache. Er gebe der Befriedigung Ausdruck, äußerte er, daß ungeachtet großer Meinungsverſchiedenheiten, die ſich zu Anfang der Beratung herausgeſtellt hätten, eine für alle zuſtimmenden Teile befriedigende Löſung gefunden worden ſei. Sollte das Geſetz im Verlauf ſeiner Wirkſamkeit ergeben, daß es ſeinen Zweck nicht erreiche, ſo würden ſich die verbündeten Regierungen wieder vertrauensvoll an den Reichstag wenden, um entweder eine Verſchärfung des Geſetzes oder eine Reform der Allgemeingeſetzgebung, die er für den beſſeren Weg halte, zu erreichen. Die verbündeten Regierungen hegten alsdann die Hoffnung, daß, nachdem ſie durch loyale Handhabung des Geſetzes das Vertrauen des Reichstags gerechtfertigt hätten, die Hilfe und der Beiſtand des Reichstags ihnen nach Maßgabe der Bedürfniſſe nicht fehlen werden.

Die Verſicherung, man werde das Geſetz loyal handhaben, klang wie Ironie. Ein Geſetz, das dem Ermeſſen der Behörden alle Tore und Türen öffnete, war ein Freiſchein für die Willkür. Das ſollte ſich bald genug zeigen. Und Bismarck war der erſte, der jede Willkürmaßregel, ſobald ſie ſich gegen uns richtete, verteidigte und rechtfertigte.

Nachdem er alsdann die Sitzungen des Reichstags für geſchloſſen erklärt hatte, brachte der Präſident das übliche Hoch auf den Kaiſer aus. Wir hatten uns mittlerweile aus dem Saal entfernt und verließen, wenn auch als Geſchlagene, guten Mutes das Haus, hoffend, der Tag werde kommen, wenn auch erſt

nach ſchwerer Zeit, an dem wir als Sieger zurückkehrten. Ich leugne nicht, mich packte der Ingrimm, als ich nach Hauſe fuhr. Ich nahm mir in jener Stunde vor, ſoweit es an mir läge, alles aufzubieten, um die Wirkſamkeit des Geſetzes zu durchkreuzen, und ich habe mein mir gegebenes Wort redlich gehalten.

Unſere Feinde hatten es eilig. Am nächſtfolgenden Tage wurde bereits das Geſetz verkündet. Es trat den 21. Oktober in Kraft.

Die nächsten Wirkungen des Gesetzes.

Sobald der Reichstag am 17. September die erste Lesung beendet hatte und der Entwurf in die Kommissionsberatung ging, fuhr die Fraktion nach Hamburg, um dort mit dem Parteiausschuß zu beraten, welche Maßnahmen nach Inkrafttreten des Gesetzes ergriffen werden sollten. Im Ausschuß herrschte keineswegs eine gehobene Stimmung. Seit Auer von Hamburg nach Berlin übergesiedelt war, um in die Redaktion der „Freien Presse" einzutreten, war August Geib die einzige Person von Bedeutung in dem fünfgliederigen Ausschuß. Geib fühlte sich infolgedessen isoliert und ohne eigentliche Stütze in einem Kampfe, wie er jetzt zu erwarten war. Auch war Geib, obgleich ein Mann von hoher Intelligenz, untadeliger Rechtschaffenheit und großer Sachkunde, der die Geschäfte mit Kaltblütigkeit und Ruhe erledigte, keine eigentliche Kampfnatur. Dem Feinde die Zähne zu zeigen und jedes Mittel anzuwenden, das ihm eine Niederlage beibringen konnte, das lag nicht in seinem Wesen. Dazu kamen noch zwei Umstände, die uns damals nicht bekannt waren, aber sein Verhalten erklärlich machten. Geib war herzkrank, wie sein baldiger Tod uns zeigte und ich gelegentlich einer Haussuchung bei ihm wahrnahm, der ich als unfreiwilliger Zeuge beiwohnte. Dann aber stellte sich auch zu unserer aller Ueberraschung nach seinem Tode heraus, daß seine materielle Lage nicht so war, wie man sie einschätzte. Er schien mäßig wohlhabend zu sein und ein Geschäft (Leihbibliothek) zu besitzen, das seinen Mann gut nährte. Das gemütliche Heim, das er sich mit Hilfe seiner Frau zu schaffen wußte, und die Gastfreundschaft, die er übte, unterstützten diese Auffassungen. Das war aber ein Irrtum. Hätte er zum Beispiel noch die Zeit der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg-Altona erlebt und wäre er dann als erster mit ausgewiesen worden, er wäre finanziell zusammengebrochen, und was dieses für den außerordentlich feinfühlenden Mann bedeutete, kann man sich vorstellen. Geib hätte also auch die Arbeitslast nicht

leisten können, die ihm unter dem Gesetz, wenn auch nicht mehr als offiziellem Ausschußmitglied, erwuchs. An Gehalt war ebenfalls nicht zu denken.

Das alles mochte sich Geib sagen, und so erklärte er zu unserer unangenehmen Ueberraschung, daß er unter allen Umständen sein Amt niederlege und die Meinung habe, man solle die Partei auflösen, noch bevor das Gesetz in Kraft getreten sei, damit sie von der Polizei nicht aufgelöst werde. Mit Geibs Rücktritt war aber Hamburg als künftige Zentralstelle unmöglich.

Es gab zwischen uns und Geib eine lebhafte Auseinandersetzung. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, wie man ihm seine Tätigkeit erleichtern könne. Er blieb aber bei seinem Vorsatz. Darauf erklärte ich, es sei doch ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Partei keinen Zentralpunkt mehr habe, an den sich die Genossen in ihren Nöten um Rat und Hilfe wenden könnten. Lehne Hamburg ab, so schlüge ich Leipzig vor, und sei ich bereit, die Stelle Geibs als Kassier von Mitteln, die zu schaffen angesichts der kommenden Opfer mir jetzt die wichtigste Tätigkeit zu sein schiene, zu übernehmen. Dementsprechend wurde beschlossen. Darauf händigte mir Geib die letzten 1000 Mark ein, die er noch in der Kasse hatte. Das war der Grundstock für meine künftige Tätigkeit als Finanzminister unter dem Sozialistengesetz.

Auch dem Drängen Geibs, sofort die Partei für aufgelöst zu erklären, da er nicht mehr sein Amt verwalten wolle, mußten wir nachgeben; denn es wäre eine Lächerlichkeit gewesen, für eine Galgenfrist von wenig Wochen noch einen provisorischen Ausschuß einzusetzen, bis die polizeiliche Auflösung erfolgte. So wurde denn beschlossen, mit einer Proklamation an die Partei heranzutreten und sie für aufgelöst zu erklären. Aber die Art, wie dieses geschah, erregte Unzufriedenheit. Statt daß der Ausschuß oder das Zentralwahlkomitee, wie der Ausschuß genannt wurde, seitdem Tessendorf das Verbot der Parteiorganisation für Preußen durchgesetzt hatte, sich selbst in einer Proklamation an die Partei wendete, die Organisation für aufgelöst erklärte, ihr Ratschläge für ferneres Wirken machte und ihr Mut zusprach, erschien im „Vorwärts“ eine Bekannt-

machung des Sekretärs Derossi, die an Trockenheit des Tones und Schwächlichkeit des Inhalts kaum übertroffen werden konnte. Erst auf unsere Einsprache, daß die Bekanntmachung des Sekretärs nicht genüge und der Ausschuß mit der Namensunterschrift seiner Mitglieder die Parteiorganisation für aufgelöst erklären möge, erschien eine solche, datiert vom 15. Oktober, im „Vorwärts" vom 21. Oktober. Aber diese Proklamation verbesserte die Stimmung nicht. Das Komitee erklärte, daß es seine Auflösung der Polizeibehörde angezeigt habe, es also von jetzt ab eine zentralistische Organisation der Partei nicht mehr gebe, sonach auch keine planmäßige Organisation mehr. Damit sei es vorüber. Auch für Geldsendungen habe man keine Verwendung mehr. Man solle solche nicht mehr an Geib adressieren. Man ging noch weiter und forderte, daß, wenn noch irgendwo eine Parteimitgliedschaft bestehe, diese sich sofort auflösen sollte. Der Aufruf schloß: Einig in der Taktik, auch zur Zeit der Bedrängnis, sei die Gewähr für eine bessere Zukunft.

In der Hamburger Zusammenkunft war man einmütig der Ansicht, die Schläge abzuwarten, die nach Verkündung des Gesetzes gegen die Partei geführt würden, und danach seine Maßnahmen zu treffen. Unter keinen Umständen dürfe das Feld freiwillig geräumt werden. Es sei vorauszusehen, daß in erster Linie die Partei- und Gewerkschaftsorgane der Unterdrückung verfallen würden. Es bestanden zu jener Zeit 23 politische Organe, von denen 8 sechsmal wöchentlich, 8 dreimal, 4 zweimal und 3 einmal erschienen. Daneben bestand die „Neue Welt" als Unterhaltungsblatt. Weiter erschienen 14 Gewerkschaftsblätter. Die Mehrheit dieser Blätter wurde in 16 Genossenschaftsdruckereien hergestellt.

Mit der Unterdrückung dieser Preßorgane, erwartete man, würden sofort eine Menge Personen, als Redakteure, Expediteure, Kolporteure, Verwaltungsbeamte, Schriftsetzer, Hilfspersonen aller Art, brotlos. Um für alle diese brotlos gewordenen Personen nach Möglichkeit Hilfe zu schaffen, müßte man versuchen, an Stelle der unterdrückten neue Blätter zu gründen, die sich dem Gesetz anzubequemen versuchten. Hatten doch Lasker wie der Berichterstatter der Kommission bei der Be-

ratung des Gesetzes erklärt, daß Blätter, die ihre Haltung änderten, nicht unterdrückt werden sollten. Aber respektiert wurden diese Zusagen nicht. Neben der Neugründung von Blättern solle man sich auf die Herstellung allgemein bildender Literatur werfen. Die Gründung von Blättern sei auch geboten, weil sie die bequemste und unverfänglichste Art bilde, die Verbindung unter den Parteigenossen aufrechtzuerhalten. Gelänge es nicht, in der einen oder anderen Form Hilfe zu schaffen, dann würde eine große Zahl der führenden Personen genötigt, ins Ausland zu wandern, was ein großer Verlust für die Partei sei. Als Sozialisten stigmatisiert, fänden sie angesichts der Stimmung in den Unternehmerkreisen keine Stellung, die überdies infolge der Krise Arbeitskräfte in Mengen zur Verfügung hätten.

Daß man sehr bald auch mit einer für die Parteiverhältnisse großen Zahl Ausgewiesener und deren dadurch in Not geratenen Familien werde rechnen müssen, daran dachten wir zunächst nicht. Auf Grund der Erklärungen, die während der Beratungen über den kleinen Belagerungszustand aus kompetentem Munde abgegeben wurden, hielten wir zunächst die Verhängung desselben für unwahrscheinlich. Wir täuschten uns. Noch ehe der Monat November zu Ende ging, wurde der kleine Belagerungszustand über Berlin verhängt. Ihm folgte im Jahre 1880 derjenige über Hamburg-Altona und Umgegend, dann über Harburg, Ende Juni 1881 über Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig usw. Wenn bei irgend einer unter dem Sozialistengesetz getroffenen Maßregel, so erwies sich bei der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes die „loyale" Behandlung des Gesetzes als Lüge.

Sobald das Gesetz verkündet und in Kraft getreten war, fielen die Schläge hageldicht. Binnen wenigen Tagen war die gesamte Parteipresse mit Ausnahme des „Offenbacher Tageblatts" und der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg unterdrückt. Das gleiche Schicksal teilte die Gewerkschaftspresse mit Ausnahme des Organs des Buchdruckerverbandes, des „Korrespondenten". Auch war der Verband der Buchdrucker, abgesehen von den Hirsch-Dunckerschen Vereinen, die einzige

Gewerkschaftsorganisation, die von der Auflösung verschont blieb. Alle übrigen fielen dem Gesetz zum Opfer. Ebenso verfielen der Auflösung die zahlreichen lokalen sozialdemokratischen Arbeitervereine, nicht minder die Bildungs-, Gesang- und Turnvereine, an deren Spitze Sozialdemokraten standen, und die deshalb für sozialdemokratische Vereine erklärt wurden, in denen, wie die Phrase im Gesetz lautete, „sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise" zutage getreten seien.

Wer heute diese Phrase liest, wird sich kaum des Kopfschüttelns und wohl auch eines Lächelns enthalten können. Aber damals war es bitterer Ernst mit dieser Phrase. Mit einem Federzug vernichtete die Polizei, was durch viele Jahre unter großer Mühe und Opfern aller Art aufgebaut worden war.

Das Trümmerfeld des Zerstörten wurde erweitert durch die Verbote der nicht periodisch erscheinenden Literatur. Die Reihe der Verbote eröffnete das Berliner Polizeipräsidium. An der Spitze der ersten Leporelloliste von 84 Verboten stand wie zum Hohn Leopold Jacobys „Es werde Licht". Dem blinden Eifer, zu verbieten, fielen auch eine Anzahl Schriften zum Opfer, die mit Sozialismus nicht das geringste zu tun hatten. So zum Beispiel August Röckels „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim" und allerlei „Gereimtes und Ungereimtes" von William Spindler. Sogar die Schrift des ehemaligen österreichischen Ministers Professor Schäffle „Die Quintessenz des Sozialismus" wurde verboten, indes wurde das Verbot auf erhobene Beschwerde wieder aufgehoben.

Die Versuche, an Stelle der unterdrückten Blätter neue zu gründen, die nach Lage der Dinge außerordentlich vorsichtig redigiert werden mußten, mißlangen in den ersten Jahren fast alle. So versuchte man in Berlin nach der Unterdrückung der „Freien Presse" unter dem Titel der „Berliner Tagespost" ein farbloses Blatt zu gründen, das als Fortsetzung der „Berliner freien Presse" angesehen und sofort verboten wurde. Seine Herausgeber wurden deshalb zu einer hohen Geldstrafe verur-

teilt. Mit dem „Vorwärts“ in Leipzig fielen eine Reihe hier erscheinender Provinzblätter: „Volksblatt in Altenburg“, „Volksblatt für den 14. sächsischen Wahlkreis“, „Muldentaler Volksfreund“, „Groitzsch-Pegauer Volksblatt“ und „Voigtländische freie Presse“ dem Gesetz zum Opfer. Ebenso fielen die „Mitteldeutsche Zeitung“, die „Freie Presse“ und die „Neue Leipziger Zeitung“. 1879 folgten der „Leipziger Beobachter“, das „Deutsche Wochenblatt“ und der „Wanderer“, als letztes Blatt wurde 1881 der „Reichsbürger“ unterdrückt, nachdem zuvor noch ein kleines Witzblatt „Das Lämplein“ den Weg des Sozialistengesetzes gegangen war. Nunmehr stellten wir in Leipzig auf Jahre hinaus jeden Versuch einer Blattgründung ein. Wir machten die Erfahrung, daß die Blätter stets dann verboten wurden, sobald der Abonnentenstand so weit gediehen war, daß er ihre Kosten deckte. Dadurch und durch verschiedene andere Wahrnehmungen mißtrauisch gemacht, entdeckten wir, daß wir einen Polizeispion in der Person eines unserer Expedienten im Geschäft sitzen hatten, dem natürlich sofort mit dem nötigen moralischen Fußtritt die Tür gewiesen wurde. Wir machten alsdann noch den Versuch mit einem bürgerlichen Verleger, unter dessen Firma gemeinsam ein Blatt herauszugeben. Dieses führte aber in Kürze zu Mißhelligkeiten, und so traten wir von dem Versuch zurück. Und da die gleichen Maßnahmen wie in Berlin und Leipzig fast überall gegen uns getroffen wurden, hatten wir im Lauf von wenigen Monaten für Hunderte von Existenzen und deren Familien zu sorgen. Von allen Seiten kamen die Hilferufe an uns nach Leipzig, denen wir selbst mit Aufbietung aller Kräfte nur zum kleinsten Teile gerecht werden konnten.

Parteigenossen, die damals den Ereignissen fern standen oder sich gar im Ausland in sicherer Hut befanden, haben später geglaubt, die „Untätigkeit“ der leitenden Personen scharf kritisieren zu müssen. Die guten Leute, aber schlechten Musikanten hatten keine Ahnung von dem wirklichen Zustand der Dinge, die wir öffentlich nicht mit der großen Glocke bekannt machen durften. Als Entschuldigung mag für den einen und anderen dieser Kritiker dienen, daß er auf Grund des Proto-

kolls über den Wydener Kongreß urteilte. Aber dieses Protokoll ist irreführend. Es war frisiert und mußte genau so wie später das Protokoll über den Kopenhagener Kongreß frisiert werden, wollten wir uns nicht selbst denunzieren und bezichtigen. So wurden in diesen Protokollen zwar die Angriffe gegen die Parteileitung veröffentlicht, aber was diese zu ihrer Rechtfertigung zu sagen und überhaupt Wichtiges zu berichten hatte, wurde möglichst verschwiegen oder nur abgetönt wiedergegeben. Dies diente auch zur Irreführung der Behörden.

Im ersten Bande meiner Erinnerungen schrieb ich, die Jahre 1867 bis 1871 seien die arbeitsreichsten meines Lebens gewesen, von den drei Jahren Herbst 1878 bis Herbst 1881 darf ich sagen, es waren die unangenehmsten, weil sorgenvollsten meines Lebens. Und Arbeit gab es auch im Uebermaß. Da ich zu jener Zeit durch meine geschäftliche Stellung vor materieller Sorge gesichert war, im Gegensatz zu Auer, Blos, Hasenclever, M. Kayser, Liebknecht, Motteler und vielen anderen, die mehr oder weniger zeitweilig dem Nichts gegenüberstanden, was war natürlicher, als daß in erster Linie die Last der Parteiarbeit und insbesondere auch die Sorge um die Beschaffung der materiellen Mittel auf mich fiel? Eine sechzehnstündige Arbeitszeit wurde für mich die Regel.

Es galt zunächst im Hause Ordnung zu schaffen, ehe man sich auf auswärtige Unternehmungen einließ. So wiesen wir — Liebknecht und ich — ein bald nach Verhängung des Sozialistengesetzes gemachtes Angebot, uns die Mittel für ein im Ausland erscheinendes Blatt zur Verfügung zu stellen, vorläufig zurück. Ich bemerke, um keine falschen Kombinationen aufkommen zu lassen, es war nicht Karl Höchberg, der uns dieses Angebot machte. Höchberg und Otto Freytag in Leipzig und eine kleine Zahl bemittelter Personen, die damals der Partei nahestanden oder zu ihr gehörten, lieferten die Mittel, damit wir der dringendsten Not abhelfen konnten. Denn die Sammlungen durch die Partei kamen erst allmählich in Fluß und wurden auch durch die von Ort zu Ort wandernden Ausgewiesenen in Anspruch genommen. Und die Zahl der Hilfs-

bedürftigen war namentlich in den ersten Jahren groß und wuchs beständig.

Unter solchen Verhältnissen war der Partei das Hemd näher als der Rock. Vor allem galt es zunächst, wieder festen Boden unter den Füßen zu bekommen, die im ersten Sturm des Sozialistengesetzes in Deroute geratenen Massen wieder zu sammeln und ihnen das Rückgrat zu steifen. Es ist ebenfalls eine falsche Darstellung, als seien damals die Führer die Kopflosen gewesen und als hätten die Massen die Partei retten müssen. Massen und Führer sind aufeinander angewiesen, die einen können ohne die anderen nicht wirken. Wohl gab es unter den Führern — das Wort im weitesten Sinne genommen — mehr Marodeure und Hasenfüße, als uns lieb war, doch die materielle Notlage der meisten entschuldigt vieles. Aber auch in den Massen, namentlich in den mittleren und kleinen Orten, herrschte vielfach Niedergeschlagenheit und Tatlosigkeit. Es bedurfte zahlreicher geheimer Zusammenkünfte und Versammlungen und energischer Agitation, um die mutlos Gewordenen aufzurichten und zu erneuter Tätigkeit anzuspornen. Und das gelang. Von dieser mühsamen, absolut notwendigen Tätigkeit konnte und durfte man aber außerhalb der Kreise der Beteiligten nichts sehen und hören lassen bei Strafe der Selbstdenunziation.

Während wir so in voller Tätigkeit waren, aus den Trümmern, die das Sozialistengesetz uns bis dahin geschaffen hatte, zu retten, was zu retten möglich war, wurden wir am 29. November mit der Nachricht überrascht, daß am Abend zuvor der „Reichsanzeiger" eine Proklamation des Ministeriums veröffentlichte, wonach der kleine Belagerungszustand über Berlin verhängt wurde. Dieser Hiobspost folgte am nächsten Tage die Mitteilung, daß 67 unserer bekanntesten Parteigenossen, darunter J. Auer, Heinrich Rackow, F. W. Fritzsche, bis auf einen sämtliche Familienväter, ausgewiesen worden seien. Einige mußten binnen 24 Stunden die Stadt verlassen, die meisten anderen binnen 48 Stunden, einigen wenigen räumte man eine Frist von drei Tagen ein. Die Nachricht von der Verkündigung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin rief eine gewaltige Aufregung in Berlin und außerhalb hervor. Niemand

konnte sich die Gründe einer solchen Gewaltmaßregel erklären, selbst die bürgerlichen Blätter bis weit nach rechts äußerten Bedenken.

Als während der Beratung des Gesetzes bei § 28 (kleiner Belagerungszustand) der Abgeordnete Windthorst Bedenken äußerte, daß diese äußerste Maßregel leicht mißbräuchliche Anwendung finden könne, suchte ihn der Berichterstatter der Kommission, der Abgeordnete v. Schwarze-Dresden, durch die Erklärung zu beruhigen: „Es sind (für die Anwendung des § 28) ausdrücklich nur solche Fälle in Betracht genommen worden, wo ganze Bezirke oder Ortschaften durch die sozialdemokratischen Agitationen so unterwühlt sind, daß das allgemeine Bewußtsein von der Rechtssicherheit und dem Rechtsfrieden der Bürger gestört ist; daß man erwarten kann, die öffentliche Sicherheit werde durch irgendwelche gewalttätige Ausbrüche gefährdet und gestört werden; daß mit einem Wort durch die gewöhnlichen, gegen einzelne Personen möglichen Maßregeln des Landesgesetzes die Rechtssicherheit und der Rechtsfrieden nicht aufrechterhalten werden könnten." Aehnlich äußerte sich ein anderer konservativer Abgeordneter. Wären diese Erklärungen des Berichterstatters der Kommission, des Abgeordneten v. Schwarze, ehrlich von den Regierungen als Grundbedingung für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes angesehen worden, man hätte ihn weder über Berlin noch über die anderen Städte im Bezirk, die später davon betroffen wurden, verhängen können. Kein ehrlicher Mann konnte behaupten, daß in jenen Städten und Bezirken Zustände vorhanden waren, wie sie der Abgeordnete v. Schwarze als Voraussetzung für die Anwendung des § 28 des Sozialistengesetzes für notwendig hielt. Es erwiesen sich eben alle jene Interpretationen und Zusagen, die man während der Beratung des Gesetzes zur Beruhigung bedenklicher Gemüter gemacht, jetzt als leere Ausreden, die keinen Pfifferling Wert hatten.

Für uns in Leipzig war durch die Berliner Massenausweisung die Situation sehr verbösert worden. Jetzt galt es aufs neue für die brot- und existenzlos gewordenen Genossen Stellung und für sie und ihre Familien während ihrer Existenz-

losigkeit Mittel zum Unterhalt zu beschaffen. Auer ging nach Hamburg und fand dort an der neugegründeten „Gerichtszeitung" Stellung. Rackow, der Geschäftsführer der Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei, wanderte nach London aus. Eine kleine Zahl der ausgewiesenen Genossen schwamm über den „großen Teich" nach den Vereinigten Staaten, die Mehrzahl kam nach Leipzig — darunter F. W. Fritzsche — und Hamburg. Um neue Mittel zu schaffen, verfaßte ich im Einverständnis mit den übrigen Komiteemitgliedern folgendes Rundschreiben, das ich an alle mir geeignet scheinenden Persönlichkeiten sandte.

„Leipzig, Datum des Poststempels.

Geehrter Herr!

Infolge von Vorgängen, die Ihnen hinlänglich bekannt geworden sein dürften, sind eine große Anzahl von Personen heimat- und existenzlos geworden und mit ihren Angehörigen bitterster Not überantwortet.

Diese Notleidenden soweit als möglich zu unterstützen und ihnen zu einer anderweitigen Existenz zu verhelfen, dürfte ein Gebot der einfachsten Menschenpflicht sein, und erlaube ich mir deshalb im Einverständnis einer Anzahl meiner Freunde, auch an Sie die dringende Bitte zu richten, ein Scherflein für die Notleidenden beitragen zu wollen und in gleichem Sinne im Kreise Ihrer Freunde zu wirken.

Ihren Beitrag wollen Sie gütigst unter der Adresse: Herrn M. Kobitsch, Dresden, an der Frauenkirche 6 und 7, oder an Frau J. Bebel, Hauptmannstraße 2, Leipzig, einsenden.

Gewissenhafter Verwendung eingehender Beträge und diskretester Behandlung der ganzen Angelegenheit dürfen Sie sich versichert halten. Hochachtungsvoll A. Bebel."

Die vorsichtige Fassung des Rundschreibens zeigt, wie sehr wir im dunkeln tappten. Wir mußten vorerst feststellen, wie weit wir auf Grund des Gesetzes würden gehen können, denn die Sammlung der Gelder konnte nicht verborgen bleiben. Tatsächlich erfolgte auch einige Monate später bei mir eine ergebnislos gebliebene Haussuchung und eine Anklage auf Grund des Sozialistengesetzes wegen verbotener Geldsammlungen. Ich

wurde aber freigesprochen. Damals gingen die Gerichte noch nicht so weit, Sammlungen für die Ausgewiesenen zu bestrafen, später aber, als die Behörden solche Sammlungen ausdrücklich auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, wurde die Rechtsprechung eine andere. Wir mußten jetzt die Sammlungen ausschließlich für die Familien der Ausgewiesenen vornehmen.

Meine Aufforderung zur Geldsammlung wurde von einem Erfolg gekrönt, den ich nicht erhofft hatte. Später, als die Handhabung des Gesetzes immer strenger wurde und die Zahl der Ausgewiesenen immer größer, veranstalteten auch einzelne Abgeordnete der Linken im Reichstag Geldsammlungen. Sogar der Abgeordnete Lasker, dem sehr bald das Gewissen wegen seiner Zustimmung zum Gesetz schlug, beteiligte sich an einer solchen.

Die Unterbringung der Ausgewiesenen in eine Arbeitsstelle wurde uns, wie ich schon ausgeführt, sehr schwer gemacht. Die wirtschaftliche Krise befand sich noch auf voller Höhe. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften war in fast allen Branchen vorhanden. Und war es einem Ausgewiesenen geglückt, eine Stelle zu erhalten, flugs erschien die Polizei und denunzierte den armen Teufel seinem Arbeitgeber, der oft widerwillig den eben erst angenommenen Arbeiter entließ. Der mußte jetzt sein Ränzel aufs neue schnüren und zum Wanderstab greifen. Für Männer in vorgeschrittenen Jahren ein hartes Los.

Die fortgesetzten Ausweisungen und die Schikanierung der Ausgewiesenen durch die Polizei hatten aber einen Erfolg, den unsere Staatsretter nicht vorausgesehen. Durch die Verfolgungen aufs äußerste verbittert zogen sie von Stadt zu Stadt, suchten überall die Parteigenossen auf, die sie mit offenen Armen aufnahmen, und übertrugen jetzt ihren Zorn und ihre Erbitterung auf ihre Gastgeber, die sie zum Zusammenschluß und zum Handeln anfeuerten. Dadurch wurde eine Menge örtlicher geheimer Verbindungen geschaffen, die ohne die Agitation der Ausgewiesenen kaum entstanden wären. Der Vorgang erinnert an die Verfolgung der Christen in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung durch die römischen Cäsaren und ihre Werkzeuge. In die äußersten Winkel des Reiches vor den Verfol-

gungen flüchtend, predigten sie überall die neue Lehre, wegen der sie verfolgt wurden, und untergruben so am meisten das Reich, das sie als Umstürzler fürchtete. Es muß ausgesprochen werden, daß die Ausgewiesenen, meist kenntnisreiche energische Männer, damals der Partei die größten Dienste leisteten und ihr doppelt und dreifach vergalten, was die Partei an finanziellen Opfern für sie bringen mußte. Das kam auch allmählich unseren Feinden zum Bewußtsein. Von den Bürgermeistern der kleinen Städte und den Landratsämtern liefen fortgesetzt Klagen bei den höheren Instanzen ein über das Unheil, das diese Ausgewiesenen in ihren Bezirken anrichteten. So kam es, daß man vom Jahre 1886 an wenigstens in Berlin nur ganz ausnahmsweise auswies. Man sagte geradezu denjenigen, die man auf verbotenen Wegen ertappte, nachdem sie ihre Strafe verbüßt: Wir weisen euch nicht aus, draußen agitiert ihr, aber hier haben wir euch unter der Fuchtel und legen euch das Handwerk.

Mit welchen Augen ich die Lage Ende 1878 beurteilte, nachdem das Gesetz etwas über zwei Monate in Kraft gewesen war, mag folgender Brief vom 12. Dezember an Vollmar zeigen, der zu jener Zeit noch im Landesgefängnis zu Zwickau wegen Preßvergehens eine lange Strafhaft verbüßte.

„Wenn ich Sie so lange mit einigen Zeilen von mir warten lasse, so muß ich zu meiner Entschuldigung das alte Lied wiederholen: Ueberhäufung mit Arbeit. Die Maßregelungen, die Ausweisungen usw. haben mir eine Menge von Arbeiten gebracht, an die ich bei Kreierung des Gesetzes nicht gedacht. Statt daß es recht stille werden sollte, habe ich mehr zu tun wie die ganzen Jahre zuvor, und zum Glück setzt mich meine längere Anwesenheit hier in die Lage, wieder erledigen zu können, was mir sonst unmöglich wäre. Wir haben jetzt alle Hände voll zu tun, um für die existenz- und heimatlos Gewordenen das Nötige aufzubringen. Doch bin ich mit dem Resultat zufrieden. Trotz der erbärmlichen Zeiten — denn die Geschäfte gehen im allgemeinen sehr schlecht, und wir haben bis jetzt den ungünstigsten Winter, den wir in den letzten Jahren gehabt — opfern die Genossen,

was sie vermögen, und beschämen so jene traurigen Wichte und jenes erbärmliche Lumpengesindel, welches sich namentlich jetzt in schamlosester Weise in der Presse zeigt.

Sie haben schwerlich einen Begriff davon, wie seit Monaten unausgesetzt und selbst jetzt, wo man uns mundtot gemacht, die liberale Preßmeute mit Beschimpfungen und Denunziationen über uns herfällt. Es ist eine böse Saat, die gesät wird, und sie wird keine guten Früchte bringen.

Ihre Ausweisung ist uns natürlich bekannt, selbstverständlich werden Sie appellieren, aber ebenso selbstverständlich ohne Erfolg. Jetzt darf man sich gegen Sozialdemokraten alles erlauben, Recht und Gesetz gibt es für uns nicht.

Am heitersten sind die Entscheidungen der hohen Reichskommission auf die Beschwerden gegen die Unterdrückungsmaßregeln; die übertrumpft noch die Polizei. Nach den letzten Vorgängen in Berlin übrigens selbstverständlich.

Kayser war diese Woche auch hier, er war noch stark gelb angelaufen; er will nach Breslau.

Kann ich Ihnen in irgendeiner Weise dienen, so wollen Sie mir nur ungeniert schreiben; was zu tun möglich ist, soll geschehen. Im übrigen bewahren Sie sich die nötige philosophische Ruhe. Wären Sie jetzt in der „Freiheit", so würden Sie auch viel Aerger und Verdruß haben, für uns ist Deutschland heute nur Zuchthaus.

Herzliche Grüße von uns. Ihr A. Bebel."

Erläuternd bemerke ich: Die Ausweisung, die Vollmar traf, sobald er das Gefängnis verließ, erfolgte auf Grund eines alten sächsischen Gesetzes, wonach jede mit Gefängnis bestrafte Person aus ihrem Wohnort ausgewiesen werden konnte. Von dieser Gesetzesbestimmung machte man zu jener Zeit gegen bestrafte Sozialdemokraten umfassenden Gebrauch. Insbesondere waren damals Max Kayser und Wilhelm Ufert, die durch das halbe Königreich von Ort zu Ort verfolgt wurden, die Gehetzten.

Meine Bemerkungen über die Reichskommission, über deren Wirksamkeit ich mich schon früher äußerte, mögen ergänzt werden durch einen Auszug aus den Tagebuchaufzeichnungen des

verstorbenen Kultusministers Bosse, die erklärlich machen, daß diese Beschwerdekommission nicht anders handelte. Die Art ihrer Zusammensetzung sorgte dafür. Bosse schreibt unter dem 20. Oktober 1878:

„Zunächst brachte Bismarck die Ausführung des Sozialistengesetzes zur Sprache! Annahme im Bundesrat, dann sofort Vorlage an den Kronprinzen um schleunigste Publikation.... Als richterliche Mitglieder der Beschwerdekommission sind ihm die Mitglieder des Obertribunals v. Grävenitz, Clauswitz, Hahn und Delius als praktisch vollkommen zuverlässig bezeichnet worden. Der Justizminister schlug noch den Obertribunalrat v. Holleben vor und benützte den Anlaß, um — wie mir schien wenig taktvoll und geschickt — die preußischen Richter überhaupt als praktisch zuverlässig herauszustreichen. Fürst Bismarck meinte, wenn die preußischen Juristen alle so wären wie der Staatsanwalt Tessendorf, dann wären sie in der Rekursinstanz zu brauchen; aber die preußischen Staatsanwälte fühlten sich meist nicht als Regierungsbeamte, sondern als souveräne Richter. Den badischen Oberstaatsanwalt Kiefer bezeichnete er als abschreckendes Beispiel. An badische Richter könne man also für die Kommission nicht denken."

Ein zweiter Brief, den ich fünf Monate später unter dem 28. März 1879 an Vollmar über unsere Lage schrieb, lautet:

„Ihr Brief vom 23. dieses ist in meinen Besitz gelangt. Ich hätte Ihnen schon längst geschrieben, wenn ich nicht fortgesetzt mit den widersprechendsten und häufig auch unangenehmsten Arbeiten überlastet wäre und infolgedessen allmählich in eine Aufregung gekommen bin, die mein Befinden zu keinem erfreulichen gemacht hat. Wenn man von allen Seiten um Rat und Hilfe angegangen wird, die volle Notwendigkeit dazu anerkennt und doch so wenig zu leisten vermag, so ist dies eine höchst unangenehme Situation. Was ich Ihnen ich glaube schon einmal vor Monaten schrieb, die Krisis ruiniert uns materiell weit mehr als das Sozialistengesetz, gilt auch heute noch und mehr als früher in vollem Umfang. Die einzelnen Unternehmungen haben überall stetig an Halt verloren, und wenn das so fortgeht, so läßt sich mathematisch genau berechnen, wann

ſie aufhören, exiſtenzfähig zu ſein. Daß unter ſolchen Umſtänden namentlich bei den überall beſchränkten Fonds weit mehr an eine Reduzierung als an eine Vermehrung der Arbeitskräfte gedacht werden muß, brauche ich nicht erſt zu ſagen.

Von unſeren älteren und bekannteren Leuten ſind Motteler und Kayſer noch vollſtändig ſtellungslos, Wiemer hat die Fabrikation von Federhaltern aus Schilf ergriffen, Vahlteich will, da man ganz neuerdings ihn zwangsweiſe von hier fortgebracht — er wohnte unangemeldet hier —, in Chemnitz zur Schuſterei greifen, der einarmige Seifert will es mit der Kolportage verſuchen, Kayſer, Haſenclever und Liebknecht werden zur Not noch hier gehalten, auf wie lange, wage ich bei dem Stand der Dinge nicht zu ſagen, da die „Neue Welt“ bedeutend an Abonnenten verloren hat und hart am Rande des Defizits ſteht und die anderen Unternehmungen ſich auch nur ſoſo durchſchlagen. Wie in dieſer Lage für Sie paſſende Stellung gefunden werden ſoll, weiß ich bei dem beſten Willen nicht. Vielleicht ließe ſich mit Ueberſetzungsarbeiten, welche in Broſchürenform gedruckt und verbreitet werden können, aber ſelbſtverſtändlich nicht der Gefahr der Unterdrückung ausgeſetzt ſein dürfen, etwas machen. Die hieſige Genoſſenſchaft könnte ſie in Verlag nehmen; doch wird dies immerhin nur eine mäßige Hilfe abwerfen. Ich will einmal mit Liebknecht reden, ob ſich für auswärts eine Korreſpondenz findet. Daß Sie bei S. nicht ankommen konnten, habe ich gefürchtet, S. iſt furchtbar vorſichtig, bis zur Feigheit vorſichtig.

Da fällt mir eben ein, daß Sie vielleicht eine Korreſpondenz an der von Curti und Rüegg in Zürich am 1. April gegründeten „Züricher Poſt“ bekommen könnten. Als ich kurz nach Oſtern dort war, waren ſie mit dem Stand des Blattes zufrieden. Viel werden ſie freilich nicht leiſten können. Curti war früher einer der Redakteure der „Frankfurter Zeitung“, ſchreiben Sie direkt an ihn, Brief wird jedenfalls unter der Adreſſe der Zeitung ankommen, und berufen Sie ſich auf mich, wenn Sie ihn perſönlich nicht kennen.“

Unſere Verlegenheiten waren alſo nicht gering, aber ſie mußten überwunden werden und ſie wurden überwunden. Daß die Partei

scheinbar alles geduldig über sich ergehen ließ, führte irre. Dem Reichskanzler paßte diese scheinbare Fügsamkeit gar nicht, er hätte am liebsten gesehen, wir ließen uns zu Putschen hinreißen. Von der geleisteten Minierarbeit hatte er keine Vorstellung. In jenen Tagen wurde ihm die Aeußerung zugeschrieben: „Man muß die Sozialdemokratie so lange schikanieren und drangsalieren, bis sie losschlägt, um sie dann gründlich ausrotten zu können." Dieselbe Auffassung vertrat er noch gegen Ende des Gesetzes, als Wilhelm II. durch die Einberufung der internationalen Arbeiterschutzkonferenz und den bekannten Februarerlaß von 1890 andere Wege einschlug. Auch in anderen maßgebenden Kreisen, namentlich den militärischen, war der Glaube verbreitet, die Sozialdemokratie werde auf die Verkündung des Ausnahmegesetzes durch offenen Aufruhr antworten, und war überrascht, daß dies nicht geschah. Man sah darin nur einen Beweis unserer Feigheit. So erzählte mir im Frühjahr 1880 die Schwester des Philosophen Mainländer, deren persönliche Bekanntschaft ich gemacht hatte, sie sei vor kurzem einige Wochen zu Besuch in Berlin gewesen — die Dame wohnte in Offenbach — und sei bei dieser Gelegenheit in eine größere Gesellschaft gekommen, in der sich auch mehrere Gardeoffiziere befanden. Im Laufe des Abends sei die Unterhaltung auch auf die Sozialdemokratie gekommen, und da sei sie erschrocken über den Haß, den die Offiziere gegen uns bekundeten. So habe der eine geäußert: Hätten die Kerls den Mut loszuschlagen, wir wateten bis an die Knöchel in ihrem Blut.

Um aber auch die entsprechende Stimmung bei dem alten Kaiser gegen uns immer mehr zu schüren, unterhielt man ihn mit den schlimmsten Märchen über unsere angeblichen Pläne. So nur war es möglich, daß, als der alte Herr nach monatelanger Abwesenheit am 7. Dezember 1878 — neun Tage nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin — dorthin zurückkehrte, er zu den ihn begrüßenden Stadtverordneten äußerte: „Es ist bewiesen, daß weitverzweigte Verbindungen bestehen mit dem ausgesprochenen Prinzip, die Häupter der Staaten zu beseitigen." Mit solchen Geschichten schüchterte man Wilhelm I. ebenso ein, wie man durch die gleichen Ge-

schichten nachher unter dem Ministerium Feilitzsch Ludwig II. von Bayern vor der Sozialdemokratie ängstigte. Und man versuchte die gleichen Mittel bei Wilhelm II. anzuwenden. Mir haben Bekannte, die das kaiserliche Schloß besuchten, wiederholt berichtet, daß im Arbeitszimmer Wilhelms I. auf dessen Schreibtisch die bösesten Hetz- und Schandschriften über unsere Partei gelegen hätten. Zu welchem Zweck ist klar.

Den Herren da oben geht es wie anderen Sterblichen, sie glauben zu schieben und werden geschoben, sie glauben zu regieren und werden regiert.

Die ersten öffentlichen Lebenszeichen der Partei.

In den bürgerlichen Kreisen glaubte man vielfach, wir seien mausetot. Was der Mensch gern hofft, das glaubt er. Weil wir so wenig äußere Lebenszeichen von uns gaben, was war wahrscheinlicher, als daß wir kaum noch lebten. Aber wir lebten. Als es im Februar 1879 in Breslau-West zu einer Nachwahl kam, trat auch die Partei in die Schranken, und wenn sie auch keinen Sieg erfocht und weniger Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigte als bei der Hauptwahl im Jahre 1878, im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien hatten wir am wenigsten eingebüßt. Ein zweiter Vorgang in Breslau zeigte in noch deutlicherem Maße, daß die Partei noch am Leben sei. Am 22. Mai war der Abgeordnete für Breslau-Ost, der Genosse Klaus Peter Reinders an der Proletarierkrankheit gestorben. Reinders, der selbst bis zum letzten Atemzuge mit Leib und Seele für die Partei tätig gewesen, dem die Partei das Höchste war, bekam eine Leichenfeier, wie sie Breslau noch nie gesehen hatte. Und der Erfolg bei der Nachwahl für ihn übertraf unsere kühnsten Erwartungen. Zwar griff mit einer bisher nie gekannten Brutalität die Polizei in den Wahlkampf ein, sie verbot zum Beispiel alle Wahlversammlungen, so daß Hasenclever, der als Kandidat aufgestellt war, und Max Kayser, der ihn im Wahlkampf unterstützen wollte, nur in einer Versammlung in der freien Gemeinde sprechen konnten. Das Resultat der Wahl am 8. Juli war engere Wahl zwischen Hasenclever und dem fortschrittlichen Kandidaten, und in dieser siegte Hasenclever mit 1200 Stimmen Mehrheit. Die Gegner waren betroffen, um so mehr begrüßte die Partei mit großer Genugtuung diesen Sieg. Der Beweis war erbracht, daß auch unter dem Sozialistengesetz allen Schikanen und Gewalttaten zum Trotz die Partei zu siegen verstand.

Dem Breslauer Sieg folgte ein schwerer Verlust für die Partei. Am 1. August starb nach kurzem Krankenlager August Geib am Herzschlag. Man darf es aussprechen, der scheinbar

so robuste Mann mit dem prächtigen langbärtigen Männerkopf starb im 38. Lebensjahr als ein Opfer des Sozialistengesetzes. Ohne dessen Aufregungen, Aergernisse und Sorgen hätte er noch viele Jahre gelebt. Die ganze Liebe und Verehrung für den Mann, der im Rate der Partei stets einer der Ersten und Besten gewesen, kam bei seinem Begräbnis zum Ausdruck. Ueber dreißigtausend Arbeiter folgten seinem Sarge. Hamburg, die stolzeste Feste der Partei bewies nachher, daß der Same aufgegangen, den Geib als Sämann mit ausgestreut hatte. Aus Anlaß seines Todes schrieb die Frau des schon damals schwer erkrankten Bracke an meine Frau.

„Braunschweig, den 2. August 1879.

Meine liebe Julie!

Es drängt mich, Dir heute einige Zeilen zu schreiben. Beim Empfang dieses Briefes wird es Dir gewiß auch schon bekannt sein, daß Herr Geib gestern am Herzschlag gestorben. Es tut uns sehr sehr leid, er war ein braver Mann und ein treuer, wackerer Kämpfer im Dienste der Sozialdemokratie. Mein Mann wurde heute morgen so von seiner inneren Stimmung beherrscht, daß ihm die Tränen in die Augen traten, und ich fühle es der armen Frau Geib nur zu gut nach. Sie haben keine Kinder, und so war ihr Mann ihr alles. O, es ist überwältigend, mit einem Schlage so elend in der Welt dazustehen, das Leben muß einem zu einer traurigen Einöde werden. Gestern hatten wir die große Freude, Deinen lieben Mann bei uns zu sehen. Wir machten auch einen kleinen Ausflug ins Gehölz per Wagen, denn mein Mann kann leider immer noch nicht gut gehen. Die Füße sind ihm wie gelähmt, es ist kein Leben darin. Dein Mann wird Dir's späterhin erzählen. Wieviel Angst und Sorge mir dieser Zustand macht, brauche ich Dir wohl kaum zu sagen. Man sieht keine Besserung, und das macht einen mut- und hoffnungslos. Wenn ich daran denke, wie er früher gut zu Fuß war und tüchtig marschieren konnte, und wenn ich ihn jetzt dahingehen sehe, so blutet mir das Herz. Der Gedanke, daß es ihm auch so ergehen könnte wie dem Großpapa, will mir gar nicht aus dem Sinn, und er ist ja doch noch so jung, wieviel schwerer ist

ein ſolches Schickſal doch für einen jungen Mann, als für jemand, deſſen Lebensabend ſchon ziemlich weit vorgerückt iſt. In acht Tagen wird mein Mann eine Kur gebrauchen in Baden-Baden. Mein Bruder iſt ſoeben nach Hamburg zu Geibs Begräbnis. Er wird hoffentlich Deinen guten Mann auch dort antreffen. Mein Mann hat dem Deinigen nach Hannover telegraphiert. Derſelbe wird ſich auch ſehr erſchrocken haben, wir ſprachen noch über Geibs Krankſein. Für Eure freundliche Einladung tauſend Dank, wie gern käme ich mal nach Leipzig, doch daran iſt gar nicht zu denken. Dahingegen hat mir aber Dein Mann verſprochen, daß Du mit Frida dieſen kommenden Herbſt uns beſuchen ſollſt. Eine größere Freude könnte es für mich nicht geben. Wir werden uns ſpäter noch darüber ſchreiben. Für heute ſage ich Dir Adieu, ich muß hinunter, das Abendbrot zu beſorgen. Lebe recht wohl und ſchreibe mir bald einmal ein paar Zeilen wieder. Tauſend herzliche Grüße von uns allen auch für Frida in treuer Liebe Deine Emilie Bracke."

Als Frau Bracke dieſen Brief ſchrieb, ahnte ſie nicht, daß ehe ein Jahr verging ſie ebenfalls Witwe war.

Dem ſchweren Verluſt, den uns der Tod Auguſt Geibs zugefügt, folgten wieder Erfolge. Im Auguſt 1879 fanden in Sachſen die Landtagsergänzungswahlen ſtatt, bei denen nach dem Geſetz nur ein Drittel der Wahlkreiſe beteiligt iſt. In einem der Wahlkreiſe, Leipzig Land, ſiegte Liebknecht und in Zwickau Land Rechtsanwalt Puttrich. Ein bedeutendes Mehr an Stimmen gegen früher erhielten wir in einem der Dresdener Landwahlkreiſe und in einem Wahlkreiſe der Stadt Chemnitz. In letzterer Stadt tobte die Polizei wie beſeſſen. So verhaftete ſie kurz vor dem Wahltag zwanzig Parteigenoſſen, die Flugblätter und Stimmzettel falzten, und führte ſie wie ein Bündel Zigarren mit einem Strick umſchnürt nach dem Polizeiamt. Dort wurden die meiſten der Verhafteten wieder entlaſſen; dagegen wurden Julius Vahlteich, der Kandidat der Partei, und einige andere wider Recht und Geſetz für mehrere Tage in Haft genommen. Eine Anklage konnte nicht erhoben werden. Zweck dieſer Prozedur war, unſere Wahlagitation zu durchkreuzen. Dieſer

Zweck wurde durch die schnöde Rechtsverletzung, die sich die Chemnitzer Polizei zuschulden kommen ließ, auch erreicht.

Bei den Reichstagsnachwahlen in Erfurt und in Magdeburg schnitt die Partei sehr günstig ab. Diese Erfolge wirkten so niederschlagend auf die gegnerische Presse, daß ein Teil derselben jetzt befürwortend dafür eintrat, das Sozialistengesetz über den 31. Oktober 1881 hinaus zu verlängern. Anfang Januar 1880 sah Bracke sich genötigt, sein Mandat für den 17. sächsischen Reichstagswahlkreis Glauchau-Meerane-Hohenstein niederzulegen. Dieser Rücktritt vom Mandat veranlaßte die gegnerische Presse zu allerlei plumpen Verdrehungen und Unwahrheiten. Bracke sollte das Mandat niedergelegt haben, weil er weder mit dem „Sozialdemokrat" einverstanden sei, noch sich in Uebereinstimmung mit Liebknecht und mir befinde. Weiter hätten geschäftliche Rücksichten ihn zum Rücktritt aus der Oeffentlichkeit veranlaßt. Darauf antwortete Bracke in der Nummer 15 des „Sozialdemokrat" vom 11. April 1880:

„Ich erkläre erstens: Mein Gesundheitszustand ist leider ein so trauriger, daß noch vor Weihnachten mein Arzt Dr. med. Otto Müller, wie er mir nach der seit einigen Monaten eingetretenen Besserung sagte, die ernstesten Bedenken hegte. Auch jetzt leide ich noch an periodisch auftretenden, äußerst heftigen Katarrhen, welche allein genügen, mich zum Stillsitzen zu zwingen; an einem rheumatischen Zustande, der mir oftmals nicht erlaubt, ohne Hilfe wenige Schritte im Zimmer zu gehen; an einem Nervenleiden, welches jede größere Anstrengung und Aufregung als gefährlich, wenn nicht tödlich erscheinen läßt. Wenn an diese Krankheit aber in Braunschweig kein Mensch glaubt, so muß sich die Mehrheit der Einwohner über Nacht in Tiere oder Engel verwandelt haben. Zweitens: Geschäftliche „Rücksichten", wie überhaupt materielle Interessen haben mich nie in meinem Leben davon abgehalten, für meine Ueberzeugung meine Pflicht zu tun. Die Behauptung des Gegenteils bei Gelegenheit der mir jetzt auferlegten Zurückhaltung ist eine höchst leichtfertige und grobe Beleidigung. „Auf eine Anzahl adeliger Großgrundbesitzer" habe ich bisher nie „Rücksicht" genommen und glücklicherweise auch keine zu nehmen. Diejenigen

Herren, welche bisher mit mir verkehrt, fanden offenbar Geschmack an meinen geschäftlichen Grundsätzen und fragten nicht nach meinem politischen Standpunkte, und diejenigen, welche sich erdreisten möchten, hiernach zu fragen, tun am besten, mir fern zu bleiben. (Bracke führte das väterliche Geschäft: Getreide- und Mehlhandlung. A. B.) Drittens: Ich bedaure allerdings jedes gewalttätige Vorgehen; aber die Geschichte zeigt, daß noch jedesmal die Gewalttat von oben die Gewalttat von unten erzeugte. Ich befinde mich deshalb auch mit meinen Freunden Bebel und Liebknecht wie mit dem „Sozialdemokrat" in Zürich in vollem Einverständnis. Von einem „Verlust" in ihrem Sinne kann deshalb nicht die Rede sein, wenn ich allerdings auch vorläufig zu den Ganzinvaliden gehöre."

Diese Erklärung war Brackes letztes Hervortreten in der Oeffentlichkeit. Kaum vierzehn Tage später, am 27. April, abends 8 Uhr, starb er an den Folgen eines schweren Blutsturzes im Alter von kaum 38 Jahren. Ein großes Herz hatte aufgehört zu schlagen, einer der liebenswürdigsten Menschen war nicht mehr. Die Partei hatte einen hochintelligenten, unermüdlichen, opferwilligen Parteigenossen verloren, sein Weib und seine vier Kinder einen Gatten und Vater, der mit schwärmerischer Liebe an ihnen hing, seine alten Eltern — der Vater war selbst schon jahrelang leidend — einen liebevollen Sohn. Wir, die wir ihm persönlich näherstanden, einen stets heiteren, lieben Freund und Kameraden, „einen bessern findst du nit".

Sonntag, den 2. Mai wurde Bracke unter enormer Beteiligung der Bevölkerung zur letzten Ruhe bestattet. Und jetzt zeigte sich wieder einmal die Polizei in ihrer ganzen Barbarei und erbärmlichen Nichtswürdigkeit; sie verbot das Tragen von Trauerembleмen im Zug und jede Rede am Grabe. Das nahm aber der Feier nicht ihre Würde. Die Parteigenossen Braunschweigs schaufelten selbst das Grab zu, und ihre Frauen bestreuten den Grabhügel mit frischen Blumen, um ihn wurde ein Berg von Kränzen nnd Palmen aufgebaut. Jahrzehntelang war es üblich, daß die Braunschweiger Genossen am Todestage ihres unvergeßlichen Führers an seinem Grabe eine Gedächtnisfeier veranstalteten.

Nachdem Bracke sein Mandat niedergelegt hatte, wurde im 17. sächsischen Wahlkreis Ignaz Auer als Kandidat aufgestellt, für dessen Wahl ich in Nummer 5 des „Sozialdemokrat" einen Aufruf zu Geldsammlungen veröffentlichte. Am 2. März siegte Auer mit 8225 Stimmen über seinen Gegner, der 7256 Stimmen erhielt. Die Beteiligung an der Wahl war eine mäßige und die Mehrheit Auers keine große. Das lag nicht an ihm. Im Winter von 1879 auf 1880 war namentlich unter den damals im Verhältnis sehr zahlreichen Handwebern die Not aufs höchste gestiegen und hatte allgemein Entmutigung im Gefolge. Die Notlage, besonders unter den Handwebern der Weberdörfer im sogenannten Mülsengrund, war eine so große, daß ich mich veranlaßt sah, über deren Lage eine Enquete zu veranstalten und, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Zustände zu lenken, eine Broschüre veröffentlichte unter dem Titel „Wie unsere Weber leben", die in zwei Auflagen erschien. Bei Bearbeitung des Materials legte ich mir wiederholt die Frage vor: Wie können diese Menschen überhaupt noch leben?

Ein anderer Umstand, der auf die Wahlbeteiligung ungünstig einwirkte, war der, daß die Behörde die Wirte bestimmte, keinen Saal zu Versammlungen herzugeben. Und als Auer dieses dadurch auszugleichen suchte, daß er von Ort zu Ort zog und in die Wirtschaften Leute zusammenrufen ließ, um in der Privatunterhaltung sich auszusprechen, hatten die Gendarmen Anweisung, ihm auf Schritt und Tritt zu folgen. Doch diese Art bornierter Staatsretterei, in der damals die sächsischen Behörden von der obersten Spitze bis zum letzten Gendarmen schwelgten, hatten, wie gezeigt, nicht den gewünschten Erfolg. Es sei hier kurz auf die unsäglichen Gemeinheiten hingewiesen, denen zu jener Zeit Auer in Hamburg seitens einer Clique Hamburger Genossen ausgesetzt war, denen Most in der „Freiheit" sekundierte. Sie beschuldigten Auer und Rackow neben anderem, sie hätten sich nach der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin mehr Gelder auszahlen lassen, als ihnen gebührte. Ein gewisser Krahnstöver war der Hauptwortführer für diese Beschuldigungen, welche die bürgerliche Presse mit Wollust weiter verbreitete und entsprechend glossierte. Auer

und Rackow klagten gegen Krahnstöver. Der Prozeß ergab nicht das geringste, was die Ehre der beiden beflecken konnte. Die Hamburger Presse berichtete auch durchaus objektiv über den Prozeß, nur die Berliner „Post", die damals wie heute zu den giftigsten und unfairsten Gegnern der Partei gehörte, griff Auer aufs häßlichste an. Das veranlaßte mich, dem Krahnstöver und Genossen öffentlich zu sagen, daß sie aus Haß gegen Auer ein Bubenstück an ihm verübt hätten. Da aber zu jener Zeit wiederholt solche Zänkereien mit gegenseitigen Beschimpfungen vorkamen, wobei das bemerkenswerteste war, daß stets der Teil, der Unrecht bekam, ins Mostsche Lager abschwenkte, veröffentlichte ich in Nummer 7 des „Sozialdemokrat" von 1880 einen geharnischten Artikel, in dem ich ausführte:

„Es war schon früher Taktik der gegnerischen Presse, Differenzen, die zwischen einzelnen Sozialisten vorkamen, geflissentlich zu vergrößern und in ein gehässiges Licht zu stellen, in der Hoffnung, damit Mißtrauen und Spaltung in die Parteikreise zu werfen. Neuerdings hat sich diese Taktik mehrfach wiederholt. Die sozialistenfeindliche Presse hofft jetzt eine Spaltung mit um so größerem Erfolg herbeiführen zu können, da durch das Ausnahmegesetz die Parteipresse und das Versammlungsrecht in Deutschland unterdrückt sind und es damit uns unmöglich gemacht wurde, Angriffe und Verdächtigungen zurückzuweisen und die gegnerische Taktik gebührend an den Pranger zu stellen. Um so mehr muß es sich jeder Parteigenosse zur Pflicht machen, im Kreise der Gesinnungsgenossen der Verbreitung gehässiger Darstellungen entgegenzuwirken und, wo er selbst nicht genügend unterrichtet ist, durch Anfrage bei solchen Genossen, von denen er weiß, daß sie besser unterrichtet sind, sich Aufklärung zu verschaffen. Solange die sozialistische Partei besteht, hat es keine Zeitperiode gegeben, in welcher das Gefühl der Solidarität aller so notwendig gewesen ist wie gegenwärtig. Wird dieses Gefühl abgeschwächt oder wird es dadurch untergraben, daß einzelne, sei es aus persönlicher Gehässigkeit gegen diesen und jenen oder aus angeborener Klatsch- und Händelsucht, sich zum Mundstück perfider Anklagen hergeben, so hört die Partei auf zu sein, was sie ist, sie wird eine Clique, von der

ſich ſchließlich die, welche es ehrlich mit der Sache meinen, aus Ekel zurückziehen, wohingegen die unfruchtbaren und unfähigen Skandalmacher das Feld behaupten."

Daß aber damals jene in Hamburg ſyſtematiſch betriebenen Ständereien auf die große Maſſe der Hamburger Genoſſen keinen Einfluß hatten, zeigte ſich bei einer Reichstagsnachwahl im zweiten Hamburger Wahlkreis. Hier wurde am 27. April 1880, dem Todestag Brackes, unſer Kandidat Hartmann mit 13158 Stimmen in den Reichstag gewählt, das heißt mit der höchſten Stimmenzahl, die wir bisher in dieſem Kreiſe gehabt. Seit jenem Tage iſt der Wahlkreis ununterbrochen im Beſitz der Partei verblieben, deſſen Vertreter ſeit den Reichstagswahlen von 1881 der Genoſſe H. Dietz iſt. Moſt, der beſtändig gegen das Wählen eiferte, begleitete den Sieg Hartmanns mit folgender Gloſſe: „Die Hamburger Spießbürger wollten einmal eine Abwechſlung haben, darum ſchickten ſie an Stelle des (liberalen) Maurermeiſters Bauer den Schuhmacher Hartmann nach Berlin. Das iſt alles." Solche Ruppigkeiten waren bei Moſt Gewohnheit geworden.

Die Gründung der illegalen Parteipresse.

Illegal, gesetzwidrig vom Standpunkt des Sozialistengesetzes aus, legal, gesetzlich im Ausland, wo sie erschien. Im Ausland empfanden unsere Parteigenossen nach Vernichtung der sozialistischen Presse in Deutschland zunächst das Bedürfnis nach einem sozialdemokratischen Blatt, denn was nach Verhängung des Sozialistengesetzes noch an Blättern erschien, konnte ihnen am wenigsten genügen. Die Zahl der deutschen Sozialisten in den großen und größeren Städten des Auslandes: London, Paris, Brüssel, Zürich, Basel, Genf usw. und ebenso in den Vereinigten Staaten war zu jener Zeit eine ungewöhnlich große. Die seit 1874 währende Krise und die Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz hatten viele Tausende unserer Parteigenossen brotlos gemacht und ins Ausland getrieben. In welch riesigem Maße allein die überseeische Auswanderung wuchs, zeigen folgende Zahlen: 1879 war die Zahl der Auswanderer aus dem Deutschen Reich 51763, 1880 149769, 1881 247332, 1882 231943, 1883 201314. Wieviel Tausende jener Auswanderer Sozialisten waren, läßt sich nicht feststellen, aber groß war ihre Zahl und sie wuchs beständig. Nicht nur durch die steigende Zahl der Ausgewiesenen aus den Belagerungszustandsgebieten, auch aus dem übrigen Lande. Ueberall waren die Sozialisten für die Polizei Edelwild, und jeder polizeiliche Schubjack, und ihre Zahl war groß, der auf Anerkennung und Avancement rechnete oder auf Nachsicht seiner Vorgesetzten für begangene schlechte Streiche hoffte, wußte, daß er als Sozialistenverfolger auf seine Rechnung kam. Eine Zusammenstellung der polizeilichen Willkürlichkeiten und Schandtaten aus jenen Jahren gäbe ein dickes Buch.

Durch diese Verfolgungen vielfach ins Ausland getrieben, wurden dort überall die Kader der deutschen Sozialistenvereine gefüllt. Und diese Vereine wurden im Laufe der Jahre für die Partei eine wesentliche Stütze, indem sie die illegale Presse und

Literatur verbreiteten und Mittel sammelten für die verschiedenen Zwecke, die die Partei im Reich zu erfüllen hatte.

Aber auch in Deutschland wuchs mit der Dauer des Ausnahmegesetzes das Bedürfnis für ein prinzipiell gehaltenes Blatt. Es wurde unmöglich, ohne ein solches auszukommen. Einmal der prinzipiellen Aufklärung wegen, die von den im Inland erscheinenden paar Blättern nicht geleistet werden konnte und durfte. Dann der Kritik wegen, die an den polizeilichen und gerichtlichen Taten zu üben war. Drittens wegen der Verständigung über die innezuhaltende Taktik, die sich als notwendig erwies. Endlich viertens, um den Parteigenossen Mitteilungen und Ratschläge zugängig zu machen, die bei den bestehenden Zuständen auf andere Weise nicht gemacht werden konnten.

Das erste Blatt, man darf in diesem Falle Blättchen sagen, das im Ausland erschien, war die von Karl Hirsch herausgegebene „Laterne". Das Format — 10 Zentimeter lang, 7 Zentimeter breit — war darauf berechnet, das Blatt in den damals üblichen Briefkuverts zu verschicken. Karl Hirsch, der seit 1874 in Paris lebte, war dort ausgewiesen worden und nach Breda in Belgien gegangen, wo er die „Laterne" herausgab. Inhaltlich war das Blättchen nicht nur dürftig, es entsprach auch im Tone nicht dem Bedürfnis der Leser. In der Nummer vom 11. Mai 1879 wandte sich Hirsch gegen die in Deutschland angeblich grassierende Abwiegelei. „Da wurde in alle Teile Deutschlands herumgeschrieben, herumgetuschelt, herumgereist, um nur ja die Genossen von der Unterstützung und sogar vom Lesen der auswärtigen Blätter abzuhalten."

Das war Schwarzseherei. Mir ist von diesen Wühlereien nichts bekannt geworden. Daß er Max Kayser in einer unschönen, beleidigenden Weise kritisierte wegen einer seiner Reden im Reichstag, mißbilligten wir alle, obgleich die meisten von uns mit der kritisierten Rede Kaysers nicht einverstanden waren. Aber ein Grund zur Bekämpfung des Blattes war dadurch für uns nicht gegeben. Unsere Unterstützung fand es allerdings auch nicht, weil es in der vorliegenden Form nicht dem Bedürfnis entsprach.

Anders lagen die Dinge mit der Moſtſchen „Freiheit“, deren erſte Nummer Ende Dezember 1878 in London erſchien.

Moſt war am 9. Dezember 1878 aus Plötzenſee entlaſſen worden, nachdem alſo das Sozialiſtengeſetz ſeit anderthalb Monaten und der kleine Belagerungszuſtand über Berlin ſeit elf Tagen in Kraft getreten waren. In Berlin konnte daher ſeines Bleibens nicht ſein. Er reiſte zunächſt nach Braunſchweig, wo, wie er glaubte, Bracke einen Redakteur ſuchte für ſein unpolitiſches Unterhaltungsblatt, das er gegründet, nachdem ſein politiſches Organ, der „Braunſchweiger Volksfreund“, unterdrückt worden war. Moſt fand die Stelle beſetzt. Er ging nunmehr nach Hamburg, wo an Stelle des unterdrückten „Volksblatts“ ſeit dem 10. November die „Gerichtszeitung“ erſchien. Aber hier, wo Auer, Blos und andere beſchäftigt waren, fand er ebenfalls kein Unterkommen. Darauf entſchloß er ſich, dem Beiſpiel anderer zu folgen und nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Auf der Reiſe dahin in London angekommen, wurde er im Kommuniſtiſchen Arbeiterbildungsverein namentlich von ſeinem Freund Franz Ehrhart beſtimmt, dort zu bleiben. Franz Ehrhart war es auch, der nach ſeiner Darſtellung im „Pfälzer Kalender“ den Vorſchlag machte, ein Blatt herauszugeben, ein Vorſchlag, der die Zuſtimmung Moſts und des Kommuniſtiſchen Arbeiterbildungsvereins fand. So entſtand die „Freiheit“.

Die Herausgabe des Blattes fand ſtatt, ohne daß man uns mit einem Worte von dem Plan unterrichtete und uns um unſere Zuſtimmung und Beihilfe erſuchte. Ob wir dieſe gewährt hätten, iſt freilich eine andere Frage. Bedingung wäre alsdann wohl geweſen, daß das Blatt unter unſere Kontrolle kam und wir auf ſeine Haltung beſtimmenden Einfluß ausüben konnten. Ohne die Erfüllung dieſer Bedingung hätten wir weder das Blatt empfohlen noch irgend eine Verantwortung dafür übernehmen können. Das wußte man auch in London. So ging man auf eigene Fauſt vor. Anfangs wurde das Blatt leidlich vernünftig redigiert. Aber Moſt hätte nicht Moſt ſein müſſen, wenn Vernunft und Einſicht lange hätten bei ihm vorhalten ſollen. Jedes Verantwortungsgefühls bar, von Natur

zum Exzentrischen neigend, durch die aus Deutschland kommenden Nachrichten über immer neue Gewaltstreiche der Behörden immer mehr und mehr empört, ließ er sich zu immer radikalerem Vorgehen verleiten.

Bald genug kämpfte er auch mit blindem Fanatismus gegen die Partei und besonders ihre Führer, deren Taktik er nicht begriff. Was nicht mit Lärm in Szene gesetzt wurde, existierte für ihn nicht. Er begann dann in seinem Blatt mit Leidenschaft kleine Stänkereien und Zänkereien aufzubauschen, die unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes häufiger als sonst hier und dort ausbrachen, weil die Möglichkeit geordneter Aussprache fehlte. Kritiklos öffnete er jedem Klatsch und Tratsch, namentlich wenn er sich gegen die in Deutschland lebenden Führer richtete, bereitwillig die Spalten seines Blattes und suchte durch gehässige und verletzende Glossierung den Streit zu verbösern. So konnte der „Sozialdemokrat" schon Mitte Februar 1880 ihm vorwerfen, daß sein Blatt mit Ausnahme einer kurzen Zeit seines Anfangs weit mehr der Anfeindung und Schädigung der Partei als der Bekämpfung ihrer Gegner gewidmet sei. Und dieses System gehässiger Bekämpfung wurde um so maßloser angewendet, als er die Erfahrung machen mußte, daß in der Partei bekannte und angesehene Genossen, die anfangs die Gründung seines Blattes begrüßt und für dasselbe mitgearbeitet und für seine Verbreitung tätig gewesen waren, sich seit Gründung des „Sozialdemokrat" mehr und mehr von ihm zurückzogen. Schließlich fühlte er sich isoliert und wurde nach und nach ein Opfer seiner Umgebung, die seiner Eitelkeit schmeichelte und seinen Radikalismus zur höchsten Höhe anstachelte. Er konnte sich von jetzt ab in radikaler Uebertreibung nicht genug tun. Die Führer in der Partei waren in seinen Augen samt und sonders dem parlamentarischen Kretinismus verfallen und zu jedem Verrat an der Partei fähig. Insbesondere mußten Auer, Liebknecht und Vahlteich die Zügellosigkeit seines Hasses kosten, den er gegen sie vom Kontinent hinüber nach England genommen hatte. Auer, weil er Mosts Radikalismus in der Redaktion der „Berliner Freien Presse" oft den Kappzaum angelegt und ihn sein geistiges Uebergewicht

hatte fühlen lassen, Liebknecht, weil er nach Mosts Meinung seinen phantasiereichen Plänen gern mit leichtem Spott begegnete und ihn nicht genügend respektierte, Bahlteich endlich, weil er in ihm seit Jahren noch aus seiner Chemnitzer Zeit einen persönlichen Feind sah, der ihn nicht zur Geltung wollte kommen lassen. Auch mir blieb ein Teil gepfefferter Angriffe nicht erspart, aber ich kam verhältnismäßig noch am besten bei ihm weg. Als er mich im Herbst 1879 denunzierte, daß ich im Frühjahr eine geheime Agitationsreise durch Deutschland gemacht hätte, und ich ihn darüber gebührend zur Rede stellte, entschuldigte er sich noch mit der Ausflucht, die betreffende Notiz sei ihm im Drange der Geschäfte entgangen. Aber bald genug verlor er das Bewußtsein für die traurige Rolle, die er der Partei gegenüber spielte. Und da Menschenkenntnis nie seine Stärke war und er Schmeichlern sich leicht zugänglich erwies, nisteten sich in der Redaktion und Expedition seines Blattes Agenten des Berliner Polizeipräsidiums ein, die ihn zu allen Tor- und Tollheiten verleiteten. Das Geschimpfe auf die Fürsten und Kronenträger nahm pathologischen Charakter an; er begann Rezepte für die Anfertigung von Bomben und Sprengstoffen zu veröffentlichen und befürwortete die Propaganda der Tat, die gegenüber dem Geschwätz in den Parlamenten einzig und allein am Platze sei. Vom Herbst 1883 ab geriet er in einen wahren Blutrausch; er hetzte und stachelte zu Attentaten an, und wo seine Anhänger ein solches vollbrachten, brach er in Jubelrufe aus und pries die Attentäter als Retter der Menschheit. Wurde einer seiner Gehilfen als Polizeispitzel entlarvt, wie dies im Laufe seiner Wirksamkeit in London öfter geschah, so war das ein ihm widerfahrenes Pech, das ihn aber nicht zur Vorsicht mahnte. Diese Spitzel mochten es denn auch hauptsächlich sein, die ein gut Teil der Schuftereien, die sich im Laufe der Jahre die „Freiheit" zuschulden kommen ließ, in Szene setzten. So zum Beispiel, als Anfang 1880 die „Freiheit" unseren Genossen Heinrich Vogel in Berlin denunzierte, daß er eine aus Zürich an ihn adressierte Kiste mit dem „Sozialdemokrat" empfangen habe. Darauf wurde Vogel ausgewiesen und sein blühendes Drogengeschäft zugrunde gerichtet.

An der gegen Vogel erhobenen Beſchuldigung war kein wahres Wort.

Unter bewandten Umſtänden war es eine ſelbſtverſtändliche Sache, daß wir nunmehr ebenfalls der Herausgabe eines Parteiblatts im Ausland nähertraten. Abgeſehen von den ſchon angeführten Gründen war dies auch wünſchbar, um den Lügenbeuteleien Moſts, wo notwendig, entgegenzutreten. In der Fraktion, in der ich und Liebknecht die Frage zunächſt anregten, war die Meinung anfangs eine ſehr geteilte. Es gab nicht wenige Mitglieder in ihr, die nach wie vor für das Temporiſieren waren, die von der Gründung eines ſolchen Blattes ein verſchärftes Vorgehen der Behörden gegen die Partei befürchteten und die bei ihnen vorhandene Hoffnung auf baldige Aufhebung des Geſetzes zu Waſſer werden ſahen. Dieſen Auffaſſungen traten Liebknecht und ich entſchieden entgegen. Schließlich einigte man ſich, den Verſuch zu machen. Das Blatt ſollte in Zürich erſcheinen, wobei man von der Vorausſetzung ausging, daß unſere in Zürich wohnenden Genoſſen, der aus Berlin ausgewieſene Verſicherungsinſpektor Schramm, Karl Höchberg und Bernſtein, ſein Sekretär, dem Unternehmen ihre Unterſtützung gewährten. Schweizer Genoſſen waren nicht vorhanden, denen wir die Ausführung übertragen konnten, und unter unſeren Genoſſen im Deutſchen Verein in Zürich fehlten ebenfalls die Kräfte. Die genannten Züricher Genoſſen waren aber von dem Vorſchlag wenig erbaut. Bei dieſen hatte eine merkwürdig katzenjämmerliche Stimmung Platz gegriffen. Schon am 15. März 1879 hatte Bernſtein an Moſt geſchrieben: „Mit Deiner Schreibweiſe leiſteſt Du unſerer Sache keinen großen Dienſt, ebenſowenig wie ſeinerzeit der „Volksſtaat" getan. Ich habe längſt die Ueberzeugung gewonnen, daß dieſer uns viel, ſehr viel geſchadet hat, indem er uns unnötige Feinde machte und unſeren eigenen Leuten jenen albernen ſüffiſanten Ton anlernte, der ſich in ſeiner Unfehlbarkeit über alles erhaben dünkte und auf alles unbeſehen losſchimpfte. In den letzten Jahren hatte das glücklicherweiſe nachgelaſſen, und wenn Du dieſen Ton wieder einführen willſt, nun, ſo wirſt Du mir wenigſtens erlauben müſſen, dagegen zu remonſtrieren...." Und unter dem

nämlichen Datum hatte Höchberg, offenbar auf einen Brief von Most, geantwortet: „Was das Abwiegeln betrifft, so tue ich das heute nicht mehr, als ich es immer getan habe; ich glaube, Sie erinnern sich, daß mir der Ton unserer Blätter, besonders des „Zentralorgans" in Leipzig sehr häufig gar nicht gefallen hat, und wer weiß, ob nicht den Uebertreibungen, die in Presse und Agitation öfter zutage traten, ein Teil der Schuld am Sozialistengesetz zugeschrieben werden muß." Es war ein Glück, daß diese Aeußerungen, die sich nachher mit anderen deckten, auf die ich noch zu sprechen komme, nicht in die Oeffentlichkeit gelangten, sie hätten bei den Parteigenossen sehr böses Blut gemacht und den Feinden Waffen geliefert.

Auf unseren Vorschlag antwortete man in Zürich mit dem Gegenvorschlag, eine durch den Hektographen hergestellte Korrespondenz zu verbreiten. Schließlich erklärte man sich mit unserem Plan einverstanden, aber großen Eifer zu seiner Durchführung entwickelte man nicht. Liebknecht war der Meinung, die Redaktion an Karl Hirsch zu übertragen, dessen „Laterne" keine Aussicht auf Bestand hatte, und ich war anfangs auch dafür. Marx und Engels waren mit der Kandidatur Hirschs ebenfalls einverstanden, wünschten aber, daß das Blatt in London erscheine, wo für seine Lebensfähigkeit die größten Garantien vorhanden seien, was in der Schweiz nicht der Fall wäre. Auch hatten Marx und Engels ein ausgeprägtes Mißtrauen gegen das Züricher Trio: Bernstein, Höchberg, Schramm, von denen sie einen ungünstigen Einfluß auf die Haltung des Blattes fürchteten. Hirsch wollte die Redaktion annehmen, verlangte aber zu wissen, ob auch die nötigen Fonds vorhanden seien, die die Existenz des Blattes sicherten. Liebknecht, der stets eine große Vorliebe für London und England hatte, war geneigt, das Blatt dorthin zu verlegen. Dagegen wehrte ich mich entschieden; wollten wir nicht nur im brieflichen, sondern auch im persönlichen Verkehr mit dem Personal des Blattes bleiben, dann wäre dies in Zürich viel leichter als in London. Außerdem sei Zürich eine Deutsch sprechende Stadt und die Angrenzung der Schweiz an die süddeutschen Staaten für den Verkehr mit unseren Genossen von unleugbarem Vorteil. Auch der Schmugglerdienst

sei von der Schweiz aus leichter zu organisieren als von England aus. Daß Hirsch eine finanzielle Sicherung für den Bestand des Blattes verlangte, mißfiel mir ebenfalls. Mit einer solchen Frage hatten wir uns bisher bei Blattgründungen nie beschäftigt, das Vertrauen in die Werbekraft der Partei war so groß, daß man darüber hinwegsah. Ich war deshalb schließlich für Vollmar als Redakteur, der mir als der geeignetere erschien, und hatte bereits brieflich mit ihm darüber verhandelt. Ueber die Sachlage schrieb ich ihm am 17. Juli 1879 also:

„Ihr Brief hat mich nicht mehr in Berlin getroffen, er kam heute in meine Hände. Ihre Stellung anlangend, kann ich Ihnen folgendes mitteilen: Wir haben beschlossen, für das neue Blatt, das in Zürich erscheinen soll — vorausgesetzt, daß man dort darauf eingeht —, Karl Hirsch oder Sie als Redakteur in Aussicht zu nehmen. Karl Hirsch kam deshalb in Frage, weil er seine „Laterne" eingehen lassen soll und es ein Gebot des Anstandes schien, ihm in diesem Falle den Redakteurposten, der vorläufig nicht sonderlich dotiert werden könnte, anzubieten. Ich hoffe und wünsche, daß er ablehnt, da er in Paris sich besser steht (die Ausweisung Hirschs aus Frankreich war mittlerweile aufgehoben worden); die Angelegenheit muß sich in den nächsten vierzehn Tagen entscheiden. Zunächst geht Liebknecht nach Hamburg, um dort Zustimmung zu dem Plane zu erhalten, und schreibt dann nach Paris. Ich habe von anderer Seite an Karl Hirsch schreiben lassen, daß er nicht annehmen soll. Bestimmteres läßt sich vorläufig nicht sagen. Das Blatt soll spätestens Mitte August erscheinen, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten. Die Zusammenkunft in Böhmen (Vollmar war zu jener Zeit in Teplitz) oder sonstwo werden Sie selbst für unmöglich halten, wenn ich Ihnen schreibe, daß Vahlteich, der diese Woche sein Geschäft beginnen wollte und bereits Geld, das ich schicken sollte, dafür aufgenommen, gestern eilig nach Bremen ist, weil Höchberg erklärt, er wolle das dortige Geschäft halten, wenn V.* Prokurist werde. V. will von Bremen nach Hamburg, und wann er von dort zurückkehrt

* Vahlteich. D. H.

davon habe ich keine Ahnung. Liebknecht geht morgen nach Breslau und von dort nach Hamburg und kommt erst Montag zurück. Kayser wollte diese Woche nach Freiberg und in den Bezirk, will aber zur Stichwahl am 18. dieses in Breslau sein, wo er nachher ist, weiß ich nicht; Wiemer befindet sich auf der Tour in Süddeutschland, ich muß Montag auf zirka sechzehn Tage fort, so bleibt von der Fraktion der einzige Fritzsche, der, soviel ich weiß, hier ist. Es ist also gar nicht möglich, irgend etwas Gemeinsames zu verabreden oder zu tun.

Die Ueberwachungsgeschichte müssen Sie allerdings in die Oeffentlichkeit bringen, sie hat übrigens einige Aehnlichkeit mit unseren Berliner Erlebnissen, wo wir bis zur letzten Minute überwacht waren. Herzlichen Gruß von Ihrem A. Bebel.

Sie wollen hierher Mitteilung machen, sobald Sie die Haft antreten (Vollmar hatte noch drei Wochen zu verbüßen)."

Ich will hier bemerken, daß die Briefe, die Vollmar an mich schrieb, mir abhanden gekommen sind, ebenso die Briefe von Engels an mich, die erst wieder vom November 1879 ab erhalten wurden.

Im Frühjahr 1879 wurde uns bekannt, daß Most, um für sein Blatt Propaganda zu machen, einen Brief an einen Züricher Genossen geschrieben hatte, in dem es hieß: „Bei Marx und Engels war ich schon wiederholt auf viele Stunden zu Besuch. Die Leute haben vor Beginn des „Freiheit"unternehmens zwar nicht dazu geraten, weil sie früher zu ähnlichen Versuchen zu große materielle Opfer zu bringen hatten, jetzt aber sind sie ganz damit einverstanden — auch mit der Haltung des Blattes einschließlich Schreibweise, was sich namentlich Ede (Bernstein) zur Notiz nehmen möge. Zum Unterschied jener zwei Versuche abzuwiegeln, wie sie von Leipzig und Castagnola (wo sich Höchberg und Bernstein anfangs 1879 aufhielten) aus gemacht wurden, stimmen die alten Schweden mit hundert anderen überein, welche mir bisher aus Deutschland ermunternde Briefe geschrieben haben. Weit entfernt, in puncto Lehmann und Konsorten etwas rügen zu wollen, versprachen mir die Leute, möglichst viel Material zu neuen Angriffen zu liefern, da man die Re-

aktion beständig reizen müsse, weil sie sonst einlenken und mithin nicht so gute Konsequenzen haben würde, wie wenn sie einen immer tolleren Koller bekommt," was natürlich Hans in London fern von Madrid nichts schadete. Ich nehme an, daß, was Most hier über Marx' und Engels' Ansicht schrieb, der Wahrheit entsprach. Man muß festhalten, daß jener Brief vom 3. Februar 1879 datiert ist, also aus einer Zeit stammt, wo die „Freiheit" noch vergleichsweise vernünftig redigiert wurde. Most suchte aber die Zustimmung der beiden Alten über Gebühr und mit entsprechenden Uebertreibungen fortwährend für sich auszunutzen, und so kamen diese Renommistereien auch zu den Ohren von Marx und Engels, was diese veranlaßte, wie der folgende Brief zeigt, bei Bracke anzufragen, was hinter der Sache stecke. Bracke wendete sich an mich, und so antwortete ich Engels in folgendem Brief:

„Leipzig, den 19. Juli 1879.

Lieber Engels!

Bracke sandte mir Ihren Brief vom 28. vorigen Monats, worin Sie um Aufklärung baten wegen der Aeußerungen Mosts bezüglich Ihrer und Marxens Haltung zur „Freiheit".

Soviel ich mich entsinnen kann, stammt meine Mitteilung von Bernstein in Zürich, es ist dies also dieselbe Quelle, auf die eine anderweitig an Sie gelangte Mitteilung zurückzuführen ist.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, vorläufig eine Erklärung gegen Most zu unterlassen, dagegen Ihre und Marx' Meinung in anderer Weise in die Oeffentlichkeit zu bringen.

Es hat sich nämlich allseitig das Bedürfnis herausgestellt, daß wir ein auswärtiges Blatt, das frei und vor allen Dingen sozialistisch schreiben kann, durchaus nötig haben. Einesteils, um eine bessere Verbindung aufrechterhalten zu können, dann aber namentlich, um Prinzipienfragen wie Fragen der Taktik ungeniert besprechen zu können. Das Blatt soll im Laufe nächsten Monats im Format und Stil des früheren „Volksstaat" in Zürich erscheinen, als dem Orte, wo die Bedingungen nach reiflicher Erwägung am günstigsten vorhanden sind. Karl Hirsch soll und will die „Laterne" eingehen lassen, Redakteur soll er

oder Vollmar werden. Wir wollen ſämtlich mitarbeiten, und ſoll auch die Verbreitung des Blattes möglichſt organiſiert werden.

Mit dieſem Blatte haben wir auch die geeignete Waffe gegen Moſt — obgleich wir entſchloſſen ſind, die „Freiheit“ mehr durch vornehmes Ignorieren als durch direkte Angriffe unmöglich zu machen —, und in dieſem Blatte könnten Sie in einer Korreſpondenz von London aus das nötig Scheinende ſagen, wie wir denn hoffen und darauf rechnen, daß Sie und Marx als Mitarbeiter des Blattes ſich beteiligen werden.

Um dem Blatte nicht das Leben durch Interventionen von deutſcher Regierungsſeite ſchwer zu machen, ſoll dasſelbe einen internationalen Charakter annehmen und neben dem deutſchen einen ſchweizeriſchen Redakteur beſitzen.

Ich zweifle nicht, daß der Plan reüſſiert und auch Ihre und Marx' Zuſtimmung finden wird....

Enſchuldigen Sie und Marx, daß ich ſo ſelten ſchreibe, aber ich bin wirklich über alle Maßen in Anſpruch genommen; beſtändig die Haut wechſelnd, einmal Geſchäftsmann und Commis voyageur, dann wieder Parteimann, und von beiden möglichſt die unangenehmen Seiten koſtend, bin ich in einer beſtändigen Aufregung und Ueberarbeitung.

Seien Sie und Marx herzlich gegrüßt von Ihrem

A. Bebel.“

Ich beſchränke mich nunmehr zunächſt in Sachen des „Sozialdemokrat“ auf die Wiedergabe des Briefwechſels zwiſchen Vollmar und mir und Engels und mir. Ich werde dort erläuternde Bemerkungen zu den Briefen geben, wo ſie mir zum beſſeren Verſtändnis nötig ſcheinen.

Unter dem 27. Juli 1879 ſchrieb ich von Leipzig an Vollmar:

„In aller Eile nur wenige Zeilen, da ich morgen früh weg muß und vor lauter Arbeit nicht weiß, wo anpacken.

An Liebknechts Ueberſiedlung nach Zürich iſt nicht zu denken; in dem Maße, wie Sie meinen, haben wir nicht gedacht, den Schwerpunkt ganz nach außen zu verlegen. Zudem kann Liebknecht mit Familie nicht nach dort, und den Reichstag von dort

beſuchen und im übrigen im Ausland leben, das dürfte ein arges Gehetze geben.

Wir halten einmaliges Erſcheinen pro Woche für vollſtändig ausreichend; Marx und Engels in London ſchreiben mir heute, daß ſie eventuell ſogar ein vierzehntägiges Erſcheinen für genügend halten. Wer ſoll die Koſten für ein mehrmaliges Erſcheinen aufbringen? Daran iſt gar nicht zu denken, da der Abonnementspreis bei einmal wöchentlich ſchon 3 bis 4 Mark pro Quartal beträgt, da die Expedition ſehr teuer wird. Durch Brief bezogen koſtet jede Nummer 20 Pf. Porto. Der Redakteur im Verein mit Schramm, Höchberg und Bernſtein, die ſowieſo in Zürich ſind, ſind Kollegium genug. Zudem verſteht es ſich von ſelbſt, daß aus Deutſchland die Hauptarbeit geliefert wird. Den Namen anlangend, ſo ſchlug Karl Hirſch denſelben wie Sie vor. Wir ſind dagegen, weil dieſes die erſte Veranlaſſung zur Intervention ſeitens der deutſchen Regierung gäbe und uns das Unternehmen in der Schweiz unmöglich gemacht würde.

Den Termin anlangend, ſo ſcheinen ſich die Züricher über Gebühr Zeit zu nehmen, ſie wollen erſt am 1. Oktober beginnen, wogegen wir ſind. Sicher muß den 1. September begonnen werden, doch können wir natürlich die in Zürich nicht zwingen, wenn ſie erklären, nicht früher vorgehen zu können. Ich will von der Reiſe an Bernſtein ſchreiben, und zwar ſo bald als möglich.

Wenn Sie wollen und es zweckmäßig finden, könnten Sie alſo höchſtwahrſcheinlich Ihre drei Wochen ohne Schaden abmachen. Ich an Ihrer Stelle täte es, weil Sie damit auch für Deutſchland jederzeit aktionsfähig wären.

Ueber die Redaktion iſt von Zürich noch nichts entſchieden, man hat erſt nach Paris an Karl Hirſch geſchrieben. Man fragt von Zürich an, ob Ihnen nicht die Penſion verloren ginge, wenn Sie im Ausland lebten.

Engels und Marx erklären ſich mit unſerem Projekt in der Hauptſache einverſtanden. In aller Eile Ihr A. Bebel."

Die Zwangslage, in der ich mich in Rückſicht auf mein Geſchäft befand, den Sommer durch Reiſen für dasſelbe auszu-

nutzen, verhinderte, daß ich mich kontinuierlich mit den Vorgängen in Zürich befaßte und nachdrücklich dort auf eine rasche Entscheidung dringen konnte. So war ich gezwungen, unter dem 17. August Vollmar folgendes zu schreiben:

„Ich bin gestern abend von der Tour zurückgekehrt, die ich in solcher Eile machte, daß mir zu Korrespondenzen keine Zeit blieb. Ich weiß augenblicklich kaum mehr wie vor drei Wochen. In Zürich scheint man sehr flau und unbestimmt zu sein, und bin ich selbstverständlich über diese Art der Behandlung der Sache sehr wenig erbaut.

Infolge von Briefen, die Bernstein an Hirsch und dieser nach London geschickt und geschrieben hat, sind Engels und Marx von der Mitarbeiterschaft zurückgetreten, wie ich heute aus einem Briefe von Engels, den ich vorfinde, ersehe. Grund dafür ist die flaue und schlappschwänzige Haltung, die Engels und Marx nach jenem Briefe befürchten.

Daß das Blatt vernünftig wird und seinem Zweck entspricht, dafür werden wir sorgen; daß die Angelegenheit bezüglich der Redakteurschaft aber so rasch erledigt wird, wie Sie mit Recht wünschen, dafür kann ich in diesem Augenblick rechtzeitig nichts mehr tun. Ich bitte Sie also, da ich selbst keine Verantwortung übernehmen möchte, Ihre Entschließungen nach der Antwort zu fassen, die Sie von Zürich bekommen. Auch bitte ich um Mitteilung derselben an mich, damit ich orientiert bin.

Morgen werde ich an Bernstein schreiben und soll mein Brief an Entschiedenheit nichts zu wünschen übriglassen; da ich außerdem jetzt mit Unterbrechung von nur wenigen Tagen dann und wann zu Hause bleibe, so will ich für die Erledigung der Sache tun, was ich kann. Noch sei bemerkt, daß nach Engels' Brief Hirsch bestimmt abgelehnt hat, daß hernach also unser Vorschlag bezüglich Ihrer Person Annahme finden muß, wenn man in Zürich nicht auf eigene Faust handeln will. Letzteres würde auf unserer Seite sehr unangenehm berühren und zu Differenzen führen. In aller Eile Ihr A. Bebel."

Der Rücktritt von Marx und Engels von der Mitarbeiterschaft am „Sozialdemokrat" war wesentlich auf Betreiben von

Hirsch erfolgt. Beide waren noch aus den Tagen der Höchbergschen „Zukunft" von Mißtrauen gegen Höchberg erfüllt, der, wie sie meinten, einer sehr gemischten Gesellschaft von Doktoren, Studenten und Kathedersozialisten sein Blatt geöffnet habe und, wie sie jetzt fürchteten, das Spiel im „Sozialdemokrat" wiederholen werde. Nun hatte aber Hirsch nicht bloß Briefe von Bernstein nach London gesandt, die wahrscheinlich — ich habe sie nie gesehen — Marx' und Engels' Befürchtungen zu rechtfertigen schienen. Hirsch, der mittlerweile auch in Zürich war, um sich nach dem Stand der Dinge umzusehen, berichtete alsdann weiter nach London, daß er in Zürich neben Schramm, Höchberg und Bernstein auch Singer und Viereck als Delegierte der Leipziger getroffen habe und daß die drei erstgenannten als Verwaltungskomitee und Aufsichtsinstanz über die Redaktion eingesetzt worden seien. Gegen deren Entscheidungen im Falle von Differenzen sollten wir in Leipzig als letzte Instanz angerufen werden. Hirsch, dem es überhaupt nicht ernsthaft um die Uebersiedlung nach Zürich zu tun war, der obendrein ein Schwarzseher und voll Animosität gegen die drei Genannten war, hatte das alles in London ins gehörige Licht gesetzt, und damit war der Entschluß von Marx und Engels, von der Mitarbeiterschaft zurückzutreten, besiegelt.

Darauf schrieb ich unter dem 20. August an Engels:

„Lieber Engels!

Ihre Auffassung über das neu zu gründende Blatt ist unrichtig, und wenn Karl Hirsch sich durch einige Stellen in Bernsteins Briefen zu der gleichen Auffassung bekannt hat, so ist das um so unbegreiflicher, als er von Liebknecht genügende Aufschlüsse erhalten hatte. Liebknecht ist auf Karl Hirsch sehr schlecht zu sprechen, den er beschuldigt, er habe sich durch ganz andere Motive, als er angibt, von der Uebernahme des Redakteurpostens abbringen lassen.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir in keinem andern Sinne die Redaktion des Blattes dulden werden, als wie ich Ihnen geschrieben habe, und daß von einem maßgebenden Einfluß Höchbergs keine Rede sein kann. Dafür wird auch schon Voll-

mar ſorgen, der infolge der Ablehnung Hirſchs die Redaktion übernimmt. Wir haben von Vollmar eher ein zu ſcharfes und derbes Vorgehen zu erwarten als das Gegenteil, auch hat Vollmar ſich, ſeitdem er in der Bewegung ſteht, ſtets eifrigſt mit der internationalen Bewegung beſchäftigt, ſo daß er auch auf dieſem Gebiete kein Fremdling iſt. Uebrigens wird Vollmar — der augenblicklich noch eine dreiwöchige Gefängnisſtrafe verbüßt —, bevor er nach Zürich geht, hier eine längere und gründliche Beſprechung mit uns haben, ſo daß er von unſeren Intentionen genau unterrichtet iſt.

Ich hoffe alſo, daß Sie und Marx, wie zuerſt verſprochen, für das Blatt mitarbeiten, damit dasſelbe in Wirklichkeit ein deutſch-internationales Blatt wird.

Daß ich Ihren Brief ſo ſpät beantwortet, wollen Sie entſchuldigen, ich war mehrere Wochen auf der Geſchäftsreiſe und bin erſt Sonnabend zurückgekehrt. Der Eindruck, den ich auf meiner Reiſe über die Stimmung im Volke erhalten, entſpricht ganz und gar den Ausführungen, die Sie in Ihrem vorhergehenden Briefe über die Wirkungen der deutſchen Zollpolitik machten. Wir können trotz Sozialiſtengeſetz mit dem Gang der Dinge ſehr zufrieden ſein.

Herzliche Grüße an Sie und Marx. Ihr A. Bebel.

P. S. Wenn Höchberg auch materiell das Blatt unterſtützen wird, wovon ich vorläufig nichts weiß, ſo ſind wir doch auf ihn allein keineswegs angewieſen. Es ſind uns von mehreren Seiten bereits in Summa 800 Mark in Ausſicht geſtellt, und mehr wird, wenn notwendig, folgen, zudem hoffe ich, daß der Zuſchuß kein bedeutender zu ſein braucht, indem das Blatt ſich in Bälde decken wird. Endlich muß ich ſagen, daß Höchberg bisher nie einen Verſuch gemacht, ungebührlichen Einfluß zu erwerben. Der Mann hat mit ſich ſelbſt zu viel zu tun und iſt zu ſehr körperlich leidend, um dies zu können. Als Redakteur der „Zukunft“ war es natürlich, daß er ſeinen Anſchauungen möglichſt Spielraum gab. Er hat bei der Redaktion des „Sozialdemokrat“ nicht mehr Stimme als jeder andere bekannte Parteigenoſſe, und ſeine Meinung wird gegen die unſere unter keinen Umſtänden durchdringen.“

Mein letzter Brief an Vollmar vor Antritt seiner Redakteurschaft lautete:

„Leipzig, den 24. August 1879.

Lieber Freund!

Ich bin sehr froh, daß endlich die Redakteurfrage und damit die Hauptfrage geordnet ist. Eine persönliche Zusammenkunft zwischen Ihnen und uns ist natürlich sehr wünschenswert und ist es das beste, wenn diese hier stattfindet, da Sie damit keinen Umweg nach Zürich machen. Bis dahin wollen wir auch alle Spezialpunkte unerörtert lassen, da sich mündlich alles viel rascher ordnet.

Nach Zürich scheint ein Druck nach links sehr am Platze zu sein, und er soll und wird schon jetzt von hier aus erfolgen. Die ersten Arrangements, die dort getroffen sind, finden nicht unseren Beifall, weil sie offenbar an Lahmheit leiden. Man sieht, wie leicht die Fühlung und die Energie verloren gehen, wenn es sich um Personen handelt, die aus Charakter zum Nachgeben geneigt sind.

Für die Reisekosten werde ich sorgen. Haben Sie die Güte und bringen Sie mir meine Bücher mit, wenn Sie herkommen. Ihr Schreiben an Most wird keinen großen Erfolg haben. Most wird nur noch wütender werden, wenn er von dem Plane hört, und da es sich bei ihm sowohl um eine Existenzfrage wie um eine Frage des Einflusses auf die Partei handelt, wieder einmal die schlimmsten Motive gegen sich uns unterschieben. Ich habe gegen Most keine Zeile veröffentlicht, und doch schlägt er auf mich genau so blind los wie auf andere.

An Engels und Marx in London ist geschrieben und denke ich, daß diese, die sich durch Hirsch in etwas leichter Weise beeinflussen ließen, andere Saiten aufziehen.

Möge Ihnen die Zeit Ihrer Haft nicht lang werden und nach Wunsch verlaufen. Freundschaftlichst Ihr A. Bebel."

Als Vollmar das Gefängnis verließ, übergab ihm die Dresdener Polizei als Angebinde nach Zürich die Ausweisungsorder aus Dresden, wohingegen Max Kayser wegen seiner Verurteilung auf Grund von § 22 des Sozialistengesetzes die Ausweisungsorder erhielt.

Das Richterſche Jahrbuch.

Das Zögern und die Unluſt der drei Züricher Genoſſen — Schramm, Höchberg und Bernſtein — gegenüber unſerem Verlangen, das Erſcheinen des „Sozialdemokrat“ energiſch zu fördern, klärte ſich jetzt auf; ſie hatten in einem von Höchberg veranlaßten Werk „Jahrbuch für Sozialwiſſenſchaft und Sozialpolitik“, das im Juli 1879 erſchien, einen gemeinſam verfaßten Artikel veröffentlicht, der allerdings ſchlecht zu dem von uns geplanten Unternehmen paßte. Wir wollten in dem von uns zu gründenden Blatt mit aller Wucht den Kampf gegen das Schandgeſetz, das in unſeren Augen das Sozialiſtengeſetz war, führen. Die drei aber ſahen in einer Art Quietismus — darauf deuteten ſchon im Grundton die an Moſt gerichteten Briefe aus dem März hin — das Geſetz als eine nicht unverdiente Zuchtrute für unſer ſo wenig artiges Verhalten vor der Zeit des Sozialiſtengeſetzes an. Erklärten ſie doch im Eingang des Artikels, der die Ueberſchrift trug „Rückblicke auf die ſozialiſtiſche Bewegung, kritiſche Aphorismen von *,*“, daß die Partei die recht nötige Ruhepauſe, die ihr das Sozialiſtengeſetz aufoktroyiert habe, zur Selbſtkritik und zur Einkehr bei ſich ſelbſt nötig habe, alſo einer Art Bußzeit bedürfe. Nachdem ſie getadelt, daß man ſich bisher weder bei den Kommunalwahlen noch bei den Landtagswahlen ohne Rückſicht auf die beſtehenden Landesgeſetze beteiligt habe, kritiſierten ſie das ablehnende Verhalten gegenüber den bürgerlichen Demokraten und den Intelligenzen. Man habe dadurch tüchtige Bundesgenoſſen vor den Kopf geſtoßen und damit verhindert, Leute von Intelligenz und Wiſſen zu gewinnen, um durch ſie eine forttreibende Entwicklung herbeizuführen. Man habe ſich, hieß es weiter, in einſeitiger Weiſe als „Arbeiterpartei“ geriert und ſei dadurch auf die geiſtige Produktion weniger Männer beſchränkt geblieben, die in dem Parteiorgan den Inhalt der Laſſalleſchen Agitationsbroſchüren vielfach mit denſelben Schlagworten wiederholten. Nur für Arbeiter ſchreibend und

nur zu Arbeitern ſprechend, habe man den Ton der Volksverſammlung in die Preſſe übertragen und ſich in kräftiger Ausdrucksweiſe zu überbieten geſucht. Der Ton der Zeitungen habe durchaus nicht zur Bildung eines guten Geſchmacks beigetragen. Wollte man ein Lexikon der in unſeren Zeitungen vorgekommenen Schimpfereien anlegen — wobei auch Laſſalle wegen einzelner Aeußerungen im „Baſtiat-Schulze“, die Mangel an Höflichkeit zeigten, einen Hieb erhielt —, „ſo dürfte dasſelbe ſelbſt von dem enragierteſten Genoſſen ſicherlich nicht als eine Muſterleiſtung zur Erlernung des guten Tones angeſehen werden.... Und der Stil iſt der Menſch.... Offen geſagt hat hier das böſe Beiſpiel einzelner Führer geradezu demoraliſierend gewirkt.“

So ging das Moralpredigen weiter. Es erſtreckte ſich ſogar auf den Anzug und das äußere Ausſehen und Auftreten der Parteigenoſſen. „Von der Arbeit ſchmutzig zu ſein, iſt ſicherlich keine Schande, wohl aber, ſich nach getaner Arbeit in dem Schmutz wohl zu fühlen.“

Ueber „das Eindringen der ſozialiſtiſchen Ideen in die Kreiſe der Gebildeten“, wie es die drei anſahen, hieß es: „Das Auftreten der Paſtoren Stöcker und Todt, ja das Verhalten des Fürſten Bismarck zu ſo entſchieden ſozialiſtiſch, wenn auch nicht ſozialdemokratiſch geſinnten Perſonen wie Geheimrat Wagener und Lothar Bucher zeigt evident, daß die neue Wahrheit unwiderſtehlich die Gemüter gefangen nimmt.“ Im weiteren wurde gegen die Halbbildung geeifert, gegen den Mangel an Takt einzelner Redakteure, und wurde die Frage aufgeworfen, ob die Partei nicht ſelbſt einige Schuld daran trüge, daß ſie die Schlacht vom 21. Oktober 1878 verloren habe. Dieſe Frage wurde bejaht.

Es iſt nur ein kurzer, unvollſtändiger Auszug, den ich aus dem Artikel wiedergebe.

Dieſer Artikel, ohne jeden höheren Geſichtspunkt und jede tiefere Auffaſſung der Bewegung, wurde von uns als eine Schulmeiſterarbeit erſten Ranges angeſehen, der überall in Parteikreiſen Erbitterung erregen mußte, wo man ihn las. Die Zeit für eine ſolche Leiſtung war ſo unglücklich wie möglich

gewählt. Es war ein Glück, daß das Buch mit Ausſchluß der Oeffentlichkeit erſchien. Für die Bismarck und Genoſſen wäre der Artikel eine glänzende Genugtuung ihres Verhaltens gegen uns geweſen. Sobald das Buch an Marx und Engels gelangte — und ſie erhielten es früher als wir — und ſie den Artikel laſen, gerieten beide in den höchſten Zorn. Das Buch hatte noch gefehlt, um ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß ſie es in Höchberg — denn ohne deſſen Geld wäre das Buch unmöglich geweſen — mit einem bewußten Parteiverderber zu tun hatten. Sie arbeiteten ein Exposé aus, in dem ſie Buch und Artikel gründlich zerzauſten. Engels ſchrieb mir ſogar, ein Mann wie Höchberg müſſe aus der Partei ausgeſchloſſen werden. Das Exposé ſchickten ſie zur Kenntnisnahme an die Fraktion, die ihrerſeits durch Fritzſche eine Antwort ausarbeiten ließ, nachdem wir uns über dieſe verſtändigt hatten. Das Exposé ging von uns an Bracke, was Marx und Engels ausdrücklich verlangt hatten, und von dieſem an das Züricher Dreigeſtirn. Darauf ſchrieb ich an Engels:

„Leipzig, den 23. Oktober 1879.

Lieber Engels!

Die beifolgende Antwort auf Ihr und Marx' Exposé iſt um deswillen ſo formell ausgefallen, weil ſie Fritzſche verfaßte.

In dem Augenblick, wo ich das Schriftſtück abſenden wollte, kam mir ein Fragment vom Richterſchen Jahrbuch unter Kreuzband zu, das den vielberufenen Artikel enthält. Ich habe denſelben geleſen und begreife Ihre Entrüſtung. Abgeſehen von den prinzipiellen Schnitzern, iſt derſelbe eine Schulmeiſterarbeit, wie mir noch keine vor Augen gekommen iſt. Indem ſich die drei Verfaſſer ſo recht hübſch über alle ſtellen und ihr kritiſches Licht vom hohen Stuhle herab leuchten laſſen, haben ſie es mit allen verdorben, ohne einen zu gewinnen oder zu befriedigen. Dabei iſt die Arbeit voller Widerſprüche.

Ich werde ſelbſtverſtändlich nicht anſtehen, meine Meinung nach Zürich zu ſchreiben. Dasſelbe werden auch die anderen hier tun, ſobald ſie den Artikel zu Geſicht bekommen haben, wofür ich ſorgen werde. Indem ich mich alſo gegen dieſe Arbeit und ihre gänzlich zweckloſe Veröffentlichung ausſprechen

muß, möchte ich andererſeits vor einer Ueberſchätzung des Einfluſſes der Verfaſſer in der Partei warnen. Ich glaube nicht zu viel zu ſagen, daß in der Partei kein Dutzend Leute ſind, die dieſe Arbeit auch nur in der Hauptſache billigen, und niemand hat mehr Schaden davon als die Verfaſſer ſelbſt.

Eine ganz irrtümliche Meinung iſt die Ihre über den Einfluß der Verfaſſer in der Partei. Ich muß wiederholt und mit allem Nachdruck betonen, daß Höchberg trotz der wirklich großartigen Opfer, die er materiell der Partei geleiſtet, nie den geringſten Verſuch gemacht hat, dafür auch entſprechenden Einfluß zu verlangen. Er hat, ſoviel ich weiß, nie eine Bedingung geſtellt, daß dies oder jenes Blatt ſo oder ſo redigiert werden müſſe, daß dieſer oder jener Redakteur weggehen oder ein anderer hinkommen müſſe. So oft er um Hilfe von irgend einer Seite angegangen wurde, und das iſt ſehr oft geſchehen, und er hat ein bedeutendes Vermögen bereits verloren, hat er ſich ſtets entweder an Geib oder an mich, in der Regel an uns beide und noch an andere mit der Frage gewandt, ob er Hilfe gewähren ſolle, ob das Unternehmen oder die Perſonen es verdienten, und unſer Wort war für ihn bindend. Dieſer höchſt ſeltenen Uneigennützigkeit wegen habe ich ihm ſeine mancherlei Fehler nachgeſehen.

Wenn er in der „Zukunft“ durch ſeine redaktionelle Tätigkeit einen gewiſſen Einfluß erlangte, ſo geſchah es, weil tatſächlich Mangel an paſſenden Kräften vorhanden war. Ueberdies wäre es grobe Selbſttäuſchung, wenn wir behaupten wollten, daß eine volle prinzipielle Klarheit in vielen Köpfen in der Partei ſchon vorhanden geweſen wäre. Das mag ein Fehler und zu bedauern ſein, es iſt aber nicht zu ändern. Es liegt in der Kürze ihres Beſtehens und in dem Umſtand, daß Tauſende ſich ihr zunächſt aus den verſchiedenſten Gründen und ohne klare Erkenntnis anſchloſſen, die dann erſt nach und nach in der Partei die nötige Schulung erhielten.

Um nun noch einmal auf die berührten Perſonalien zurückzukommen, bemerke ich folgendes:

Hirſch brauchte ſich gerade ſo wenig an etwaigen brieflichen Ungenauigkeiten der Züricher zu ſtoßen, wie Vollmar das ge-

tan hat. Vollmar hat ſeinen Standpunkt brieflich nach Zürich klargelegt; hier hat er ſich ſeine Inſtruktionen geholt, und als er nach Zürich kam, ging die Sache glatt und ohne Anſtand. Heute beſchwert er ſich über zu wenig Aufſicht, wenigſtens ſoweit es die Geſchäftsleitung anlangt; redaktionell iſt ihm noch niemand zu nahe gekommen. Sie ſind ſehr irre, wenn Sie glauben, daß erſt Hirſch uns zu einem unabhängigen Blatt verholfen hätte. Sie haben uns da gründlich unterſchätzt und ebenſoſehr die Züricher überſchätzt.

Wenn nun Hirſch ſo ſehr Gewicht auf die zufriedenſtellende Antwort bezüglich ſeiner Anfrage wegen der Fundierung legt und Sie dies gleichfalls tun und ihm darin vollkommen recht geben, ſo verſtehe ich dieſes nicht.

Die Partei hat bisher nie an ihre Unternehmungen den Maßſtab ſtrenger Geſchäftsmäßigkeit gelegt, denn dann wären die meiſten Blätter nicht entſtanden. Wir haben ſeinerzeit das „Demokratiſche Wochenblatt", aus dem der „Volksſtaat" und dann der „Vorwärts" hervorgingen, ohne Geld gegründet, und genau ſo iſt es mit einem Dutzend anderer Zeitungsunternehmen gegangen.

Dieſe Frage hat uns, ehrlich geſtanden, auch diesmal ſehr wenig Kopfſchmerzen gemacht, weil wir alle der Ueberzeugung waren und ſind, das Blatt wird ſich in Kürze nicht nur decken, ſondern auch einen Ueberſchuß abwerfen, um die Gründungskoſten zu decken.

Worauf wir rechneten, war, daß Höchberg allenfalls ſich herbeilaſſen werde, die nötigen Vorſchüſſe für die Gründung und Einführung zu machen, ſoweit wir ſie nicht aufzubringen vermöchten. Hätte Hirſch ſich an mich gewandt, ſo hätte ich ihm nicht anders antworten können, als ich Ihnen hier ſchreibe. Es ſcheint mir aber, daß Hirſch ohne garantierte Tauſende Zuſchuß kein Vertrauen in das Unternehmen hatte, und weil ihm dieſes fehlte, Geſpenſter ſah, wo keine waren.

Es fällt mir gar nicht ein, mich weiter über dieſe Punkte auszulaſſen. Die Sache iſt abgetan, das Unternehmen lebt und wird ſo leben bleiben, daß es auch Ihren und Marx' Beifall findet.

Wenn wir im Ton des Blattes uns eine gewiſſe Reſerve auflegen, ſo geſchieht es, damit bei den gar nicht ausbleibenden Prozeſſen, die wegen Verbreitung erfolgen, die Gerichte die Angeklagten nicht noch auf ſchwere Vergehen in bezug auf den Inhalt anklagen können. Wir können dieſe Verurteilungen, die uns ſchwere Geldopfer auferlegen, jetzt abſolut nicht brauchen. Es hält ſehr ſchwer, die nötigen Geldmittel für die Menge der Ausgewieſenen und deren Familien und ſonſtige durch das Sozialiſtengeſetz außer Brot gekommene Genoſſen aufzubringen; jeder neue Anſpruch an unſeren Beutel iſt uns höchſt unwillkommen. Wäre die Kriſe nicht, dann würden wir lachen, aber dieſe drückt von Woche zu Woche furchtbarer; auf unſeren beſten Bezirken laſtet ſie am ſchwerſten. Das ſind Umſtände, denen wir Rechnung tragen müſſen, wir mögen wollen oder nicht.

Noch einige Worte über den Fall Kayſer. Ich ſage Ihnen geradeheraus, daß ich über die Art und Weiſe, wie Hirſch Kayſer angriff, empört war, ſo wenig ich ſelbſt mit Kayſers Haltung einverſtanden bin. In dieſer Weiſe traktiert man Parteigenoſſen nicht. Der Angriff ſtrotzte von perſönlichen Gehäſſigkeiten; man ſah es dem Schreiber an, daß er die Gelegenheit mit Freuden ergriff, Kayſer etwas am Zeuge zu flicken.

Wie die Partei über Schutzzoll und Freihandel denkt, hat ihre Reſolution auf dem Kongreß zu Gotha (1877), dem Hirſch beiwohnte, bewieſen. Die dort angenommene Reſolution, der K. Hirſch und Moſt zuſtimmten, war die Richtſchnur unſeres Handelns. Ob durch einen Schutzzoll Bismarck eine Reihe von Millionen erhielt oder nicht, war für uns gänzlich indifferent, wenn wir zu der Anſicht gekommen wären, daß ein Schutzzoll unter den gegebenen Verhältniſſen für die Induſtrie notwendig geweſen wäre. In dieſer Anſicht waren wir geteilt, und zwar in mehr als in einem Fall, und in dieſer Frage waren nicht nur wir Abgeordnete geteilt, ſondern auch die Partei überhaupt. So war zum Beiſpiel Auer wütender Schutzzöllner, während Geib und Blos ebenſo wütende Freihändler waren. Höchberg war für unbedingten Freihandel, Bernſtein bedingt für Schutzzoll uſw.

Was uns im Reichstag blamierte, waren nicht unſere Abſtimmungen, ſondern die mangelhafte Vertretung durch das Wort. Kayſers unglückliches Debüt in der Eiſenzollfrage konnte niemand mehr ärgern als uns, und es hat ihm an Vorwürfen nicht gefehlt. Bahlteich, der die Generalrede halten ſollte, kam in der erſten Generaldebatte nicht zum Wort, und als er bei der dritten Leſung zum Wort kam, war er ſo unglücklich disponiert, daß wir froh ſein mußten, daß er keinen Schnitzer gemacht. Das war Pech, und ich war davon nicht erbaut.

Was ſonſt noch unſere diesmalige Vertretung ſo matt erſcheinen ließ, war — abgeſehen von verſchiedenen Wortabſchneidungen, mit denen ich allein in der Getreidezollfrage zweimal bedacht wurde — die lange Dauer der Seſſion, die uns faſt ſämtlich nötigte, längere Zeit nach Hauſe zu gehen und häufig zu fehlen, dann der Mangel an Mitteln, die auf dieſe Dauer nicht eingerichtet waren. Sie im Ausland haben gar keinen Begriff von den Schwierigkeiten, mit denen faſt jeder einzelne von uns zu kämpfen hat. Ich würde es für kein Unglück anſehen, wenn ich mal durch einen Durchfall bei einer Wahl auf einige Jahre erlöſt würde.

Auf die Befürchtungen, die Sie betreffs der Haltung des neuen Organs ausſprechen, will ich nicht weiter eingehen. Das Blatt iſt da, und Sie mögen urteilen. Genügt es Ihnen und Marx nach dieſer oder jener Richtung nicht, nun, ſo helfen Sie es beſſer machen, indem Sie fleißig hineinſchreiben.

Morgen ſende ich das Aktenſtück von Ihnen an Bracke, der übrigens infolge ſeiner Krankheit faſt von nichts weiß, und von dort ſoll es nach Zürich gehen.

Freundſchaftliche Grüße an Sie und Marx von Ihrem

A. Bebel."

Der „Sozialdemokrat“.

Nachdem endlich alle vorhergehenden Hindernisse überwunden waren, erschien die erste Nummer des Blattes am 28. September mit einem Aufruf, unterzeichnet von dem Verlag und der Redaktion des Blattes. Der Aufruf wies zunächst darauf hin, daß das Sozialistengesetz eine Presse, die die Grundsätze der Partei offen vertrete, unmöglich gemacht habe, und zwar nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Oesterreich, woselbst ohne Ausnahmegesetz, durch Konfiskationen und Verurteilungen jede noch so gemäßigte Vertretung unserer Prinzipien aufs äußerste erschwert worden sei. Ein Organ, das mit spezieller Rücksicht auf Deutschland und Oesterreich rückhaltlos und rücksichtslos für die Prinzipien der Sozialdemokratie und deren Verbreitung im Volk eintrete, sei also eine Notwendigkeit. Daß die deutsche Partei bisher, ohne ein eigentliches Parteiorgan zu besitzen, den Kampf zu führen wußte, habe der Erfolg gezeigt, aber auf die Dauer sei ein Blatt, das sich die prinzipielle Fort- und Weiterbildung der Parteigenossen zur Aufgabe stelle, unentbehrlich. Die Gründung des „Sozialdemokrat“ gehe von einer Gruppe Sozialdemokraten deutscher Zunge aus, die sich in der Schweiz zusammengefunden und entschlossen hätten, ein internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge erscheinen zu lassen als ein nach jeder Richtung hin kampfbereiter Vertreter der Partei. Die Haltung des Blattes werde bestimmt durch das Gothaer Einigungsprogramm, das ihm zur Richtschnur diene. Die Partei bleibe nach wie vor eine revolutionäre Partei im besten Sinne des Wortes, sie werde aber der törichten Revolutions- und Putschmacherei auf das entschiedenste entgegentreten. Der „Sozialdemokrat“ stehe „voll und ganz auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie, wie sie war und wie sie ist“. Und da dem Blatt die berufensten Vorkämpfer der Sozialdemokratie aller Länder, vor allem der deutschen, ihre

Mitarbeiterschaft zugesagt hätten, so sei es kein privates Unternehmen, sondern das offizielle Zentralorgan der Partei.

In den nächsten Nummern des „Sozialdemokrat“ erschien der Rechenschaftsbericht der Fraktion über ihre Tätigkeit. In bezug auf die innezuhaltende Taktik bemerkte er: Die Aufgabe der Partei sei: Der Reaktion keine Möglichkeit zu bieten, die Sozialdemokratie als rotes Gespenst zu verwenden, das durch infame Verleumdungen auf uns geworfene Odium abzustreifen und so zu handeln, daß das Odium für die herrschende Mißwirtschaft und die herrschenden Mißstände auf diejenigen gewälzt werde, die es entweder durch aktives Verschulden oder durch passives Geschehenlassen wirklich verdient haben. „Wir sind, was wir waren, und werden bleiben, was wir sind.“

Der Bericht warnt vor der Illusion, als werde das Sozialistengesetz und der über Berlin verhängte Belagerungszustand ein Ende nehmen. Die Reaktion könne nicht und werde nicht einhalten, bis sie auf unübersteiglichen Widerstand gestoßen sei.

Der Schluß lautete: „Mögen die Genossen überall sich fest aneinander schließen, die Fühlung mit dem Ganzen erstreben! Jeder hat in dieser Zeit der Prüfung und Läuterung in vollstem Maße seine Schuldigkeit zu tun, alle seine Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. Das Zusammenwirken aller ist dringend erforderlich. Wer es stört und Zwietracht sät, ist ein Feind unserer Sache. Kein blindes Vertrauen in einzelne Personen, aber auch kein blindes Mißtrauen, strenge Kritik der Genossen, verbunden mit strenger Selbstkritik. Wir kennen die gesteigerten Pflichten, welche das Sozialistengesetz uns auferlegt, und sind entschlossen, sie zu erfüllen. Hoch die Sozialdemokratie! A. Bebel, W. Bracke, F. W. Fritzsche, M. Kayser, W. Liebknecht, J. Vahlteich, Ph. Wiemer.“

Hasenclever, der erst nach Schluß der letzten Session in den Reichstag gewählt worden war, erklärte sich durch eine Nachschrift mit dem Rechenschaftsbericht der Fraktion einverstanden.

Ich lasse nun wieder einige Briefe folgen, deren Inhalt sich nicht ausschließlich auf den „Sozialdemokrat“ bezieht, die aber, wie ich glaube, insofern von großem Interesse sind, als sie

Meinungsverschiedenheiten zutage treten lassen, über die bis heute in der Partei nichts bekannt wurde.

Am 21. Oktober 1879 antwortete ich auf einen Brief Vollmars:

„Lieber Freund!

Daß nicht alles in Zürich so glatt abging, haben wir uns wohl gedacht; da indes das, worüber zu klagen ist, wie Sie selbst sagen, sich mehr auf Mängel an richtiger Auffassung und eine gewisse Aengstlichkeit zurückführen läßt, so wird sich alles allmählich einrichten.

Wenn Schramm sich ganz fernhält, Höchberg meist verreist ist, so soll Bernstein uns zwei Personen vorschlagen, die ihm das Geschäft regulieren und uns zeitweilig Bericht erstatten. Eine stramme und geregelte Expedition ist durchaus notwendig und wünschen wir sehr, daß speziell Bernstein sich recht darum kümmern möge, da er als Kaufmann entschieden das Zeug hat, die Verwaltung einzurichten. Ich habe auch geschrieben, daß es sich sehr empfehle, bei der Umsicht, welche die Expedition entfalten müsse, und in Anbetracht, daß sie möglichst auch den Schriftenbetrieb leiten und organisieren müsse, daß Uhle sich ganz und gar der Expedition widme; an Arbeit wird es ihm nicht fehlen. Beilage, die das auf die Expedition Bezügliche enthält, wollen Sie Uhle behändigen. Wir haben alle die feste Ueberzeugung, daß das Blatt in nicht ferner Zeit seine Kosten decken wird. Die Stimmung ist allerwärts günstig. Schwierigkeiten wird im Anfang der Bezug machen. Die Leute wissen sich noch nicht zu helfen, und dann gibt es auch hier und da zuzusprechen und zu organisieren. Sehr empfehlen würde es sich, wenn Sie an der Spitze mit allem Nachdruck bekannt machten, daß das Abonnieren und Lesen des Blattes nicht strafbar sei, sondern nur das Weitergeben an Dritte. Ich werde, sobald ich nur die dringendsten Arbeiten beseitigt habe, einige Artikel schreiben über das Verhalten unserer Leute im Falle von Maßregelungen auf Grund des Sozialistengesetzes. Man läßt sich vielfach mehr gefallen, als sich mit dem Gesetz verträgt, und wenn auch Beschwerden wenig nützen, so müssen sie bis in die letzte Instanz verfolgt werden, damit wir um so rückhaltloser

seinerzeit im Reichstag angreifen können. Mit Ihrer Taktik gegen Most und „Die Freiheit“ sind wir ganz einverstanden, darüber bestand ja auch wohl von vornherein keine Meinungsverschiedenheit. Mag Most noch so ordinär im Briefkasten angreifen, wir sehen es nicht. Er richtet sich damit bei den Vernünftigeren seiner eigenen Anhänger. Tatsache ist, daß das bloße Erscheinen des Blattes allerwärts den günstigsten Eindruck gemacht hat und die Stimmung auch dort, wenn nicht zum sofortigen Umschlag, so doch zu bedeutendem Schwanken gebracht hat, wo man bisher ganz und gar auf Mostscher Seite stand. Soweit ich bis jetzt gehört, wird die Haltung des Blattes gebilligt. . . .

Bringen Sie an die Spitze des Blattes einen energischen Aufruf für Sammlungen zugunsten der Ausgewiesenen. Ich bin in heller Verzweiflung, heute sind wieder sieben von den neuesten Berliner Ausgewiesenen — lauter Familienväter — hier eingetroffen, und ich weiß nicht mehr, woher ich die Mittel nehmen soll. Machen Sie auf die brutale Taktik Madais aufmerksam, mit raffinierter Bosheit hauptsächlich Familienväter auszuweisen. Der Kerl zielt offenbar auf Aufreizung ab und hätte gerne einen Putsch oder ein neues Attentat eines durch seine Brutalität zur Verzweiflung Getriebenen. Machen Sie ferner darauf aufmerksam, daß diese Ausweisungen nur den einen Zweck haben, die Erneuerung des Belagerungszustandes Dummen plausibel zu machen.

Mitteilen will ich, daß ich, wegen Sammlung für die Ausgewiesenen angeklagt, in vorvoriger Woche freigesprochen wurde. Erkenntnis folgt.

Sie können in dem Aufruf sagen, daß man Geld an die bekannten Adressen in Deutschland senden möge, außerdem erkläre sich aber auch die Redaktion, respektive die Expedition dazu bereit. . . .

Herzliche Grüße von uns allen. Ihr A. Bebel.“

Die in dem vorstehenden Brief erwähnten Artikel, die ich schreiben wollte, sind später erschienen; sie trugen die Ueberschrift: „Wie verhalten wir uns vor Polizei und Gericht?“ Eine

Aufklärung, wie sie die Artikel enthielten, war eine Notwendigkeit bei den unausgesetzten schweren Verstößen gegen die Gesetze, die sich sowohl zahlreiche Polizeibeamte wie Staatsanwälte und Untersuchungsrichter in der Behandlung unserer Genossen zuschulden kommen ließen. Namentlich wurde bei den zahllosen Haussuchungen in der Regel keine der gesetzlichen Vorschriften respektiert. Und solche Haussuchungen fanden im Jahre viele Tausende statt. Erlaubte sich doch zum Beispiel die Dresdener Polizei den Unfug, daß sie bei dem Genossen Kegel einen Monat lang Tag für Tag eine Haussuchung vornahm. Das war offener Mißbrauch der Amtsgewalt. Meine Artikel wurden nach ihrem Erscheinen zu einem Broschürchen zusammengestellt und in Tausenden von Exemplaren verbreitet. Es leistete den Parteigenossen gute Dienste.

Am 14. November 1879 erhielt ich von Engels Antwort auf meinen Brief vom 23. Oktober. Er schrieb:

„Lieber Bebel!

Besten Dank für Ihre Mitteilungen sowie die von F. und L.,* die uns endlich gestatten, den Sachverhalt klar zu überschauen. Daß aber die Sache von vornherein keineswegs so einfach lag, beweisen die früheren Leipziger Briefe sowie die Irrungen und Wirrungen mit Hirsch überhaupt. Letztere waren unmöglich, wenn die Leipziger dem Anspruch der Züricher auf Zensur von vornherein einen Riegel vorschoben. Tat man das und machte Hirsch davon Mitteilung, so war alles in Ordnung. Da dies aber nicht geschah, so kann ich bei nochmaliger Vergleichung des Geschehenen und des Unterlassenen der jetzigen Mitteilungen und der früheren Briefe aller Beteiligten nur zu dem Schluß kommen, daß Höchberg nicht so unrecht hatte, als er mir sagte, die Züricher Zensur sei nur wegen Hirsch eingesetzt gewesen, gegen Vollmar sei sie überflüssig.

Was die Fundierung betrifft, so wundert's mich nicht sehr, daß Sie die Sache so leicht nehmen. Sie probieren das Ding eben zum erstenmal. Hirsch aber hatte gerade an der „Laterne“

* Fritzsche und Liebknecht. D. H.

die Erfahrung praktisch gemacht, und wir, die wir dergleichen schon öfters gesehen und selbst durchgemacht, können ihm nur recht geben, wenn er diesen Punkt ernstlich erwogen sehen wollte. Die „Freiheit“ schließt trotz aller Zuschüsse ihr drittes Quartal mit einem Defizit von 100 Pfund gleich 2000 Mark ab. Ich habe noch nie ein im Inland verbotenes deutsches Blatt gekannt, das sich ohne bedeutende Zuschüsse gehalten hätte. Lassen Sie sich nicht durch die ersten Erfolge blenden. Die eigentlichen Schwierigkeiten des Schmuggels zeigen sich erst mit der Zeit und steigen unaufhörlich.

Ihre Aeußerungen über die Haltung der Abgeordneten und der Parteiführer überhaupt in der Schutzzollfrage bestätigen jedes Wort meines Briefes. Schlimm genug war's schon, daß die Partei, die sich rühmt, dem Bourgeois so überlegen zu sein, bei dieser ersten ökonomischen Probe ebenso gespalten war, ebensowenig Bescheid wußte wie die Nationalliberalen, die doch wenigstens für ihren kläglichen Zusammenbruch die Entschuldigung hatten, daß hier wirkliche Bourgeoisinteressen in Konflikt kamen. Noch schlimmer, daß man diese Spaltung sichtbar werden ließ, daß man unsicher und schwankend auftrat. War einmal keine Einigung zu erzielen, dann war nur ein Weg: Die Frage für eine reine Bourgeoisfrage zu erklären, was sie ja auch ist, und nicht mitzustimmen. Am schlimmsten war, daß man Kayser erlaubte, seine Jammerreden zu halten und in erster Lesung für das Gesetz zu stimmen. Erst nach dieser Abstimmung hat Hirsch ihn angegriffen, und wenn Kayser dann in dritter Lesung gegen das Gesetz stimmt, so macht das die Sache für ihn nicht besser, sondern eher schlimmer.

Der Kongreßbeschluß ist keine Entschuldigung. Wenn die Partei sich heute noch an alle alten in gemütlicher Friedenszeit gefaßten Kongreßbeschlüsse binden will, so legt sie sich selbst in Fesseln. Der Rechtsboden, auf dem eine lebende Partei sich bewegt, muß nicht nur selbstgeschaffen, er muß auch jederzeit abänderbar sein. Indem das Sozialistengesetz alle Kongresse und damit die Abänderung der alten Kongreßbeschlüsse unmöglich macht, vernichtet es auch die bindende Kraft jener Beschlüsse. Eine Partei, der man die Möglichkeit abschneidet,

bindende Beschlüsse zu fassen, hat ihre Gesetze nur in ihren lebendigen, stets wechselnden Bedürfnissen zu suchen. Will sie diese Bedürfnisse aber früheren Beschlüssen unterordnen, die jetzt starr und tot sind, so gräbt sie ihr eigenes Grab.

Dies das Formelle. Der Inhalt jenes Beschlusses aber macht ihn erst recht hinfällig. Erstens steht er im Widerspruch mit dem Programm, indem er die Bewilligung von indirekten Steuern zuläßt. Zweitens im Widerspruch mit der unabweisbaren Parteitaktik, indem er die Bewilligung von Steuern an den heutigen Staat erlaubt. Drittens aber besagt er in klares Deutsch übersetzt folgendes:

Der Kongreß bekennt, über die Schutzzollfrage nicht hinlänglich unterrichtet zu sein, um einen entscheidenden Entschluß für oder wider fassen zu können. Er erklärt sich also in dieser Frage für inkompetent, indem er des lieben Publikums halber sich darauf beschränkt, einige teils nichtssagende, teils einander oder dem Parteiprogramm widersprechende Gemeinplätze aufzustellen, und ist damit froh, die Sache los zu sein. Und diese Inkompetenzerklärung, mit der man in Friedenszeiten die damals rein akademische Frage auf die lange Bank schob, soll nun in den jetzigen Kriegszeiten, wo die Frage brennend geworden ist, so lange für die ganze Partei bindend sein, bis sie durch einen neuen, jetzt unmöglich gemachten Beschluß rechtsgültig aufgehoben ist?

So viel ist sicher: Was auch der Eindruck ist, den die Hirschschen Angriffe gegen Kayser bei den Abgeordneten gemacht, diese Angriffe spiegeln den Eindruck wider, den das unverantwortliche Auftreten Kaysers bei den deutschen wie nichtdeutschen Sozialdemokraten des Auslandes gemacht hat. Und man sollte doch endlich einsehen, daß man nicht nur innerhalb der eigenen vier Pfähle, sondern auch vor Europa und Amerika die Reputation der Partei aufrechtzuerhalten hat.

Und dies führt mich auf den Rechenschaftsbericht. So gut der Anfang, so geschickt — unter den Umständen — die Behandlung der Schutzzolldebatte, so unangenehme Konzessionen an den deutschen Philister sind im dritten Teil enthalten. Wozu die ganz überflüssige Stelle über den „Bürgerkrieg“, wozu das

Hutabnehmen vor der „öffentlichen Meinung“, die in Deutschland stets die des Bierphilisters sein wird, wozu hier die vollständige Verwischung des Klassencharakters der Bewegung? Wozu den Anarchisten diese Freude machen? Und dazu sind alle diese Konzessionen total nutzlos. Der deutsche Philister ist die inkorporierte Feigheit, er respektiert nur den, der ihm Furcht einflößt. Wer sich aber liebes Kind bei ihm machen will, den hält er für seinesgleichen und respektiert ihn nicht mehr als seinesgleichen, nämlich gar nicht. Und jetzt, nachdem der Sturm der Bierphilisterentrüstung, genannt öffentliche Meinung, sich zugegebenermaßen wieder gelegt hat, wo der Steuerdruck die Leute ohnehin wieder mürbe macht, wozu da noch diese Süßholzraspelei? Wenn Sie wüßten, wie das im Ausland sich anhört! Es ist ganz gut, daß ein Parteiorgan von Leuten redigiert werden muß, die mitten in der Partei und im Kampf stehen. Aber wären Sie nur sechs Monate im Ausland, so würden Sie über diese ganz unnötige Selbsterniedrigung der Parteiabgeordneten vor dem Philister ganz anders denken. Der Sturm, der nach der Kommune über die französischen Sozialisten hereinbrach, war doch noch was ganz anderes als das Nobilinggezeter in Deutschland. Und wie viel stolzer und selbstbewußter haben sich die Franzosen benommen! Wo finden Sie da solche Schwächen, solche Komplimente für den Gegner? Sie schwiegen, wo sie nicht frei ausreden konnten. Sie ließen den Spießbürger sich ausheulen, sie wußten, ihre Zeit werde schon wieder kommen, und jetzt ist sie da.

Was Sie über Höchberg sagen, will ich gern glauben. Ich habe ja gegen seinen Privatcharakter absolut gar nichts. Ich glaube auch, daß er sich erst durch die Sozialistenhetze darüber klar geworden ist, was er im Grunde seines Herzens will. Daß das bürgerlich ist, was er will, und nicht proletarisch, habe ich ihm — wahrscheinlich vergebens — klarzumachen gesucht. Aber nachdem er sich einmal ein Programm gebildet, müßte ich ihm mehr als deutsche Philisterschwäche zutrauen, wenn ich annähme, daß er es nicht auch zur Anerkennung zu bringen suchte. Höchberg vor und Höchberg nach jenem Artikel sind eben zwei verschiedene Leute.

Nun aber finde ich in Nr. 5 des „Sozialdemokrat“ eine Korrespondenz von der Niederelbe, worin Auer meinen Brief zum Vorwand nimmt, um mich — zwar ohne Namen, aber hinreichend bezeichnet — anzuklagen, „Mißtrauen gegen die bewährtesten Genossen zu säen“, also sie zu verleumden (denn sonst wäre ich ja berechtigt dazu). Damit nicht zufrieden, lügt er mir ebenso alberne wie infame Dinge an, die in meinem Brief gar nicht stehen. Wie es scheint, bildet Auer sich ein, ich wolle von der Partei irgend etwas. Sie wissen aber, daß nicht ich von der Partei, sondern im Gegenteil die Partei von mir etwas will. Sie und Liebknecht wissen: Das einzige, was ich von der Partei überhaupt verlangt habe, ist, daß sie mich in Ruhe läßt, damit ich meine theoretischen Arbeiten abschließen kann. Sie wissen, daß ich seit sechzehn Jahren dennoch immer und immer wieder angegangen worden bin, in den Parteiorganen zu schreiben; daß ich dies auch getan, ganze Reihen von Artikeln, ganze Broschüren auf ausdrückliche Bestellung Liebknechts geschrieben habe, so die „Wohnungsfrage“ und den „Anti-Dühring“. Was ich dafür von der Partei für Liebenswürdigkeiten besehen — zum Beispiel die angenehmen Kongreßverhandlungen wegen des Dühring —, darauf will ich nicht näher eingehen. Sie wissen ebenfalls, daß Marx und ich die Verteidigung der Partei gegen auswärtige Gegner freiwillig geführt, solange die Partei besteht, und daß wir dafür nur das eine von der Partei verlangt haben, daß sie sich nicht selbst untreu werden soll.

Wenn aber die Partei von mir verlangt, ich soll an ihrem neuen Organ mitarbeiten, so ist selbstredend, daß sie zum mindesten dafür sorgt, daß ich nicht noch während schwebender Verhandlung und noch dazu von einem der nominellen Miteigentümer von diesem selben Organ als Verleumder verleumdet werde. Ich kenne keinen literarischen oder sonstigen Ehrenkodex, mit dem das verträglich wäre, ich glaube, selbst ein Reptil ließe sich das nicht bieten. Ich muß also die Anfrage stellen: erstens, welche Satisfaktion können Sie mir anbieten für diesen unprovozierten und gemeinen Insult; zweitens, welche Garantie haben Sie mir zu bieten, daß sich dergleichen nicht wiederholt?

Uebrigens will ich zu den Auerschen Unterschiebungen nur noch bemerken, daß wir hier weder die Schwierigkeiten unterschätzen, mit denen die Partei in Deutschland zu kämpfen hat, noch die Bedeutung der trotzdem errungenen Erfolge und die bisher ganz musterhafte Haltung der Parteimassen. Es ist ja selbstredend, daß jeder in Deutschland erfochtene Sieg uns ebensosehr freut wie ein anderswo erfochtener und noch mehr, weil ja die deutsche Partei von Anfang an in Anlehnung an unsere theoretischen Aufstellungen sich entwickelt hat. Aber eben deswegen muß uns auch besonders daran liegen, daß die praktische Haltung der deutschen Partei und namentlich die öffentlichen Aeußerungen der Parteileitung auch mit der allgemeinen Theorie im Einklang bleiben. Unsere Kritik ist gewiß für manchen nicht angenehm, aber mehr als alle unkritischen Komplimente muß es doch für die Partei von Vorteil sein, wenn sie im Ausland ein paar Leute hat, die unbeeinflußt von den verwirrenden Lokalverhältnissen und Einzelheiten des Kampfes von Zeit zu Zeit das Geschehene und Gesagte an den für alle moderne proletarische Bewegung geltenden theoretischen Sätzen messen und ihr den Eindruck widerspiegeln, den ihr Auftreten außerhalb Deutschlands macht.

Freundschaftlichst der Ihrige. F. Engels.“

Der aggressive Ton des Schreibens wie die Angriffe auf Auer veranlaßten mich, bereits am 18. November darauf zu antworten:

„Lieber Engels!

Ich schreibe deshalb so rasch auf Ihren Brief, obgleich ich mit Arbeit überhäuft bin, weil ich möglichst bald ein arges Mißverständnis Ihrerseits aufklären möchte. Sie betrachten die Korrespondenz in Nr. 5 vom 23. Oktober als gegen Sie gerichtet. Das ist ein Irrtum. An jenem Tage hatte Auer, wie ich Ihnen bestimmt versichern kann, das Schreiben noch gar nicht in Händen. Er hat es erst unmittelbar nach jener Zeit bekommen. Auer hat offenbar, und anders habe ich die Korrespondenz beim ersten Anblick gar nicht aufgefaßt, Hans Most damit gemeint und niemand sonst. Ich würde diesen Glauben

ſelbſt dann haben, wenn er Ihren Brief ſchon damals gehabt hätte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil von einem „Mißtrauenſäen gegen bewährte Genoſſen“ bei dem kleinen Kreis der Leſer des Briefes unmöglich die Rede ſein konnte. Auer hätte ſehr naiv ſein müſſen, wenn er ſolche Auseinanderſetzungen, die jedenfalls als durchaus loyal auch von ihm aufgefaßt wurden — denn ſie waren ja an alle Beteiligte gerichtet —, zum Gegenſtand einer Korreſpondenz machte.

Ich hoffe, daß dieſe Auseinanderſetzung Sie überzeugt, daß Ihre Auffaſſung eine unrichtige iſt und daß damit auch all die Folgerungen unrichtig ſind, welche Sie daraus zogen. Hat Höchberg wirklich die Erklärung abgegeben, daß die Zenſur nur wegen Hirſch eingeſetzt geweſen, gegen Vollmar aber überflüſſig ſei, ſo verſtehe ich das einfach nicht. Nach meiner Auffaſſung der Perſonen muß Hirſch Höchberg ſympathiſcher geweſen ſein als Vollmar, welcher in ſeinem ganzen Weſen etwas Derbes und keineswegs Fügſames beſitzt. Auch ſteht Hirſch in der damals brennenden Tagesfrage, der Zollfrage, Höchberg weit näher wie Vollmar, denn Höchberg iſt abſoluter Freihändler.

Sie ſagten, wir hätten ſofort intervenieren ſollen, als man von Zürich den Verſuch machte, Hirſch unter Zenſur zu ſtellen. Darauf habe ich zu erwidern, daß ich davon erſt erfuhr, als Hirſch definitiv abgelehnt. Ich kann ferner verſichern, daß Vollmar wütend war, daß man ihn, der ſich damals in ſehr prekärer Lage befand, mit definitiver Antwort hinhielt, weil man noch fortgeſetzt an Hirſch arbeitete, trotz ſeiner bereits erfolgten Ablehnung anzunehmen, und Höchberg zu dieſem Zweck ſogar nach Paris reiſte. Doch es iſt heute zwecklos, weiter darüber zu ſchreiben.

Ihre Anſicht über unſere Haltung in der Zollfrage iſt nicht richtig. Gerade weil wir zu unſeren Leuten nicht ſprechen konnten, mußten wir mehr als ſonſt auf die Stimmung Rückſicht nehmen, und dieſe war tatſächlich geteilt. Kayſer konnten wir ſeine „Jammerrede“ nicht verbieten, weil wir vorher nicht wiſſen konnten, daß er eine ſolche hielt. Er hatte tatſächlich mit großem Fleiß das Thema einſtudiert, aber er kam im rechten Moment nicht zum Wort und wurde durch die Unterbrechungen konfus.

Ein Malheur, was auch anderen Leuten schon passiert ist. Hintennach wäre uns auch lieber gewesen, er hätte nicht gesprochen, aber mißhandeln, wie es Hirsch in der „Laterne“ getan hat, durften wir ihn deshalb nicht.

Kayser hat auch nicht in der ersten (richtiger zweiten) Lesung — denn in der ersten gibt es, weil sie Generaldebatte ist, keine Abstimmung — für das Gesetz gestimmt, er hat dies nur für den höheren Eisenzoll getan und einige andere Positionen. Für den hohen Eisenzoll hat er auch in der dritten Lesung gestimmt, aber schließlich gegen das ganze Gesetz.

Ich bin überzeugt, daß, wenn die Partei 1879 ebenfalls hätte einen Kongreß halten können, ihr Beschluß genau so ausfiel wie vor zwei Jahren, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in dieser rein praktischen Frage verschiedene Strömungen vorhanden sind und die bloße Negation in den Wählerkreisen schwerlich Anklang gefunden hätte. Wir werden, solange wir parlamentarisch mittun, uns in der reinen Negation nicht halten können, die Masse verlangt, daß auch für das Heute gesorgt werde, unbeschadet dessen, was morgen kommt.

Ich gebe zu, daß man da leicht zu weit gehen kann und daß es fortgesetzter sorgfältiger Beratung von Fall zu Fall bedarf, wie weit man gehen darf. In allen diesen Fällen sind Meinungsverschiedenheiten sehr leicht, namentlich wenn man, wie Ihr, außerhalb der Fühlung mit den Massen steht, auf die man zunächst Rücksicht zu nehmen hat.

Lehrreich ist jedenfalls, daß der letzte Marseiller Kongreß in der Zollfrage fast wörtlich denselben Beschluß gefaßt hat wie wir vor zwei Jahren.

Und nun zu unserem Rechenschaftsbericht. Ich gebe Ihnen von vornherein zu, daß derselbe ungleich schärfer hätte ausfallen können, als er ausgefallen ist; aber Sie dürfen eines nicht vergessen, die Umstände und Zustände, unter denen er geschrieben wurde. Auf Grund unseres Preßgesetzes konnte man uns alsdann in Deutschland fassen, und daß uns daran nichts lag im gegenwärtigen Moment, ist wohl selbstverständlich.

Nun hätten wir den ganzen Passus mit der Revolution überhaupt weglassen können, allein den fortgesetzten Anklagen

und Verdächtigungen Mosts gegenüber, dem, weil er allein das Wort führte, es gelungen war, eine Menge Köpfe zu verdrehen, war eine solche Erklärung notwendig. Ich glaube auch nicht, daß man aus dem bezüglichen Passus eine Konzession an den Bierphilister lesen kann, so naiv sind wir nicht. Wir haben wohl deutlich genug gesagt, was wir unter der „öffentlichen Meinung“ verstehen. Wir meinten dabei allerdings auch den Kleinbürger und Bauern, die in den letzten Jahren in größerer Zahl sich uns angeschlossen und bei der letzten Wahl in manchem Bezirk die Ehre der Partei gerettet haben, weil die Lohnarbeiter unter dem Druck und der Hetze der Fabrikanten auf der einen, der Krise auf der anderen Seite vielfach von der Stimmurne fernblieben, ja hier und da, wenn auch mit Wut im Herzen, sich zum Stimmen gegen uns herbeiließen.

Ich bin kein Freund vom Ducken und andere neben mir auch nicht; glaubte ich, daß auch nur einer unserer Gegner aus unserem Rechenschaftsbericht so etwas wie Sentimentalität oder Nachgiebigkeit herauslesen könnte, ich hätte ihn nicht unterschrieben. Ihr könnt Euch eben dort von der Situation hier keine rechte Vorstellung machen, und da legt Ihr eben einen ganz anderen Maßstab an und kritisiert, wie innerhalb Deutschlands keinem zu kritisieren einfällt. Unsere Gegner täuschen sich nicht über uns und wir uns nicht über sie. Daß wir leben und uns nicht tot machen ließen, bringt sie zur Verzweiflung, sie können es gar nicht begreifen, daß man ohne hohe obrigkeitliche Bewilligung am Leben bleiben kann. Da wir aber eben zum Maulhalten in der Oeffentlichkeit verurteilt sind, wohingegen unsere Gegner uneingeschränkt das Wort besitzen, so haben wir da, wo wir das Wort ergreifen, uns möglichst vorsichtig zu benehmen, um ihnen möglichst die Gelegenheit zu wirksamen Angriffen zu verleiden.

Das ist eine Taktik, womit wir uns meines Erachtens absolut nichts vergeben, aber sehr viel nützen. Ich wiederhole, unsere Gegner täuschen sich über unsere Taktik nicht, das zeigt das ruhige Geschehenlassen der größten Willkürlichkeiten gegen uns, aber wir setzen sie außerstande, weiterzuhetzen, und das ist, wie die Dinge liegen, notwendig und ein Erfolg.

Wir werden Eure Kritiken stets gerne entgegennehmen und wir wünschen auch, daß Ihr sie im Blatte selbst, nur nicht in verletzender Form, ungeniert übt. Wir erkennen an, daß gerade jetzt der Meinungsaustausch um so nötiger ist, wo Hunderte von Kanälen verstopft sind, durch die sonst das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Uebereinstimmung drang. Im ganzen glaube ich sagen zu dürfen, daß wir weit besser Eure Stellung begreifen wie Ihr die unsrige, und daraus geht hervor, welche Seite die schwierigere ist.

Ich hoffe, daß die Magdeburger Wahl am 10. Dezember wieder eine kleine Herzerfrischung wird. Wahrscheinlich werden wir an Stelle Brackes, der, wie er behauptet, unfähig ist, weiter mitzutun, auch eine Neuwahl bekommen. Wir wollen sie auf 1880 aufsparen.

Hans hat in meinem Brief an den Kommunistischen Arbeiterbildungsverein, wie ich glaube absichtlich, mehrere sinnstörende Entstellungen vorgenommen.

Mit den besten Grüßen an Sie und Marx Ihr A. Bebel.“

Engels antwortete auf vorstehenden Brief bereits am 24. November 1879:

„Lieber Bebel!

Ich hatte meine guten Gründe, als ich Auers Wink auf mich bezog. Das Datum beweist nichts. Most schließt er ausdrücklich aus. Also fragen Sie ihn doch selbst, wen er gemeint hat, wir werden dann ja sehen, was er sagt. Ich bin überzeugt, das Mißverständnis ist nicht auf meiner Seite.

Die betreffende Erklärung hat Höchberg allerdings gegeben.

Daß Sie während der Verhandlung mit Hirsch meist abwesend waren, weiß ich, und es fällt mir nicht ein, Sie für das Geschehene verantwortlich zu machen.

In Beziehung auf die Zollfrage bestätigt Ihr Brief gerade das, was ich gesagt habe. War die Stimmung geteilt, was ja der Fall war, so mußte man, wenn man auf diese geteilte Stimmung Rücksicht nehmen wollte, sich ja gerade enthalten. Sonst nahm man nur auf einen Teil Rücksicht. Warum aber der schutzzöllnerische Teil mehr Rücksicht verdient als der freihänd-

leriſche, iſt doch nicht abzuſehen. Sie ſagen, Sie können ſich parlamentariſch nicht in der reinen Negation halten. Aber indem Sie alle ſchließlich gegen das Geſetz ſtimmten, hielten Sie ſich doch in der reinen Negation. Ich ſage nur, man hätte von vornherein wiſſen ſollen, wie man ſich verhalten wollte, man hätte handeln ſollen in Uebereinſtimmung mit der ſchließlichen Abſtimmung.

Die Fragen, in denen ſozialdemokratiſche Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten können, ſind ſehr eng begrenzt. Es ſind alles Fragen, in denen das Verhältnis der Arbeiter zum Kapitaliſten direkt ins Spiel kommt: Fabrikgeſetzgebung, Normalarbeitstag, Haftpflicht, Lohnzahlung in Waren uſw. Dann allenfalls noch Verbeſſerungen im rein bürgerlichen Sinne, die einen poſitiven Fortſchritt bilden: Münz- und Gewichtseinheit, Freizügigkeit, Erweiterung der perſönlichen Freiheit uſw. Damit wird man Sie wohl vorläufig nicht beläſtigen. In allen anderen ökonomiſchen Fragen, wie Schutzzölle, Verſtaatlichung der Eiſenbahnen, der Aſſekuranzen uſw., werden ſozialdemokratiſche Abgeordnete immer den entſcheidenden Geſichtspunkt behaupten müſſen, nichts zu bewilligen, was die Macht der Regierung gegenüber dem Volke verſtärkt. Und es iſt dies um ſo leichter, als hier ja regelmäßig die Stimmung in der Partei ſelbſt geſpalten ſein wird und damit Enthaltung, Negation von ſelbſt geboten iſt.

Was Sie von Kayſer ſagen, macht die Sache noch ſchlimmer. Wenn er für Schutzzölle im allgemeinen ſpricht, warum ſtimmt er denn dagegen? Wenn er gegen ſie ſtimmen will, warum ſpricht er für ſie? Wenn er aber das Thema mit großem Fleiß ſtudiert hat, wie kann er für Eiſenzölle ſtimmen? Waren ſeine Studien einen Pfennig wert, ſo mußten ſie ihn lehren, daß in Deutſchland zwei Hüttenwerke ſind, Dortmunder Union und Königs- und Laurahütte, deren jedes imſtande iſt, den ganzen inländiſchen Bedarf zu decken; daneben noch die vielen kleineren, daß hier alſo Schutzzoll reiner Unſinn iſt, daß hier nur Eroberung des auswärtigen Marktes helfen kann, alſo abſoluter Freihandel oder aber Bankrott. Daß die Eiſenfabrikanten ſelbſt den Schutzzoll nur wünſchen können, wenn ſie ſich zu einem Ring,

einer Verschwörung zusammengetan haben, die dem inneren Markte Monopolpreise aufzwingt, um dagegen die überschüssigen Produkte auswärts zu Schleuderpreisen loszuschlagen, wie sie dies im Augenblick bereits tatsächlich tun. Im Interesse dieses Ringes, dieser Monopolistenverschwörung hat Kayser gesprochen, und soweit er für Eisenzölle stimmte, auch gestimmt, und Hansemann von der Dortmunder Union und Bleichröder von der Königs- und Laurahütte lachen ins Fäustchen über den dummen Sozialdemokraten, der noch dazu das Thema mit Fleiß studiert hat.

Sie müssen sich unter allen Umständen Rudolf Meyers „Politische Gründer in Deutschland“ verschaffen. Ohne Kenntnis des hierin zusammengestellten Materials über den Schwindel, den Krach und die politische Korruption der letzten Jahre ist kein Urteil über die jetzigen deutschen Zustände möglich. Wie konnte es zugehen, daß diese Fundgrube nicht ihrerzeit für unsere Presse ausgebeutet wurde? Das Buch ist natürlich verboten.

Die Stellen im Rechenschaftsbericht, die ich vorzüglich meine, sind erstens die, wo so viel Gewicht darauf gelegt wird, die öffentliche Meinung zu gewinnen — wer diesen Faktor gegen sich habe, sei gelähmt —, es war eine Existenzfrage, daß „dieser Haß in Sympathie (Sympathie! von Leuten, die sich soeben während des Schreckens als Hundsfötter erwiesen!) verwandelt wurde“ usw. So weit braucht man nicht zu gehen, namentlich da der Schreck längst vorüber war. Zweitens, daß die Partei, welche den Krieg in jeder Gestalt verurteilt (also auch den, den sie selbst führen muß, den sie trotzdem führt) und die allgemeine Verbrüderung aller Menschen zum Ziele hat (das hat der Phrase nach jede Partei und der unmittelbaren Wirklichkeit nach keine, denn auch wir wollen uns nicht mit den Bourgeois verbrüdern, solange sie Bourgeois bleiben wollen), nicht den Bürgerkrieg erstreben kann (also auch nicht in dem Falle, wo der Bürgerkrieg das einzige Mittel zum Ziele wäre) — dieser Satz kann auch so gefaßt werden: Daß eine Partei, die das Blutvergießen in jeder Gestalt verdonnert, weder Aderlaß noch Amputation brandiger Glieder noch wissenschaftliche Vivisektion erstreben kann. Warum solche Redensarten machen? Ich verlange nicht,

daß ihr „forsch“ reden sollt, ich werfe dem Bericht nicht vor, daß er zu wenig sagt — im Gegenteil zu viel, was besser weggeblieben wäre. Was dann nachher kommt, ist wieder viel besser, und so hat Hans Most die paar Stellen glücklich übersehen, aus denen er Kapital schlagen konnte.

Ein Bock aber war's, im „Sozialdemokrat“ feierlich anzuzeigen, daß Liebknecht usw. den sächsischen Eid geschworen. Das hat Hans sich nicht entgehen lassen, und seine anarchistischen Freunde werden es schon weiterverarbeiten. Marx und ich finden die Sache selbst gar nicht so gefährlich, wie zum Beispiel Hirsch sie im ersten Eifer genommen hat; Ihr müßt wissen, ob „Paris vaut bien une messe“, wie Heinrich IV. sagte, als er katholisch wurde und damit Frankreich einen Dreißigjährigen Krieg ersparte; ob die Vorteile derart sind, daß man diese Inkonsequenz begeht und einen Eid schwört, der noch dazu der einzige ist, der einem keinen Meineidsprozeß zuziehen kann. Aber wenn man schwor, mußte man davon schweigen, bis andere Lärm davon schlugen, dann war Zeit genug zur Verteidigung. Ohne den „Sozialdemokrat“ hätte Hans kein Wort davon erfahren.

Sehr erfreut hat uns Ihre Vermöbelung des notorischen Trunkenbolds und Ludrians. Wir werden sorgen, daß dies in Paris weiterverbreitet wird, und sind nur um die französischen Worte verlegen, die obige Kraftausdrücke wiedergeben sollen.

Uebrigens, daß wir hier, wie man sagt, gut reden haben und Eure Stellung viel schwieriger ist als unsere, verkennen wir keineswegs.

Der Zutritt der Kleinbürger und Bauern ist zwar ein Kennzeichen des reißenden Fortschritts der Bewegung, aber auch eine Gefahr für sie, sobald man vergißt, daß diese Leute kommen müssen, aber auch nur kommen, weil sie müssen. Ihr Zutritt ist der Beweis, daß das Proletariat in Wirklichkeit die leitende Klasse geworden ist. Da sie aber mit kleinbürgerlichen und bäuerlichen Vorstellungen und Wünschen kommen, so darf man nicht vergessen, daß das Proletariat seine leitende, geschichtliche Rolle verscherzen würde, wenn es diesen Vorstellungen und Wünschen Konzessionen machte.

Freundschaftlichst Ihr F. Engels.“

Auf diesen Brief lautete meine Antwort:

„Leipzig, 11. Dezember 1879.

Lieber Engels!

Auer schreibt mir gestern, daß er in jener Korrespondenz Most und Ehrhart gemeint. Sie sehen also, ich hatte recht.

Höchberg hat mir beiliegende Zeilen vor einiger Zeit übersandt, Sie wollen von deren Inhalt Notiz nehmen. Auf die Schutzzollfrage, und was damit zusammenhängt, lasse ich mich nicht weiter ein, ich sehe, daß wir uns brieflich doch nicht verständigen.

Ich gehe zu der Eidesleistung über. Hirsch hat darüber kürzlich einen sehr rabiaten Brief geschrieben und Liebknecht beschworen, sich nicht von der „faulen Leipziger Umgebung“ beeinflussen zu lassen. Ich weiß nicht, was Hirsch damit meint, das aber kann ich versichern, daß es von seiten der Leipziger noch keines Druckes bedurfte, um Liebknecht zu dem zu bringen, was er bisher getan. Speziell in der Eidesfrage stand ich auf einem anderen Standpunkt. Daß der Eid geleistet wurde, war auch meine Ansicht, denn wollte man ihn nicht leisten, so brauchte man überhaupt nicht zu wählen; aber ich wollte, daß vor der Eidesleistung erklärt würde, daß man den Eid nur als eine Formalie ansehe, die man erfüllen müsse, weil ohne sie kein Eintritt in die Kammer und keine Ausübung des Mandats möglich sei. Der Eid könne uns in unseren sozialistischen und republikanischen Ansichten nicht irritieren. Liebknecht war gegen diese Auffassung, und ich habe mich aus naheliegenden Gründen nicht weiter auf Streitereien eingelassen. Ebenso meine ich, wenn unsere Leute im Landtag ebenso, wie wir es konsequent im Reichstag gehalten, sich von allem intimem Umgang (Festlichkeiten, Präsidialessen, parlamentarische Kneipereien usw.) ferngehalten, es wäre besser. So oft jetzt dergleichen vorkommt, gibt es gewissen Blättern Stoff zu hämischen Bemerkungen, und da wir den Mund halten müssen, tragen solche Notizen dazu bei, unangenehme Kontroversen in den Reihen unserer eigenen Leute zu erzeugen. Wo die Sachlage so einfach ist wie hier, sollte man alles vermeiden, was zu Differenzen Anlaß

gibt. Liebknecht läßt ſich eben zu ſehr von ſeinen Gefühlen beherrſchen; wer ihm freundlich entgegenkommt, kann alles von ihm verlangen, und im ſächſiſchen Landtag iſt die gemütliche Seite ſehr ausgebildet. Ich wünſche übrigens, daß Sie ihm über dieſe Dinge nichts ſchreiben, Gefahr iſt für ihn nicht dabei, er bereitet ſich nur allerlei kleine Unannehmlichkeiten, die er leicht vermeiden könnte.

Die Magdeburger Wahl iſt wieder einmal ſo eine kleine Herzerfriſchung und wird unſere Gegner weidlich ärgern. Bei der Stichwahl werden wir 2000 bis 3000 Stimmen mehr erlangen, einesteils, weil wir neues Element in den Kampf reißen, andernteils, indem ein großer Teil der Arbeiter und Kleinbürger, die für den fortſchrittlichen Kandidaten geſtimmt haben, nunmehr mit uns geht.

Leider werden wir in den erſten Monaten des neuen Jahres wiederum eine Wahl haben. Bracke kann krankheitshalber ſein Mandat nicht länger behalten und wird es zu Ende des Jahres niederlegen. An ſeiner Stelle ſoll Auer kandidieren, für den ſich die Vertrauensmänner des Bezirkes entſchieden haben.

Gruß und Handſchlag von Ihrem A. Bebel.“

Engels gab ſich aber keineswegs geſchlagen und antwortete mit folgendem Brief:

„London, 16. Dezember 1879.

Lieber Bebel!

Es iſt mir unbegreiflich, wie Auer jetzt ſagen kann, er habe unter anderem Moſt gemeint, da er ihn doch im Artikel möglichſt deutlich ausſchloß. Doch mag das auf ſich beruhen.

In Nummer 10 des „Sozialdemokrat“ ſtehen „geſchichtliche Rückblicke“, die unbedingt von einem der drei Sterne herrühren. Darin heißt es: Nur *ehrend* ſei für die Sozialdemokratie der Vergleich mit Belletriſten wie Gutzkow und Laube, alſo mit Leuten, die ſchon lange vor 1848 den letzten Reſt von politiſchem Charakter zu Grabe getragen, wenn ſie je einen hatten. Ferner: „Die Ereigniſſe von 1848 mußten kommen, entweder *mit allen Segnungen des Friedens*, wenn die Regierungen den Forderungen der Zeit genügt hätten, oder — da

sie dies nicht taten — blieb leider kein anderer Weg als der der gewaltsamen Revolution.“

In einem Blatt, wo es möglich ist, die Revolution von 1848, die der Sozialdemokratie erst Tür und Tor öffnete, förmlich zu bejammern, in einem solchen Blatt ist kein Raum für uns. Es geht aus diesem Artikel und aus Höchbergs Brief deutlich hervor, daß das Dreigestirn den Anspruch erhebt, ihre im Jahrbuch zum erstenmal klar ausgesprochenen kleinbürgerlich-sozialistischen Anschauungen im „Sozialdemokrat“ als gleichberechtigt neben den proletarischen zur Geltung zu bringen. Und ich sehe nicht ein, wie Ihr in Leipzig, nachdem der Karren einmal so weit verfahren, ohne förmlichen Bruch dies hindern wollt. Ihr erkennt die Leute nach wie vor als Parteigenossen an. Wir können das nicht. Der Jahrbuchartikel trennt uns scharf und absolut von ihnen. Wir können nicht einmal mit den Leuten verhandeln, solange sie behaupten, sie gehörten mit uns zu derselben Partei. Die Punkte, um die es sich hier handelt, sind Punkte, die in jeder proletarischen Partei gar nicht mehr diskutiert werden können. Sie innerhalb der Partei zur Diskussion stellen, heißt den ganzen proletarischen Sozialismus in Frage stellen.

In der Tat, es ist auch besser, daß unter diesen Umständen wir nicht mitarbeiten. Wir würden in einem fort protestieren und in wenigen Wochen unseren Rücktritt öffentlich erklären müssen, womit der Sache doch auch nicht gedient wäre.

Es tut uns sehr leid, Euch in diesem Augenblick der Unterdrückung nicht unbedingt zur Seite stehen zu können. Solange die Partei in Deutschland ihrem proletarischen Charakter treu blieb, haben wir alle anderen Rücksichten beiseite gesetzt. Jetzt aber, wo die kleinbürgerlichen Elemente, die man zugelassen, offen Farbe bekannt haben, liegt die Sache anders. Sobald ihnen erlaubt wird, ihre kleinbürgerlichen Vorstellungen stückweise in das Organ der deutschen Partei einzuschmuggeln, wird uns dadurch dies Organ einfach verschlossen.

Die Eidesgeschichte rührt uns sehr wenig. Man hätte vielleicht, wie Sie wollten, einen anderen Weg finden können, der den unangenehmen Schein etwas beseitigte, aber viel liegt

auch nicht daran. Die gewünschte Diskretion werden wir beobachten.

Die Malonsche Zeitschrift kann gut wirken, denn erstens ist Malon nicht der Mann, um viel Unheil anzurichten, und zweitens werden seine Mitarbeiter unter den Franzosen dafür sorgen, daß die Sache im rechten Fahrwasser bleibt. Wenn Höchberg da einen Boden für seine Kleinbürgereien träumt, wird er finden, daß er sein Geld weggeworfen.

Die Magdeburger Wahl hat uns sehr gefreut. Die Unerschütterlichkeit der Arbeitermassen in Deutschland ist bewundernswert. Die Korrespondenzen der Arbeiter im „Sozialdemokrat“ sind das einzig Gute, was drinsteht.

Höchbergs Brief hierbei zurück. Dem Mann ist nicht zu helfen. Wenn wir nicht in der Gesellschaft der Zukunftsleute mitmachen wollten, so ist das persönliche Eitelkeit. Aber ein Drittel der Leute waren und sind uns noch dem Namen nach total unbekannt, und ungefähr ein anderes Drittel waren notorische Kleinbürgersozialisten. Und das nannte sich eine „wissenschaftliche“ Zeitschrift! Und Höchberg glaubt noch, sie habe „aufklärend“ gewirkt; Zeuge sein eigener, so merkwürdig klarer Kopf, der bis heute noch, trotz aller meiner Bemühungen, den Unterschied von kleinbürgerlichem und proletarischem Sozialismus nicht fassen kann. Alle Differenzen sind „Mißverständnisse“. Ganz wie bei den demokratischen Heulern von 1848. Oder aber „übereilte Folgerungen“. Natürlich, denn jede Folgerung ist übereilt, die dem Gerede dieser Herren einen bestimmten Sinn entlehnt. Sie wollen ja nicht nur dies sagen, sondern womöglich auch das Gegenteil.

Im übrigen geht die Weltgeschichte ihren Gang, unbekümmert um diese Weisheits- und Mäßigkeitsphilister. In Rußland muß die Sache jetzt in wenig Monaten zum Klappen kommen. Entweder stürzt der Absolutismus, und dann weht sofort nach dem Sturz der großen Reserve der Reaktion ein anderer Wind durch Europa, oder aber es gibt einen europäischen Krieg, und der begräbt auch die jetzige deutsche Partei unter dem unvermeidlichen Kampf eines jeden Volkes um die nationale Existenz. Solch ein Krieg wäre unser größtes Un-

glück, er könnte die Bewegung um zwanzig Jahre zurückwerfen. Aber die neue Partei, die daraus schließlich doch hervorgehen müßte, würde in allen europäischen Ländern frei sein von einer Masse Bedenklichkeiten und Kleinlichkeiten, die jetzt überall die Bewegung hemmen. Freundschaftlichst Ihr F. E.“

Zwischendurch hatte ich eine Korrespondenz mit Vollmar, die sich wesentlich auf den „Sozialdemokrat“ bezog. Ich schrieb ihm:

„Leipzig, 30. November 1879.

Lieber Freund!

Es wird wohl Zeit, daß die Expedition instand kommt; wir haben bisher bis zu Nummer 7 erhalten, aber alles merkwürdig spät. Woran das liegt, weiß ich nicht. Ist denn eine schnellere Beförderung nicht möglich? In Berlin sind bisher 4, 6 und 7 ausgeblieben; wenn das so fortgeht, verlieren wir diesen wichtigsten Posten. Ob man am Aufgabe- oder am Empfangsort fehlt, weiß ich nicht, darüber müßt Ihr Recherchen anstellen. Ich warte diesmal auf die Eröffnung des Reichstags nur, damit eine Agitation möglich ist....

In bezug auf die Haltung des Blattes rate ich zum entschiedensten Ton; die Stimmung unserer Leute gravitiert immer mehr nach links. Die fortgesetzten Maßregelungen und die Erneuerung des Belagerungszustandes erbittern aufs höchste, und dieser Erbitterung verlangen sie Ausdruck zu geben. Ebenso empfehle ich, die französischen Bourgeoisrepublikaner preiszugeben. Ich bin der Ansicht, daß es für die französischen Sozialisten gar nichts Besseres geben kann, als wenn sie sich von den Radikalen trennen. Die Selbständigkeit der Arbeiterpartei, die wir in Deutschland stets mit aller Entschiedenheit vertreten haben, müssen wir auch den französischen Arbeitern anraten. Zudem müssen die Franzosen am besten wissen, was sie von den Radikalen zu erwarten haben. Ich traue den letzteren nicht über den Weg, sie haben sich gegen die Kommune alle ohne Ausnahme schuftig benommen.

Karl Hirsch hat gleich Ihre schwankende Haltung in diesem Punkte benutzt, um in einem Brief an L.* auf Sie loszuschlagen.

* Liebknecht. D. H.

Daraus haben Sie und wir uns nichts zu machen, da Hirsch jetzt am allerwenigsten ein kompetenter und unparteiischer Richter ist. Aber er hat nach meiner Ueberzeugung in diesem Punkte die große Mehrzahl unserer Genossen auf seiner Seite, und das müssen wir beachten.

Unsere Aufgabe muß es sein, die Franzosen, soweit unser Einfluß reicht, mehr und mehr nach links zu drängen, damit sie endlich zu einer wirklichen selbständigen Organisation kommen....

Noch einmal bitte ich Sie, daß die Expedition ihre ganze Sorgfalt auf rasche Lieferung vom deutschen Boden aus legt.

Herzliche Grüße an Sie und alle Genossen. Ihr A. B.“

„Leipzig, 5. Januar 1880.

Lieber Freund!

Heute gab es zwischen Hasenclever und V.* einerseits und mir andererseits lebhafte Auseinandersetzungen über die neueste Nummer. Man fand dieselbe zu kraß, die „Freiheit“ noch überbietend und uns kompromittierend, indem sie zu Prozessen wie der in Hannover führe.

Ich kann nicht leugnen, daß einige Stellen im Gedicht wie in dem Artikel sich befinden, die sehr geeignet sind, einem erwischten Verbreiter einen Hochverratsprozeß an den Hals zu bringen. Dann wird der zweitletzte Absatz des Artikels „Unsere Festtage“ gehörig gegen uns ausgebeutet werden, und zwar im Reichstag. Jedenfalls haben Sie gezeigt, daß Sie, wenn's gewünscht wird, auch à la Hans schreiben können, und das mag die Nörgler beruhigen.

In Berlin herrscht der weiße Schrecken; alle unsere bekannteren Genossen stehen in einem Maße unter Beaufsichtigung, daß keiner mit dem anderen zusammenkommen kann. Vorläufig ist Berlin vollständig gesperrt. Man munkelt von starken Verschärfungen des Sozialistengesetzes; man wolle einen Para-

* Das V. kann Viereck bedeuten, aber auch Vahlteich. Bebel hatte zu dem V. schon den Namen Viereck geschrieben, ihn aber wieder gestrichen. Er traute offenbar seinem Gedächtnis in diesem Punkte nicht. D. H.

graphen hineinbringen, wonach an jedem Ort ohne Belagerungszustand gefährliche Personen ausgewiesen werden könnten.

Sollte dies sich bewahrheiten und der Plan durchgehen, gäbe es eine großartige Schubserei, in erster Linie hier am Platze. Bringen Sie vorläufig öffentlich nichts, es könnte sonst der Plan einzelner sehr bald Fleisch und Blut erlangen. Ueberhaupt rate ich, alle Nachrichten, welche die Gegner stutzig machen könnten, möglichst zu vermeiden; es ist augenblicklich nicht gut, uns gefährlicher zu machen, als wir sind. Ihr A. B.“

Am 23. Januar 1880 schrieb ich noch zu der Differenz zwischen Vollmar und Engels an letzteren:

„Lieber Engels!

Ich sende Ihnen beiliegend ein Schriftstück, das mir Vollmar schon vor einiger Zeit auf Ihren letzten Brief und Druckschrift übersandte und von dem er nachdrücklich verlangt, daß ich es Ihnen übermittle, was hiermit geschieht.

Ich lasse mich mit Ihnen in bezug auf das früher Vorgefallene in keine Polemik mehr ein; ich bin in einer Weise mit Arbeit beladen, daß ich meine keineswegs gute Laune nicht mehr durch fruchtlose Auseinandersetzungen verderben will. Mir brummt der Kopf wegen anderer Dinge; die lange und heftige Dauer der Krise bringt uns materiell in das härteste Gedränge, und dabei steigen die Anforderungen bei den vielen Ausgewiesenen und der Menge der Existenzen, die, durch das Sozialistengesetz aufs Pflaster geschleudert, nicht wissen, was sie anfangen, wovon sie leben sollen. Ich bin zum Zentralpunkt geworden, an dem all die Klagen und Anliegen zusammenlaufen, und da mögen Sie sich denken, in welche Stimmung man allmählich hineingerät....

Alles, was über Spaltungen in der deutschen Sozialdemokratie gesagt und geschrieben wird, ist, wenn wir von dem Fall Hasselmann absehen, der uns keine Kopfschmerzen macht, Schwätzerei. Eine Differenz, die hier oder da mal zwischen zwei Leuten ausbricht und zufällig mal in die Oeffentlichkeit gelangt, wird von der gegnerischen Presse zu einem Spaltungs- und Zersetzungssymptom aufgebauscht, und man jubelt um so

lauter, je mehr man das Unbehagen über die fortdauernde Aktivität der Partei zu vertuschen suchen muß. Alles, was Euch also in dieser Richtung in der deutschen Presse aufstößt, das betrachtet mit dem größten Skeptizismus.

Mit den besten Grüßen an Sie und Marx Ihr A. Bebel.“

Das im Eingang dieses Briefes erwähnte Schriftstück war eine Darlegung Vollmars, worin er sich gegen Marx und Engels wegen deren Angriffe auf seine Redaktion verteidigte. Der Brief hatte das praktische Resultat, daß Engels mir einen Scheck von 10 Pfund Sterling für die Kasse schickte.

Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und der rote Poſtmeiſter.

Ein tüchtiger Leiter der Expedition des „Sozialdemokrat“ war mindeſtens ebenſo nötig wie ein tüchtiger Redakteur. Was nützte uns das beſte Blatt, wenn nicht eine Kraft vorhanden war, die den außerordentlich ſchwierigen Transport des Blattes ins Deutſche Reich und die Organiſierung ſeiner Verbreitung im Reich zu leiten verſtand? Wenn ſich nicht ein Mann fand, der, ungeachtet aller Fehlſchläge, die unausbleiblich waren, nie den Mut und den Kopf verlor, ſondern mit gutem Humor immer neue Wege und Mittel fand, den zahlreichen Aufpaſſern an der Grenze eine Naſe zu drehen? Denn kaum war das Blatt erſchienen, ſo bot die deutſche Polizei durch Spione, die ſie nach Zürich ſandte, oder dort für gutes Geld zu gewinnen ſuchte, das Aeußerſte auf, um den Schleichwegen auf die Spur zu kommen, auf denen der Maſſentransport des Blattes bewerkſtelligt wurde. Und die Polizeiſpionage in der Schweiz wurde durch die Mobilmachung der Grenzwächter längs der deutſch-ſchweizeriſchen Grenze ergänzt, deren höchſter Ehrgeiz es wurde, eine Sendung „Sozialdemokrat“ abzufangen.

Der Kampf, der nunmehr während zehn Jahren zwiſchen den Leitern der Verbreitung des Blattes und der deutſchen Polizei und den Grenzwachen geführt wurde, dürfte der intereſſanteſte geweſen ſein, der jemals in dieſer Art ſtattfand. Er ſtellte die höchſten Anforderungen an die Ausdauer, die Umſicht, die Geſchicklichkeit und Verſchlagenheit des angreifenden Teils und konnte nur dadurch ſiegreich durchgeführt werden, daß ſich allmählich diesſeits und jenſeits der Schweizer Grenze eine große Anzahl wagender und gewandter Genoſſen fanden, die, Hand in Hand mit der Leitung in Zürich, ſich in den Dienſt der gemeinſamen Sache ſtellten. Aber dieſe Genoſſen zu finden und entſprechend zu inſtruieren, war auch kein leichtes Stück Arbeit. Doch es gelang. Und nicht bloß fanden ſich Genoſſen in Zivil, auch ſolche im Bahn- und ſogar im Polizeidienſt, die bei dem

Transport der verbotenen Ware behilflich waren. Zu letzteren gehörte ein Polizeiwachtmeister B. in Konstanz, der uns manchen guten Dienst leistete. So sollte er zum Beispiel eines Tages einen verfolgten Genossen auf Anweisung des Staatsanwalts Fieser in Karlsruhe verhaften, dem er in der Nacht vorher Quartier in seiner Wohnung gegeben und zur Flucht verholfen hatte. B. hat später den Dienst quittiert und lebt in der Schweiz als wohlhabender Mann. Sein Vermögen erwarb er sich durch einen Schuhwarenhandel, den er in Winterthur begann. Unter den deutschen Genossen waren es insbesondere Adolf Geck und sein Bruder Karl, ferner die Genossen Autenriet und Haueisen in Offenburg, Kaufmann Arnold in Konstanz, Fr. Haug in Freiburg in Baden und sein Bruder Jakob Haug in Mülhausen im Elsaß, die Brüder Lutz in Villingen und Besigheim, Gutmann in Basel und viele andere, die den Schmuggeldienst übernahmen oder vermittelten. Später, und namentlich als der „Sozialdemokrat“ vom Sommer 1888 ab in London erschien, war Hamburg das Einfallstor für das Blatt, dessen Verbreitung hauptsächlich Wilhelm Schröder und Steinfatt leiteten.

Viele Verbreiter erhielten wegen ihrer Tätigkeit zum Teil wiederholt Gefängnisstrafen. So Adolf Geck elf, sein Bruder Karl sieben, Autenriet vier, Haueisen drei Monate usw.

Die Lagerungsplätze und Transportgelegenheiten für den „Sozialdemokrat“ waren zuweilen recht eigenartige. So wurde das Blatt längere Zeit in einer Kirche in Villingen unter der Treppe der Kanzel gelagert. Der Verbreiter des „Sozialdemokrat“ im Leipziger Bezirk, Genosse Kleemann, verwahrte es bis zu seiner Ausweisung aus Leipzig in einem ihm als Logenschließer im Stadttheater zur Verfügung stehenden Schrank. Und als Kaiser Wilhelm II. einmal von einer Reise nach England zurückkehrte, ahnte er nicht, daß im Bauch seines Schiffes ein großes Quantum „Sozialdemokrat“ verstaut war. Sind einmal die unteren Beamten und Staatsarbeiterschichten für eine einer Regierung feindliche Partei gewonnen, so vermag sie mit dieser Partei nicht mehr fertig zu werden; sie ist auf die Leistungen dieser Schichten angewiesen. Ihr schwankt alsdann der Boden unter den Füßen.

Als der „Sozialdemokrat“ ins Leben trat, wurde ein Parteigenosse Uhle, der sich als tüchtiger und gewandter Agitator betätigt hatte, Expedient desselben. Aber bald zeigte sich, daß er für diesen Posten nicht taugte, es fehlte ihm die Geschäftsgewandtheit. Immerhin machte er in der kurzen Zeit, da er diesen Posten bekleidete, eine sehr wertvolle Erwerbung. Er gewann in dem Genossen Schuhmacher J. Belli, einem badischen Bauernsohn, der sich in dem Grenzort Kreuzlingen bei Konstanz niedergelassen hatte, einen vorzüglichen Organisator des Pascherdienstes. J. Belli hat über seine Erlebnisse in dieser Rolle ein Büchlein erscheinen lassen unter dem Titel: „Die rote Feldpost und anderes“, in dem er amüsant die Abenteuer schildert, die mit seiner Tätigkeit verbunden waren. Die Unzulänglichkeit Uhles für seinen Posten veranlaßte mich, an Motteler zu schreiben, ob er geneigt sei, den Posten zu übernehmen, aber Motteler antwortete, er wolle Deutschland ohne Not nicht verlassen. Darauf wandten Vollmar und ich uns nach einiger Zeit nochmals an ihn, der damals in Nymphenburg bei München wohnte, und nunmehr nahm er unser Anerbieten an. Damit hatten wir den richtigen Mann für den richtigen Posten gefunden.

Motteler hatte sich als Kaufmann in der Wollwarenmanufaktur ausgebildet, er war aber auch, um das Geschäft gründlich kennen zu lernen, längere Zeit als Arbeiter in der Fabrik tätig gewesen. Er hatte also sozusagen von der Pike auf gedient. Aber Motteler war nicht nur Geschäftsmann, er war auch eine geborene Dichter- und Künstlernatur. Ein genialisch angelegter Mensch und ein angenehmer Gesellschafter, dem Witz und Humor zur Verfügung standen. Unsere Frauen freuten sich stets, wenn die Leipziger Messe herannahte und er als Vertreter der von ihm gegründeten Krimmitschauer Spinn- und Webgenossenschaft in Leipzig erschien. Die Phantasie spielte allerdings in seinen Erzählungen eine große Rolle. Er sah die Welt stets anders an als wir anderen, aber vergnüglich war es, ihm zuzuhören. Auch war er ein guter Redner, der die Hörer in glänzenden Bildern hinzureißen wußte. Was ihn besonders für seine neue Stellung geeignet machte, war seine Energie und Findigkeit. Auch war er eine unermüdliche Arbeitskraft, im höchsten

Grad opferwillig, gewissenhaft und zuverlässig. Eine besondere Geschicklichkeit entwickelte er in der Verpackung des Blattes, sei es in Briefen, sei es in Paketen. Wer auf dem „Olymp“ erschien, so hieß die Wohnung Mottelers bei den Züricher Genossen, die mit der Expedition verbunden und für gewöhnliche Menschenkinder unzugänglich war, mußte an den Expeditionstagen auch zur Arbeit heran. Der beständige Wechsel in den Adressen, herbeigeführt durch Wohnungs- oder Ortswechsel, Briefsperre, Verrat oder Bespitzelung der Adressaten, verursachte sehr viel Arbeit und erforderte große Umsicht. Kam aber ein Genosse auf den „Olymp“, der nach Deutschland reiste, dann mußte ein solcher eine besondere Prozedur über sich ergehen lassen. Der „rote Postmeister“, wie bald genug Motteler im Munde der Parteigenossen hieß, ordnete alsdann an, daß der Betreffende bis auf die Unterwäsche sich entkleidete. Alsdann wurden der Körper und seine Gliedmaßen kunstgerecht mit Briefen in den verschiedensten Formen eingepackt und ausgepolstert. War dieses Geschäft unter steter großer Heiterkeit der Beteiligten beendet, dann durfte er zur Bahn, um sich jenseits der Grenze in sicheren Händen der überflüssigen Last zu entledigen. Mir ist nicht bekannt, daß je einer der so ausgepolsterten Genossen von einem Zerberus jenseits der Grenze gefaßt worden wäre.

Dagegen wurden manchmal ganze Ladungen an der Grenze oder im Innern des Landes, fast immer infolge von Ungeschicklichkeit oder Vertrauensseligkeit der eigenen Leute, abgefaßt. Kam eine solche Nachricht, dann geriet auch der rote Postmeister in Zorn. Nun mußte sein Adlatus Belli hinaus, um einen anderen Weg ausfindig zu machen oder neue Schmuggler zu engagieren, für die der Blatt- und Schriftenschmuggel ein gutes Geschäft war.

Aber eine Lücke in meiner Darstellung wäre es, wollte ich hier nicht auch der Ehefrau Mottelers gedenken. Beide stammten aus der gleichen Stadt, Eßlingen in Württemberg. Jugendneigung verband sie. Frau Motteler stand ihrem Mann treu helfend zur Seite. Wehe dem, der gegen ihren Julius eine ungünstige Bemerkung machte. Die Wohnung Mottelers am

oberen Wolfbach in Zürich war so gewählt, daß er von ihr aus einen bequemen Ueberblick über die damals noch unbebaute Umgebung besaß. Polizeispione, deren namentlich das Berliner Polizeipräsidium stets eine Anzahl in Zürich präsent hatte, konnten sich also nicht unbemerkt an die Wohnung heranschleichen. Kam aber ein Fremdling nach dem „Olymp“ und begehrte Einlaß, dann trat ihm die „Tante“, wie Frau Motteler wegen ihres gastfreundlichen Wesens von uns scherzweise genannt wurde, in der Tür persönlich entgegen und fragte nach seinem Begehr, wobei sie den Fremdling mit strengstem Blick vom Scheitel bis zur Zehe maß. Bestand er das Examen, dem er unterworfen wurde, dann wurde ihm der Eintritt in das Heiligste, die Expedition, erlaubt. War er aber ein Vertrauter der beiden Eheleute, dann wurde er zum Eintritt in das Allerheiligste, in die gemütlich eingerichtete Wohnstube gebeten.

Aber trotz allen Vorsichtsmaßregeln und allem Mißtrauen, das volle Berechtigung hatte, geschah es doch einmal, daß ein später als gefährlicher Polizeispion und Agent provocateur Entlarvter in die Mottelersche Wohnung Zutritt erlangte, der ehemalige badische Artilleriehauptmann a. D. v. Ehrenberg und seine Frau. Sobald aber unser Mißtrauen gegen den Herrn erweckt wurde, mußte er mit seiner sicher völlig unschuldigen Frau das Feld räumen.

Ich komme später noch auf Ehrenberg zu sprechen.

Es mag hier noch kurz einiges über das private Treiben unserer Züricher Freunde verlautbart werden. Allmählich hatte sich in Zürich ein ganzer Generalstab tüchtiger Kräfte eingefunden. Neben Bernstein, Motteler, Vollmar die beiden Setzer des „Sozialdemokrat“ Richard Fischer und Tauscher, Derossi, der Gehilfe Mottelers, Karl Kautsky und später Heinrich Schlüter, dann der Züricher Genosse Schneider Beck und der Buchbinder Karl Manz, der in Berlin der letzte verantwortliche Redakteur der Berliner „Freien Presse“ gewesen war, ehe ihr das Sozialistengesetz den Garaus machte, und andere. Schlüter beriefen wir Ende 1883 auf meinen Vorschlag nach Zürich zur Organisierung des Schriftenvertriebs, nachdem er in Dresden ausgewiesen worden war und in Stuttgart keine

ihn befriedigende Existenz hatte finden können. Auf ihn geht die Einrichtung des Parteiarchivs zurück, dessen Gründung ich schon im Leipziger „Vorwärts“ und dann wieder im „Sozialdemokrat“ angeregt hatte. Schneider Beck, ein lustiger Kumpan, war der „Hofschneider“ des damaligen Studenten Peter Karageorgewitsch, des späteren Königs Peter von Serbien. Peter Karageorgewitsch, der öfter mit unseren Parteigenossen verkehrte, manchmal auch an den lustigen Sitzungen im Mohrenklub teilnahm, war damals ein armer Teufel, der sich ständig in Geldnot befand. Um sich ein wenig herauszuhelfen, veranlaßte er den Schneider Beck, ihm seine Rechnung fünfzig Prozent höher im Preise anzusetzen. Sobald dann Peters Rechnung von dessen Angehörigen bezahlt wurde, erhielt Peter von Beck die überschießenden Beträge. König Peter hat während des Balkankriegs einem Interviewer der „Neuen Züricher Zeitung“ das Geständnis abgelegt, wie schön es in seiner Jugend in Zürich gewesen sei und welche hochfliegenden Pläne sie damals für Völkerwohl und Völkerglück geschmiedet hätten. Aber Träume sind Schäume. Es gibt noch manchen Staatsmann und hohen Beamten auf dem Balkan, der in jungen Jahren in Zürich ein firmer Marxist wurde und es mit der Internationale hielt. Es soll ihnen kein Vorwurf daraus gemacht werden. Ich schätze sie höher als jene preußischen Junkersöhne — darunter einige von altem Adel —, die damals ebenfalls in Zürich studierten, aber ebenso borniert nach Hause zurückkehrten, wie sie in Zürich einrückten.

In Zürich ging es zuweilen recht lustig zu, denn Trübsalblasen war auch unter dem Sozialistengesetz trotz alledem nicht unsere Art. Die ständig von allen Seiten nach Zürich gelangenden Nachrichten von den Schand- und Gewalttaten im Reiche, die noch durch die Erzählungen der nach Zürich kommenden Ausgewiesenen und Flüchtlinge ergänzt wurden, steigerten zwar den Zorn unserer Genossen über diese Zustände, was an der Haltung des „Sozialdemokrat“ zu spüren war, aber es gab auch wieder Stunden, wo man sich mehr als Mensch denn als Parteimann fühlte und dem Humor die Zügel schießen ließ. In der Regel ging es im Mohrenklub, wie in Erinnerung an

die gleichnamige Verbindung, die vor dem Sozialistengesetz in Berlin bestand, eine Vereinigung von Parteigenossen sich nannte, besonders lebhaft zu, wenn wir nach Zürich kamen, was jedes Jahr mehrere Male geschah. Alsdann wurde mit besonderer Andacht das berühmte „Lied vom Bürgermeister Tschech“ gesungen, der in den vierziger Jahren ein Attentat auf Friedrich Wilhelm IV. mit ziemlich komischem Ausgang unternommen hatte. Eduard Bernstein war alsdann der Vorsänger, den Refrain sang der Chor. Diesem Lied folgte das ebenso berühmte „Petroleumlied“ und ähnliche Spottgesänge auf die Zustände in Deutschland. Oder Eduard Bernstein und Karl Kautsky — damals die beiden Unzertrennlichen — sangen ein Duett, das Steine erweichen, Herzen brechen machte. Oder man trieb sonstige Allotria, bei denen wir aus dem Lachen nicht herauskamen. Eine Zeitlang wohnte in dem Hause, in dessen Parterreräumen der Mohrenklub tagte, Gottfried Keller, der berühmte Züricher Dichter. Als er eines Abends den Besuch von Paul Heyse hatte, war der Lärm im Parterre besonders stark. Heyse fragte Keller, wer denn die Lärmer seien, worauf Keller im züricherischen Dialekt antwortete, das seien die Sozialdemokrate. Darauf deklamierte Paul Heyse mit komischem Pathos: „Dort unter der Schwelle brodelt die Hölle.“ Aber diese gemütlichen Lärmer konnten sehr ungemütlich werden, galt es, einem entlarvten Spitzel gründlich das Fell zu gerben oder ihm sonst zu zeigen, „wo Barthel den Most holte“. Das geschah zum Beispiel dem sächsischen Spitzel Schmidt, den das Dresdener Polizeipräsidium mit Staatsgeldern unterstützte, wissend, daß Schmidt ein gemeiner Verbrecher war. Als Schmidt nach seiner Entlarvung nach Dresden zurückkehrte, mußte ihm der Prozeß gemacht werden, in dem er zu fünfjährigem Zuchthaus verurteilt wurde.

Sobald Motteler seinen Posten in Zürich angetreten hatte, entwickelte sich zwischen uns eine lebhafte Korrespondenz. Ich kann dieselbe ungeachtet ihres interessanten Inhaltes nur zum kleinsten Teile wiedergeben, meine Arbeit nähme sonst einen zu großen Umfang an. Dieselbe Reserve muß ich mir auch in der Wiedergabe der Korrespondenz mit Marx, Engels, Vollmar

und anderen auferlegen. Mit Mottelers Eintritt in die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ bekam diese ein anderes Gesicht. Es kam Zug in die Sache, und die Zahl der Leser wuchs rasch. Ende 1879, also schon nach dreimonatigem Bestand, hatte der „Sozialdemokrat“ einen Absatz von 3600 Exemplaren, ein über Erwarten großer Erfolg in Erwägung der großen Schwierigkeiten, die seiner Einschmuggelung in Deutschland entgegenstanden. Und der Absatz stieg immer mehr, aber auch die Schwierigkeit der Einschmuggelung, da die Grenzwachen ihre Tätigkeit verdoppelten und verdreifachten. So entstand nach einigen Jahren die Frage, ob es sich nicht empfehle, einen größeren Teil der Auflage im geheimen in Deutschland drucken zu lassen. Die gleiche Frage entstand nun noch dringender für die Herstellung verbotener Schriften, deren Absatz ebenfalls ständig wuchs. Hier kamen den Zürichern die Ratschläge und das Eingreifen der Genossen Dietz und Grillenberger zu Hilfe, die sich damit um die Partei große Verdienste erwarben. Die Herüberschmuggelung der Matern nach Deutschland geschah in sehr ingeniöser Weise. Das Blatt wurde bald hier bald dort fertiggestellt, manchmal auch auf längere Zeit an einem Orte, erlaubten das die Umstände. Die Polizei merkte bald, wohl unterrichtet durch die Grenzbeamten, denen zeitweilig immer kleiner werdende Sendungen Blätter in die Hände fielen, daß in der Hauptsache das Blatt in Deutschland gedruckt werden müsse. Die Polizei setzte nunmehr ihr ganzes Können ein, um den Orten der geheimen Herstellung auf die Spur zu kommen. Vergeblich. Wo nicht Ungeschicklichkeit im Spiele war, reichte der Witz der Polizei nicht aus, Entdeckungen zu machen. Verräter gab es hier keine, denn die Genossen, die sich an der Herstellung dieser Literatur beteiligten, waren erstklassige Männer, auf deren Verschwiegenheit und Geschicklichkeit man bauen konnte. Während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes gelang es der Polizei auch nicht einmal, eine Herstellungsstätte verbotener Schriften zu entdecken. Mit geradezu unerhörter Kühnheit druckte zum Beispiel längere Zeit Grillenberger den „Sozialdemokrat“. Die Nürnberger Polizei ahnte, daß er bei Wörlein & Co., dem Grillenbergerschen Geschäft, hergestellt

werde. Sie veranstaltete auch eine Haussuchung nach der anderen bei Tag und bei Nacht, jedoch stets ohne Resultat.

Auch Genosse Dietz nahm ein großes Risiko auf sich, als er mehrere Auflagen meines Buches „Die Frau und der Sozialismus“ im geheimen herstellte. Hier handelte es sich um eine umfangreiche Schrift, deren Herstellung längere Zeit in Anspruch nahm, wobei die Gefahr der Entdeckung mit jedem Tage wuchs. Ich begriff seine Lage, als er mir eines Tages schrieb: Es sei doch eine verflucht gefährliche Geschichte, in die er sich eingelassen habe. Der Stuttgarter Staatsanwalt leitete auch, wahrscheinlich auf Hörensagen hin, eine Voruntersuchung wegen Herstellung verbotener Schriften gegen ihn ein. Aber der Liebe Müh war vergeblich.*

* Ueber diese Angelegenheit schreibt Genosse Dietz:

Bebel beabsichtigte eine vollständig neu bearbeitete Ausgabe seines Buches „Die Frau und der Sozialismus“ in Deutschland herstellen zu lassen. Als Verlag sollte eine Schweizer Firma genannt werden. Maßgebend war, daß eine in Deutschland gedruckte Auflage im Inlande verbleiben und daher leichter verbreitet werden konnte als eine, die vom Ausland über die Grenze geschmuggelt werden mußte. Bebel und ich kamen überein, das Werk in der Stuttgarter Buchdruckerei herzustellen. Das Verlags-Magazin (J. Schabelitz) in Zürich hatte sich bereit erklärt, seine Firma auf das Werk setzen zu lassen und den Vertrieb für das Ausland zu übernehmen. Der alte Titel wurde abgeändert in „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Etwa ein halbes Jahr nach der Fertigstellung wurde der Behörde verraten, ich hätte das Werk gedruckt. Eine Haussuchung fand statt, von dem Werk wurde in der Druckerei nichts vorgefunden, dagegen glaubwürdig festgestellt, daß die Verjährung nach dem Preßgesetz (6 Monate) bereits eingetreten sei, eine Verfolgung also nicht mehr eintreten könne. Ein Nachspiel sollte die Affäre aber insoweit haben, als Herr v. Puttkamer in der nächsten Session des Reichstags einen von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf verteidigte, nach dem die Verjährungsfrist wegen Preßvergehen von einem halben Jahr auf drei Jahre erhöht werden sollte. Der Reichstag lehnte den Gesetzentwurf kurzerhand ab. Unter seinen Papieren hatte Herr v. Puttkamer auch Bebels Buch liegen, das damals unter dem gelben Umschlag der

So hing über den meisten von uns das Damoklesschwert, bei dem einen aus diesem, bei dem andern aus jenem Grunde. Und das band uns wieder zusammen, wenn einmal zwischen uns Differenzen ausbrachen, was bei der Verschiedenheit der Temperamente und der Auffassungen nur natürlich war, begünstigt durch die Schwierigkeit, im öffentlichen Kreise sich aussprechen zu können. Das war, ist und wird sein, solange es eine Partei gibt. Dem gemeinsamen Feind aber standen wir allezeit als eine geschlossene Phalanx gegenüber, die jeden Tag stärker wurde.

„Berichte der Fabrik-Inspektoren 1883“ eine starke Verbreitung fand.

• Das auf Grund des Sozialistengesetzes erlassene Verbot hatte folgenden Wortlaut: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von August Bebel. Verlag des Verlags-Magazins (J. Schabelitz) zu Zürich 1883. Kgl. Polizei-Präsident zu Berlin. 2. 11. 83. Das Verbot erstreckt sich auch auf diejenigen Exemplare dieser Druckschrift, welche unter einem Deckelumschlag mit der Titelaufschrift: „Berichte der Fabrik-Inspektoren 1883“ verbreitet werden. Kgl. Polizei-Präsident zu Berlin. 19. 12. 83.“

Die erste Auflage von 1879 war schon unter Umschlägen verbreitet worden, auf denen gedruckt stand „Engel, Statistik, 5. Heft“.

Die Reichstagsſeſſion von 1879.

Dieſe war eine ungewöhnlich lange; ſie begann am 12. Februar und endete am 12. Juli. Den Hauptgegenſtand der Verhandlungen bildete der neue Zolltarif, der den Umſchwung in der deutſchen Handelspolitik vom gemäßigten Freihandel zum Schutzzoll einleitete. Zugleich verwirklichte dieſe Seſſion bis zu einem gewiſſen Grad Bismarcks Steuerideal, wie er es in ſeiner Rede über direkte und indirekte Steuern am 22. November 1876 enthüllte, worin er ſich mit Nachdruck gegen die direkten Steuern und für möglichſt hohe indirekte Steuern auf die „Luxusartikel der großen Maſſe“ ausſprach, als welche er Bier, Branntwein, Zucker, Kaffee, Tabak und Petroleum bezeichnete. Eine mäßige direkte Steuer ſolle nur als Anſtandsſteuer für die ganz reichen Leute zugelaſſen werden.

Der Umſchwung in der Zollpolitik wurde herbeigeführt durch zwei Umſtände. Die große induſtrielle Kriſe, die jetzt ſchon in das ſechſte Jahr währte und eine internationale war, hatte der inländiſchen Induſtrie eine ſtarke Auslandskonkurrenz herangezogen. Insbeſondere ſchrien die Eiſeninduſtriellen über die Aufhebung der Eiſenzölle, die im Januar 1877 beſchloſſen worden war. Sie verlangten nicht bloß ihre Aufrechterhaltung, ſondern auch ihre Erhöhung. Ebenſo fühlten ſich die Baumwollinduſtriellen durch die engliſche Konkurrenz bedroht und machten mit den Eiſeninduſtriellen gemeinſame Sache. Induſtrielle anderer Zweige, die ſich gleichfalls durch die Auslandskonkurrenz gedrückt fühlten, ſchloſſen ſich ihnen an. Die Induſtriellen hätten aber ihre Pläne nicht allein durchgeſetzt, wenn ihnen nicht die Agrarier zu Hilfe kamen. Dieſe waren bis vor kurzem die Hauptſtützen der Freihandelspolitik geweſen, ſie hatten ihren Weizen und ihr Vieh vornehmlich nach England abgeſetzt, wobei ſie hohe Preiſe im In- und Ausland erzielten. In der zweiten Hälfte der ſiebziger Jahre machte ſich aber plötzlich die amerikaniſche Getreidekonkurrenz bemerkbar. Unterſtützt durch die modernen Transportmittel erſchienen enorme Getreidemengen auf dem eng-

lischen Markt und verdrängten durch billigere Preise das deutsche Getreide. Damit nicht genug, das amerikanische Getreide erschien auch auf dem deutschen Markt und half die damals sehr hohen Getreidepreise werfen. Jetzt vollzog sich in den Ansichten der Agrarier ein rapider Umschwung, über Nacht wurden sie ebenso eifrige Schutzzöllner, wie sie vorher Freihändler gewesen waren. Damit waren aber die Berührungspunkte zwischen Agrariern und Industriellen zu gemeinsamem Handeln gegeben. Es kam zwischen beiden das große Kartell zustande, das durch Schaffung des neuen Zolltarifs ihr Bündnis besiegelte. Das Foyer des Reichstags glich damals einer Schacherbude. Die Vertreter der verschiedensten Industriezweige und Agrarier bevölkerten zu Hunderten das Foyer und die Fraktionszimmer des Reichstags. Dort wurden die Kompromisse geschlossen, die nachher das Plenum sanktionierte. Erleichtert wurde dieses Schachergeschäft auf Kosten der großen Masse dadurch, daß die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz in der Agitation gegen die neue Zollpolitik gelähmt war. Und die Reichstagsmehrheit besaß die Unverfrorenheit, die von der Polizei gegen die Versammlungen im Lande geübte Taktik auf die sozialdemokratischen Redner im Reichstag anzuwenden, indem sie systematisch unsere Mundtotmachung betrieb. So wurde mir zweimal das Wort zu den Getreidezöllen abgeschnitten, das gleiche Schicksal teilten verschiedene andere Parteigenossen bei den übrigen Positionen des Tarifs, so Kayser und Vahlteich. Damit nicht genug. Als zum erstenmal der Rechenschaftsbericht wegen des über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustandes zur Verhandlung stand, schloß man schon die Debatte, nachdem Liebknecht und nach ihm der Minister Graf zu Eulenburg gesprochen hatten, und schnitt damit Hasselmann, einem der Berliner Ausgewiesenen, das Wort ab. Bezeichnenderweise und offenbar nach Uebereinkommen hatte sich kein bürgerlicher Abgeordneter zum Wort gemeldet.

Am 26. Februar stand eine Interpellation des Herrn v. Hertling wegen Erweiterung des Haftpflichtgesetzes zur Verhandlung. Ich war seitens der Fraktion als Redner bestimmt worden. Meine Reformvorschläge gingen dahin: 1. Eine Konferenz der

Gewerbeinspektoren zu berufen, die ihrerseits Reformvorschläge machen sollten; 2. eine Anfrage an das Reichsoberhandelsgericht — das spätere Reichsgericht — zu richten, welches seine Erfahrungen mit dem Haftpflichtgesetz seien; 3. Erweiterung der Entschädigungspflicht bei Unfällen im Sinne des § 1 des Haftpflichtgesetzes; 4. Ausdehnung der Haftpflichtversicherung auf alle Arbeiter in Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft; 5. Verpflichtung der Unternehmer, bei Unfällen den Beweis zu führen, daß nicht höhere Gewalt den Unfall verschuldete; 6. Gründung einer Reichsunfallversicherungsanstalt, die vom Reich verwaltet werde, an Stelle der privaten Haftpflichtversicherungen. Die Beiträge der Unternehmer sollten gleichzeitig mit der Erhebung der Steuern eingezogen werden, was die Verwaltung verbillige.

Ein besonderes Aufsehen rief der in dieser Session eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Strafgewalt über die Mitglieder des Reichstags hervor. Es genügte Bismarck nicht in seiner Verfolgungssucht, daß er das Sozialistengesetz erhalten hatte; er wollte, daß nunmehr auch jede unbequeme Opposition im Reichstag erstickt werden könne. Der Gesetzentwurf richtete sich zugestandenermaßen in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Redner, seine Bestimmungen konnten aber jeden Augenblick auch gegen unbequeme bürgerliche Oppositionsredner Anwendung finden. Für die Ausübung der Strafgewalt über die Reichstagsmitglieder sollte eine Kommission niedergesetzt werden, bestehend aus den drei Präsidenten und zehn Mitgliedern des Reichstags, die letzterer wählte. Diese Kommission sollte je nach der Schwere der Ungebühr gegen einen Redner beschließen können: 1. Verweis vor versammeltem Hause; 2. Verpflichtung zur Entschuldigung oder zum Widerruf vor versammeltem Hause in der von der Kommission vorgeschriebenen Form; 3. Ausschließung aus dem Reichstag auf eine bestimmte Zeitdauer, eventuell bis zum Ende der Legislaturperiode. Auch sollte der Präsident des Reichstags das Recht haben, ungebührliche Aeußerungen der Mitglieder vorläufig von der Aufnahme in den stenographischen Bericht auszuschließen. Dem Gemaßregelten sollte hiergegen Berufung an die Kommission zustehen.

Dieser Gesetzentwurf war eine Ungeheuerlichkeit, wie sie nur aus der Gewaltnatur eines Bismarck entstehen konnte. Im Reichstag bekam der Entwurf die Spottbezeichnung „Maulkorbgesetz". Ein großes englisches Blatt erklärte, ein derartiger Gesetzentwurf sei nur in Deutschland möglich. Und einen solchen schlug derselbe Mann vor, der sich unter allen Rednern des Hauses in beleidigenden Angriffen gegen oppositionelle Redner und Parteien nie genug tun konnte, der, wenn ein Redner in einer Versammlung oder ein Schriftsteller in einem Artikel ihn beleidigte, sofort zum Kadi lief und gedruckte Strafanträge zu Tausenden stellte.

Seitens der Fraktion war ich wieder zum Redner bestimmt worden. In meiner Rede vom 5. März schenkte ich dem Reichskanzler nichts. Der Reichstag lehnte die freundliche Einladung zum moralischen Selbstmord — denn etwas anderes war der Entwurf nicht — ohne Kommissionsberatung ab.

In der Sitzung vom 7. Juli machte ich den Versuch durch Beantragung einer Resolution, das Verbot der Tabakfabrikation in den deutschen Strafanstalten, Untersuchungsgefängnissen und öffentlichen Arbeitshäusern vom 31. Dezember des laufenden Jahres ab durchzusetzen. Die Resolution wurde abgelehnt.

Große Mißstimmung unter uns hatte schon seit langem die Geschäftsführung des Präsidenten, des Herrn v. Forckenbeck, hervorgerufen, der der parteiischste Präsident war, den der Reichstag je besaß. Als nun in einer tagelangen Debatte die meisten Redner immer wieder auf mich losschlugen, ohne daß mir der Präsident auch nur einmal das Wort zur Entgegnung gab, riß mir die Geduld. In der Sitzung vom 11. Juli nahm ich zur Geschäftsordnung das Wort und beschwerte mich energisch über die gegen uns geübte Willkür. Bei einer späteren Gelegenheit, bei der wir die Wiedereinführung der Rednerliste beantragten, die Jahre zuvor mit der Begründung abgeschafft worden war, es hinge vom Zufall ab, wie die Reihenfolge der Redner sei, und es solle dem Präsidenten überlassen bleiben, dem Redner, der sich ihm zuerst bemerkbar mache, das Wort zu erteilen, trat auch Windthorst auf unsere Seite. Auch er

mußte konstatieren, daß die Handhabung der Redeordnung einen willkürlichen Charakter angenommen hatte.

In der Session von 1879 hatte sich der Reichstag auch mit einem Antrag des Staatsanwalts Tessendorf zu beschäftigen, der die Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung der Abgeordneten Fritzsche und Hasselmann verlangte, weil sie trotz ihrer Ausweisung aus Berlin auf Grund des kleinen Belagerungszustandes der Einberufung des Reichstags gefolgt seien und damit Bannbruch begangen hätten. Aber der gelehrigste Schüler Bismarcks, der seinen Absichten am meisten entsprach, fiel mit diesem dreisten Verlangen herein. Der Reichstag lehnte einstimmig Tessendorfs Antrag ab und gab eine Deklaration des Artikels 28 des Sozialistengesetzes, wonach er nicht anwendbar sei auf aus Berlin ausgewiesene Abgeordnete, die dem Rufe zur Eröffnung des Reichstags folgten. Aber auch bei dem Berliner Stadtgericht blitzte Tessendorf mit einer Anklage gegen die beiden Abgeordneten ab, die er erhoben hatte, weil sie in der Nacht auf 9. Juli in Lichterfelde gesehen worden seien und damit Bannbruch begangen hätten. Das Gericht sprach die beiden frei, weil sie aus dem Kreise Teltow, über den ebenfalls der kleine Belagerungszustand verhängt worden war, nicht ausgewiesen worden seien.

In jener Nacht hatten wir, die sozialdemokratische Fraktion nebst einer Anzahl Berliner Vertrauensmänner, in dem damals noch wenig bebauten Lichterfelde-Ost eine geheime Zusammenkunft abgehalten, um über Hasselmann wegen seiner fortgesetzten Quertreibereien gegen die Partei und Fraktion Gericht zu halten. Es regnete in Strömen. Wir standen im dichtesten Gebüsch, wobei die Regenschauer auf unsere Schirme niederprasselten, daß wir kaum unsere Worte verstehen konnten. Hasselmann, der sich gänzlich isoliert sah, gab klein bei und versprach alles mögliche, um es nachher nicht zu halten. Als wir nachts nach 2 Uhr bis auf die Haut durchnäßt den Rückweg nach Berlin antraten und in einer an der Straße liegenden Restauration Einkehr hielten, stießen wir auf unsere Berliner Geheimpolizisten, die uns offenbar gefolgt waren. Diese denunzierten nun Fritzsche und Hasselmann, worauf Tessendorf die Anklage erhob.

Eine verlorene Erbschaft.

Im Frühjahr 1879 erschien bei uns in Leipzig ein Deutsch-amerikaner, alter Achtundvierziger, mit Namen Lingenau, und machte uns die Mitteilung, daß er nach Absprache mit Jean Philipp Becker in Genf dort sein Testament hinterlegt habe, in dem er die sozialistische Partei Deutschlands zum Erben eingesetzt habe. Als Testamentsvollstrecker habe er Liebknecht, Geib, Bracke und mich eingesetzt. Da Lingenau, ein robuster Fünfziger, sich offenbar einer sehr guten Gesundheit erfreute, dachte niemand von uns daran, daß wir in Bälde Erbe seines Vermögens werden könnten. Aber auf der Rückkehr im Herbst nach den Vereinigten Staaten, kaum ans Land gestiegen, wurde er vom Schlag getroffen und verschied. Ich beschaffte nunmehr mit Hilfe von Freytag die nötigen Ausweise und setzte mich mit dem Parteigenossen Sorge in Hoboken bei New York in Verbindung, damit wir möglichst bald den uns zugefallenen Schatz heben konnten. Es handelte sich um etwa 12000 Dollar, die wir in unseren Nöten recht gut gebrauchen konnten. Ich schrieb alsdann an den Parteigenossen Sorge folgenden Brief, der zugleich ein Situationsbericht über unsere Lage war:

„Leipzig, 15. November 1879.

Lieber Freund!

Die vor einiger Zeit von Jean Philipp* verlangten Vollmachten werden hoffentlich in Ihren Händen sein, und wollen wir nur wünschen, daß alles hübsch klappt und nach Wunsch geht und wir wirklich bis zum Schluß des Jahres im reinen sind. Eine besonders vorsichtige Manipulation erheischt die Herüberlotsung des Geldes, damit dies nicht unseren guten Freunden, den Feinden, in die Hände fällt. Es empfiehlt sich deshalb, daß es an keinen von uns direkt, sondern an eine unverfängliche Adresse gesandt wird, als welche wir diejenige des Advokaten Freytag hier vorschlagen. Sie werden am besten

* Becker. D. H.

tun, auf die ganze Summe einen Scheck zu nehmen, der auf ein deutsches, am liebsten Leipziger Bankhaus lautet, wodurch ohne Aufsehen und Kenntnisnahme weiterer Kreise die Operation vollzogen wird. Sobald die Auszahlung erfolgt, wollen wir eine Zusammenkunft der Testamentsvollstrecker veranlassen, um über das Geld nach dem Willen des Testators zu verfügen. Uns in Deutschland kommt das Geld so gelegen wie nie. Die furchtbare Krise, die diesen Winter eine Höhe erreichen wird und Elend schafft, wie wir es noch kaum gekannt, hat selbstverständlich auf die Opferfähigkeit unserer Leute ungünstig gewirkt, und sie wirkt auch moralisch verderblich, insofern die Gefahr, die Arbeit zu verlieren und dann auf unbestimmte Zeit auf dem Pflaster zu liegen, selbst die Mutigsten zur größten Vorsicht mahnt, viele sich dieser Gefahr gar nicht aussetzen mögen. Und die Gefahr der Maßregelung ist heute um so größer, da Massenangebot von Händen überall vorhanden ist und ein gut Teil der deutschen Bourgeois, gerade weil er die Sozialdemokratie öffentlich nicht mehr hantieren sieht, sie um so mehr fürchtet und um so mehr haßt. Jedes Lebenszeichen, das wir von uns geben, erregt in gewissen Kreisen einen Schrecken, der uns außerordentlich amüsiert. Man kann nicht begreifen, daß wir noch leben und woher wir den Mut nehmen, der heiligen Polizei zum Trotz noch den Kopf zu erheben. Die Polizei selbst lebt in beständiger Angst und Sorge, daß wir trotz aller Ueberwachung und Beobachtung verbotene Zusammenkünfte halten, verbotene Schriften und Blätter lesen, und macht an vielen Orten Anstrengungen, dies zu verhüten, in einer Art, wovon Ihr drüben keinen Begriff habt. Umgekehrt wird dafür von unserer Seite die heilige Hermandad vielfach zum besten gehalten und in ihrem Verfolgungseifer zu den lächerlichsten Maßnahmen verführt. So fehlt in dieser erbärmlichen Zeit doch nicht der Humor.

Am tollsten treibt es die Berliner Polizei, die in einer Weise die anderen Polizeiverwaltungen der größeren Städte behandelt, als sei das Polizeipräsidium in Berlin das deutsche Reichspolizeiministerium. In Leipzig und in Hamburg und in allen größeren nichtpreußischen Städten stecken polizeiliche Spitzel,

welche die doppelte Aufgabe haben, einesteils die Sozialisten, andernteils die Polizei am Ort zu überwachen, ob sie auch mit dem nötigen Eifer verfährt.

Die fortgesetzten Ausweisungen haben uns neuerdings wieder zu einem Appell an unsere Leute gezwungen, von dem ich einige Exemplare beilege, vielleicht daß dort etwas dafür geschehen kann. Bis jetzt haben wir aus New York nichts gesehen, dagegen hat Philadelphia sich im ganzen gut gehalten und namhafte Beträge geschickt. Douai schrieb, daß die Mostsche Agitation dort zu nachteilig für uns gewirkt. Hans brauche zu viel Geld für sein eigenes Unternehmen, das sich nur mühsam erhalte, und da fiele für andere Zwecke nichts ab.

Wenn Sie in der eingangs erwähnten Sache antworten wollen, bitte ich dies unter der Adresse des Advokaten Otto Freytag, Amtmannshof hier, zu tun und nicht an mich direkt zu schreiben.

Gruß und Handschlag von Ihrem A. Bebel."

Diese guten Ratschläge verfehlten leider ihren Zweck. Unsere schönen Hoffnungen wurden zu Wasser. Die Nachricht von der Erbschaftsangelegenheit war durch die Schweizer Presse in die Oeffentlichkeit gelangt, und so bot Fürst Bismarck alles auf, um uns die Beute zu entreißen. Der deutsche Gesandte in Bern mußte den Schweizer Behörden klarmachen, daß es in Deutschland eine sozialistische Arbeiterpartei nicht mehr gebe, daß sie aufgelöst sei und in Deutschland auch nicht mehr geduldet werde. Es sei also der im Testament bezeichnete Erbe nicht vorhanden, und die Testamentsvollstrecker könnten kein Anrecht auf das Erbe einer nicht mehr bestehenden Partei geltend machen. Dieser Auffassung schlossen sich die Schweizer Behörden an. Wir waren die Geprellten. An Vollmar schrieb ich, es sei zwar unangenehm, daß uns das schöne Geld entgangen sei, aber zum Glück hänge die Stärke der Partei nicht von der Größe des Geldbeutels ab.

Kämpfe mit der deutſchen Polizei.

Während der zwölfjährigen Dauer des Sozialiſtengeſetzes war ich — ich darf das ohne Uebertreibung ſagen — der in Deutſchland polizeilich am meiſten verfolgte Menſch. Die Polizei hatte die vorgefaßte Meinung, ich ſei ein gefährlicher Menſch, den man nicht aus den Augen laſſen dürfe. Und Herr v. Puttkamer, der vom Frühjahr 1881 ab bis in die letzten Regierungstage Kaiſer Friedrichs im Jahre 1888 preußiſcher Miniſter des Innern war, beſtätigte dieſe Anſicht, indem er mich gelegentlich einer Sozialiſtendebatte im Reichstag im Jahre 1886 den „Allergefährlichſten“ nannte. Daß ich mich unter dieſer polizeilichen Schutzwache wohl gefühlt, wird man nicht annehmen. Im Gegenteil, mein Haß gegen dieſe Staatsretterei ſteigerte ſich von Jahr zu Jahr, und da die zahlloſen Gemeinheiten und Gewiſſenloſigkeiten, die die Polizei an zahlreichen Parteigenoſſen und auch an mir verübte, ſich berghoch anhäuften, wuchs auch meine Verachtung gegen ſie. Ich kam allmählich in eine Stimmung, wonach es mein ſehnlichſter Wunſch war, es möchte zu einer inneren Kataſtrophe kommen, die uns in die Lage ſetzte, Vergeltung zu üben für all die Frevel, die man von jener Seite ſich gegen uns hatte zuſchulden kommen laſſen. Noch heute ſteigt mir das Blut zu Kopfe, gedenke ich jener Zeiten. Daß ich, wenn ich in Berlin zum Reichstag war, auf Schritt und Tritt überwacht wurde, das paſſierte auch meinen ſozialdemokratiſchen Kollegen. Aber daß man den Telegraphen hinter mir in Bewegung ſetzte und von einer Stadt zur anderen telegraphierte, daß und wann ich ankommen würde, paſſierte nur mir. Das geſchah meiſt in der Weiſe, daß der Poliziſt, der mich zu überwachen hatte, ſobald ich auf dem Bahnhof eine Fahrkarte löſte, hinter mir an den Schalter trat und ſich erkundigte, wohin ich die Fahrkarte genommen. Und nicht bloß wegen ſogenannter Agitationsreiſen wurde ich verfolgt, ſondern auch auf meinen geſchäftlichen Reiſen wurde derſelbe Unfug verübt. Ich hatte ſchließlich eine ſolche Uebung

in der Entdeckung dieser „Geheimen“ unter einem Haufen anderer Menschen erlangt, daß, wenn der Zug in eine Station einfuhr und ich den Kopf zum Fenster herausstreckte, ich auch rasch das Polizeigesicht entdeckte, das meine Ueberwachung übernehmen werde. Bei dieser Art der Verfolgung entwickelte sich ein stiller Krieg zwischen mir und meinen Verfolgern. Da ich selbstverständlich das Bedürfnis empfand, namentlich an den Abenden in den Kreisen meiner Genossen zu verkehren und mit diesen Gedanken auszutauschen, die für Polizeiohren nicht bestimmt waren, so bot ich alles auf, den mir folgenden „Staatsretter“ zu „versetzen“, wie bei uns der Kunstausdruck lautete, das heißt, ich bot alles auf, um im Gewirr der Straßen und Häuser meinem Verfolger zu entrinnen, was mir mit Hilfe meiner flinken Beine und der Mithilfe der Genossen fast ausnahmslos gelang. Mancher ruhige Bürger sah mir etwas erstaunt nach, wenn mein rascher Schritt allmählich in einen gelinden Trab sich verwandelte und eine Strecke hinter mir keuchend und schweißtriefend ein Individuum sich zeigte, über dessen Charakter er nicht im klaren war. Als dann die Rundreisehefte eingeführt wurden, änderte sich die Art der Eisenbahnverfolgung. Ich benützte ein solches Rundreiseheft zum ersten Male im Frühjahr 1885. Ich reiste von Dresden durch Sachsen, Bayern, Württemberg und die Schweiz. Auf deutschem Boden verfolgt wie ehedem. Als ich von Basel aus ins Badische nach Freiburg kam, fiel mir auf, daß mein Polizeipudel bereits vor dem Hotel stand, in dem ich zu wohnen pflegte, und mich erwartete. In Karlsruhe wiederholte sich derselbe Vorgang. Ich fragte nunmehr den Kellner, woher die Polizei wisse, daß ich kommen werde. Er zuckte die Achsel und meinte, der Beamte stehe schon seit drei Tagen vor dem Hotel und erwarte mich. Der Vorgang wurde mir immer rätselhafter. Unter dem gleichen Ueberwachungssystem kam ich endlich nach Mainz. Dort stand, als ich an meinem Hotel ankam, der Oberkellner vor der Türe und rief mir, als er mich erblickte, entgegen: „Endlich kommen Sie, Herr Bebel, wir erwarteten Sie schon seit acht Tagen.“ Und als ich verwundert fragte: „Ja, wieso denn?“ antwortete er: „Ihr Tugendwächter hat schon seit acht Tagen bei uns an-

gefragt, wann Sie kommen würden. Eben hat er sich gedrückt, als er Sie kommen sah."

Das war mir doch zu toll. Nächsten Vormittag besuchte ich meinen Parteigenossen, der Stadtverordneter war, um, da die Polizei in Mainz unter städtischer Verwaltung stand, vielleicht von ihm erfahren zu können, woher diese Ueberwachungsmethode rührte. Ich blieb auch nicht lange in Ungewißheit. Es stellte sich heraus, daß die Dresdener Bahnhofverwaltung der Dresdener Polizei Mitteilung von meiner Bestellung eines Rundreisehefts gemacht und ihr in Abschrift die Coupons überliefert hatte. Die Dresdener Polizeiverwaltung, damals in bezug auf uns eine der verfolgungssüchtigsten im ganzen Reich, hatte darauf sofort den Polizeiverwaltungen der betreffenden Orte mein Kommen gemeldet. Da aber die Polizei nicht wissen konnte, wieviel Zeit ich an den einzelnen Orten verbrauchte, war in ihrer Berechnung bis nach Mainz eine Differenz von acht Tagen entstanden.

In jenen Jahren stand jedoch nicht nur die Bahnverwaltung in intimen Beziehungen zur Polizei, sondern auch die Post. Daß Briefe und Pakete, die an bekannte Sozialdemokraten kamen, vor ihrer Ablieferung der Polizeibehörde mitgeteilt wurden, so daß diese hinter der Ablieferung der Gegenstände sofort in die Wohnung eintrat und die Beschlagnahme ausführte, kam in Tausenden von Fällen vor. Der Staatssekretär der Reichspost, Dr. Stephan, hatte einmal in den siebziger Jahren auf eine Beschwerde Liebknechts im Reichstag, daß ihm Briefe erbrochen worden seien, geantwortet: „Das Briefgeheimnis ist im Deutschen Reiche so sicher wie die Bibel auf dem Altar", ein Ausspruch, der schon damals bei uns nur Ungläubige fand, unter dem Sozialistengesetz aber uns reichlich zur Glossierung Veranlassung gab. Bei mir kam die Verbindung der Post mit der Polizei auch noch in anderer Form zutage.

Es ist bei Fabrikanten und Kaufleuten Geschäftsgebrauch, daß, wenn sie ihre Vertreter auf die Reise senden, um von ihren Kunden Bestellungen entgegenzunehmen, sie kurze Zeit vor dem Eintreffen ihres Vertreters an einem Orte dorthin

gedruckte Anzeigen von deſſen bevorſtehender Ankunft ſenden. Das war auch in unſerem Geſchäft üblich. Eines Tages erfuhr ich in Mainz, daß bereits ſeit mehreren Tagen zwei Geheimpoliziſten auf dem Bahnhof in Wiesbaden bereitſtünden, um nach meiner Ankunft den Ueberwachungsdienſt zu übernehmen. Und zwar habe die Polizei meine bevorſtehende Ankunft auf Grund der bei der Poſt eingegangenen Geſchäftsanzeigen erfahren. Mein Entſchluß, ſie gründlich zu foppen, war raſch gefaßt. Nächſten Morgen fuhr ich mit zwei befreundeten Parteigenoſſen bis auf die letzte Station *vor* Wiesbaden, dort ſtiegen wir aus und kamen auf einem Wege, den die Polizei nicht ahnte, nach der Stadt, woſelbſt ich meine Geſchäftsgänge erledigte und auch noch eine Beſprechung mit meinen Parteigenoſſen hatte. Als ich abends in Geſellſchaft einer ganzen Anzahl von Genoſſen auf dem Wiesbadener Bahnhof erſchien, um nach Mainz zurückzufahren, ſtanden die beiden Poliziſten noch dort und machten zu unſerem größten Vergnügen ſehr erſtaunte Geſichter, als ſie mich ſahen.

Ueberhaupt wurde es unter dem Sozialiſtengeſetz bei den Parteigenoſſen geradezu Sport, die Polizei zum beſten zu halten und irrezuführen. Und jeder gelungene Streich wurde weidlich belacht und ſtachelte zu neuen Verſuchen an. Kamen wir zuſammen und hatten wir unſere Parteiangelegenheiten erledigt, dann kam auch der Humor zu ſeinem Recht, und einen großen Teil des Unterhaltungsſtoffes bildeten Erzählungen über die Nasführungen der Polizei. Dieſe hatte überhaupt das, was ſie entdeckte und erfuhr, in den ſeltenſten Fällen ihrem eigenen Witz und Geſchick zu danken, ſondern dem Leichtſinn oder der Schwatzſucht dieſes oder jenes Genoſſen. Abgeſehen von Verrätereien durch Genoſſen, die den Geldangeboten der Polizei nicht zu widerſtehen vermochten oder auch von der Polizei zu Verräterdienſten gezwungen wurden, weil dieſe über ſie Dinge erfahren hatte, die, wenn ſie zur Anzeige gebracht wurden, die Betreffenden dem Gefängnis überlieferten. Solche Zwangsfälle kamen wiederholt vor. Die polizeilichen Stützen des chriſtlichen Staates ließen gern ein Vergehen ungeſühnt, wenn ſie dafür einen politiſchen Verrat eintauſchen konnten.

Ich hatte die Gewohnheit, mich in den meiſten Hotels unter falſchem Namen einzutragen, was ſelbſtverſtändlich die Polizei ſehr bald erfuhr, aber ungerochen geſchehen ließ. Ich tat dies einmal, weil bei der feindſeligen Haltung in den bürgerlichen Kreiſen mich mancher Hotelier nicht in Quartier genommen hätte, wenn er gewußt hätte, wer ich war. Dann aber auch wollte ich der Gafferei und Neugierde der übrigen Gäſte nicht ausgeſetzt ſein. Da ich unter dem Sozialiſtengeſetz einen Vollbart trug im Gegenſatz zu früher, wo ich Schnurr- und Spitzbart zu tragen pflegte, ſo war mein Aeußeres nicht vielen bekannt. Freilich erfuhren die Hoteliers und ihr Perſonal ſehr bald, wer ich wirklich war, aber ſie ließen mich ungeſchoren, und in der Regel ſympathiſierte das Perſonal mit mir. Längere Zeit machte ich den Fehler, mich in der einen Gegend unter dem Namen meines Aſſociés, in einer anderen unter dem Namen Kaufmann Auguſt Friedrich einzutragen. Aber da geſchah es einmal, daß ich mich an einem Orte unter dem Namen Friedrich eintrug, an dem ich mich das vorhergehende Mal unter dem Namen meines Aſſociés eingetragen hatte. Das war fatal, und ſo blieb ich von jetzt ab bei dem Namen Friedrich.

Das führte eines Tages zu einem amüſanten Vorkommnis in Freiburg in Baden. Ich verließ am Morgen das Hotel, um meinen Geſchäften nachzugehen. Vor der Tür treffe ich den Briefträger, den ich frage, ob er für Kaufmann Friedrich aus Leipzig einen Brief habe. „Jawohl, ſogar einen Einſchreibebrief!“ war die Antwort. Ich quittierte den Empfang und entfernte mich. Fünf Monate ſpäter war ich wieder in Freiburg, und wieder begegnete mir zufällig vor der Tür derſelbe Briefträger, den ich abermals fragte, ob er einen Brief für Kaufmann Friedrich habe. Sobald ich dieſen Namen nannte, warf er den Kopf in die Höhe, ſah mich ſcharf an und ſagte: „Sie ſind gar nicht Herr Friedrich, Sie ſind Herr Bebel!“ „So, woher wiſſen Sie denn das?“ „Na, Sie haben mich dieſes Frühjahr in ſchöne Verlegenheit gebracht. Sie erinnern ſich, ich übergab Ihnen damals einen Einſchreibebrief, und als ich nach Hauſe kam und meine Scheine durchſah, entdeckte ich zu meinem Schreck, daß Ihr Schein ſtatt der Unterſchrift Friedrich

den Namen Bebel trug. Ich eilte ins Hotel zum Oberkellner und klagte ihm mein Leid. Der Oberkellner lachte und bemerkte, Bebel und Friedrich ſeien ein und dieſelbe Perſon.“ Zum Glück habe ſein Vorgeſetzter, dem er die Scheine habe übergeben müſſen, dieſe nur durchgezählt, aber nicht die Unterſchriften angeſehen, ſo ſei er mit einem blauen Auge davongekommen.

Das Vorkommnis amüſierte mich, aber ich nahm mir doch vor, künftig vorſichtiger zu ſein.

Die polizeiliche Ueberwachung meiner Perſon nahm in jenen Jahren öfter einen häßlichen und aufreizenden Charakter an, namentlich in einer Reihe Städte Mittel- und Süddeutſchlands. In Norddeutſchland war man in der Ueberwachung — ich möchte ſagen diskreter. Die Polizei benahm ſich unauffälliger und folgte mir mehr aus der Ferne, aber in einer Anzahl mittel- und ſüddeutſcher Städte war ſie plump und dreiſt und ſelbſt vom Polizeiſtandpunkt aus betrachtet dumm. Hier folgte mir in der Regel der Poliziſt in Zivil, wenn ich mit meinem Muſterkoffer durch die Straßen ging, in kurzer Entfernung und wartete in der unmittelbaren Nähe des Hauſes, in das ich getreten war, bis ich dasſelbe verließ, um dann wieder wie ein getreuer Pudel mir zu folgen. Als mir zum erſten Male im Frühjahr 1879 in Nürnberg eine ſolche Ueberwachung zuteil wurde, verbreitete ſich die Nachricht davon wie ein Lauffeuer unter den Parteigenoſſen. Am Abend gab es eine große Anſammlung vor der Polizeiwache, und es wurden Schimpfworte gegen die Polizei geſchleudert, wie ſie nur dem Zaun der Zähne eines Bayern entfliehen können. Ruhiger denkende Genoſſen hatten Mühe, die Anſammlung zu zerſtreuen und einen Konflikt zu verhüten.

Hier in Nürnberg war jahrelang der mich überwachende Geheimpoliziſt ein gewiſſer Marſching, der von früh bis ſpät meinen Spuren folgte. Eines Abends war ich ihm wieder wie gewöhnlich entwiſcht. Gegen Mitternacht gingen ich und ein Freund, bei dem ich wohnte — ich zog begreiflicherweiſe damals die Privatwohnung der Hotelwohnung vor —, nach Hauſe. Mein Freund wohnte in Glaishammer, einem Vorort von Nürnberg, jenſeits der Bahn. Es war eine wundervolle Mond-

nacht. Wir gingen über eine Wieſe, als ich unerwartet Herrn Marſching auf der Straße, auf die wir eben ſtießen, an einer Pappel ſtehen ſah. Er wollte offenbar wenigſtens wiſſen, wann wir nach Hauſe gekommen ſeien. Ich machte meinen Freund auf Marſching aufmerkſam. Sobald dieſer den Marſching erblickte, ging er im Eilſchritt auf ihn los. Es herrſchte in der Gegend Totenſtille, weit und breit war niemand zu ſehen. Jetzt mochte ſich Marſching ſagen, zwei gegen einen iſt eine unangenehme Sache. Er machte alſo raſch kehrt und eilte die Straße entlang. Mein Freund nun im Galopp hinter ihm drein, beide in einem Sträßlein verſchwindend, das ſich zwiſchen Gärten ſchlängelte. Plötzlich erdröhnte ein Schuß. Mir fuhr der Schreck in die Glieder, ich nahm an, der Poliziſt habe auf meinen Freund geſchoſſen. Nun eilte ich den beiden nach. Als ich eben in das Sträßlein einbiege, kommt mir mein Freund laut lachend entgegen. „Wer hat denn geſchoſſen?“ fragte ich. „Ich habe geſchoſſen, der Kerl iſt aber geſprungen,“ antwortete er. „Ja, biſt du denn verrückt, wenn Marſching dich anzeigt, muß ich gegen dich zeugen.“ „Ich habe ja nur in die Luft geſchoſſen,“ antwortete er begütigend. Merkwürdigerweiſe hörten wir von dem Vorgang nichts mehr. Marſching mochte es für klüger gehalten haben, zu ſchweigen. Später trat er aus der Polizei aus und begann einen Milchhandel. Mir wurde verſichert, er ſei ſogar der Partei beigetreten.

Im Jahre 1882 wurde ich wider Willen die Urſache, daß dem Fürther Magiſtrat von der Regierung ein wichtiges Recht entzogen wurde. Der Magiſtrat, der überwiegend aus bürgerlichen Demokraten und ein paar Sozialdemokraten beſtand, hatte zugelaſſen, daß ich in einer rieſenhaft beſuchten Volksverſammlung ſprach. Darüber ergrimmte die bayeriſche Regierung und entzog dem Magiſtrat das Recht der Handhabung des Vereins- und Verſammlungsrechts, das der mittelfränkiſchen Kreisregierung übertragen wurde. Als endlich im Jahre 1902 — alſo nach zwanzig Jahren — der Parteigenoſſe Segitz die bayeriſche Regierung im Landtag interpellierte, wie lange ſie denn noch dieſe Rechtlosmachung des Fürther Magiſtrats aufrechtzuhalten gedenke, antwortete der damalige Miniſter v. Feilitzſch: So-

lange noch in der Fürther Gemeindevertretung Sozialdemokraten ſäßen. Man beſann ſich aber doch bald eines Beſſeren und gab dem Fürther Magiſtrat ſein Recht zurück. Und einen Miniſter, der mit ſolch lächerlich kleinlichen Mitteln regiert, nennt man bekanntlich in Deutſchland einen Staatsmann.

Von Nürnberg-Fürth reiſte ich in der Regel nach München, wo ich ebenfalls meiſt drei bis vier Tage verblieb. Meine Anweſenheit wurde den Parteigenoſſen ſofort bekannt, und dann gab es an dem Sonntag, den ich dort zubrachte, regelmäßig eine große Demonſtration auf einem der Bierkeller. Die Parteigenoſſen zogen alsdann in Scharen hinaus und demonſtrierten durch Hochrufe und Geſänge. Den Parteigenoſſen folgte auf dem Fuße in Stärke von einem Dutzend Mann die hochwohllöbliche Gendarmerie unter der Führung des Polizeikommiſſars Michel Gehret oder ſeines Adlatus Auer. Das Sonntagsvergnügen fand ſtets damit ſeinen Abſchluß, daß ich wieder einmal den Verſuch machte, der Polizei zu entrinnen. Ich ſehe noch im Geiſte, wie an einem ſolchen Abend der lange Maximus Ernſt die Rockſchöße in die Hände nahm und mit ſeinen langen Beinen durch das Gaſſengewirr in der Nähe des Hofbräuhauſes ſtürmte, wobei ich vor Lachen über die komiſche Figur, die er ſpielte, ihm kaum zu folgen vermochte.

Im Württembergiſchen ging es etwas gemütlicher zu, obgleich auch dort die Polizei oftmals unſeren Genoſſen das Leben ſchwer machte. Als einmal die Stuttgarter Genoſſen zu einer Märzfeier verſammelt waren, erſchien ein Polizeibeamter und erklärte: Eine Feſtrede dürfe nicht gehalten werden. Alles Parlamentieren half nichts, es blieb bei dem Verbot. Darauf fragte ihn der Feſtleiter, ob denn deklamiert werden dürfe, worauf der Beamte im Vollgefühl ſeiner Würde die klaſſiſche Antwort erteilte: „Deklamiere dürfe Se, ſchwätze aber net!“ Und nun erfolgte an Stelle einer Feſtrede, die wahrſcheinlich ziemlich zahm ausgefallen wäre, die Deklamierung der revolutionärſten Gedichte von Freiligrath und anderen. Der Staat war wieder einmal gerettet.

Ein anderer Vorgang verlief alſo: Eines Abends wurde ich in Stuttgart von drei Eßlinger Genoſſen angegangen, ſofort

mit ihnen nach Eßlingen zu kommen und dort in einer Verſammlung Sonnemann entgegenzutreten. Ich weigerte mich. Einmal war ich müde, dann liebte ich es nicht, auf der Geſchäftsreiſe in öffentlichen Verſammlungen Reden zu halten, weil ich meine Kunden, die faſt ausnahmslos politiſche Gegner von mir waren, nicht noch ſozuſagen im eigenen Hauſe vor den Kopf ſtoßen wollte. Schließlich gab ich widerwillig dem Drängen nach. Als wir in das Verſammlungslokal traten, war es überfüllt. Wir mußten uns an der Tür aufſtellen. Sonnemann ſprach auffallend ſchlecht, er war offenbar ſehr indisponiert. Karl Mayer, von dem man ſich ſcherzweiſe in Berlin erzählte, er verzehre jeden Morgen wenigſtens einen Preußen zum Frühſtück, präſidierte. Als Sonnemann geendet, forderte Mayer zur Wortmeldung auf. Ich meldete mich. Als Mayer und die Verſammlung meinen Namen hörten, entſtand eine Bewegung, als wäre eine Bombe zum Dache hereingeflogen. Darauf erklärte Mayer, indem er mich unter einem Schwall von Worten als „tapferen Volksmann" begrüßte, daß er zu ſeinem Bedauern das Präſidium niederlegen müſſe, da ich einer Partei angehöre, die ausnahmegeſetzlich verfolgt werde. Das war mir noch nicht vorgekommen und obendrein nicht von einem Demokraten. Kurz entſchloſſen ergriff ich die Glocke und erklärte der Verſammlung: Glücklicherweiſe ſeien wir in Württemberg, wo nach dem Landesgeſetz eine polizeiliche Anmeldung einer Verſammlung nicht erforderlich ſei. Ich wolle das Präſidium übernehmen, falls niemand etwas dagegen habe. Die Verſammlung ſchwieg. Ich mußte zu dieſem eigenartigen Vorgehen ſchreiten, weil ich nicht wußte, wen von meinen Eßlingern Genoſſen ich zum Vorſitzenden vorſchlagen ſollte. Darauf gab ich mir ſelbſt das Wort. Sehr bald merkte ich aber, weshalb Sonnemann ſo ſchlecht geſprochen hatte. Nach zehn Minuten erging es mir wie ihm. Die dichte Menſchenmenge und die ſommerliche Temperatur erzeugten eine enorme Hitze. Und da der Saal allem Anſchein nach kurz zuvor mit Kalkfarbe geſtrichen worden war, fingen die Decke und die Wände an zu ſchwitzen und löſten ſich zahlloſe Kalkpartikelchen in der Luft auf, die ſich auf die Schleimhäute legten und das Sprechen außerordentlich erſchwer-

ten. Mir wurde sehr unbehaglich zumute. Da unterbrach mich eine Stimme von der Tür her. Ich verstand den Sprecher nicht und fragte, was er wolle; darauf bekam ich die Antwort: „Im Namen des Gesetzes, die Versammlung ist aufgelöst!“ Niemand war glücklicher als ich. Die Stimme gehörte einem Polizisten, der als Zuhörer gekommen war, aber von den in seiner Nähe stehenden nationalliberalen Stadtgrößen so lange bearbeitet wurde, bis er die Versammlung für aufgelöst erklärte. Damit war aber auch der Erfolg der Versammlung gesichert, denn die meisten Anwesenden ärgerte es, daß sie in solcher Weise nach Hause geschickt wurden. Ueberhaupt war in jenen Jahren unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes keiner von uns betrübt, wenn plötzlich mitten in der Rede der überwachende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst erklärte. Das löste stets demonstrativen Beifall für den Redner aus, und der Erfolg war der beste; obendrein schonte der Redner seine Lunge.

Am Tage nach jener Eßlinger Versammlung reiste ich nach Tübingen, wo ein guter Bekannter von mir — ein linksstehender Volksparteiler — mich an der Bahn abholte. Ich erzählte ihm den Eßlinger Vorgang, zu dem er den Kopf schüttelte. Zur Mittagszeit gingen wir zusammen nach dem Ratskeller und setzten uns an einen Tisch, an dem schon ein Herr Platz genommen hatte, den mir mein Bekannter als den Polizeikommissar der Stadt Tübingen vorstellte. Diesem erzählte er sofort das Eßlinger Vorkommnis. Der Kommissar lachte und meinte alsdann zu mir: „Wissen Sie was, Herr Bebel, halten Sie heute abend hier eine Versammlung, ich gebe Ihnen mein Wort, ich löse sie nicht auf.“ Ich gab lachend zur Antwort: Ich bedauere, seiner freundlichen Einladung, die mir bisher von Polizeiseite noch niemals zuteil geworden sei, nicht folgen zu können, aber ich müßte mit dem Nachmittagzug nach Zürich reisen, woselbst ich erwartet würde.

Anders im Badischen. Dort hatte die Polizei schon zu jener Zeit preußische Manieren angenommen. In Freiburg war meine Ueberwachung besonders streng. Ich pflegte im „Römischen Kaiser“ zu wohnen. Der Wirt des Hotels, ein Herr Springer, war selbstverständlich ein politischer Gegner von mir, aber ein

anständiger Mann. Ihn ärgerte es, daß schon am frühen Morgen die Polizei sowohl am Vorder- wie am Hinterausgang des Hotels Posto faßte, um auf meine Entfernung zu warten. Und als gar die Herren Polizisten immer dreister wurden und einmal in Haus und Hof traten, wies er sie energisch zum Tor hinaus. Ich beschwerte mich eines Tages über die unverschämte Art der Ueberwachung bei dem Polizeichef Amtmann Wiener, aber der Herr nahm meine Beschwerde sehr ungnädig auf. Ein so gefährlicher Mann wie ich dürfe sich nicht beklagen, wenn die Polizei ihn überwache. Ich erklärte, ich würde diese Ueberwachungsmethode nächstens im Reichstag zur Sprache bringen. Antwort: Das sei ihm gleich, er tue, was er für notwendig halte. Ich glaube, der Herr wäre froh gewesen, hätte ich ihn im Reichstag angegriffen. Der damalige Großherzog war ein grimmiger Feind von uns, und ein Beamter, den ich wegen schneidigen Vorgehens gegen uns anklagte, wäre bei ihm gut angeschrieben worden und hatte Aussicht auf rasches Avancement. Polemisierte doch der Großherzog noch in den neunziger Jahren bei Kriegervereinsfesten wiederholt gegen mich — ohne meinen Namen zu nennen — wegen Festreden, von denen ich die eine auf dem Hohentwiel bei Singen, die andere das folgende Jahr in Villingen auf dem Schwarzwald gehalten hatte.

Auch in Karlsruhe ließ die Ueberwachung nichts zu wünschen übrig. Ich entrann wiederholt meinen Beaufsichtigern dadurch, daß ich mich in eine alleinstehende Droschke warf und in vollem Galopp davonfuhr. Eines Sonntags war auch Paul Singer mit von der Partie, als wir uns in Karlsruhe trafen.

Einen besonders unangenehmen Begleiter hatte ich während mehrerer Jahre in Frankfurt a. Main. Der Mensch marschierte kaum einen Meter hinter mir. Blieb ich stehen, um mir ein interessantes Gebäude oder einen Baum anzusehen, sofort nahm er die gleiche Haltung an. Einmal aber „versetzte" ich ihn bei hellem Tage. Ich fuhr eines Mittags mit der Lokalbahn nach Offenbach. Er hinter mir drein, setzte sich in dasselbe Wagenabteil, in dem ich fuhr. In Offenbach hatte ich meine Geschäfte rasch erledigt. Ich besuchte nunmehr unseren Parteifreund Ulrich, der an der Stadtgrenze im Hofe eines Hauses eine kleine

Druckerei beſaß. Dieſen fragte ich, ob ich dem Verfolger, der vor dem Hauſe ſtehe, nicht entrinnen könne, wenn ich ſtatt der Lokalbahn einen Zug der Main-Weſer-Bahn, wie damals die Linie Kaſſel-Frankfurt genannt wurde, benützte. Dies bejahte Ulrich, in kurzer Zeit gehe ein ſolcher, ich brauchte nur über ſeine Hofplanke zu ſteigen und querfeldein einen Fußſteig zu benützen, der direkt zum Main-Weſer-Bahnhof führe. Mit Hilfe Ulrichs ſtieg ich über die Planke, alsdann reichte er mir meinen Muſterkoffer, und kurz vor Eintreffen des Zuges war ich auf dem Bahnhof. In Frankfurt angekommen, eilte ich nach meiner Wohnung in der „Stadt Darmſtadt", einem kleinen Hotel in unmittelbarer Nähe des Doms, in dem 1848 die radikale Linke des Parlaments ihr Kneiplokal beſeſſen. Ich gab meinen Muſterkoffer ab und entfernte mich. Als ich abends nach elf Uhr in die Gaſtſtube trat, empfing mich ein Ausbruch der Heiterkeit des Wirts und der Gäſte. Man erzählte mir, daß, nachdem ich am Abend das Hotel verlaſſen, kurz nachher der Poliziſt in einer Droſchke im ſauſenden Galopp angefahren ſei, um zu erfahren, daß ich das Hotel bereits wieder verlaſſen. Unter dem Gelächter der Gäſte habe er ſich mit einem Fluch entfernt.

Später brachte ich dieſe Vorgänge im Reichstag zur Sprache. Damit hörte wenigſtens in Frankfurt und Wiesbaden dieſe widerliche Art der Ueberwachung auf.

Aber auch im Ausland war ich vor polizeilicher Verfolgung nicht ſicher. Ich pflegte von Zittau aus geſchäftliche Abſtecher nach Reichenberg in Böhmen zu unternehmen. Sobald ich dorthin abfuhr, meldete der ſächſiſche Polizeipoſten auf dem Zittauer Bahnhof telegraphiſch die Zeit meiner Ankunft an die Reichenberger Polizei. Dort angekommen, ſtand bereits ein robuſter Gendarm in voller militäriſcher Ausrüſtung am Bahnhof, um mir das Geleite zu meinen Kunden zu geben. Das rief großes Aufſehen hervor. Als ich dann eines Tages nach getaner Arbeit mit einer Anzahl Parteigenoſſen in einem Reſtaurationsgarten zuſammentraf und wir uns eben unterhielten, wurde ich vor den Stadtgewaltigen zitiert, der, nachdem er ſich erkundigt, was mich nach Reichenberg geführt, mir den Rat

gab, mit dem nächsten Zuge abzureisen, widrigenfalls er meine Ausweisung verfügen müsse. In Oesterreich herrschte um jene Zeit genau wie bei uns der Rotkoller; Gewaltmaßregeln schlimmster Art gegen unsere Parteigenossen waren an der Tagesordnung. Genützt haben sie nichts, so wenig wie bei uns.

Von Reichenberg reiste ich meist durch Nordböhmen weiter. Eine dieser Fahrten führte mich eines Tages schließlich nach Chemnitz. Auch dort wurde mir der übliche Empfang zuteil. Die Polizei besaß sogar die Unverfrorenheit, während meiner Abwesenheit meinen Koffer aus dem Hotel zu holen und zu öffnen, um nach Verbotenem zu forschen. Auf der Straße verlangte sogar ein Polizist, ich solle mit ihm nach der Polizei kommen, um meinen Musterkoffer durchsuchen zu lassen. Dessen weigerte ich mich, wolle er den Koffer tragen, würde ich ihm folgen. Darauf begnügte er sich damit, daß er mit mir in ein Haus trat, um sich von der Harmlosigkeit des Kofferinhalts zu überzeugen. Meine Beschwerde gegen diesen ungesetzlichen Unfug, die bis an das Ministerium ging, hatte keinen Erfolg.

Dagegen hatte ich am Nachmittag desselben Tages ein heiteres Intermezzo mit der Mittweidaer Polizei: Ich reiste hinüber, um unseren dortigen Genossen einen Besuch zu machen. Als ich auf dem Bahnhof in Mittweida ankam, wurde mir ein doppelter Empfang bereitet. Es erwartete mich eine Anzahl Parteigenossen und hinter diesen stehend ein Aufgebot der Polizei mit dem Stadtoberhaupt, dem Bürgermeister Keubler in höchsteigener Person an der Spitze. Dieser Empfang stimmte mich gleich sehr heiter. Ich machte also meinen Parteigenossen gleich den Vorschlag, statt in ein Lokal einzutreten, auf der Hauptstraße Mittweidas auf und ab zu spazieren, wobei ich ihnen allerlei erzählen wolle. Gedacht, getan. Der Spaziergang begang. Hinter uns in mäßiger Entfernung Bürgermeister und Polizei im Gefolge. In wenigen Minuten hatte sich ein großer Menschenhaufe angesammelt, aus dessen Mitte dem Bürgermeister und der Polizei allerlei humoristische Bemerkungen zugerufen wurden. Alles lachte. Voller Verlegenheit zog sich der Bürgermeister in ein Haus zurück und ließ seinen Untergebenen den Befehl zukommen, sich zu entfernen.

Als ich von Mittweida nach Chemnitz zurückgekehrt war, postierte mir die Polizei einen Doppelposten vor das Hotel, in dem ich wohnte. Ich schlief längst den Schlaf des Gerechten, als die armen Polizisten erst ihren Posten verlassen durften. Am nächsten Morgen reiste ich mit dem ersten Zuge ab. Als die Polizisten sich wieder einstellten, hörten sie, sicher mit Genugtuung, ihr Postenstehen sei überflüssig geworden. Alle diese Maßnahmen konnten nur von Behörden getroffen werden, die uns gegenüber jeder Ueberlegung bar waren und kein Gefühl mehr dafür besaßen, wie sie sich damit in den Augen jedes vernünftigen Menschen bloßstellten. Der Sozialistenkoller machte sie eben besinnungslos.

So auch nach meiner Ausweisung im Jahre 1881 in Leipzig. Sobald man mir allergnädigst gestattete, zwei-, höchstens dreimal im Jahre ein, zwei Tage in die Stadt zu dürfen, um mich wegen einer Geschäftsreise im Geschäft zu unterrichten, stand auch der Polizeiposten von früh bis spät vor dem Tore. Geschäftsfreunde, die uns auf dem Kontor besuchten, scherzten: wir dachten uns schon, Majestät sei wieder zugegen, seine Leibwache steht vor der Türe. Einer unserer Arbeiter, der im Zorn über diese Ueberwachung dem Polizisten eine beleidigende Bemerkung zurief, büßte diese mit acht Tagen Haft. Passierte ich auf der Durchreise Leipzig, so mußte ich vorher anmelden, auf welchem Bahnhof und zu welcher Stunde ich ankam und auf welchem Bahnhof und wann ich abreiste. Alsdann trat wieder die polizeiliche Ueberwachung in Kraft, Vorschrift war, ohne weiteren Aufenthalt von einem Bahnhof zum anderen mit dem nächsten Zug die Stadt zu verlassen. Diese Verpflichtung traf alle aus Leipzig und der Amtshauptmannschaft Leipzig Ausgewiesenen, sobald sie das Gebiet wegen einer Durchreise betraten. Gegen mich war die Leipziger Polizei besonders rigoros, wohingegen Liebknecht mancher längere Aufenthalt gestattet wurde, den man mir systematisch verweigerte. Den Grund für dieses zweierlei Maß erfuhr ich zufällig nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Der Polizeigewaltige, Wachtmeister Döbler, hatte mich im Verdacht, von mir rührten die Leipziger Korrespondenzen im „Sozialdemokrat“ her, die ihm übel mit-

spielten und in denen von ihm immer nur als von einem Grünäugigen die Rede war. Nun rührte aber nicht eine von diesen Korrespondenzen von mir her; wäre Döbler nicht ein äußerst beschränkter Mensch gewesen, so hätte er am Stil — den er in Leipzig lange Jahre studieren konnte — sofort erkannt, wer der Attentäter war. Das Wort des Oxenstierna trifft aber immer wieder zu: „Du ahnst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird."

Zum Schluß dieses Kapitels, das ich noch sehr lange ausspinnen könnte, sei noch ein Vorgang erwähnt, der unter Umständen für mich einen sehr üblen Ausgang nehmen konnte. Im März 1881 reiste ich in Geschäften nach dem Osten. Ich kam dabei auch nach Posen und entschloß mich, von hier aus einen Abstecher nach der Geburtsstadt meines Vaters, Ostrowo, zu unternehmen. Nach einer Angabe meines Parteigenossen Luck, dessen Eltern dort wohnten, sollten in Ostrowo noch drei Geschwister meines Vaters leben, außerdem eine Anzahl jüngerer Verwandter. Unter den letzteren traf ich auch einen Vetter, den häufig Geschäfte nach Kalisch führten. Dieser machte mir den Vorschlag, am nächsten Tage, der ein Sonntag war, Kalisch zu besuchen. Kalisch sei Festung, habe eine starke russische Garnison, und eine russische Stadt hatte ich auch noch nicht gesehen. Es sei ihm leicht, für mich einen falschen Paß zu verschaffen. Mir schwante, die Sache könne schief gehen, denn ich merkte, ich werde auch in Ostrowo polizeilich überwacht. Ich lehnte also ab. Als ich Montag morgen zum Frühstück in die Gaststube trat, fragte mich der Wirt, ob ich den Lärm im Hotel gehört, der in der Nacht entstanden sei. Verwundert fragte ich: Weshalb? Seine Antwort war: Es sei nach zwölf Uhr von Berlin eine Depesche eingetroffen, nach der am Sonntag mittag der Zar Alexander II. in Petersburg von einer Bombe zerrissen wurde. Diese Nachricht habe seine Gäste sehr aufgeregt und einige, die angetrunken gewesen, hätten behauptet, an diesem Attentat sei die deutsche Sozialdemokratie mitschuldig, und so habe man die Treppe hinaufstürmen wollen, um mich aus dem Hause zu werfen. Dieses habe er nur mit Mühe verhüten können.

Das war eine nette Mitteilung. Kurz darauf erſchien auch mein Vetter und äußerte, es ſei doch gut geweſen, daß wir nicht in Kaliſch waren. Er habe ſoeben gehört, daß dort nach Eintreffen der Depeſche über den Kaiſermord am Nachmittag um vier Uhr ſämtliche Tore geſchloſſen worden ſeien und niemand weder hinein noch heraus gedurft habe. Ich vergegenwärtigte mir, was wohl geſchehen wäre, wenn ich in Kaliſch erkannt wurde, wofür die deutſche Polizei jedenfalls geſorgt hätte. Fürſt Bismarck hätte ſicher für meine Freilaſſung keinen Finger gerührt, ſeine Poliziſten würden, nach den Erfahrungen, die wir damals gemacht, ſogar noch beſchworen haben, meine Reiſe im Oſten ſei unter verdächtigen Umſtänden erfolgt, obgleich ich, außer in Königsberg und Danzig, nirgends Parteigenoſſen beſucht hatte. Wenige Tage nach jenem Vorgang veröffentlichte denn auch die Berliner „Poſt“ einen Artikel: „Herr Bebel an der ruſſiſchen Grenze“, worin meine Reiſe mit dem Attentat in Verbindung gebracht wurde. Ich hatte alſo Urſache, mich zu freuen, daß mich meine Vorſicht von der Kaliſcher Reiſe abgehalten hatte.

Einiges über Verſammlungen unter dem Sozialiſtengeſetz.

Wäre es unter der Herrſchaft jenes Geſetzes jemand beigekommen, die Grundſätze feſtzuſtellen, nach denen polizeilicherſeits Verſammlungen verboten oder aufgelöſt wurden, er hätte, auch wenn ein ſehr hoher Preis auf die Löſung dieſer Frage geſetzt wurde, erklären müſſen: es gibt dafür keine Grundſätze. Laune und Willkür der Beamten ſind dafür allein maßgebend. Die Gründe, die in einem Ort zu einem Verbot oder einer Auflöſung führten, galten nicht an einem anderen Ort. Bald war es das Thema, bald die Perſon des Redners, bald die Natur des Lokals, was zu Maßregeln führte. Was der eine Beamte zuließ, verbot der andere, oft an ein und demſelben Ort. Auch geſchah es, daß Order gegeben wurde, der und der Redner dürfe ein für allemal nicht reden. Das geſchah zum Beiſpiel Paul Singer im Königreich Sachſen.

Ich hatte in Dresden im Jahre 1886, als der Battenbergſkandal in Bulgarien die Aufmerkſamkeit von ganz Europa in Anſpruch nahm, eine Volksverſammlung veranlaßt, in der ich einen Vortrag über jene Vorgänge hielt. Im Laufe der Debatte nahm auch Paul Singer das Wort, dem in ſeiner Rede eine Beleidigung des Bundesrats entſchlüpfte. Der überwachende Beamte entzog ihm ſofort das Wort. Ich rechnete mit einer Anklage und gratulierte meinem Freunde, daß er jetzt die Gewißheit habe, ſich auch einmal die Mauern eines Gefängniſſes von innen anzuſehen. Ich täuſchte mich. Es kam keine Anklage, dagegen eine Verordnung des Miniſteriums des Innern, wonach Singer das öffentliche Reden innerhalb Sachſens ein für allemal zu verbieten ſei.

Manchmal nahmen Verſammlungsverbote auch einen amüſanten Verlauf, ſo ein ſolches in Großenhain in Sachſen. Ich war dort für eine Volksverſammlung als Redner über das neue Unfallverſicherungsgeſetz angemeldet worden, alſo kein ſozialiſtiſches Thema. Gleichwohl wurde die Verſammlung

verboten, weil ich der Redner sein sollte. Auf meinen Rat legten die Großenhainer Genossen Beschwerde durch alle Instanzen ein, wurden aber überall abgewiesen. Sie wendeten sich nunmehr mit einer Beschwerde an den Landtag. Sie kam zur Verhandlung und kostete diesen eine lange Sitzung. Das Resultat war Zurückweisung unserer Beschwerde gegen unsere und einige liberale Stimmen.

Ich machte nunmehr den Großenhainer Genossen den Vorschlag, eine neue Versammlung mit demselben Thema einzuberufen, aber mit einem Arbeiter als Berichterstatter. In der darauf folgenden Diskussion wollte ich dann das Wort ergreifen. Das geschah. Unterderhand war aber bekannt gemacht worden, ich würde in der Versammlung anwesend sein. Die Versammlung war überfüllt, unter den Anwesenden befanden sich fast sämtliche Offiziere des in Großenhain garnisonierenden Husarenregiments, die in Zivil erschienen waren. Der Referent sprach etwa zwanzig Minuten, in der darauf eröffneten Debatte erhielt ich alsdann das Wort, ohne daß die Polizei zu intervenieren wagte. Ich sprach über eine Stunde unter stürmischem Beifall. Die Krönung des Ganzen aber war, daß nach Schluß der Versammlung der überwachende Polizeibeamte an mich herantrat und mir für meinen interessanten Vortrag dankte. Eine stärkere moralische Abfuhr konnte der Regierung und dem Landtag nicht zuteil werden.

Als ich später bei einer Sozialistengesetzdebatte im Reichstag zur Beleuchtung der Handhabung des Gesetzes den Großenhainer Vorfall erwähnte und auch den Dank des Polizeibeamten hervorhob, der mir geworden, brach das ganze Haus in stürmische Heiterkeit aus einschließlich Bismarcks, der zugegen war. Ein so gemütlicher Polizeibeamter war ihm wohl noch nicht vorgekommen.

Neben den öffentlichen Versammlungen fanden aber unzählige geheime statt. Diese waren sogar die wichtigsten. Die gesamte Führerschaft war bei solchen beteiligt, und selten gelang es, eine solche Zusammenkunft zur gerichtlichen Aburteilung zu bringen. Einsam und abseits gelegene Lokale, der Wald, die Heide, die Kiesgruben und Steinbrüche waren gesuchte

Verſammlungsorte. Ich konnte zum Beiſpiel unter dem Sozialiſtengeſetz meinen Hamburger Parteigenoſſen über meine Reichstagstätigkeit gar nicht anders Bericht erſtatten, als daß wir an ſolchen Orten zuſammenkamen.

Aber einmal wurde ich doch gefaßt, als ich an einer geheimen Zuſammenkunft der Mannheimer Parteigenoſſen auf der ſogenannten Neckarſpitze teilnahm, jene Stelle, an der der Neckar in den Rhein fließt. Wir wurden erkannt und Auguſt Dreesbach, ich und eine Anzahl Mannheimer Parteigenoſſen wurden zu Geldſtrafen verurteilt. Dagegen blieb ungeſühnt eine zahlreiche geheime Verſammlung, die wir an einem Sonntagnachmittag auf einer unbewohnten Rheininſel unterhalb Mainz abhielten. Wohl verſuchte die Staatsanwaltſchaft einen Prozeß anzuſtrengen, aber die Zeugen verſagten. So mußte die Anklage unterbleiben.

Mit den örtlichen geheimen Verſammlungen war es aber dabei nicht getan. Auch Bezirks- und Landesverſammlungen waren eine Notwendigkeit. So auch in Sachſen. Die Polizei war zwar ſolchen Zuſammenkünften wiederholt auf der Spur, aber ſtets ſchlugen wir ihr ein Schnippchen. In beſonderem Maße anläßlich einer Landeskonferenz, die wir ſcheinbar in der Höhle des Löwen, in Dresden abhalten wollten. An einem trüben Novemberſonntag kamen die Delegierten nach Dresden, von der Polizei beobachtet. Dort verſammelten wir uns, vierzig bis fünfzig Mann ſtark, am Nachmittag an der Dampfſchiffſtation, um elbeaufwärts zu fahren. Selbſtverſtändlich ſah uns die Polizei, und ſelbſtverſtändlich gab ſie uns vier Geheime als Schutzwache mit. Trotz des unfreundlichen Wetters blieben wir auf Deck. Unſere Fahrkarten lauteten nach Pillnitz. Den Poliziſten wurde es in unſerer Geſellſchaft ungemütlich. Das hatten wir erwartet. Sie verzogen ſich in die Kajüte. Dorthin folgten ihnen vier unſerer Genoſſen, die ein Kartenſpiel begannen, ein Beiſpiel, dem die Poliziſten folgten. Unter uns war in aller Stille abgemacht, daß wir nicht nach Pillnitz fahren, ſondern auf der vorhergehenden Station raſch das Schiff verlaſſen wollten. Unſere vier Genoſſen ſollten zur Beruhigung der Polizei erſt in Pillnitz ausſteigen. Zuſammenkunftsort war

die mitten im Wald gelegene Maixmühle, bei günſtiger Jahreszeit ein beliebter Ausflugsort der Dresdener. Als wir das Schiff von der Polizei unbemerkt verließen, war es ſchon bedenklich dunkel. Im Sturmſchritt eilten wir nach der Maixmühle, wo Wirt und Wirtin über eine ſo zahlreiche Schar Gäſte bei dieſer Jahreszeit und Stunde nicht wenig überraſcht waren. Wir begaben uns nach dem Saal und erklärten den Wirtsleuten, wir ſeien ein Geſangverein und wollten uns ſelbſt bedienen. Um ſie zu täuſchen, wurde ab und zu ein Lied geſungen. Die Verhandlungen nahmen bei ſolchen Gelegenheiten ſtets einen raſchen Verlauf. Mitten in der Beratung erſchienen unſere vier Pillnitzer, die ſtürmiſche Heiterkeit erregten, als ſie uns ſchilderten, welche verdutzte Geſichter die Poliziſten gemacht, als ſie ſich mit ihnen allein an der Station Pillnitz ſahen. Unſere vier hatten ſich ſofort in den pechfinſtern Wald begeben und die Poliziſten ihrem Schickſal überlaſſen. Wahrſcheinlich waren ſie mit dem nächſten Schiff nach Dresden zurückgefahren. Eine Naſe hatten ſie ſicher von ihren Vorgeſetzten zu erwarten.

Sobald wir mit unſeren Beratungen zu Ende waren, ließen wir uns vom Wirte eine Laterne geben, die einer unſerer Genoſſen an einem Stab uns vorantragen mußte, damit wir den kotigen Weg nicht verfehlten, und zogen ſingend unſere Straße. Nach Mitternacht kamen wir nunmehr zu Fuße wieder in Dresden an. Die Polizei bedurfte keiner großen Kombinationsgabe, um zu erraten, wo wir getagt hatten; ſie ſchickte am nächſten Morgen eine Kommiſſion nach der Maixmühle, um ein Verhör mit den Wirtsleuten vorzunehmen. Dieſe waren nicht wenig überraſcht, als ſie hörten, was für gefährliche Sonntagsgäſte ſie gehabt hatten. Sie konnten aber keine uns belaſtenden Ausſagen machen, ſie wußten von nichts.

Aehnliche Vorgänge hat damals jeder erlebt, der unter dem Sozialiſtengeſetz in einer tätigen Parteiſtellung war. Was ich hier erzähle, iſt nur ein kleiner Ausſchnitt aus dem Bilde.

Minierarbeit.

Eine wichtige Aufgabe unserer geheimen Tätigkeit bestand im Organisieren der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und anderer verbotener Literatur. Eine Reihe meiner Briefe an die Züricher sei hier abgedruckt, in denen diese Seite des Parteilebens unter dem Sozialistengesetz hervortritt.

„Leipzig, den 28. Dezember 1879.

Lieber Motteler!

Zunächst die Mitteilung, daß die Berliner vom Rechenschaftsbericht der Fraktion 500 Stück nehmen, und zwar sollen sie diese ausnahmsweise à 10 Pfennig erhalten, um den Ueberschuß für die Familien der Ausgewiesenen zu verwenden. Auch ist Nummer 4 des „Sozialdemokrat“ in Berlin mit dem Schluß des Berichts nicht angekommen und infolgedessen der Glaube entstanden, die Nummer 4 sei von uns zurückbehalten worden, um zu verschweigen, daß H.* nicht darunter stehe. Es ist eine kuriose Logik, sie hat aber viele Gläubige in Berlin gefunden, und da ist die starke Verbreitung des Berichts sehr notwendig.

Hierher sollen 300 gesendet werden, und könnt Ihr die Adresse des Fräulein Kl. bei F. benutzen.

Nummern 8, 9, 10 und 11 sind in Berlin nicht angekommen, da durch die Verhaftung Grunzigs die Adressen verraten wurden respektive der Polizei in die Hände fielen; es ist erstaunlich, mit welcher Ungeschicklichkeit unsere besten Leute verfahren. Einstweilen schickt nach Berlin nichts, bis Ihr Adressen bekommt, was nächster Tage geschehen soll. Sendet, wenn Euch von Berlin nicht direkt Adressen aufgegeben werden, Abrechnung für dort nach hier.

Wenn die Dispositionen so getroffen werden, wie Du schreibst, und alles klappt, dann wird in bezug auf die Expedition nichts

---

* Hasenclever. Vergl. S. 66. D. H.

mehr zu wünschen übrig bleiben. Ich bin dann der Meinung, daß Ihr die geheime Organisation auch dann beibehaltet, wenn Euch von Hamburg aus andere Vorschläge zugehen. Es empfiehlt sich nicht, getroffene Dispositionen und eingerichtete Organisationen ohne weiteres preiszugeben. Schreibt also, wenn Ihr überzeugt seid, daß das Vereinbarte den Zweck gut erreicht, daß man einstweilen von anderen Maßregeln absehen und sich nur dann darauf einlassen solle, wenn der andere Weg verlegt werde.

Vielleicht könnt Ihr von dort aus das nach H. dirigieren, was der Norden bezieht; doch wollen wir da keine Vorschriften machen, weil Ihr am besten wissen und sehen müßt, was sich empfiehlt, was nicht.

Ueber den Bücher- und Schriftenvertrieb habe ich schon vor ein paar Tagen geschrieben und werdet Ihr den Brief erhalten haben.

Ich kann hier nur wiederholen, daß, wenn von hier Vorschläge kommen, die sich nach dem Stande der Dinge dort nicht durchführen lassen, Ihr Euch nach den Verhältnissen dort richtet. Wir können hier nur unsere Gedanken entwickeln; ob sie immer richtig und durchführbar sind, vermögen wir nicht zu übersehen. Seht darauf, daß das Blatt künftig zu ganz bestimmter Zeit fertig wird, so daß sowohl die Mittelspersonen wie die schließlichen Empfänger ziemlich auf den Tag rechnen können, wann die Sendungen eintreffen; bisher war das letztere ganz unmöglich.

Von Paris erhielt ich einen Brief, worin man auch über unregelmäßiges Eintreffen des „Sozialdemokrat" Klage führt.

Vahlteich hofft, nächster Tage die Erlaubnis zum Reisen zu erhalten; sein Chemnitzer Prozeß ist das Hindernis....

Wie geht denn meine Schrift („Die Frau und der Sozialismus")? Ich bitte, dieselbe regelmäßig zu annoncieren. Mit Ausnahme von ein paar Dutzend ist die Auflage vergriffen. Mache ich eine zweite, muß ich die Schrift in Kapitel einteilen; sie liest sich in der jetzigen Einteilung schlecht.

Nebenanstehendes bitte Vollmar zu behändigen.

Herzliche Grüße. Dein A. B."

„Leipzig, den 29. Dezember 1879.

Lieber Motteler!

Ihr seid kaum aus dem Bau, und schon juckt Euch das Fell; habt die Falle ganz vergessen, in der andere hängen bleiben.

Es gehört gar kein Genie dazu, festzustellen, wer die Beträge empfängt, da die Posten zu fünf Sechstel in offener Einzahlung anher kommen.

Eine „Kriegskasse" würde den Kassierer ganz gehörig bloßstellen und den gewünschten und von gewisser Seite längst geplanten und herbeigesehnten Belagerungszustand uns auf den Hals schaffen. Aus demselben Grunde mißbillige ich die Bezeichnung „offiziell" in dem bewußten Blättchen, das mit Nr. 13 versendet wurde und meines Erachtens ganz zwecklos war. Wo ein „offizielles" Blatt ist, ist auch eine „offizielle" Leitung; wenigstens gibt es sehr viele und sehr einflußreiche Leute, die das glauben und die ferner glauben, daß diese in Leipzig sei und daß dieses Nest zerstört werden müsse. Ich weiß wenigstens bestimmt, daß es nicht an gewissen Leuten in Berlin liegt, wenn wir hier noch ungeschoren sitzen. Jeder Erfolg macht das Drängen nach Ausfegung größer; wurde doch heute wieder in der unverschämtesten Weise auf Leipzig als den eigentlichen Herd für die Magdeburger Wahl hingewiesen. Also laßt Dinge sein, die uns bloßstellen und Euch gar nichts nützen.

In Hannover ist vorige Woche Kaufmann wegen verbotener Rückkehr nach Berlin und Vertriebs der „Freiheit" sowie wegen vierzehn anderer durch den Inhalt der „Freiheit" begründeter Vergehen (sechs Majestäts- und mehrere Bismarckbeleidigungen usw.) zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es heißt, daß er unter der Anklage des Hochverrats weiter noch vor das Reichsgericht kommen soll, das künftig alle gegen das Reich gerichteten Hochverrats- und Landesverratsunternehmungen aburteilen soll. In Berlin sind anarchistische Dummejungenstreiche begangen worden; ein Glück, daß der Spuk erst nach der erneuten Erklärung des Belagerungszustandes inszeniert wurde.

Notiz wegen Kaufmann kann veröffentlicht werden.

Dein August Bebel."

„Leipzig, den 15. Januar 1880.

Liebſter Brandter!*

Briefe erhalten. Nachdem Bericht unterm 2. Januar veröffentlicht worden, habe ich keine Reklamation über Verlorenes mehr zu machen.

Haſt Du den Brief von Höchberg erhalten, den ich dieſem vor ein paar Tagen geſchrieben?

Wiederhole, daß Leipzig 130 braucht, wovon 117 feſt ſind; wahrſcheinlich wird Bedarf größer. Die erſte Sendung enthielt nur 97; Fehlendes iſt zu ergänzen auf angegebene Höhe.

Adreſſen von Braunſchweig uſw. ſind gut.

Wenn ich auf die Frühjahrstour gehe, werde ich, wo ich kann, unſere Leute zuſammentrommeln und mit ihnen gründlich ſprechen. Daß Endres (Augsburg) geſtorben iſt, wißt Ihr. Er tut mir leid, er war ein braver Junge.

Was meinſt Du damit: „Ueber die Leipziger Sachen bin ich noch ohne Beſcheid?“ Bezüglich der Schriften haben wir ſeinerzeit Uhle geſchrieben, alles, was uns gehört von der Volksbuchhandlung, herüberzunehmen und uns Mitteilung zu machen, an die Volksbuchhandlung aber nur gegen bar zu verkaufen, da dieſe reſpektive die „Tagwacht“ uns erheblich ſchuldet. Da Ihr mit der Volksbuchhandlung infolge des Druckes in Abrechnung ſteht, ſo kann alſo aller Schriftenbezug ihrerſeits davon abgeſchrieben werden.

In Berlin iſt, was von Nummer 8 abging, abgefaßt worden, und zwar weil Grg.** ſo geſchickt war, ſämtliche Adreſſaten bis Nummer 12 und 13 in ſeinem Notizbuch aufzuführen, wodurch die Polizei leichtes Spiel hatte. Daß Verrat im Spiele war, beweiſt, daß er auf dem Kontor abgefaßt wurde und daß die Polizei direkt auf das Spind losging, worin er die Sachen aufbewahrte. Es iſt wahrſcheinlich, daß ſie dort noch manches andere fand. Die Unterſuchung iſt bis jetzt ſtreng geheim geführt und weiß niemand, wie die Dinge ſtehen.

Hausſuchungen mit ähnlich genauer Kenntnis der Lokalität ſind mehrfach vorgekommen. Ihr könnt Euch denken, daß in-

* Pſeudonym für Motteler. ** Grunzig. D. H.

folgedeſſen großes Mißtrauen herrſcht und man nicht eher etwas riskieren will, bis man glaubt, der Sache ſicher zu ſein.

In bezug auf den Rechenſchaftsbericht haben die Berliner den Beſchluß gefaßt, ihn nicht zu verbreiten, weil er nicht ſcharf genug ſei, alſo ein Mißtrauensvotum in aller Form. Wir haben den Leutchen gehörig den Kopf gewaſchen; ich nehme an, daß da andere Einflüſſe im Spiele ſind.

Da Walther (Pſeudonym für Vollmar) auch auf den Bericht in ſeinem Brief kam, in dem ich einige zu ſcharfe Stellen geſtrichen, ſo will ich noch hier bemerken, daß er erſtens darin doch wohl irrt und Hſls.* Hand mit der meinen verwechſelte; zweitens das mit unſerer Namensunterſchrift verſehene Schriftſtück ſo gehalten ſein mußte, daß wir keinen Prozeß bekommen.

Wenn Süddeutſchland wie bisher im Schuß bleibt, brauchen wir vorläufig Hamburg nicht. Bis jetzt iſt alles gut gegangen, wenigſtens bis Nummer 1; Nummer 2 iſt noch nicht da.

Es empfiehlt ſich, bei Aufforderungen zum Abonnement durch Sendung von Probeblättern ſtets ein Zettelchen beizulegen mit der Anweiſung, Geld in Briefmarken oder Papier beizulegen und den Brief rekommandiert nach dort zu ſenden. Die Leute wiſſen nicht, wie ſie ſchicken ſollen, da Poſtanweiſung, weil auf internationalem Formular und in „Franken" auszuweiſen, Schwierigkeiten macht, zweitens der Name genannt werden muß. Die Leute an uns zu weiſen, iſt bedenklich; erſtens gibt es der Arbeit ſo ſchon genug, zweitens gehen die Leute dann gleich merkwürdig ungeſchickt vor, ſo daß wir nur unſerer bis jetzt noch nicht korrumpierten Poſtanſtalt hier die Vermeidung von Fatalitäten zu verdanken haben.

Schickt Ihr künftig Briefe, rekommandiert oder als Geldbriefe, ſo iſt kein Bedenken, dieſe direkt zu ſchicken, meinetwegen an meine Frau.

Eine Umarbeitung „Unſerer Ziele" möchte ich nicht vornehmen; dann müßte dies von Grund aus geſchehen, und das macht eine Menge Arbeit. Druckt ſie, wie ſie iſt, aber zehntauſend? Wohin wollt Ihr damit?

* Haſenclevers. D. H.

Jetzt haben wir auch in Berlin eine Neuwahl zum Reichstag, da kann die Probe auf das Sozialistengesetz gemacht werden.

Im siebzehnten Wahlkreis werden wir neben Penzig einen Konservativen zum Gegenkandidaten haben.

Herzliche Grüße von Deinem August Bebel."

„Leipzig, den 15. Januar 1880.

Lieber Freund (Vollmar)!

Ich werde die Punkte Ihrer Briefe einzeln vornehmen.

Zunächst die mir sehr unangenehm gewordene Mitteilung, daß ich Malon seinen Artikel nicht liefern kann und auch keinen Termin festzusetzen imstande bin. Meine Arbeitskraft wird täglich mehr und mehr mit allen möglichen Dingen in Anspruch genommen, so daß mir jede Arbeit, zu der ich die Gedanken zusammennehmen muß, fast unmöglich wird. Von acht bis zwölf vormittags Geschäft, bis ein Uhr oder halb zwei Uhr Vorstandssitzung in der Genossenschaft, von zwei bis sieben Uhr wieder Geschäft. Benutzte ich nicht einen guten Teil der Geschäftszeit zu den Parteiarbeiten, würde ich sie in den Abenden allein unmöglich bewältigen können. Und ginge es noch glatt, dann möchte das alles sein, aber es gibt der Sorgen und Unannehmlichkeiten aller Art eine schwere Menge, so daß ich mich nicht wundern werde, wenn es mir eines Tages geht wie dem armen Geib.

Und nun zu dem übrigen.

Ihre Antwort an Engels ist gut, ich werde sie, nachdem ich sie Liebknecht mitgeteilt, an Engels senden, der bös schimpfen wird. Schadet nichts, ich habe seine Nörgelei auch satt und habe ihm das auch geschrieben.

Um dann noch einmal, und damit hoffentlich zum letztenmal auf die Bemerkungen wie „offiziell" usw. zu kommen, wir halten diese Aeußerungen, einerlei, von wem sie kommen, für bedenklich. Wie wenig Sie selbst ihre unbequeme Verbreitung verhindern können, haben Sie an dem von mir angezogenen Fall gesehen. Und wie wenig Sie sich auf unsere Leute verlassen können, haben Sie an dem Grunzigschen Fall gesehen. Mit der Leugnung ist's aber absolut nicht getan. Erstens glaubt man einer solchen Leugnung nicht, zweitens ist's nicht angenehm,

leugnen zu müssen, drittens haben, falls es wegen einer Sache zum Prozeß kommt, unsere Richter einen so großen Spielraum subjektiven Ermessens, daß der „Beweis“ im streng juristischen Sinne gar nicht notwendig ist.

Nun haben Sie in dem Zirkular zum Mostschen Schandbrief wieder von der „Parteileitung“ gesprochen. Wenn Ihr erstes Zirkular zusammen mit dem jetzigen in unrechte Hände kommt, möchte ich wissen, was da noch zu leugnen ist. Auf jeden Fall fällt ein gut Teil eines solchen Eklats auf Sie, und ich meine, das kann Ihnen nicht angenehm sein.

Euch dort geht's genau wie vielen unserer Parteigenossen, sie leben noch so mitten in dem alten Zustand der Dinge, daß sie noch im alten Jargon reden. Das läßt sich aber mit Leichtigkeit vermeiden, und das muß geschehen.

Ich hätte gewünscht, daß Sie sich in der Hauptsache auf die Wiedergabe des Mostschen Schandbriefes beschränkt hätten, und zwar schon deshalb, weil, soviel ich weiß, in Deutschland und wohl kaum auch im Ausland kein Mensch lebt, der glaubt, der „Sozialdemokrat“ sei ein Unternehmen Höchbergs. Unser Bericht, ich meine den der Abgeordneten und die nachfolgenden, für ihre Mitarbeiterschaft verräterisch genug zeugenden Artikel hätten diesen Glauben, wenn er überhaupt vorhanden war, längst zerstreut, und das ist wohl sehr gründlich geschehen.

Ich glaube, Sie sind zu nervös und lassen sich zu leicht in Aufregung bringen.

Höchberg ist um deswillen, wie er mir schreibt, von dem Zirkular nicht angenehm berührt, weil sein Name genannt wird. Er hat natürlich alle Ursache, sich möglichst im Hintergrund zu halten.

Daß Sie den Mostschen Schandbrief aufgegabelt, ist sehr gut, wir wollen ihn aber vorläufig nicht weiterverbreiten, und zwar Höchbergs wegen. Gelegentlich soll er Hans gehörig unter die Nase gerieben werden.

Ihre Auseinandersetzungen, wie es gekommen ist, daß die Nummer 1 so losgeschlagen, erkennen wir als vollkommen richtig an. Beiläufig bemerkt habe ich mit Liebknecht, der fortdauernd in Dresden ist und nur Sonntags respektive Sonnabends nach

hier kommt, noch nicht gesprochen, und Fritzsche ist zu dick und phlegmatisch, um sich sehen zu lassen. Ich spreche hier von Hskr. und V.,* denen ich den Brief vorlas. Ich weiß auch zu gut, wie leicht man über den Strang hauen kann, und ich für meine Person habe den faux pas in Rücksicht auf seine Wirkung in der gegnerischen Presse nicht allzusehr bedauert. Die Befürchtung richtete sich nach ganz anderer Seite, wie ich schon geschrieben; an den Hauptschaden, die Aufnahme in den offiziellen Kreisen der Schweiz, hatte ich erst gedacht, als mein Brief schon fort war.

Diese ist es denn auch, die uns die Taktik vorschreibt, und in Rücksicht hierauf müssen wir das Blatt halten.

Wir werden uns bemühen, diese Gesichtspunkte überall zur Geltung zu bringen, wo wir Gelegenheit haben, und Sie wollen in dem gleichen Sinne brieflich schreiben, wenn dies nötig wird.

Mit Berlin läßt sich wahrscheinlich nicht eher etwas machen, als bis wir hinkommen. Die Ueberwachung geht ins Großartige und Massenhafte, Haussuchungen bei jedem, von dem man nur entfernt annimmt, daß er etwas mit einem verbotenen Blatt oder mit Leuten, die solche lieben, zu tun hat.

Ihr August Bebel."

Zu diesen Briefen sei erläuternd bemerkt: das „Blättchen" war ein Rundschreiben, das Vollmar verfaßt hatte. Vollmar hatte unter dem Pseudonym Walther eine sogenannte Auswärtige Verkehrsstelle in Zürich errichtet, die unabhängig von uns die Verbindung mit den im Ausland vorhandenen Vereinen pflegen sollte. Dagegen hatten wir nichts einzuwenden. Es kamen aber öfter in den Erlassen der Auswärtigen Verkehrsstelle Ausdrücke und Redewendungen vor, die geeignet waren, uns im Inland zu kompromittieren, falls ein solcher Erlaß in unrechte Hände kam. Diese Gefahr bestand aber, da überall in den größeren Vereinen im Ausland — Brüssel, London, Paris, Genf usw. — auch deutsche Polizeispitzel tätig waren. Merkwürdigerweise kam man aber in Berlin jahrelang nicht dahinter,

* Hasenclever und Vahlteich. D. H.

wer eigentlich Walther war, dafür sprach die Art der öfteren Anführung des Namens Walther durch Herrn v. Puttkamer im Reichstag.

In der Berliner Leitung wechselten die Personen infolge von Verfolgungen und Prozessen sehr häufig. Mehrmals saßen auch notorische Polizeiagenten darin, die dann an Radikalismus sich nicht genug tun konnten und Konflikte mit uns hervorzurufen suchten.

Der hier erwähnte Mostsche Schandbrief richtete sich gegen Höchberg, dem Most eigentlich für früher geleistete Hilfe zu Dank verpflichtet war. Most schämte sich nicht, den Mann, mit dem er früher freundschaftlich verkehrt hatte und dem er nicht vorwerfen konnte, seine Ansichten gewechselt zu haben, in ehrenrühriger Weise anzugreifen und zu denunzieren, als stehe er hinter dem „Sozialdemokrat". Darauf gab Höchberg in Nummer 11 des „Sozialdemokrat" eine Erklärung dahin ab: Er besitze keinen nennenswerten Einfluß in der Partei, auch habe er weder den „Sozialdemokrat" gegründet noch sei dieser sein Organ. Auch habe er sich weder mit der Partei noch mit dem „Sozialdemokrat" stets im Einverständnis befunden, er müsse deshalb jede Solidarität mit dem Blatte ablehnen. Diese Erklärung wirkte auch beruhigend auf Marx und Engels, die jetzt erkannten, daß sie die Stellung Höchbergs doch falsch eingeschätzt hatten.

Für Höchberg hatte die Mostsche Denunziation die Wirkung, daß es ihm so ging wie mir, als er bald darauf eine Reise nach Deutschland unternahm. Er wurde beständig polizeilich verfolgt. Er kampierte damals auch eine Nacht bei mir auf dem Sofa. Ein Polizeiposten stand als Wache bis spät in der Nacht vor der Haustür, aber am nächsten Morgen war Höchberg so früh aufgestanden, daß der Vogel ausgeflogen war, als der Polizeiposten wieder vor dem Hause erschien. Der Polizist machte ein recht verdutztes Gesicht, als er mich von der Bahn kommen und alsdann ins Haus gehen sah.

Eine neue Differenz zwischen der Redaktion des „Sozialdemokrat" und uns trat im Februar 1880 ein. Ich hatte die Gepflogenheit, Mitteilungen und Weisungen an die Partei-

genossen an der Spitze abdrucken zu lassen, die die Ueberschrift trugen: „Deutschland, den usw.". In Nummer 9 vom 29. Februar 1880 veröffentlichte die Redaktion einen Aufruf, der ohne unser Wissen erschien, die Gründung einer allgemeinen geheimen Organisation über Deutschland anregte und unterzeichnet war: Deutschland, Ende Februar 1880. Der Aufruf gipfelte in dem Satze: „Ueber die Organisation zu sprechen, ist hier natürlich nicht der Ort; die Genossen mögen sich nur mit sicheren Adressen ins Einvernehmen setzen, worauf das Weitere folgen wird."

Das ging wider unsere Absichten. Während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes sahen wir streng darauf, es zu keiner allgemeinen, über ganz Deutschland verbreiteten geheimen Organisation kommen zu lassen. Wir waren überzeugt, daß diese schon nach ganz kurzer Zeit entdeckt werden und dann zu einer allgemeinen Verfolgung schlimmster Art führen müsse. Organisierten sich die Genossen an einem bestimmten Orte, so war im Falle der Entdeckung eine Verfolgung über den Ort hinaus nicht möglich. Vereinigte man sich für einen bestimmten Zweck zu einer Zusammenkunft, so kam nur die Verfolgung wegen einer nicht gesetzlich angemeldeten Versammlung in Frage. Trotzdem war in Polizeikreisen die Meinung verbreitet, daß eine über ganz Deutschland verbreitete geheime Organisation bestehe und ich in erster Linie zu ihrer Leitung gehöre. Daß eine solche allgemeine Verbindung bestehe, wurde in Zeitungsartikeln, die polizeilichen Ursprungs waren, und in gleichgearteten Broschüren behauptet und sogar von Polizeibeamten vor Gericht beschworen. Ich kam im Laufe der Jahre in die Lage, in einer Anzahl von Prozessen in verschiedenen Städten nachweisen zu müssen, daß eine solche Verbindung nicht bestehe, nicht bestehen könne, und es erfolgte regelmäßig die Freisprechung der Angeklagten, soweit die Anklage sich auf die Zugehörigkeit zu einer über ganz Deutschland verbreiteten geheimen Organisation bezog.

Den größten Triumph feierte ich im Jahre 1888, als die Leiter der Berliner Geheimorganisation unter der Anklage standen, einer über Deutschland verbreiteten geheimen Organi-

ſation anzugehören. Belaſtungszeugen waren dreißig höhere und niedere Polizeibeamte, darunter der bei uns berüchtigte Berliner Polizeirat Krüger, das Oberhaupt der politiſchen Polizei, und — ich. Mein Zeugnis warf das Zeugnis der dreißig Polizeibeamten über den Haufen, der Gerichtshof ſprach die Angeklagten wegen Zugehörigkeit zu einer allgemeinen geheimen Verbindung frei, verurteilte ſie aber wegen örtlicher geheimer Verbindung.

Den Polizeirat Krüger regte dieſes Urteil derart auf, daß er, nach ſeinem Bureau zurückgekehrt, gegen den Gerichtshof tobte, der einem Kerl wie mir mehr glaubte als dreißig königlich preußiſchen Polizeibeamten.

Woher ich von dieſem Tobſuchtsanfall Krügers Kenntnis erhielt? Auf ſeinem Bureau ſaß ein Beamter, der uns von allen Vorgängen dort unterrichtete.

Später mehr darüber.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß die in Zürich geplante Geheimorganiſation von uns im Keime unterdrückt wurde.

Die Reichstagsſeſſion von 1880.

In dieſer Seſſion kam es zu ſehr ſcharfen und erregten Auseinanderſetzungen zwiſchen uns, der Regierung und den bürgerlichen Parteien. Die polizeilichen Gewaltakte hatten einen Umfang und eine Härte erlangt, daß wir in der erbittertſten Stimmung waren. Der gab ich namentlich Ausdruck in der Verhandlung über die Erneuerung des kleinen Belagerungszuſtandes in Berlin. Ich ſchloß meine damalige Rede mit den Worten: „Meine Herren, was muß naturgemäß ein ſolcher Zuſtand in den Herzen und Gefühlen der Maſſe erregen, was muß er erzeugen? Nichts wie Haß, nichts wie Erbitterung, eine Erbitterung, die ſchließlich allgemein zu dem Glauben und zu der Ueberzeugung führen muß, daß nichts mehr übrig bleibt als der gewaltſame Umſturz alles Beſtehenden. Das haben Sie mit Ihren Maßregeln herbeigeführt. Und nicht allein dieſes, ſondern auch das Verlangen — denn es ſind Menſchen, mit denen Sie es zu tun haben —, das notwendigerweiſe hervorgerufene Verlangen nach Rache und Vergeltung, das in Hunderttauſenden von Menſchenherzen wachgerufen wird. Das ſind die Früchte, die Sie erreicht haben, und wenn Sie mit dieſen Früchten zufrieden ſind — nun, wir auch.“

Die „Frankfurter Zeitung“ ſchrieb über dieſe Rede: „Welche Summe von Haß und Rachſucht im Gefolge des Ausnahmegeſetzes erwächſt, läßt uns die Rede Bebels ſchaudernd ahnen; wir erhalten den unheimlichen Eindruck geheimer Gefahren, die den Frieden der Nation mehr bedrohen, als dies je die offene Agitation vermochte.“

Und die „Germania“ ſchloß einen Artikel anläßlich der verlangten Verlängerung des Sozialiſtengeſetzes mit den Worten: „Eine Hoffnung hält die Sozialiſten aufrecht. Nicht diejenige auf Beendigung des Ausnahmegeſetzes, ſondern die auf den baldigen Tag der Revanche, ſo ungefähr um 1889 herum.“

In derſelben Seſſion kam die erſte Vorlage für die weitere Verlängerung des Sozialiſtengeſetzes bis zum 31. März 1886

zur Verhandlung. Das Zentrum schickte als ersten Redner den Freiherrn v. Hertling vor, der mit seiner Rede den Umfall eines Teiles seiner Partei in Sachen des Ausnahmegesetzes einläutete. Er schlug Kommissionsberatung vor. Umgekehrt fand der Abgeordnete Lasker, daß das Gesetz zu rigoros gehandhabt worden sei. Er erklärte sich gegen seine Verlängerung und stimmte schließlich gegen dieselbe.

Wir hatten eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt, um auf diese Weise die Handhabung des Gesetzes gründlich zur Sprache bringen zu können. An den Debatten beteiligten wir uns fast sämtlich. Die Verlängerung wurde schließlich bis zum 30. September 1884 beschlossen, also auf weitere zweieinhalb Jahre. Auch nahm der Reichstag eine Resolution an, wonach die Sammlung von Beiträgen oder die öffentliche Aufforderung zur Leistung von Beiträgen nicht unter den § 16 fallen sollte, wenn die Sammlung nur zur Unterstützung solcher Personen bestimmt sei, denen durch die Ausführung der §§ 22 und 28 des Gesetzes der Ernährer entzogen worden sei.

Eine besondere Episode in der dritten Beratung des Gesetzes bildete eine Rede Hasselmanns am 4. Mai, in der er sich vor versammeltem Reichstag von uns lossagte: Man habe die Nihilisten desavouiert, er zähle sich zu ihnen. Die Zeit des parlamentarischen Schwatzens sei vorüber, und die Zeit der Taten beginne.

Ich hatte in meiner Etatsrede Herrn v. Kardorff gegenüber, der behauptete, ich hätte mich meiner russischen Beziehungen gerühmt, erklärt: „Ich kann dem Abgeordneten v. Kardorff nur antworten, daß ich in Rußland gar keine Verbindungen habe, und daß die Nihilisten in Rußland sich aus ganz anderen Kreisen rekrutieren als die Sozialdemokraten in Deutschland. Dort sind es die Gesellschaftskreise des Herrn v. Kardorff." (Große Heiterkeit.) Auf diese Ausführungen hatte Hasselmann, wie erwähnt, Beziehung genommen. Nachdem er in solcher Weise sich gegen uns ausgesprochen hatte, erklärten wir öffentlich, daß wir ihn nicht mehr als zu unserer Partei gehörig erachteten, eine Erklärung, die in den Kreisen seiner Anhänger böses Blut machte. Hasselmanns Tatendrang endete damit,

daß er sich unter Hinterlassung einer ziemlichen Menge Schulden nach den Vereinigten Staaten wendete, wo er bald aus der Bewegung schied.

In derselben Etatsrede kam ich auch zum erstenmal auf das Buch des Freiherrn v. d. Goltz: „Léon Gambetta und seine Armee" zu sprechen, das ich von da ab mehrfach in meinen Reden in rühmlicher Weise erwähnte und zugunsten unseres Standpunktes in der Wehrfrage ausnützte. Herr v. d. Goltz sei wegen seines Buches strafversetzt worden, er habe aber von Rechts wegen in den Generalstab gehört. Der damalige Oberst ist bekanntlich später Generalfeldmarschall geworden, ohne daß die Forderungen seines Buches Verwirklichung fanden.

Ich hatte aber in jener Session noch ein weiteres Vergehen begangen, das einen Angriff auf mich hervorrief. Bei der Debatte über die neue Militärvorlage (Septennat von 1881 bis 1888) hatte ich auf einen Angriff gegen uns geantwortet: „Sollte es dahin kommen, daß irgend eine Macht deutsches Gebiet erobern wollte, werde die Sozialdemokratie gegen diesen Feind geradeso gut Front machen wie jede andere Partei." Darauf wurde ich im „Sozialdemokrat" von einem ungenannten süddeutschen Genossen angegriffen. Ich antwortete (in Nummer 16 des „Sozialdemokrat"), daß ich kein Wort von dem Gesagten zurücknähme, und schloß: „Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das famose heimische Regierungssystem und ihre Todfeinde mit verteidigen zu müssen, aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch die Uebertreibung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. Wir geben uns, indem wir unser Land und uns selbst — nicht unsere Feinde und deren Institutionen, die vorübergehende sind — gegebenenfalls vor Zerstückelung und Unterjochung schützen, nicht zum Bollwerk her, „um unseren wackeren Polizisten und Richtern Schutz vor dem Feinde zu bieten", wie der verehrliche Genosse aus Süddeutschland höhnt, sondern um selbst freie Hand zu haben, uns mit unseren Feinden zu Hause ins reine setzen zu können. Es könnte eine Zeit kommen, wo ein russischer Kaiser

mit ſeiner Armee in Berlin den Feinden der Sozialdemokratie ſehr genehm, ihr ſelbſt aber ſehr unbequem wäre.

In meiner Rede vom 2. März iſt nicht ein Wort, das unſerem Standpunkt etwas vergäbe, denn wir verteidigen in einem Verteidigungskrieg nicht unſere Feinde und deren Inſtitutionen, wir verteidigen uns ſelbſt und das Land, deſſen Inſtitutionen wir in unſerem Sinne umgeſtalten wollen, das allein den Boden für unſere Tätigkeit bildet."

Vor, während und nach dem Wydener Kongreß.

Im Frühjahr 1880 machte ſich allgemein bei uns das Bedürfnis geltend, eine größere Zuſammenkunft von Vertretern der Parteigenoſſen zu veranſtalten, die nur im Ausland ſtattfinden konnte. Einmal galt es, volle Klarheit zu ſchaffen über die Stellung der Partei zu den Machinationen und Agitationen eines Haſſelmann und Moſt. Zweitens war es notwendig, die Partei über die innere Lage aufzuklären und hierüber eine gründliche Ausſprache herbeizuführen. Drittens mußte die Partei über den „Sozialdemokrat“ und ſeine Verbreitung unterrichtet werden. Endlich galt es, ſich über die Maßnahmen für die Agitation zu den nächſtjährigen allgemeinen Reichstagswahlen zu verſtändigen. Die Züricher und wir ſtimmten darin überein, daß dieſe Zuſammenkunft notwendig ſei. So meldete ich ihnen alsdann unter dem 29. März, wir hätten beſchloſſen, ſie ſolle zwei Tage nach dem offiziellen Schluß des Reichstags in Romanshorn oder Rorſchach zuſammentreten. Der Schluß des Reichstags ſei kurz vor Pfingſten zu erwarten. Die Einladung zu der Zuſammenkunft ſolle von der Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“ durch ein Rundſchreiben, für das ich einen Entwurf beilegte, erfolgen. Die Verſendung der Einladung für das Inland würden wir übernehmen. Man ſolle allſeitig größte Diskretion beobachten und empfehlen.

Aber dieſes war gut predigen. Ehe noch die Zuſammenkunft ſtattfinden konnte, hatte die Regierung des Kantons Zürich Wind von der Sache bekommen und Erkundigungen eingezogen, was Wahres daran ſei. Dies veranlaßte den „Sozialdemokrat“, in ſeiner Nummer vom 16. Mai mitzuteilen, die für die Pfingſtwoche geplante Zuſammenkunft in der Schweiz könne verſchiedener Hinderniſſe halber nicht ſtattfinden und müſſe auf mehrere Monate verſchoben werden. Dieſe Mitteilung hatte nicht früher erfolgen können, ſo daß mehrere Delegierte, und darunter Moſt,

Digitized by Google

erſt Kenntnis davon erhielten, als ſie bereits auf Schweizer Boden angekommen waren.

Moſt kam bei dieſer Gelegenheit auch nach Zürich. Hier beriefen die Genoſſen eine Verſammlung ein, in der er nach jedem Redner das Wort nehmen konnte, um ſeine Anklagen gegen die Partei zu begründen. Schließlich ſprach die Verſammlung das Verlangen aus, daß die Polemik zwiſchen der „Freiheit“ und dem „Sozialdemokrat“ von jetzt ab eingeſtellt werde. Sollte aber die „Freiheit“ ihre maßloſen Angriffe gegen die Partei fortſetzen, ſo ſei man gezwungen, die zu ihr ſtehenden Anhänger aus der Partei auszuſchließen.

Moſt gab klein bei und verſprach, der Reſolution nachzukommen. Kaum war er aber in London, ſo führte er den alten Kampf weiter und beſtritt ſogar, verſprochen zu haben, die Angriffe gegen die Partei einzuſtellen.

Nachdem die Pfingſtzuſammenkunft unmöglich geworden war, mußten wir uns mit der Einberufung einer neuen beſchäftigen, worüber ich an die Züricher ſchrieb:

„Leipzig, den 24. Mai 1880.

Liebe Freunde!

Wegen des Termins wird heute abend entſchieden, wo es ſich zugleich um eine Feſtſtellung bezüglich Haſſelmanns handelt. Wird ein früherer Termin als Mitte Auguſt beſchloſſen, ſo kann ich nicht kommen.... In Magdeburg haben eine Reihe von Verhaftungen ſtattgefunden, und bei einer ſoll ein Brief von Euch gefunden worden ſein, worin Ihr tüchtig über uns loszieht.

Damit habt Ihr uns einen böſen Streich geſpielt. Das eine wirklich Gute iſt, daß Ihr tüchtig auf uns geſchimpft habt, andererſeits ſteht aber feſt, daß Ihr durch dieſen Brief eine längſt geſuchte Waffe gegen Leipzig geliefert habt, und man wird dieſelbe ausnutzen.

Ich meine doch, in Zeitläufen wie die gegenwärtigen, wo allerhand Zufälligkeiten eintreten können und wirklich eintreten, ſolltet Ihr Euch nicht gleich von der Leidenſchaft hinreißen laſſen, ſondern kühl und vorſichtig bleiben. Vorläufig hätte doch

die Anfrage hierher, wie das zugehe, daß wir die Verbreitung eines Blattes verhinderten, vollständig genügt. Außerdem solltet Ihr doppelt vermeiden, auf hier loszuschlagen, da dies von Hans und anderen schon zur Genüge besorgt wird. Wir werden sehen, was die Magdeburger Affäre für Folgen hat. Ob die Blätter gefaßt sind, wissen wir nicht, der Briefschreiber hat nichts verlauten lassen und müssen wir erst anfragen.

Da von hier kein Verbot der Verbreitung erfolgt ist, haben wir natürlich auch kein solches zurückzunehmen; Ihr seid eben in dieser Beziehung wieder einmal das Opfer von Mißverständnissen geworden und hättet Euch viel Aerger ersparen können. Also noch einmal: hübsch kaltes Blut, selbst da, wo man glaubt, das Richtige unfehlbar zu haben....

Ich bin sehr ärgerlich, daß die Angelegenheit mit der Zusammenkunft verfahren wurde, so daß mehrere unnütz reisten. Hätte man mich sofort von der beschlossenen Vertagung in Kenntnis gesetzt, wäre alles noch vollkommen rechtzeitig geordnet worden. Ich habe übrigens die Ueberzeugung, daß die Vertagung nichts schadete, daß im Gegenteil verschiedene später kommen werden, die jetzt wegen der Kürze der Zeit nicht kommen konnten. —

27./5. Montag abend ist beschlossen worden, den Kongreß auf 21., 22. und 23. August anzusetzen. Für einen früheren Termin war niemand, mehrere für einen viel späteren. Hauptgrund ist: wir müssen Geld schaffen, die Geschichte kommt jetzt so viel teurer. Die Verhandlungen beginnen, wie gewöhnlich, mit der Vorversammlung Sonnabend.

Den Ort bestimmt Ihr. Wenn Ihr Rorschach nicht nehmen wollt, sondern St. Gallen, empfiehlt sich da nicht gleich Zürich?

Ich bin der Ansicht, daß wir vorläufig, der Spitzel wegen, über den genauen Termin strenges Schweigen beobachten, dagegen allgemein den August als Termin angeben, und daß Ihr demnächst in einer Nummer des „Sozialdemokrat" dies offiziell anzeigt und wiederholt auffordert, daß sich diejenigen, die zum Kongreß kommen wollen, bei Euch anmelden. Laßt aber das Wort Kongreß öffentlich fort und meldet Besprechung, es erleichtert uns später unsere Verteidigung vor den Gerichten....

Erklärung gegen Hasselmann und Most, für jeden nach seiner Art, ist Montag vereinbart worden. Hasselmann war von den Berlinern gewählt, aber zu feig anzunehmen, jetzt sprengt der Lump aus, man hätte ganz gut die Versammlung auf deutschem Boden halten können, es sei reine Geldverschwendung von uns. Ihr tut am besten, im Redaktionsbriefkasten eine Notiz zu bringen, worin Ihr einem Beliebigen sagt: „Daß eine größere Zusammenkunft in Deutschland zur Besprechung von allgemeinen Parteiangelegenheiten, die eventuell mehrere Tage in Anspruch nähme, möglich sei, das können nur politische Kinder glauben."

Ich verreise nächsten Montag bis ziemlich Ende Juni und bitte, alle Briefe so einzurichten, daß sie einem größeren Kreis von Genossen vorgelegt werden können. Habt Ihr etwas Spezielles für meine Person, so laßt dies in besonderem Brief an mich gehen. Euer August Bebel."

In Zürich war man mittlerweile auf die gute Idee gekommen, die Zusammenkunft nicht in einer Stadt, sondern auf dem alten Schloß Wyden abzuhalten, das bei dem Dorf Ossingen an der Thur auf einem Hügel romantisch gelegen ist. Der alte Bau gehörte einem Basler Herrn, der uns das Schloß und seine Nebengebäude auf einige Tage vermietete. In einem der letzteren wurde ein Massenquartier eingerichtet, bestehend aus Strohlager mit Wolldecke. Der rote Postmeister behauptete, die Ossinger Wirte würden uns kaum freundlich aufnehmen, worin er sich irrte, wie sich nachher erwies; auch würde die Geheimhaltung der Konferenz kaum möglich sein, verkehrten wir im Dorf. So wurden der Wirt des Deutschen Vereins in Romanshorn und seine Frau veranlaßt, die Bewirtung der Kongreßteilnehmer im Schlosse selbst zu übernehmen.

Als wir von der Station Ossingen auf einem Weg um das Dorf zur Burg hin aufstiegen, standen die Bauern in den Feldern und Weinbergen auf ihre Geräte gestützt und sahen uns überrascht und kopfschüttelnd nach. Noch überraschter wurden sie, als am Abend in dem alten Bau Lichter angezündet wurden und die Stimmen der Redner durch die offenen Fenster

in den klaren Auguſtabend hinausſchallten. Je mehr aber der Abend fortſchritt, um ſo weniger verlockend erſchien mir die Ausſicht auf dies nächtliche Strohlager. Die Erinnerung an meine Handwerksburſchenzeit ſtieg erſchreckend in mir auf. Außerdem glaubte ich nicht an die Verſicherung des roten Poſtmeiſters, die Oſſinger Wirte würden uns Speiſe und Trank trotz unſeres guten Geldes verweigern. Ich ſetzte Liebknecht heimlich auseinander, daß wir dort unten ſicher beſſeres Quartier fänden als hier oben, und lud ihn zum Mitgehen ein. Der war bereit dazu. So verſchwanden wir aus dem Kreiſe der Zecher. Wie ich erwartet, wurden wir im Dorf vom Wirt „Zum Hirſchen“ ſehr freundlich empfangen und mit gutem Landwein, Schwarzbrot mit friſcher Butter und vorzüglichem Schweizerkäſe gelabt. Der Wirt gab wiederholt ſeiner Verwunderung Ausdruck, warum „die Herren“ auf dem Schloß kampierten, ſtatt zu ihnen ins Dorf zu kommen.

Als wir nächſten Morgen wieder auf der Burg erſchienen, regnete es Spöttereien. Aber das böſe Beiſpiel verdarb die guten Vorſätze. Das Nachtquartier im Nebenbau des Schloſſes war keineswegs ideal geweſen. Außerdem hatten eine Anzahl übermütiger Geſellen einen ſolchen Lärm und Unfug vollführt, daß an Schlaf kaum gedacht werden konnte. Am zweiten Abend war die Zahl der Ausreißer ſchon erheblich größer, und am Schluß des Kongreſſes waren es nur noch einige Unentwegte, die nachts auf dem Schloß aushielten.

Die Oſſinger erwieſen ſich uns in überraſchender Weiſe dankbar. Im nächſten Jahre ſollte in Zürich ein internationaler Kongreß abgehalten werden. Die Liberalen ſetzten Himmel und Hölle in Bewegung, damit die Regierung ihn verbiete. Sie ſammelten im Kanton über 30000 Unterſchriften für ein Verbot, aber kein Oſſinger Bauer unterzeichnete. Dieſe erklärten vielmehr, ſie hätten die ausländiſchen Sozialdemokraten kennen gelernt, das ſeien alles anſtändige Leute geweſen; ſie ſähen nicht ein, warum dieſe in Zürich keine Verſammlung abhalten ſollten.

Die Zahl der in Wyden verſammelten Delegierten belief ſich auf 56, darunter alle bekannten Genoſſen aus Deutſchland.

Unter anderen waren anwesend: Auer, Bernstein, Birkert-Darmstadt, Garve, Greulich, Fritzsche, Frohme, Grillenberger, Hasenclever, Hillmann-Elberfeld, Kautsky, M. Kegel, Leyendecker-Mainz, Liebknecht, Löwenstein-Fürth, Motteler, Oldenburg-Altona, Schlüter-Dresden, Tauscher, Ulrich-Offenbach, Vahlteich, Vater-Hamburg, Vollmar usw.

Den Vorsitz führten Hasenclever und Vahlteich. Die Berichterstattung über die Situation in Deutschland und die Kassenverhältnisse war mir übertragen. Außerdem war ich Berichterstatter über das Treiben von Most. Auer referierte über die Kasseneinnahmen im Gebiet von Hamburg-Altona und deren Verwendung, Fritzsche über eine besondere Sammlung zugunsten der Berliner Ausgewiesenen und ihrer Angehörigen. Außerdem war Auer die Berichterstattung über die Spaltungsversuche Hasselmanns übertragen. Im ganzen waren bis zum 1. August 1880 rund 36044 Mark eingegangen, von denen durch meine Hände 24254 Mark geflossen waren. An die Berliner Ausgewiesenen und ihre Familien hatte ich 10710 Mark gezahlt, für anderweit gemaßregelte und im Gefängnis sitzende Genossen und deren Familien 5200 Mark, für drei Reichstagssessionen Diäten von 2032 Mark, für Geldstrafen und Gefängnisentschädigungen 2416 Mark usw. Für Gehälter wurde nichts bezahlt. Der „Sozialdemokrat" führte besondere Abrechnung. Neben diesen an der Zentralstelle eingegangenen Geldern liefen erhebliche Summen, die an den einzelnen Orten eingenommen und ausgegeben wurden.

Von einer Anzahl Berliner Ausgewiesener in Hamburg war ein einundzwanzig Bogen langer Protest eingegangen, der sich hauptsächlich gegen die Fraktion richtete und speziell die Geldverwendung angriff. Tiedt, einer der Berliner Kongreßdelegierten, der den Protest übergeben hatte, erklärte, er habe die Uebergabe des Protestes auf Wunsch der Verfasser übernommen, aber mit dem Inhalt desselben könne er sich nicht einverstanden erklären. Um den Berliner Genossen einen genauen Einblick in die Kassenverhältnisse zu ermöglichen, wurde Tiedt mit in die Prüfungskommission gewählt. Die Kommission kam zu dem einstimmigen Beschluß, dem Kongreß die

Billigung der Kassenführung vorzuschlagen, die völlig in Ordnung sei. Der Kongreß beschloß einstimmig demgemäß. Später wurde bekannt, daß der Verfasser des Protestes ein ausgewiesener Berliner, der einäugige Wolff war, der als Spitzel im Dienste der Berliner Polizei entlarvt wurde. Im weiteren beschloß der Kongreß einstimmig, das Verhalten der Abgeordneten und der von ihnen eingehaltenen Taktik zu billigen, und sprach den in schwieriger Lage handelnden Vorkämpfern der Partei sein Vertrauen aus.

Im Laufe der allgemeinen Diskussion stellte Schlüter den Antrag, das Wort „gesetzlich" aus dem Programm zu streichen; die Partei sei rechtlos, gesetzliches Wirken sei ihr unmöglich gemacht, was solle da die Versicherung bedeuten, man wolle mit gesetzlichen Mitteln sein Ziel erreichen? Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag einstimmig angenommen. Dieser Beschluß hat nachher inner- und außerhalb des Parlaments und auch in Gerichtsverhandlungen viel Staub aufgewirbelt. Mit Unrecht. Man faßte den Beschluß nicht als einfache Konsequenz der Lage auf, in der sich die Partei befand, sondern als einen revolutionären Akt, der die bisherige Taktik über den Haufen werfen sollte.

Die Verhandlungen über den Ausschluß Hasselmanns aus der Partei nahmen erhebliche Zeit in Anspruch. Am 27. Juni hatte die Fraktion im „Sozialdemokrat" einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie Hasselmanns Ausschluß forderte wegen der schon erwähnten Reichstagsrede, in der er seine Solidarität mit dem russischen Anarchismus erklärte. Die Fraktion antwortete darauf: „Diese Worte bedeuten eine Lossagung von der Partei und speziell von uns. Wir akzeptieren diese Lossagung mit Vergnügen. Sie trägt dazu bei, Klarheit in unseren Reihen zu schaffen, was jetzt vor allem not tut, und entfernt einen Menschen aus der Partei, der ihr vom ersten Tag der Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Kongreß des Jahres 1875 an nur widerwillig vor der Oeffentlichkeit angehörte und insgeheim fortgesetzt und planmäßig gegen sie intrigierte und konspirierte. Sprengung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Gründung einer Partei Hasselmann

— das war das Ziel, welches Herr Hasselmann, seinem Wesen entsprechend, durch Ränke und Verhetzungen aller Art auf Schleichwegen zu erreichen suchte."

Die Fraktion trat für diese Anklagen sofort den Beweis an durch Veröffentlichung einer Reihe von Briefen Hasselmanns, aus denen hervorging, wie er systematisch gegen die Partei arbeitete und die nach Eingehen des „Neuen Sozialdemokrat" (Ende September 1876) von ihm gegründete „Rote Fahne" dazu benutzen wollte, die eben erst geschaffene Einheit zu sprengen.

Im weiteren warf der Aufruf Hasselmann vor, wie er nicht einmal den Mut gehabt habe, seine Rede in seinem eigenen Blatt unverändert abzudrucken, wo er sie abschwächte. Die Fraktion forderte, daß, wer gegen die sozialistische Arbeiterpartei sei, sich von ihr trenne. „Wir verlangen reine Bahn. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns."

Zum Schlusse wendete sich der Aufruf auch gegen Most, dessen Tollheiten und Inkonsequenzen die Fraktion ebenso fernstehe wie den demagogischen Hetzereien und Intrigen des Herrn Hasselmann. Die Erklärung war von sämtlichen Abgeordneten, mit Ausnahme von Hartmann-Hamburg, unterzeichnet, der die Erklärung für „unzeitgemäß" hielt.

Auer hatte an der Hand des vorliegenden Materials leichtes Spiel, nachzuweisen, daß die Bestätigung des Ausschlusses Hasselmanns durch den Kongreß eine Selbstverständlichkeit sei. Der Kongreß billigte denn auch mit allen gegen drei Stimmen den Ausschluß. Zwei von diesen drei erklärten, daß sie den Beschluß nicht mehr für nötig hielten, da Hasselmann sich durch sein Treiben selbst außerhalb der Partei gestellt habe.

In der Tat hatte sich Hasselmann schon im Juni nicht entblödet, öffentlich Auer, Derossi und Garve zu denunzieren, sie hätten eine verbotene Sammlung abgehalten. Von der Staatsanwaltschaft zu Hamburg war darauf auch eine Voruntersuchung eingeleitet worden, die aber resultatlos verlief. Most hatte sich in der „Freiheit" zu der gleichen Ehrlosigkeit verstiegen. Auch die Verhandlungen gegen diesen nahmen den erwarteten Verlauf. Ich hatte es ebenfalls leicht, an dem berghoch vorhandenen Material die traurige Rolle, die er spielte, nachzu-

weisen. Ein Antrag, ihn als ausgeschieden aus der Partei zu betrachten, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Versuche einer Anzahl Berliner Genossen, die Anhänger Mosts und Hasselmanns waren, durch spezielle Anträge Hasenclever, Liebknecht, Kayser und mich wegen Aeußerungen im Reichstag auf dem Kongreß zur Verantwortung zu ziehen, mißglückten kläglich. Es zeigte sich, daß sich der Kongreß in allen Fragen von Bedeutung in einer überraschend einmütigen Stimmung befand. So auch, als er den „Sozialdemokrat" zum Zentralorgan der Partei ernannte und die Beteiligung an den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen empfahl, und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.

Weiter wurde beschlossen, für die Beteiligung an den Reichstagswahlen im Herbst mit aller Kraft einzutreten. Bei Stichwahlen sollten die Parteigenossen im allgemeinen Wahlenthaltung üben. Andere Beschlüsse betrafen die Zustimmung zu der in Zürich gegründeten Auswärtigen Verkehrsstelle und die Billigung der Einberufung eines internationalen Kongresses, den die belgischen Genossen angeregt hatten.

Die Nachricht von der Abhaltung des Kongresses auf dem Schloß Wyden war für die Polizei und die öffentliche Meinung Deutschlands eine Sensation. Die Polizei war in der verzweifelten Lage, zugestehen zu müssen, daß sie trotz ihres großen Spitzelapparats nicht vermocht hatte, herauszufinden, wann und wo er stattfinden werde. Die bürgerlichen Parteien waren darüber in Aufregung, daß überhaupt ein Kongreß stattfinden konnte, und sie regten sich noch mehr auf, als kurz nach dem Kongreß in der Berliner „Tribüne" und der „Magdeburger Zeitung" höchst romanhaft klingende Schilderungen, die unsere Züricher Genossen inspiriert hatten, erschienen und das ganze Unternehmen im abenteuerlichsten Licht erscheinen ließen. Wir amüsierten uns weidlich darüber. Auf die Stimmung in der Partei war der Wydener Kongreß von der allerbesten Wirkung. Die bloße Tatsache, daß er stattgefunden, wirkte schon höchst anregend. Man war wieder einmal beisammen gewesen, die alten Kämpen hatten sich gesehen und gründlich ausgesprochen, Mißtrauen, wo es vorhanden war, beseitigt; der Mut der

einzelnen war bedeutend gehoben worden. Alle gingen frischen Mutes nach der Heimat mit dem Entschluß, die in Wyden ausgestreute Saat zur Reife zu bringen.

Nachdem die erste Ueberraschung bei unseren Gegnern vorüber war, brach in der gegnerischen Presse eine Hetze gegen die Schweiz los, „Kreuzzeitung" und „Reichsbote" voran. Sie verlangten die Ausweisung der Verschwörer aus der Schweiz und rieten zu dem Versuch, einen Hochverratsprozeß zu inszenieren. Aber das Verlangen der „Kreuzzeitung" und ähnlicher Organe, die Schweiz solle das Asylrecht mißachten und politisch mißliebige Personen ausweisen, hatte nur zur Folge, daß der im September tagende Schweizer Juristentag sich sehr entschieden für das Asylrecht aussprach. Der Grundsatz der Nichtauslieferung politischer Verbrecher sei unbeschränkt aufrechtzuerhalten. Die Schweiz solle in der Asylgewährung weitherzige Grundsätze betätigen, aber Spione, Agents provocateurs und ähnliches Gesindel mit Grund wegweisen. Ausweisung dürfe niemals einem fremden Staat zu Gefallen verhängt werden.

Polizei und Gerichte entwickelten nach Wyden wieder neuen Eifer in unserer Verfolgung. So versuchte das Breslauer Amtsgericht einen Prozeß gegen eine angeblich bestehende geheime Verbindung anzustrengen und verfügte zu diesem Zweck die Briefsperre über 3000 Personen. Das ganze Postwesen Breslaus wurde desorganisiert und ein großer geschäftlicher Schaden angerichtet. Und das für nichts.

Auch in Leipzig wurde die Polizei uns immer aufsässiger. Die Wolken zogen sich langsam über unseren Häuptern zusammen. Als wir gegen Mitte September uns ungefähr vierzig Mann stark zu einer „Geburtstagsfeier" vereinigt hatten, brach plötzlich die Polizei in das Lokal und verhaftete uns allesamt. Unter starker Polizeieskorte wurden wir nach dem Polizeiamt geführt, um verhört zu werden. Ein großer Menschenhaufen begleitete uns. Diese Prozedur, die ergebnislos verlief, währte über zwei Stunden, dann wurden wir entlassen. Das einzige Opfer jenes Vorgangs war der russische Genosse Zetkin, der als Schriftsetzer in Leipzig tätig war und als Gast der „Geburtstagsfeier" beigewohnt hatte. Er wurde ausgewiesen.

Eine erneute, aber erfolglose Haussuchung fand bei mir statt. Auch machte ich die Entdeckung, daß die Staatsanwaltschaft über eine Dame, die sich bereit erklärt hatte, für Briefe an mich als Deckadressatin zu dienen, die Briefsperre verhängt hatte. Die der Staatsanwaltschaft hierbei in die Hände gefallenen Briefe boten aber kein Material zu einer Anklage. Auch sorgte ich sofort dafür, daß die Deckadresse gelöscht wurde.

Der Kampf ging weiter. Die Nummer 39 des „Sozialdemokrat" vom 26. September veröffentlichte einen von mir verfaßten und von den Kollegen gebilligten Aufruf, unterzeichnet: „Deutschland, den 18. September, Die Parteivertretung", in dem es mit Hinweis auf den Wydener Kongreß unter anderem hieß:

„... Unsere Aufgabe ist unter den Umständen, unter denen die Partei gegenwärtig in Deutschland lebt und kämpft, eine sehr verantwortliche und schwierige. Von Feinden umgeben, die uns vernichten wollen, denen eine reaktionäre Gesetzgebung Mittel in Hülle und Fülle an die Hand gibt, uns „im Namen des Gesetzes" zu unterdrücken, kann, wir wiederholen es, nur Mut, gepaart mit Klugheit, uns Erfolge sichern.

Unter diesen Bedingungen ist jedes Mittel recht, das Erfolge sichert, und die Sache der Parteigenossen jedes einzelnen Ortes ist es, die geeigneten Mittel und Wege zu ergreifen und einzuschlagen, die ihnen zur Erreichung des Erfolges am sichersten scheinen....

Also organisiert euch, einerlei wie, ... Organisation überall bis in den entlegensten Ort, wo wir Anhänger haben, und unter jeder denkbaren Form. Das ist das erste Gebot.

Das zweite ist: Unermüdliche Agitation für die Verbreitung unseres Zentralorgans, des „Sozialdemokrat", durch Gewinnung neuer Leser und Abonnenten....

Das dritte Gebot ist: Das beständige Sammeln von Geldern für Agitations- und Unterstützungszwecke an jedem Orte und in jeder Form.... Zum Kriegführen gehört Geld, Geld und wieder Geld, und da die Partei beständig Krieg führt, braucht sie auch beständig Geld."

Des weiteren rieten wir zur Vorsicht.

„Ihr sollt vorsichtig sein, und ihr müßt namentlich verschwiegen sein — Spione gibt's überall —, aber ihr dürft nicht feig sein."

Darauf folgten Anweisungen, wie man sich im einzelnen verhalten solle. Schließlich wurde nochmals dringend die Organisation in den einzelnen Wahlkreisen im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen empfohlen. Auch solle man Geld für die Wahl sammeln und sich über den Kandidaten verständigen.

Außer der hier im Auszug mitgeteilten Ansprache der Parteileitung hatte sich aber auch die Auswärtige Verkehrsstelle in Zürich veranlaßt gesehen, eine Art Manifest zu veröffentlichen und als Flugblatt zu versenden, in dem eine Auslegung der Wydener Beschlüsse gegeben wurde, die wir nicht billigen konnten und durften, da sie in künftigen Prozessen dem Staatsanwalt ein bedenkliches Material lieferte. Die Anschauungen, die wir in Leipzig über dieses Vorgehen der Auswärtigen Verkehrsstelle hatten, kommen in einem Briefe zum Ausdruck, den ich am 18. September an die Züricher Genossen schrieb und in dem es heißt:

„... Und nun zum Schlusse zu einem Punkte, der hier in den letzten Tagen sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Es betrifft dies das Manifest, das die „Magdeburger Zeitung" anscheinend in extenso brachte.

Wir haben von diesem Aktenstück keine Ahnung, wir wissen auch nicht, welchen Zweck dasselbe hat und ob dies etwa die Antwort sein soll, von der W.* in seinem Briefe spricht, daß er sie auf die Kongreßbegrüßungen (aus dem Ausland) gegeben. Diese einfache Tatsache beweist, in welch peinlicher Lage wir uns befinden.

Ich bin beauftragt, zu erklären, daß wir sämtlich gegen diese Art des Vorgehens Protest erheben und ein zweiter derartiger Schritt zu einem unheilbaren Konflikt zwischen uns und der Verkehrsstelle führen muß.

Ich will hier nicht über die Form und den Ton sprechen, in dem das Aktenstück gehalten ist, obgleich hierüber sehr absprechende und sehr scharfe Urteile gefallen sind, und auch mir scheint

* Wohl Walther, das heißt Vollmar. D. H.

es, als glaube man bei Euch, Herrn Most um jeden Preis übertrumpfen zu müssen.

Worin aber Einstimmigkeit herrschte, das war über das eigenmächtige Vorgehen der Verkehrsstelle in einem Fall, der notwendigerweise uns erst zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt werden mußte. Die Verkehrsstelle ist keine besondere Behörde, sie kann und darf nicht offizielle Aktenstücke auf eigene Faust in die Welt schicken, für die wir unter allen Umständen verantwortlich gemacht werden. Eine solche Verantwortung übernehmen wir nicht, und eine Behandlung, wie sie uns in dem vorliegenden Fall zuteil geworden ist, lassen wir uns nicht gefallen.

Hier geschieht nichts, was nicht zuvor kollegialisch beraten worden ist, und wir müssen darauf sehen, daß jedes auf weitere Kreise und zur Veröffentlichung bestimmte Aktenstück, das einen offiziellen Charakter trägt oder tragen soll, uns zuvor vorgelegt und nicht eher und nicht anders veröffentlicht wird, wie wir nach vorausgegangener Beratung bestimmen....

Darüber kann kein Zweifel sein, daß der Kongreß, und was ihm nachfolgt, die Wut unserer Gegner aufs äußerste gereizt hat und ein systematisch geführter Hetzkrieg mit entsprechenden Verfolgungen nicht ausbleiben wird. Den gilt es, nicht ohne Not zu verschärfen.

Wir räumen der Verkehrsstelle das Recht ein, die Korrespondenz mit den auswärtigen Genossen zu führen, Aufschlüsse und Auskünfte zu geben, soweit sie das für zweckmäßig hält, und die Gelder einzuziehen. Sobald es sich aber um Akte handelt, durch die größere Parteikreise in irgend einer Weise in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, müssen wir darauf bestehen, unterrichtet zu werden und daß rechtzeitig unsere Zustimmung dazu eingeholt wird.... Ich glaube, das ist nicht mehr als recht und billig. Da hier die Leitung ist und nicht in Zürich, so darf dort nichts von Wichtigkeit und entscheidender Bedeutung geschehen, von dem wir hier nicht zuvor unterrichtet wurden." —

Welchen Eindruck dieses Manifest auf unsere Gegner gemacht, zeigte die Rede, die Herr v. Puttkamer am 30. März

1881 im Reichstag gegen uns hielt, in der er das Manifest vorlas, um an ihm den gefährlichen revolutionären Charakter der Sozialdemokratie zu demonstrieren. Und als achtzehn Jahre später (1899) es sich darum handelte, den Parteigenossen Dr. Arons von der Stellung eines Privatdozenten an der Berliner Universität zu entfernen, stützten sich seine Ankläger wieder auf jenes Manifest, das sie als offizielles Aktenstück der damaligen Parteileitung bezeichneten.

Meine Auffassung über die damalige Situation gibt folgender Brief an Engels wieder:

„Leipzig, den 22. September 1880.

Lieber Engels!

Ich habe Sie auf eine Antwort auf Ihren Brief vom 27. März bis heute warten lassen. Ich kann diese lange Pause damit entschuldigen, daß ich von jener Zeit bis Anfang September, mit sehr kurzen Unterbrechungen, fast stets auf der Reise war. Die kurzen Unterbrechungen waren aber so mit anderen Arbeiten in Anspruch genommen, daß ich nicht die Zeit zu einer Antwort fand.

Nach dieser langen Pause will ich auch auf verschiedene persönliche Angelegenheiten, die in Ihrem Briefe erwähnt werden, nicht weiter zurückkommen.

Es wäre mir angenehm, wenn Sie die von mir gewünschten Photographien von Ihnen und Marx Liebknecht mitgeben könnten.... Wie es mit der neuen Auflage Ihrer Schrift geworden ist, wird Ihnen Liebknecht mitteilen; ich bat ihn, die Angelegenheit zu ordnen, weil ich aus den eingangs erwähnten Gründen keine Zeit dazu hatte. Irre ich nicht ganz, so betraf der kürzlich in Breslau beschlagnahmte Satz Ihre Schrift. Daß Verrat im Spiele war, ist offenbar, wie denn der Verrat überall neben der Ungeschicklichkeit eine mehr oder weniger große Rolle spielt. So wurde mir vor einer Stunde mitgeteilt, daß man hier Haussuchung bei einem Genossen hielt, der im Verdacht steht, den „Sozialdemokrat" zu kolportieren. Das konnte nur infolge von Verrat geschehen. Mit welchem Erfolg gehaussucht wurde, weiß ich bis diesen Augenblick, abends 9 Uhr, nicht.

Der Betreffende war noch zufällig heute nachmittag bei mir, und während seiner Abwesenheit fiel ihm die Polizei ins Haus. Sie wollen Liebknecht den Fall mitteilen, er wird ihn interessieren.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß in der nächsten Zeit hier einige Hauptschläge bevorstehen, das heißt, wenn man das Material dazu findet. Der Kongreß hat riesig verschnupft, und die Führerschaft in all dem Unheil wird Leipzig zugeschrieben. Wir haben bisher hier, im Vergleich zu anderen Orten, ein idyllisches Leben geführt; das hat nunmehr aufgehört, und wir werden die Ohren steif halten müssen.

Ueber den Verlauf des Kongresses sind Sie einigermaßen aus dem „Sozialdemokrat" unterrichtet, die wichtigsten Beratungen mußten natürlich verschwiegen werden; mit dem Verlauf desselben bin ich im allgemeinen sehr zufrieden, und er hat auch überall bei den deutschen Genossen sehr gut gewirkt. Wenn Most durch lügnerische Darstellungen und gehässige Kritisierung glaubt großen Schaden anrichten zu können, irrt er sich. Sein Anhang ist im ganzen sehr gering, und der unverhohlene Uebertritt ins anarchistische Lager, wie er namentlich durch den Leitartikel der letzten Nummer und die hinter diesem abgedruckten Bakunistischen Revolutionsregeln zum Ausdruck gelangt ist, wird ihm noch mehr schaden.

Ich sollte meinen, daß dadurch aber gerade auch für Sie und Marx der Zeitpunkt gekommen wäre, rund und nett zu erklären, daß Sie mit Most keine Beziehungen haben. Sie werden vielleicht antworten, das sei nicht nötig, da Sie nie sich für Most erklärten. Diese Auffassung ist nicht richtig. Most hat in zahlreichen Briefen sich mit Ihrer und Marx' Zustimmung gebrüstet; der Umstand, daß von Marx einigemal Abonnementsgeld quittiert war, hat nach außen, wo man den Sachverhalt nicht kennt, den Eindruck gemacht, als werde Most gar materiell unterstützt. Tatsache ist, daß Most mit allem diesem namentlich in Oesterreich stark für sich Propaganda gemacht hat. Ich verlange nun nicht, daß Ihr Euch für den „Sozialdemokrat" erklären sollt, auch nicht, daß Ihr diesem eine Erklärung zusendet. Die Angelegenheit läßt sich in einer für Euch völlig anstandslosen Weise

dadurch erledigen, daß Ihr einem von uns einen Brief als Antwort auf eine bezügliche Anfrage schreibt und der Empfänger — der seinen Namen nicht zu nennen braucht — Euren Brief veröffentlicht. Die Wirkung dürfte für Euch und für uns eine gute sein. Ihre und Marx' vollständige Passivität wird häufig nicht günstig beurteilt, und man wünscht allgemein, daß Ihr Euch aktiv beteiligt und sagt, was Ihr über die Zeit denkt.

Sie haben ja vollkommen recht, wenn Sie in Ihrem letzten Briefe ausführen, wie alle Tätigkeit unserer Gegner schließlich zu unseren Gunsten ausfalle und wie namentlich die unruhige Vielgeschäftigkeit und zerstörerische Tätigkeit Bismarcks uns in die Hände arbeite. Aber damit allein kann sich doch niemand von uns zufrieden geben, wir müssen die Löcher, die jener gräbt, weiter schaufeln und die Unzufriedenheit, die seine Tätigkeit wie die fortdauernde allgemeine Misere erzeugt, nach Kräften schüren, und da müßt Ihr so gut wie wir helfen.

Recht interessante Ueberraschungen wird uns die Handelsministerschaft Bismarcks bringen. Hier ist er auf ein Gebiet geraten, auf dem er sich die Zähne sicher ausbeißt und auf dem er obendrein nicht anders als im höchsten Grade Unzufriedenheit säend wirken kann. Bringt er wirklich Gesetze zugunsten der Arbeiter, so hat er erstens die ganze Bourgeoisie gegen sich, und er wird zweitens die Arbeiter nicht gewinnen, weil er bei dem besten Willen doch nur Halbheiten bieten kann. Von allen Aemtern, die er bisher bekleidete, ist dies, was er jetzt angenommen hat, dasjenige, was ihn am gründlichsten ruinieren wird.

Ein weiterer Vorteil wird sein, daß durch die heftige Polemik, welche seine Maßnahmen notwendig hervorrufen, die indifferenten Massen aufgerüttelt und zur Teilnahme am und zur Parteinahme im öffentlichen Leben gezwungen werden. Das kann wiederum niemand mehr nützen als uns. So vorteilhaft das alles ist, wir müssen die Situation auch für uns ausbeuten. Wenn Ihr Euch entschließen könntet, jetzt einmal öffentlich hervorzutreten, indem Ihr die Situation, wenn ich mich so ausdrücken soll, theoretisch beleuchtet, so würde das von mächtiger Wirkung sein, und Euer Urteil würde mehr als einmal von unseren und Bismarcks Gegnern zitiert werden.

Wir sind hier mit den laufenden täglichen Arbeiten und hunderterlei oft kleinen und kleinlichen Geschichten so in Anspruch genommen, daß die nötige Zeit und Sammlung zu solcher Arbeit fehlt, und zudem versteht Ihr's auch weit gründlicher wie wir. Also gebt das Schmollen auf.

Ich wäre verwünscht gerne einmal nach dort gekommen, um Euch persönlich kennen zu lernen, aber es paßte diesmal wieder nicht, gegen Ende nächsten Monats wäre es gegangen. Die übrige Jahreszeit, die Reichstagssession inbegriffen, bin ich mit dem Geschäft und geschäftlichen Reisen so im Gedränge, daß ich sehr schwer abkommen kann. Indes, es muß doch einmal werden.

Herzliche Grüße an Sie und Marx von Ihrem

August Bebel."

Der kleine Belagerungszuſtand über Hamburg-Altona und Umgegend.

Anfang Oktober verlautete, Preußen ſei an Hamburg herangetreten, um es unter Hinweis auf den Ausfall der Reichstagswahl im zweiten Hamburger Wahlkreis zur Verhängung des kleinen Belagerungszuſtandes in Hamburg zu veranlaſſen, wobei Preußen gleichzeitig denſelben über Altona, Ottenſen, Wandsbek und Umgebung verhängen werde. Der Hamburger Senat habe aber das Anſinnen abgelehnt, er glaube ohne ein ſolches Gewaltmittel die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten zu können. Wie vergleichsweiſe objektiv man damals in Hamburg ſogar dem Wydener Kongreßbeſchluß gegenüberſtand, das Wort „geſetzlich“ aus dem Programm zu ſtreichen, zeigte eine Aeußerung des offiziöſen „Hamburger Korreſpondent“: Die Sozialdemokratie habe mit dieſem Beſchluß nur den durch das Ausnahmegeſetz auf ſie gezogenen Wechſel akzeptiert.

War man alſo in Hamburg zunächſt nicht geneigt, dem Drängen Preußens nachzugeben, ſo beſagt das nicht, daß man gegen die Sozialdemokratie dort glimpflich verfuhr. Im Gegenteil, vom erſten Augenblick der Verkündigung des Ausnahmegeſetzes an traten Polizei und Gerichte Hand in Hand arbeitend mit der größten Strenge und Rückſichtsloſigkeit auf. Ein Prozeß jagte den anderen, und die Strafen waren die höchſten, die ausgeſprochen werden konnten. Und als ſchließlich dennoch der Hamburger Senat dem Drängen Preußens erlag und am 24. Oktober den Kleinen verhängte, zeigte die Maſſe der Ausweiſungen, daß die Hamburger Republik mit dem Polizeiſtaat Preußen in Konkurrenz treten konnte. Aus Hamburg wurden auf den erſten Hieb fünfundſiebzig Perſonen ausgewieſen, darunter ſiebenundſechzig Familienväter. Im Laufe der Jahre ſtieg die Zahl der aus Hamburg Ausgewieſenen auf über dreihundertfünfzig. Gleichzeitig mit Hamburg war der Kleine über

Altona, Ottenſen, Blankeneſe und Wedel uſw. einſchließlich der Güter des Fürſten Bismarck und der Stadt Lauenburg verhängt worden. Im ganzen über ein Gebiet von über tauſend Quadratkilometer.

Ausgewieſen wurden unter anderen Auer, den dieſes Schickſal binnen einem Jahre zum zweitenmal traf, Blos, Dietz, Garve, Praaſt, die beiden Kapell uſw. Nach einigen Monaten wurde auch die „Gerichtszeitung“ wegen eines nichtsſagenden Artikels über ruſſiſche Zuſtände verboten, wodurch abermals eine Anzahl Exiſtenzen vernichtet wurde und ein großer materieller Schaden entſtand. Dietz, der bei Verhängung des Sozialiſtengeſetzes die im Jahre 1876 gegründete Genoſſenſchaftsdruckerei pro forma käuflich übernommen hatte, fiel jetzt das ſchwerſte Stück Arbeit zu. Er ſollte Arbeit und Mittel ſchaffen für die vielen Exiſtenzloſen und mußte alle Anordnungen von Harburg aus treffen, wohin er ſich mit einer Anzahl Ausgewieſener begeben hatte. Aber auch dort war ihres Bleibens nicht. Preußen erklärte nach einiger Zeit auch über Harburg den Kleinen und zwang die Hamburger Ausgewieſenen, ſich zu zerſtreuen. Dietz ging nach Stuttgart, woſelbſt er die in Leipzig unhaltbar gewordene Druckerei übernahm, die ſpäter mit der „Neuen Welt“ nach Hamburg überſiedelte. Auer, der ſich vergeblich nach einer Stellung umgeſehen hatte, trat in das Geſchäft ſeiner Schwiegermutter in Schwerin, dem er als ehemaliger Sattler und Tapezierer gute Dienſte leiſten konnte. Blos ging nach Bremen; die Mehrzahl der aus dem nördlichen Belagerungsgebiet Ausgewieſenen wanderte über den großen Teich nach Nordamerika, darunter Molkenbuhr.

Für die Parteikaſſe, die eben anfing ſich zu erholen, kam der Hamburg-Altonaer Schlag ſehr ungelegen, doch ſei zur Ehre der Hamburg-Altonaer Genoſſen geſagt, ſie parierten die Schläge aus eigenen Kräften. Es waren nur tauſend Mark, die ſich Dietz eines Tages von mir für die Hamburger Ausgewieſenen erbat, und dieſen Betrag haben die Hamburger Genoſſen während der Dauer des Sozialiſtengeſetzes buchſtäblich hundertfältig zurückbezahlt. Vom Jahre 1884 ab, wo ich in Plauen bei Dresden Wohnung genommen hatte, war die

Hamburger Deputation, die alle paar Monate einmal ſpät abends bei mir einrückte, ein gern geſehener Gaſt; ſie kam ſtets mit Mammon beladen an, und fünftauſend Mark war das mindeſte, was ſie jedesmal der Kaſſe zuführte.

Ueberhaupt hatte der Hamburg-Altonaer Schlag die entgegengeſetzte Wirkung, die man oben erwartete. Eine leidenſchaftliche Bewegung ging durch die Maſſen, und denen „oben" die Stirn zu bieten, koſte es, was es wolle, war die allgemeine Loſung. Von jetzt an hörte allmählich die Geldklemme auf, Kanäle öffneten ſich überall.

In Berlin hatte man gehofft, mit der Erneuerung des kleinen Belagerungszuſtandes über Berlin und Umgegend ihn auch durch die ſächſiſche Regierung über Leipzig und Umgegend verhängt zu ſehen. Aber unſere Stunde war noch nicht gekommen.

Mitte November mußte Liebknecht ſeine ſechsmonatige Gefängnisſtrafe antreten, die er ſich durch eine Rede in einer Verſammlung in Chemnitz zugezogen hatte. Dieſe Haft war ſehr unangenehm im Hinblick darauf, daß Vollmar die Redaktionsſtelle im „Sozialdemokrat" zum 1. Januar gekündigt hatte. Er wollte nicht durch längeres Bleiben als Redakteur ſich die Stellung in Deutſchland unmöglich machen, wie ſich das für Motteler und Bernſtein aus ihrer Tätigkeit ergab. Er wollte nicht auf eine aktive Rolle in der deutſchen Politik verzichten.

Ueber dieſe Vorgänge ſchrieb ich am 4. Dezember 1880 an Engels:

„Lieber Engels!

Wieder einmal habe ich auf eine Antwort recht lange warten laſſen, dafür iſt die Situation mittlerweile um ſo klarer geworden. Vollmar hat ſeinen Poſten am Blatt gekündigt und will die Stelle am 1. Januar verlaſſen. Wir kamen alſo in die Lage, eine Neuwahl zu treffen, die am Mittwoch ſtattfand.

Hirſch iſt zum Redakteur gewählt worden, jedoch zunächſt proviſoriſch und erſt nach Ueberwindung ziemlich ſtarken Widerſtandes. Dieſer Widerſtand richtete ſich nicht — das muß ich ausdrücklich ſagen — gegen ihn, weil man einen Syſtemwechſel befürchtete, ſondern gegen gewiſſe Taktloſigkeiten, die Hirſch

seinerzeit in der „Laterne" beging, und gegen seinen Charakter, dem man Neigung zu persönlicher Rachsucht und Unverträglichkeit glaubte vorwerfen zu dürfen. Ferner hieß es: Hirsch sei ein Mensch, der keine Disziplin kenne und gern auf eigene Faust handle, so daß man fürchten müsse, sehr bald mit ihm in Konflikt zu kommen. Daß Hirsch noch in den letzten Tagen in einer Korrespondenz in der „Züricher Post" einzelne in der Partei in der gröbsten Weise angegriffen, hatte die Stellung derjenigen nicht gebessert, die für Hirsch eintraten, und das waren eigentlich nur zwei (Liebknecht und ich).

Es wurde daher zur ersten Bedingung gemacht, daß Hirsch sich jedes Angriffs gegen innerhalb der Partei stehende Personen enthalten müsse, also speziell auch gegen Höchberg, und ich schließe mich dieser Ansicht an. Ihr seid irre, wenn Ihr glaubt, daß innerhalb der Partei die Meinungen so übereinstimmend seien, dies werden Euch schon die Artikel von A. und D. gezeigt haben. Die Mehrzahl der Führer neigt mehr oder weniger nach jener Seite. Allein man fühlt sich auch nicht unfehlbar, und wenn daher eine scharfe, aber objektive Redaktion geführt wird, und wenn es namentlich Hirsch gelingt, einen Ton zu treffen, der den Massen zusagt und die Massen begeistert, dann ist Hirsch gewonnen.

Ich will mich hier auf weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen. Hirsch hat selbst die Redaktion so scharf angegriffen, daß es jetzt an ihm ist, zu zeigen, daß er es besser machen kann. Führt er die Redaktion des „Sozialdemokrat" so, wie er seinerzeit, als wir in der Hochverratsuntersuchung saßen, die Redaktion des „Volksstaats" führte, dann hat er meine Zufriedenheit und Zustimmung.

Was unsere Stellung zu Höchberg usw. anlangt, so habe ich schon früher, wie ich glaube, geschrieben, daß Höchberg namhafte Opfer für das Blatt gebracht hat und noch bringt, daß er aber bisher sich in keiner Weise angemaßt hat, sich in die Redaktion zu mischen. In Rücksicht auf die bisher geübte Opferwilligkeit und das persönliche, höchst anständige Benehmen Höchbergs erwarten wir also, daß Hirsch sich jedes feindseligen Aktes gegen Höchberg enthält. Mag Höchberg immer-

hin kein Sozialiſt in unſerem Sinne ſein, ſo iſt er ein durchaus anſtändiger Menſch, und es läßt ſich mit ihm verkehren.

Daß Höchberg die Wahl Hirſchs gerne ſieht, iſt nicht zu erwarten, und ich glaube, die größere Schuld iſt in dieſem Falle auf Seite Hirſchs, er wird aber auch nicht dagegen opponieren, und wenn er opponierte, würde es ihm nichts helfen....

Ich darf wohl annehmen, daß durch die Wahl Hirſchs Euch zur Genüge gezeigt iſt, daß fremder Einfluß bei dem Blatt nicht vorhanden iſt.

Bei guter Redaktion dürfen wir hoffen, daß ſich der Leſerkreis in Kürze ſo ſteigert, daß das Blatt ohne Hilfe Dritter ſich trägt und erhält, und dies wird wieder ganz weſentlich dadurch gefördert werden, daß Sie und Marx ſchriftſtelleriſch mit dafür eintreten. Ich darf wohl hoffen, daß Ihr nächſter Brief die Zuſtimmung dazu enthält.

Für einſtweilen ſind wir noch dem Belagerungszuſtand entgangen, auf wie lange, das wiſſen die Götter. Einſtweilen ſind die Herren in den höchſten Regionen wieder einmal untereinander ſich aufſäſſig, und das kann uns nichts ſchaden. Sehr geſpannt bin ich auf die Motive Hamburgs für den Belagerungszuſtand. Der arme Senat wird große Mühe haben, die wahren Gründe nicht merken zu laſſen.

Beiliegendes bitte ich an Hirſch zu geben und noch einmal gründlich mit ihm zu ſprechen.

Herzliche Grüße an Sie und Marx von Ihrem

Auguſt Bebel."

Der Kanossagang nach London.

Die Umstände, unter denen die Wahl Hirschs zum Redakteur des „Sozialdemokrat“ zustande gekommen war, und die Bedenken, die gegen diese Wahl bei der Mehrheit der Parteileitung herrschten, ließen es mir angemessen erscheinen, nunmehr die längst geplante und immer wieder verschobene Reise nach London anzutreten. Hirsch lebte damals in London, ich konnte mich also gleich mit ihm auseinandersetzen. Dann aber wünschte ich auch, daß Bernstein, gegen den bei Marx und Engels und ebenso bei Hirsch starke Animosität herrschte, mit nach London in die Höhle des Löwen gehe, um zu zeigen, daß er nicht der schlimme Geselle war, den die beiden Alten in ihm sahen. Bei Bernstein selbst hatte das Leben in Zürich und was dort täglich über die Zustände aus Deutschland berichtet wurde, eine andere Stimmung erzeugt, als sie in dem bösen Dreigestirnartikel im Richterschen Jahrbuch zum Ausdruck gekommen war. Ich hatte sogar die stille Hoffnung, daß, wenn Hirsch die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ablehne, es gelingen werde, Bernstein an seine Stelle zu bringen. Sollte es aber mit Erfolg gelingen, so war ein persönlich erträgliches Verhältnis zwischen dem neuen Redakteur und Marx und Engels notwendig. Ich ersuchte also Bernstein, die Kanossareise nach London mit mir anzutreten, wozu er sofort bereit war. Wir trafen uns in Calais, da Bernstein allen Grund hatte, das Betreten deutschen Bodens zu vermeiden.

In London angelangt, besuchten wir zunächst Engels, der eben, zwischen 10 bis 11 Uhr vormittags, beim Frühstück saß. Engels hatte die Gepflogenheit, nie vor 2 Uhr nachts sich zur Ruhe zu begeben. Engels empfing uns sehr liebenswürdig; er redete mich sofort mit Du an, ebenso Marx, den wir am Nachmittag besuchten, außerdem lud mich Engels, der dieses Jahr zum Witwer geworden war, ein, bei ihm zu wohnen, und die Tage unserer Anwesenheit wurden selbstverständlich zu einem gründlichen Meinungsaustausch nach allen Seiten benutzt, in

deſſen Verlauf Bernſtein ſichtlich an Vertrauen bei den beiden gewann. Im Laufe der Tage, die wir in London waren, wobei Engels als der Beweglichere und Freiere öfter den Führer machte und uns die Sehenswürdigkeiten Londons zeigte, traf auch Paul Singer ein, der, auf ſeiner jährlichen Geſchäftsreiſe in England begriffen, von Mancheſter nach London zurückgekehrt war. Den einzigen Sonntag, den wir damals in London zubrachten, waren wir ſämtlich zu Marx zu Tiſch geladen. Frau Jenny Marx hatte ich bereits kennen gelernt, ſie war eine vornehme Erſcheinung, die ſofort meine Sympathie gewann, die ihre Gäſte in der ſcharmanteſten und liebenswürdigſten Weiſe zu unterhalten verſtand. An jenem Sonntag lernte ich auch die älteſte, mit Longuet verheiratete Tochter Jenny kennen, die mit ihren Kindern zu Beſuch gekommen war. Hierbei wurde ich ſehr angenehm überraſcht, zu ſehen, mit welcher Herzlichkeit und Zärtlichkeit Marx, der zu jener Zeit überall als der ſchlimmſte Menſchenfeind verſchrien war, mit den beiden Enkelkindern zu ſpielen verſtand und mit welcher Liebe dieſe an dem Großvater hingen. Außer Jenny, der älteſten Tochter, waren auch die beiden jüngeren Töchter, Tuſſy, die ſpätere Frau Aveling, und Laura, die Gattin Lafargues, zugegen. Tuſſy mit ſchwarzen Haaren und ſchwarzen Augen, das Ebenbild des Vaters, Laura, hellblond mit dunklen Augen, mehr das Ebenbild der Mutter, beide hübſch und lebhaft.

Auffallend für den Fremden war, daß Marx von Frau und Kindern immer Mohr angeredet wurde, als exiſtiere kein anderer Name für ihn. Der kam von ſeinem pechſchwarzen Haupt- und Barthaar, das damals, mit Ausnahme des Schnurrbartes, ſchon weiß leuchtete. Auch Engels beſaß einen intimen Spitznamen. Die Marxſche Familie und ſeine näheren Bekannten nannten ihn General, wobei das Wort ſtets engliſch ausgeſprochen wurde: Dſchenerál. Den Titel trugen ihm ſeine kriegswiſſenſchaftlichen Studien ein, denen er mit Vorliebe oblag. Man ſchrieb ihm ein ſehr maßgebendes Urteil in militäriſchen und kriegswiſſenſchaftlichen Dingen zu. Als ich am Tage vor unſerer Abreiſe noch einmal die Marxſche Familie beſuchte, lag Frau Marx zu Bett. Auf meine Bitte, mich verabſchieden zu

dürfen, führte mich Marx zu ihr mit der ſtrengen Weiſung, nicht länger als eine Viertelſtunde mit ihr zu plaudern. Aber wir gerieten ſofort in eine ſo animierte Unterhaltung, daß ich ihren Zuſtand ganz vergaß, und aus der Viertelſtunde wurde mehr als eine halbe Stunde. Da trat der ungeduldig gewordene Marx ein und hielt mir eine Strafpredigt, ich wolle ihm wohl ſeine Frau zugrunde richten? Wehmütig nahm ich Abſchied von ihr, denn das Leiden, an dem ſie litt, war unheilbar. Ich ſah ſie nie wieder. Sie ſtarb bereits im nächſten Jahr.

In Angelegenheiten der Redaktion des „Sozialdemokrat" erklärte ſich nach vielem Wenn und Aber Hirſch bereit, unter den von mir im Namen der Leitung formulierten Bedingungen die Redaktion zu übernehmen und nach Zürich zu überſiedeln.

Nach vollem achttägigem Aufenthalt verließen wir befriedigt von den Reſultaten London. Bernſtein reiſte über Paris zurück nach Zürich, Singer und ich reiſten zuſammen bis nach Köln, woſelbſt ich ihn verließ. Aber mein Glaube, mit Hirſch nunmehr im reinen zu ſein, erwies ſich ſehr bald als Täuſchung, wie folgender Brief an Engels vom 26. Dezember 1880 zeigt:

„Lieber Engels!

Die Angelegenheit Hirſch iſt alſo in der Weiſe gelöſt, daß Hirſch bleibt, wo er iſt, und die Redaktion nicht übernimmt.

Ganz entgegengeſetzt zu unſeren Verabredungen trifft am 24. Dezember abends ein Brief von ihm ein, worin er unter Wiederholung der bekannten Anſchuldigungen gegen die Züricher erklärte, nicht nach Zürich zu gehen, ſondern die Redaktion von London aus leiten zu wollen. Dieſer Brief, den ich geſtern in der Zuſammenkunft, der Liebknecht beiwohnte, vorlas, ſchlug dem Faß den Boden aus. Wir waren nunmehr einſtimmig der Anſicht, daß Hirſch einfach nicht von London weg will, und da wir andererſeits unmöglich Hirſch zuliebe und ohne äußeren Zwang die von ihm geplante Umwälzung vornehmen können, noch wollen, ſo wurde ſein Schreiben als Ablehnung aufgefaßt und heute von mir dementſprechend beantwortet.

Damit ich nicht Wiederholungen zu machen habe, bitte ich, daß Ihr Euch von Hirſch meinen Brief zur Einſicht vorlegen laßt.

Das Arrangement ſoll ſo getroffen werden, daß Liebknecht die Hauptleitung des Blattes hat, Leitartikel und politiſche Ueberſicht ſchreibt reſpektive liefert, Kautsky die Korreſpondenz und das Techniſche der Redaktion zu erledigen hat. Wie das Arrangement ſich bewährt, muß die Erfahrung lehren, große Erwartungen habe ich nicht. Ich bitte Euch (Dich und Marx), daß Ihr nach Kräften Liebknecht unterſtützt, namentlich während der Zeit, wo er im Gefängnis iſt.

Die Sendung Tee, Whisky uſw. iſt glücklich eingetroffen und ſieht ihrer Verwendung entgegen. Meine Frau läßt herzlich danken und ſchließe ich mich ſpeziell noch dieſem Danke an in bezug auf alles, was Ihr in London für mich getan.

Mich erwartete hier ein ganzer Berg von Arbeit, zu deſſen Erledigung mir die Feiertage ſehr gelegen kommen. Sonſt alles beim alten. Liebknecht hat auf 24 Stunden Ferien gehabt, mußte aber geſtern nachmittag wieder einziehen. Silveſter bekommt er wieder 24 Stunden frei. Die Leute ſind hier noch anſtändig.

Herzliche Grüße Euch allen, ſpeziell auch der Familie Marx.

Dein A. Bebel."

Kautsky lehnte es ab, in die Redaktion des „Sozialdemokrat" einzutreten, er hatte nicht die Abſicht, dauernd in Zürich zu bleiben.* So trat zunächſt proviſoriſch Bernſtein an Vollmars Stelle, und ſiehe, es zeigte ſich jetzt, daß wir in ihm den richtigen

* Ich kann mich der Sachlage nicht mehr entſinnen, glaube aber, daß Bebel hier irrt. Ich hatte damals nicht die Abſicht, Zürich zu verlaſſen. Wenn ich ablehnte, geſchah es am eheſten deswegen, weil ich als Oeſterreicher, der noch nie in Deutſchland gelebt, mir nicht zutraute, unter den damaligen ſchwierigen Verhältniſſen immer die richtige Auffaſſung der deutſchen Politik zu treffen. Ich hielt es daher für richtiger, daß Bernſtein die Redaktion des „Sozialdemokrat" übernahm, in der ich jedoch ebenfalls arbeitete, bis ich an die Gründung der „Neuen Zeit" ging. K. Kautsky.

Mann getroffen hatten. Sogar die Londoner erklärten, daß sie mit der Redaktion, wie sie sich seit Neujahr gestaltet, zufrieden seien. So meldete ich denn Engels unter dem 2. Februar 1881, daß ich heute an Bernstein geschrieben, ob er nicht definitiv die Redaktion übernehmen wolle. Nimmt er an, sind wir eine große Sorge los. Und Bernstein nahm, wenn auch widerwillig und nach langem Zögern, schließlich definitiv an. Damit hatten wir den Redakteur gewonnen, den das Blatt benötigte.

In dem erwähnten Brief schrieb ich weiter an Engels:

„Was Du bezüglich der Liebknechtschen sächsischen Landtagsrede schreibst, habe ich nicht genau verfolgt. Ich hatte eine Zeitlang das Steuer verloren. Er hatte sich insbesondere im sächsischen Landtag, veranlaßt durch Fr. und P.,* viel zu sehr in die gemütliche Stimmung versetzen lassen. Dazu kommt sein von jeher viel zu viel auf das rein Politische gerichteter Blick, der verschuldet, daß er die ökonomischen Verhältnisse und ihre Entwicklung zu wenig beachtet und dadurch notwendig zu falschen Auffassungen getrieben wird.

Es wäre gut, wenn Du Liebknecht gelegentlich Deine Meinung über seine Landtagsrede mitteilen wolltest. Auch ist eine solche Einwirkung um so wichtiger, da die Mehrzahl der „Führer" noch einseitiger ist wie Liebknecht, und dabei von einem bedenklichen Pessimismus befallen ist.

Zum Glück ist die Masse, wie immer, besser als die Führer und wird eines Tages über sie hinwegschreiten. Das habe ich schon mehrfach unverhohlen ausgesprochen, wenn ich in dem stattfindenden Meinungsaustausch gegen das Einseitige und Schiefe der Beurteilung unserer Zustände und den nahezu gänzlichen Mangel an Vertrauen zu den Massen losziehen mußte.

Mir ist es unbegreiflich, daß man bei unseren Zuständen anders als mit Hoffnung in die Zukunft blicken kann. Daß sie für uns persönlich unangenehm und widerwärtig sind, ist unzweifelhaft, aber sie sind es aus ganz anderen Gründen auch für die Mehrzahl unserer Gegner, und zwar bis hoch in die herrschende Klasse hinauf. . . .

* Freytag und Puttrich. D. H.

Intereſſant iſt, was man zu hören bekommt, wenn man als Wolf im Schafspelz unter die Kaufleute und Fabrikanten kommt und dieſe in ihren Herzensgeſinnungen belauſcht. So iſt noch nie auf Bismarck und ſein Syſtem geſchimpft worden wie jetzt. Die nächſten Wahlen dürften eine ſtark oppoſitionelle Färbung annehmen. . . .

Könntet Ihr für Liebknecht nicht eine leidlich bezahlte Korreſpondenz in eine engliſche Zeitung ſchaffen, in die er ſchreiben kann, ohne ſich etwas zu vergeben? Liebknecht wird, wenn er aus dem Gefängnis kommt, mehr ſeinen Erwerb in dieſer Richtung ſuchen müſſen, da ihm die Bezahlung unſerer Blätter allein nicht ausreichenden Lebensunterhalt gewährt. . . .

Ich bitte um gelegentliche Mitteilung einiger Deckadreſſen. Die ſeinerzeit mitgeteilten habe ich vorigen Sonntag in Breslau vernichtet, als ich dort in der Wohnung Hepners von vier Mann Polizei beehrt wurde. Wir waren ſechs oder ſieben Mann beieinander, um verſchiedenes zu beſprechen, als die Diener der heiligen Hermandad in der Hoffnung auf einen Hauptfang plötzlich eintraten und eine körperliche Viſitation und Wohnungsdurchſuchung vornahmen. Der einzige Fund war ein von mir angefangener Brief an Haſenclever, den ich anläßlich des Beſuches nicht hatte vollenden können. Mit dieſem Brief konnten ſie nichts anfangen. Die Herren zogen nach zwei Stunden kleinlaut von dannen.

Freundſchaftliche Grüße Euch allen Dein A. Bebel."

Ich möchte dieſen Abſchnitt nicht ſchließen, ohne noch einige Bemerkungen über Engels zu machen: Perſönlich war Engels ein reizender, liebenswürdiger Menſch, der es mit Martin Luthers Parole hielt, daß Wein, Weib und Geſang des Lebens Würze ſeien, wobei er aber auch des Ernſtes der Arbeit nicht vergaß. Er war bis an ſein Lebensende einer der fleißigſten Menſchen, der noch, nachdem er ſchon das ſiebzigſte Lebensjahr zurückgelegt hatte, Rumäniſch erlernte und mit lebhafteſtem Intereſſe allen Ereigniſſen folgte. — Immer heiter und guter Dinge, beſaß er ein erſtaunliches Gedächtnis für allerlei kleine Erlebniſſe und komiſche Situationen in ſeinem bewegten Leben,

die er in heiterer Geſellſchaft zum beſten gab und damit die Unterhaltung würzte. Ein Abend bei ihm gehörte zu den angenehmſten Erinnerungen der bei ihm verkehrenden Freunde und Genoſſen. Die Unterhaltung war ſehr lebhaft, einerlei, ob man über ernſte Themen ſprach oder Heiteres die Grundſtimmung bildete. Auch war Engels ein robuſter Zecher, der über einen reſpektablen Weinkeller kommandierte und ſich freute, erwieſen ſeine Gäſte ſeinem Weine die Ehre.

Am puritaniſchen Sonntag, dem Tage, an dem der Aufenthalt in London für jeden lebensfrohen Menſchen ein Greuel iſt, führte Engels offenes Haus. Wer kam, war willkommen, und vor morgens zwei, drei Uhr verließ keiner ſeiner Gäſte ſein Haus. — Ich bin bis zu ſeinem Tode im Jahre 1895 mehrere Male ſein Gaſt geweſen, er auch einmal der meine, als er im Jahre 1893 ſich auf mein fortgeſetztes Drängen entſchloß, eine Reiſe nach dem Kontinent zu unternehmen, bei welcher Gelegenheit er den Internationalen Kongreß in Zürich und nachher Wien beſuchte. Als er 1895 im fünfundſiebzigſten Lebensjahr ſtarb, war mir's, als ſtarb ein Stück von mir. Und dieſes Gefühl hatte außer mir noch mancher andere.

Meine Anweſenheit in London hatte ich auch dazu benutzt, im Kommuniſtiſchen Arbeiterbildungsverein einen Vortrag über die ſozialpolitiſche Lage in Deutſchland zu halten. Obgleich die Anhänger Moſts zahlreich anweſend waren, wagte keiner, mir Oppoſition zu machen. Dagegen luden ſie mich ein, in einer von ihnen einberufenen Verſammlung zu einer von ihnen aufzuſtellenden Tagesordnung zu ſprechen. Das lehnte ich ab.

Die erſte Seſſion des Reichstags im Jahre 1881.

Dieſe wurde Mitte Februar eröffnet. Seit Einführung der neuen Zollpolitik bildeten deren Reſultate den Gegenſtand lebhafter Erörterungen, wobei es an Reden für und wider nicht fehlte. Die Etatsverhandlungen boten hierzu in erſter Linie das geeignete Feld. So auch jetzt. Ich hatte im Namen der Fraktion die Etatsrede zu halten. Die ſeit 1874 eingetretene wirtſchaftliche Kriſe herrſchte noch immer, und es zeigten ſich nur ſchwache Anfänge zur Beſſerung. Die Arbeiter litten wie immer darunter beſonders ſchwer, da die Unternehmer das Rezept des Finanzminiſters v. Camphauſen, das dieſer 1875 aufgeſtellt, rückſichtslos anwandten, wonach eine Beſſerung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe nur dadurch möglich ſei, daß man ſparſamer wirtſchafte, an die Leiſtungsfähigkeit der Arbeiter höhere Anforderungen ſtelle und die Löhne reduziere. Ein Vorſchlag, der dem Abgeordneten Eugen Richter am 22. November 1875 die Aeußerung entlockte: Allen Reſpekt vor einem Miniſter, der ſo unpopuläre Anſchauungen auszuſprechen wagte.

An dieſe Vorgänge erinnerte ich in meiner Rede, wobei ich das herrſchende Wirtſchaftsſyſtem gründlich kritiſierte; dieſes Syſtem bedürfe einer Aenderung von Grund aus, ſollen die arbeitenden Maſſen ſich wohl fühlen. Dieſe Aenderung könne aber von den gegenwärtigen Machthabern nicht vorgenommen werden, heiße der Reichskanzler Bismarck, Richter oder Rickert.

Ende März kam zum erſtenmal der Rechenſchaftsbericht des Hamburger Senats und der preußiſchen Regierung wegen Verhängung des kleinen Belagerungszuſtandes über Hamburg-Altona und Umgegend zur Verhandlung, die zwei Tage in Anſpruch nahm. Der Bericht bewegte ſich in den üblichen nichtsſagenden Redensarten, durch die ſich dieſe Berichte ohne Ausnahme auszeichneten. Auer und ich waren von der Fraktion als Redner beſtimmt. Wir ſprachen beide in der fünfundzwanzigſten und ſechsundzwanzigſten Sitzung, wie ich glaube ſagen zu können, ſehr gut. Nach Auer nahm Herr v. Puttkamer das

Wort. Er erschien zum erstenmal im Reichstag als Vertreter der preußischen Regierung für die getroffenen Anordnungen. Er zeigte sofort, wes Geistes Kind er war, und daß Bismarck in ihm einen Gehilfen gefunden hatte, der ebenso rücksichtslos, aber gewandter als er, jede Gewalttat, aber auch jede, zu beschönigen und zu rechtfertigen versuchte. Er war eben ein Junker vom Scheitel bis zur Zehe, wie sie nur ostwärts der Elbe wachsen, der, wie die Zukunft lehrte, an der Stelle des Herzens einen Stein hatte, dem die gewalttätigsten Mittel die genehmsten waren. Aber als er im achten Jahre seines Regiments durch einen Machtspruch des sterbenden Kaisers Friedrich gezwungen wurde, abzutreten, mußte er sich das Geständnis ablegen, daß sein Kampf gegen uns pro nihilo (für nichts) gewesen war. Wohl hatte er viele Hunderte Existenzen vernichtet, noch mehr Parteigenossen in die Gefängnisse gebracht und zahlreiche Ehe- und Familienbande zerstört, er, der Retter und Beschützer von Ehe, Familie und Eigentum, aber die Partei stand stolz und ungebrochen da, stärker als je. In den drei allgemeinen Reichstagswahlen, die von 1881 bis 1887 unter Puttkamer stattfanden, wuchs ihre Stimmenzahl von rund 312000 auf rund 763000, und sie schickte sich an, die stärkste aller Parteien zu werden.

In der Antwort, die Puttkamer Auer gab, äußerte er: Die königlich preußische Regierung habe aus hiesigen, der königlich sächsischen Regierung natürlich nicht bekannten Vorgängen die Ueberzeugung gewonnen, daß von Tag zu Tag für Leipzig die Gefahr mehr wachse, und sie würde es sich nicht versagen können, wenn die Sachen so weitergehen, es der Weisheit der sächsischen Regierung anheimzugeben, ob sie nicht für Leipzig eine ähnliche Maßregel beantragen wolle, wie sie für Berlin und Hamburg-Altona bestehe.

Mit mehr Unverfrorenheit konnte kein Minister einer Regierung der anderen mit dem Zaunpfahl winken, was man von ihr erwarte. Und in Dresden verstand man den Wink, aber auch wir verstanden ihn. Ich antwortete dem Minister, daß, wenn er glaube, mit unserer Bewegung fertig zu werden, er sich täusche. Seine Waffen würden an ihr zerbrechen wie Glas am Granit.

In derselben Session brachten die verbündeten Regierungen den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes ein, der eine Reichsversicherungsanstalt zu gründen bezweckte, die ganze Versicherung also in die Hände des Reiches legte. In diesem wichtigen, grundlegenden Punkte entsprach die Vorlage der Forderung, die ich im Februar 1879 gelegentlich der Debatte über die Haftpflichtinterpellation des Freiherrn v. Hertling aufgestellt hatte. In der Art der Ausführung wich sie aber sehr weit von unserem Standpunkt ab. Doch dieser Entwurf genügte schon, um die größte Beunruhigung in die Kreise der bürgerlichen Parteien zu tragen, die in ihm den ersten Schritt zum Sozialismus sahen. Dieser Befürchtung hatte schon Herr v. Kardorff in seiner Etatsrede am 25. Februar Ausdruck gegeben, der in seiner beliebten übertreibenden Weise die Behauptung aufstellte, der Reichskanzler habe durch die Vorlage sogar den Sozialismus übertroffen. Ich hatte ihm darauf folgendes geantwortet: „Ich weiß nicht, was Herr v. Kardorff für Begriffe von den Ansichten der Sozialdemokraten und ihren Bestrebungen hat. Ich kann nur sagen, daß, wenn wir auch im allgemeinen das Prinzip billigen, auf dem der Unfallversicherungsgesetzentwurf beruht, wir die ganzen Ausführungsbestimmungen sehr, sehr wenig genügend finden, und wenn wir uns auch einmal der Hoffnung hingeben wollten — obgleich wir diese Hoffnung nicht haben —, daß der Entwurf hier im Reichstag in einer Weise amendiert würde, die vollständig unseren Wünschen, also den Wünschen der Arbeiterklasse entspräche, so muß ich doch sagen, daß auch damit noch sehr wenig geschaffen ist. Es wäre ein anerkennenswerter Schritt damit geschehen, aber es wäre mindestens ebenso wichtig, daß nicht allein dafür gesorgt wird — und dies ist Ihre Aufgabe, denn wir sind nur die Geduldeten in diesem Hause, man sähe uns am liebsten draußen —, daß nicht nur diejenigen Unterkunft und Brot haben, die in der Industrie durch irgend einen Unfall geschädigt werden, sondern daß unsere Arbeiter überhaupt ausreichend Brot und Verdienst haben und beschäftigt werden können." Der Abgeordnete Dr. Bamberger schrieb mir sogar die Autorschaft des Gesetzentwurfes zu, indem er in der ersten Lesung ausführte:

„Materiell ebenso wie formell steht der heutige Gesetzentwurf auf dem Boden des Sozialismus: er bekennt sich in seinen Motiven ausdrücklich dazu.... Wie sehr die gegenwärtige Theorie der Gesetzgebung bereits dem Inhalt des Sozialismus nahegerückt ist, wird Ihnen nach mir wahrscheinlich ein anderer Redner sehr deutlich illustrieren, nämlich der Herr Abgeordnete Bebel. Herr Bebel hat im Jahre 1879 bei Gelegenheit gerade des Vorschlags, die Unfallversicherungsgesetzgebung zu verbessern, eine Rede gehalten, und er hat in derselben genau die Grundzüge desjenigen Gesetzes entworfen, das Ihnen heute vorliegt. Ich will Herrn Bebel nicht des Vergnügens berauben, die Stelle wörtlich vorzulesen, in der die ganze Oekonomie des Gesetzes auch seiner Ausführung nach enthalten ist; aber das kann ich sagen, nachdem ich die Rede heute morgen nachgelesen habe, ist mir der Gedanke gekommen, ich weiß nicht, warum Herr Bebel nicht vortragender Rat der volkswirtschaftlichen Abteilung in der Reichsregierung ist."

In seiner Rede vom 2. April bestritt Fürst Bismarck entschieden diesen Charakter des Gesetzentwurfes, wobei er uns heftig angriff; er verteidigte ihn aber so wenig geschickt, daß ich darauf in meiner Rede am 4. April ausführte:

Der Reichskanzler habe uns am Sonnabend mit einer gewissen Geringschätzung behandelt, er werde heute die Erfahrung machen, daß er bei uns für seinen Entwurf bis zu einem gewissen Grade Unterstützung finde, die ihm um so angenehmer sein werde, als die Verteidigung, die er selbst seinem Entwurf habe zuteil werden lassen, keineswegs überzeugend sei. (Heiterkeit.) Er bedürfe also einer Unterstützung von anderer Seite, und wir wollten ihm diese, soweit möglich, angedeihen lassen. Wir wollten ihm nach besten Kräften helfen, die positiven Bestrebungen, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch diesen Entwurf erreicht werden sollten, zu fördern, damit er zu einem gedeihlichen Ziel kommt.... (Heiterkeit.)

In den Motiven hieß es, daß der Gesetzentwurf seine Existenz dem Umstand verdanke, daß man bei Beratung des Sozialistengesetzes versprochen habe, auch durch positive Maßregeln zum Wohle der Arbeiter die Sozialdemokratie zu be-

kämpfen. Daraus ersahen wir mit Freuden, daß eigentlich wir die Ursache des Gesetzentwurfes seien. (Sehr richtig! links. Heiterkeit.) ... Wir würden uns demgemäß bemühen, dem Gesetzentwurf eine Gestalt zu geben, daß er wirklich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beitrage. (Heiterkeit.)

Alsdann trat ich in eine längere, einschneidende Kritik des Gesetzentwurfs ein.

Gegenüber den erhobenen Bedenken, daß die Lasten, die die Einführung des Gesetzentwurfes den Unternehmern auferlege, sie dem Ausland gegenüber konkurrenzunfähig machten, empfahl ich dem Reichskanzler, zum Wohle der „Enterbten", wie er sich so treffend ausgedrückt habe, eine internationale Konferenz der in Betracht kommenden Staaten zu veranlassen und diese zu einer gleichen Gesetzgebung zu bewegen. Er könne versichert sein, daß, falls die Regierungen der betreffenden Staaten sich weigerten, seinem Vorschlag zu folgen, die Arbeiter der betreffenden Länder ihn, den Reichskanzler, unterstützen und ihre Regierungen zu gleichem Vorgehen zwingen würden. Er, der Reichskanzler, habe drei große Kriege geführt, es seien darin viele Menschen hingeopfert, Ströme Blutes seien vergossen worden und großes Elend sei daraus hervorgegangen. Dadurch sei sein Ruhm gewachsen, er würde sich einen größeren Ruhm erwerben, wenn er friedliche Einrichtungen zum Wohle der Unterdrückten in allen Kulturländern herbeiführe.

Meine Rede gefiel Marx und Engels ausnehmend gut. Engels erklärte sie für die beste, die ich bisher überhaupt gehalten, er solle mir dieses auch im Namen von Marx schreiben.

Der Entwurf ging in eine Kommission, in der er derart umgestaltet wurde, daß die Regierungen ihn für unannehmbar erklärten.

Kurz nach Schluß der Session traf die Partei ein unangenehmer Verlust. Vahlteich und Fritzsche erklärten, nach den Vereinigten Staaten auswandern zu wollen, und sie führten diesen Plan auch trotz unseres Widerspruchs durch.

Fritzsche war mit Viereck einige Monate zuvor von uns nach den Vereinigten Staaten gesandt worden, um auf einer Vortragstour Geld für die im Herbst stattfindenden Wahlen zu

sammeln. Die Reise hatte auch Erfolg, indem fünfzehntausend Mark Reinertrag verblieben. Bei dieser Gelegenheit hatte Fritzsche, der sich aus verschiedenen Gründen in der alten Heimat nicht mehr wohl fühlte, den Plan zur Auswanderung gefaßt. Das begriffen wir alle, aber daß Vahlteich den gleichen Entschluß faßte, wollte uns nicht einleuchten. Wir bedurften seiner sehr. Bei einer Auseinandersetzung, die wir darüber hatten, erklärte er: er habe jetzt dreimal die Existenz eingebüßt, er wolle endlich Ruhe haben und sein Leben genießen. Der Existenzverlust war richtig. Er war zuletzt Geschäftsführer der Leipziger Druckerei gewesen, die existenzunfähig geworden war. Aber es hatten sich auch wieder Freunde gefunden, die bereit waren, ihm die Mittel zu einer neuen Existenz zu gewähren. Doch er lehnte ab.

Sobald die Sache öffentlich bekannt wurde, machte sie unangenehmes Aufsehen. Es war ein Verhängnis, daß die beiden ersten Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zugleich Deutschland verließen. Wir bekamen eine Menge Zuschriften aus der Partei, die Aufklärung über den Vorfall verlangten. Verbösert wurde die Lage dadurch, daß die gegnerische Presse den Fall weidlich ausnutzte und behauptete, Liebknecht und ich wollten gleichfalls auswandern, was uns zu der öffentlichen Erklärung veranlaßte: möge kommen was wolle, wir würden nicht vom Platze weichen. Vahlteich hat nachher in den Vereinigten Staaten seine Parteitätigkeit weiter fortgesetzt. Die Ruhe, auf die er hoffte, bekam er also nicht.

Der kleine Belagerungszuſtand über Leipzig und Umgegend.

Nach Schluß des Reichstags ging die Hetze in der rechtsliberalen und konſervativen Preſſe gegen uns los. Ich ſchrieb daher Anfang Mai von der Geſchäftsreiſe an meine Frau, daß der kleine Belagerungszuſtand kommen werde, aber nicht, wie man in Leipzig vermutete, nach Schluß der Frühjahrsmeſſe, ſondern vor den Wahlen, höchſtwahrſcheinlich Anfang Juli. Ich hatte richtig geraten. Um Material für den Belagerungszuſtand zu ſchaffen, machte man Anfang März zum zweitenmal den Verſuch, gegen mich eine Anklage wegen verbotener Sammlungen — § 16 des Sozialiſtengeſetzes — einzuleiten, und nahm zu dieſem Zwecke auch eine Hausſuchung vor, die reſultatlos verlief. Die Anklage fiel ins Waſſer, ich mußte freigeſprochen werden. Dagegen ſorgte die preußiſche Regierung dafür, daß wenigſtens ein Scheinmaterial für den Kleinen geſchafft werden konnte. Seit Spätherbſt 1880 hatten wir in Leipzig den aus Berlin ausgewieſenen Schmied Heinrich, der ein ſehr ſympathiſches Aeußere hatte, aber, wie ſich nachher herausſtellte, Agent der Berliner Polizei war, dem die Aufgabe zufiel, Material für den Kleinen zu liefern.

Bei den geheimen Zuſammenkünften, die wir hatten, war Heinrich ſtets der radikalſte. Insbeſondere wollte er durchſetzen, daß wir uns auf Grund eines Statuts geheim organiſierten. Dagegen wehrte ich mich energiſch, und er fiel mit ſeinem Plane ab. Anfang April mußte ich aber auf die Geſchäftsreiſe. Als ich nach ſechs Wochen zurückkehrte, war die erſte Nachricht, die ich erhielt, Heinrich habe mittlerweile einen von ihm entworfenen Organiſationsplan durchgeſetzt. Ich war wütend. Hätten Liebknecht und Haſenclever, die ſich bei dieſen Zuſammenkünften nie beteiligten — ſie meinten, meine Anweſenheit genüge —, an denſelben teilgenommen, Heinrichs Plan wäre verhindert worden. Ich wendete mich in der nächſten Zuſammenkunft ſehr

ſcharf gegen den gefaßten Beſchluß, den ich für kopflos erklärte, und verlangte die Vernichtung der vorhandenen Exemplare des Organiſationsſtatuts. Man verſprach allſeitig, dieſer Forderung nachzukommen. Als aber bald darauf eine allgemeine Polizeirazzia gegen uns ſtattfand und auch maſſenhaft Hausſuchungen vorgenommen wurden, war das einzige Exemplar, das von dem Organiſationsplan gefunden wurde, in — Heinrichs Beſitz. Von jetzt an war mein Mißtrauen gegen ihn geweckt, und ich behandelte ihn danach. Er wurde ſpäter gänzlich entlarvt und mußte, da er in Magdeburg ein Sittlichkeitsverbrechen beging, flüchten, zu welchem Zwecke er von der Berliner Geheimpolizei fünfhundert Mark erhielt. Er kam nach Zürich, wo er von Stufe zu Stufe ſank und ſchließlich elend zugrunde ging.

Am 28. Juni wurde mir eine andere Ueberraſchung zuteil. Auf unſerem Kontor erſchien ein gewiſſer Wölffel, der in der Berliner Geheimorganiſation eine Rolle ſpielte und aus verſchiedenen Gründen bereits mein Mißtrauen geweckt hatte. Er verlangte im Namen der Berliner Geheimorganiſation eine Abſchrift aus meinem Kaſſabuch über die Einnahmen und Ausgaben der letzten Monate. Mir war ſofort klar, was der Burſche bezweckte. Ich wies ihm die Tür. Eine Stunde ſpäter erſchien atemlos ein Parteigenoſſe in meiner Wohnung und teilte mir mit, er habe ſoeben von einem Setzer der Teubnerſchen Druckerei erfahren, daß die abends erſcheinende offizielle Leipziger Zeitung eine Bekanntmachung des Miniſteriums enthalten werde, wonach vom nächſten Tage ab der kleine Belagerungszuſtand über Stadt und Amtshauptmannſchaft verhängt werde.

Die Würfel waren alſo gefallen.

Ich unterrichtete ſofort Liebknecht und Haſenclever von dem, was uns bevorſtand, und veranlaßte alsdann die Einberufung einer Vertrauensmännerverſammlung von Leipzig und Umgegend, die am nächſten Tage, den 29. Juni, abends 9 Uhr, am Napoleonſtein auf der Höhe bei Probſtheida zuſammentreten ſolle. Der Napoleonſtein bezeichnet die Stelle, von welcher am 18. Oktober 1813 Napoleon ſeine Heerſchaaren in der Schlacht leitete. Man hatte zu jener Zeit von dort einen weiten

Ueberblick über die Gegend, den weder Baum noch Strauch beengte, alles war Ackerfeld, ſo daß man Unberufene ſchon von weitem ſehen und erkennen konnte. Heute iſt die Gegend eine vollſtändig andere, und der Napoleonſtein wird von dem mittlerweile in ſeiner Nähe errichteten Völkerſchlachtdenkmal erdrückt.

Wir waren ungefähr hundert Mann ſtark vereinigt. Es wurde beſprochen, wie man die Geldſammlungen für die Familien der Ausgewieſenen organiſieren und wer die Gelder verteilen ſolle. Weiter wurde die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ geregelt und organiſatoriſche Maßregeln für die Wahlen getroffen. Ich ſchloß meine Rede an die Nichtausgewieſenen mit der Mahnung, nicht den Kopf zu verlieren und ſtandzuhalten. Diskutiert wurde nur wenig. Dann nahmen wir voneinander Abſchied, und die einzelnen Trupps zogen ihrer Heimat zu.

Die Form der Ausweiſung, die die Leipziger Polizei beliebte, war eine ganz niederträchtige. Die dreiunddreißig Mann, die man zunächſt auf der Liſte hatte, wurden nach dem Polizeiamt beſtellt und dort von jedem, als ſeien wir Verbrecher, ein genaues Signalement aufgenommen. Da aber kein Längenmaß vorhanden war, mußte ſich jeder einzelne an den Türpfoſten ſtellen, an dem ein Beamter durch einen Bleiſtiftſtrich die Größe vermerkte. Eine ſolche Behandlung war den Ausgewieſenen nirgends zuteil geworden. Ich beſchwerte mich darauf energiſch bei dem Miniſter des Innern, Herrn v. Noſtitz-Wallwitz, der aber dieſe Behandlung gerechtfertigt fand. Nur meiner Beſchwerde wegen der Art des Meſſens ſtimmte er zu, er habe Weiſung gegeben, daß ein Längenmeſſer beſchafft werde.

Der Herr Miniſter zeigte hier einmal Humor, eine Eigenſchaft, die er ſonſt nicht beſaß.

Da ſich unter den Ausgewieſenen auch eine Anzahl der bereits aus Berlin Ausgewieſenen befanden, die in dem Glauben, ſicherer in Leipzig wohnen zu können, ihre Familien überſiedelt hatten, ſo entſtand bei dieſen eine beſondere Aufregung. Am Tage des Auszugs ihrer Männer zogen die Frauen mit ihren Kindern auf das Rathaus und ſtellten dieſe dem Rat zur Ver-

fügung. Die hochwohlgeborenen Herren waren darüber ſehr verdutzt und verſprachen jede mögliche Unterſtützung.

Liebknecht, der Xylograph Burckhardt und ich verließen am 2. Juli Leipzig und wanderten zu Fuß nach Borsdorf, einer Station der Leipzig-Dresdener Eiſenbahn, wo wir zunächſt bei einem Schneider zwei Zimmer mieteten. Als aber dieſer über Nacht erfuhr, was für Vögel er im Neſt habe, kündigte er uns ſofort die Wohnung. Auch der Wirt des Bahnhofreſtaurants, bei dem Liebknecht ſpeiſen wollte, der ſich anderwärts in Borsdorf ein Zimmer gemietet hatte, war im Zweifel, ob er dem böſen Sozialdemokraten gegen gutes Geld des Leibes Nahrung verabreichen dürfe, und fragte deshalb ausdrücklich bei der Kreishauptmannſchaft in Leipzig an. Nachher hat ſich der Wirt gegen Liebknecht und ſeine Familie ſehr anſtändig und hilfsbereit benommen.

Haſenclever war nach ſeiner Ausweiſung mit ſeiner Familie nach Wurzen, ebenfalls einer Station der Leipzig-Dresdener Eiſenbahn, verzogen. Dieſes Ereignis brachte den hochwohlweiſen Rat der Stadt in die größte Aufregung. Die Herren ſteckten die Köpfe zuſammen, um zu beraten, wie ſie den Gefahren entgehen könnten, die durch die Anweſenheit Haſenclevers der guten Stadt Wurzen drohten. Als echte Schildbürger kamen ſie zu dem Beſchluß, daß von nun an im voraus alle Verſammlungen verboten ſein ſollten, von denen durch Tatſachen die Annahme gerechfertigt ſei, daß ſie zur Förderung der durch das Sozialiſtengeſetz verbotenen Beſtrebungen beſtimmt ſeien.

Auf erhobene Beſchwerde unſerer Parteigenoſſen hob aber die Kreishauptmannſchaft zu Leipzig den gefaßten Beſchluß auf und belehrte den Rat zu Wurzen, daß er nur von Fall zu Fall ein ſolches Verbot erlaſſen könne. Das Oberhaupt der Stadt ſoll einen hochroten Kopf bekommen haben, als es den Rüffel der Kreishauptmannſchaft las. Es war klug genug, ſpäter nur mäßigen Gebrauch von dem Verbotsrecht zu machen.

Bevor wir Leipzig verließen, hatten Liebknecht, Haſenclever und ich unter dem 30. Juni einen Aufruf veröffentlicht: „An

unsere Freunde und Gesinnungsgenossen und alle rechtlich denkenden Leute", in dem es hieß:

Die sächsische Regierung habe für gut befunden, über Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig den kleinen Belagerungszustand zu verhängen, „weil die öffentliche Sicherheit bedroht sei. . . ." An diese Gefährdung der öffentlichen Sicherheit glaube in dem betreffenden Gebiet kein Mensch. Aber darauf komme es nicht an. Die bloße Annahme, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet sei, genüge, um eine große Anzahl Existenzen ohne Richterspruch von Weib und Kind, Haus und Herd zu vertreiben und sie dem Elend preiszugeben. Mit Ausnahme eines einzigen Falles, der einen bereits aus Berlin Ausgewiesenen betroffen habe, hätten die Leipziger Richter noch keine Gelegenheit gehabt, wegen eines Vergehens wider das Sozialistengesetz über einen der Ausgewiesenen auch nur eine Stunde Gefängnis oder eine Mark Geldstrafe zu verhängen. „Das ist ein Zustand, wie er in keinem zivilisierten Lande der Welt . . . möglich ist. . . . Grimm und Haß im Herzen, werden die Ausgewiesenen die Heimat, Weib und Kind verlassen; sie sind gezwungen, wenn auch zähneknirschend vor Ingrimm, sich der Macht zu beugen. An euch ist es, für ihre Frauen und Kinder einzutreten, damit diese, abgesehen von dem schweren moralischen Druck, den die Beraubung des Gatten, des Vaters, des Ernährers ihnen bereitet, nicht auch noch unter dem schwersten materiellen Druck des Elends seufzen. . . . Den Ausgewiesenen wird der Gang in die Fremde leichter, wenn sie wissen, daß Tausende hinter ihnen stehen, die bemüht sind, den schweren Schlag, der sie wegen ihrer Ueberzeugung betroffen hat und den sie als Männer werden zu tragen wissen, nach Kräften überwinden helfen. . . . Seid überzeugt, daß wir, was auch immer uns noch treffen mag, fest und treu zu der Fahne stehen, für die wir in die Verbannung gehen."

Zur Empfangnahme von Unterstützungen erklärten sich unsere Frauen bereit, ferner gaben wir für auswärts die Adressen von Grillenberger-Nürnberg, Auer-Schwerin und Fabrikant Emil Backofen in Mittweida i. S. an.

Der Aufruf zu Sammlungen hatte die Wirkung, daß aus bürgerlichen Kreiſen verſchiedentlich an meine Frau die Aufforderung erging, ſie möge einen öffentlichen Aufruf zur Sammlung von Unterſtützungen für die Familien der Ausgewieſenen erlaſſen, er werde guten Erfolg haben. Dem wollte meine Frau entſprechen. Sie wandte ſich zur Genehmigung eines ſolchen Aufrufs an das Polizeiamt zu Leipzig und die Amtshauptmannſchaft Leipzig. Die letztere lehnte kurzerhand ab. Der Amtshauptmann galt, und das charakteriſiert ſein Verhalten, für einen beſonders frommen Mann. Er hatte nicht weniger als ſiebzig Perſonen aus ſeinem Amtsbezirk der Kreishauptmannſchaft zur Ausweiſung empfohlen. Das Polizeiamt ſtellte meiner Frau allerlei Bedingungen, die dieſe Bedenken trug zu erfüllen und mir nach Dresden meldete.

Ich befand mich damals in der denkbar ſchlimmſten Stimmung. Daß man uns wie Vagabunden oder Verbrecher ausgewieſen und ohne eine gerichtliche Prozedur von Weib und Kind geriſſen hatte, empfand ich als eine tödliche Beleidigung, für die ich Vergeltung geübt, hätte ich die Macht gehabt. Kein Prozeß, keine Verurteilung hat je bei mir ähnliche Gefühle des Haſſes, der Er- und Verbitterung hervorgerufen, als jene ſich von Jahr zu Jahr erneuernden Ausweiſungen, bis endlich der Fall des unhaltbar gewordenen Geſetzes dem grauſamen Spiel mit menſchlichen Exiſtenzen ein Ende machte.

Aus dieſer Stimmung heraus wurde das Schreiben geboren, das ich am 11. Juli an das Leipziger Polizeiamt ſandte, das alſo lautete:

„Wie mir meine Frau mitteilt, hat das Polizeiamt derſelben auf ihr Geſuch, eine Sammlung für die Familien der Ausgewieſenen zu geſtatten, geantwortet: ſie möge die Art dieſer Sammlung näher auseinanderſetzen und müſſe zweitens ſich bereit erklären, genau Buch über Einnahmen und Ausgaben zu führen und dem Polizeiamt die Einſicht in die Abrechnung zu geſtatten.

Ich betrachte dieſe letztere Bedingung als eine im Geſetz nicht begründete und meine Frau tief beleidigende und habe derſelben den Rat gegeben, ihr Geſuch zurückzuziehen.

Die Armenordnung vom 22. Oktober 1840 enthält nicht eine Bestimmung, die der Polizeibehörde das Recht gäbe, sich um die Verwendung des Resultats einer Sammlung für einen wohltätigen Zweck zu kümmern. Das Polizeiamt begeht mit seinem Verlangen eine Handlung, die sich im Gegensatz zu dem Gesetz und zu der bisherigen Handhabung der Armenordnung befindet.

Ein solches Vorgehen muß um so mehr jeden unparteiisch Denkenden empören, da in diesem Augenblick die Lokalblätter Leipzigs Aufrufe für die von dem aufgehetzten Pöbel Rußlands malträtierten Juden enthalten, die der Kreishauptmann und der Bürgermeister Leipzigs nebst einer ganzen Anzahl anderer hochgestellter Persönlichkeiten veröffentlichen, worin an das öffentliche Mitleid für die gehetzten Juden Rußlands appelliert und in den beweglichsten Worten zur Leistung von Beiträgen aufgefordert wird, ohne daß das Polizeiamt zu Leipzig es gewagt hätte, diesen Herren eine ähnliche Bedingung zu stellen wie meiner Frau.

Aus diesem Verhalten des Polizeiamts, in Verbindung mit dem Verhalten der Amtshauptmannschaft geht hervor, daß es in Deutschland so weit gekommen ist, daß öffentliche Sammlungen und ein Appell an das Mitleid für gehetzte und zugrunde gerichtete Menschen gestattet werden, wenn diese Nichtdeutsche sind, daß es aber verboten oder auf alle mögliche Weise erschwert wird, Sammlungen für die ins Elend gestürzten Familienmitglieder derjenigen Landeskinder vorzunehmen, die eine angeblich aufgeklärte und wohlwollende Regierung und ihre untergeordneten Behörden mit kaltem Blute und kalter Berechnung von Weib und Kind, von Haus und Hof vertrieben und ihrer Existenz beraubt haben.

Ich begreife hiernach, was es heißt, in einem deutsch-christlichen Staate zu leben und von herzlosen Behörden regiert zu sein, und werde dafür Sorge tragen, daß dieses „humane", die christliche Gesinnung wie die gleichmäßige Gesetzeshandhabung so eigentümlich illustrierende Verhalten des Polizeiamts und der Amtshauptmannschaft zu Leipzig der Oeffentlichkeit übergeben und an entsprechender Stelle seinerzeit zur Sprache gebracht wird.

Gleichzeitig verbinde ich hiermit die Erklärung, daß, wenn das Polizeiamt das Sammeln für die Familien der Ausgewieſenen laut Bekanntmachung im „Leipziger Tageblatt“ von einer vorherigen Genehmigung ſeinerſeits abhängig macht, ſich dies nach dem Wortlaut der §§ 103 und 104 der Armenordnung nur auf die öffentliche Aufforderung zu Sammlungen und auf Sammlungen von Haus zu Haus beziehen kann. Keine Behörde kann aber Sammlungen verbieten, die unter Gleichgeſinnten, unter Freunden und Bekannten für den genannten Zweck vorgenommen werden, noch kann ſie verbieten, daß meine Frau Beiträge dieſer Art entgegennimmt. Ich habe in dieſem Sinne meiner Frau Mitteilung gemacht und ſehe mit Ruhe weiteren Schritten entgegen.“

Wenige Tage nach Abgang dieſes Schreibens erhielt meine Frau einen Wink, vorſichtig zu ſein, man werde nächſten Morgen bei ihr Hausſuchung halten. Sie ließ ſich erſchrecken und verbarg das Kaſſabuch in der Röhre des Küchenherds. Als ſie aber am nächſten Morgen ihren Kaffee kochte, dachte ſie nicht gleich an das verſteckte Buch, es fing Feuer und wurde halb verbrannt hervorgezogen. Mit Hilfe einiger Leipziger Genoſſen, der noch vorhandenen Briefe und Poſtanweiſungsabſchnitte gelang es, das Kaſſabuch neu herzuſtellen.

Meine Wahl in den sächsischen Landtag.

Bisher hatte ich alle Angebote, eine Kandidatur für den Landtag anzunehmen, abgelehnt. Ich konnte nicht verantworten, in Rücksicht auf unser Geschäft, noch weitere Opfer an Zeit zu bringen, als mir bisher meine politische Tätigkeit, und speziell die Ausübung des Reichstagsmandats, auferlegt hatte. Diese Rücksichtnahme war jetzt durch meine Ausweisung gefallen. Jetzt wurde mir nicht nur wider Willen Herbst und Winter hindurch freie Zeit verschafft, ich hatte nunmehr auch das Verlangen, den Herren in Dresden Auge in Auge gegenüberzutreten und meine Anklagen zu erheben. Anfang Juli sollte eine Ergänzungswahl für den Landtag vorgenommen werden, von dem alle zwei Jahre ein Drittel seiner Mitglieder der Reihe nach ausscheidet. Eine Ergänzungswahl hatte dieses Mal unter anderen im dreiundzwanzigsten ländlichen Wahlkreis stattzufinden — die Wahlkreise sind in ländliche und städtische eingeteilt —, und zwar für die Industriedörfer südlich von Leipzig. Ich nahm jetzt die angebotene Kandidatur an, was große Aufregung in den Regierungs- und gegnerischen Kreisen hervorrief, denn meine Wahl schien sicher. Man bot alles auf, um sie zu verhindern. Um Schrecken unter der Wählerschaft zu verbreiten, wies man zwei Tage vor der Wahl abermals zweiundzwanzig Genossen aus. War unter der ersten Rate der Spitzel Heinrich gewesen, den man mit ausgewiesen hatte, um kein Mißtrauen gegen ihn zu erregen, so flog jetzt der zweite Polizeispitzel hinaus, Kaufmann Friedemann aus Berlin, den uns die dortige Polizei ins Nest gesetzt hatte. Friedemann ging nach Zürich, wo er ebenfalls bald darauf entlarvt wurde. Er hatte die Gepflogenheit, bei Zusammenkünften der Genossen in Zürich, wie alle diese Buben, den Radikalen zu spielen und mit Vorliebe Heinrich Heines Gedicht „Die zwei Grenadiere" zu deklamieren, wobei er die letzte Zeile im letzten Vers also abgeändert vortrug:

„Was schert mich Weib, was schert mich Kind,
Ich trage weit beßres Verlangen,
Laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind,
Mein Kaiser, mein Kaiser muß hangen,"

statt wie im Text:

„Mein Kaiser, mein Kaiser gefangen."

Doch die polizeiliche Liebesmühe, meine Wahl zu verhindern, war vergebens. Am 12. Juli nachmittags fuhr ich mit meinem Parteigenossen Karl Münche in Zittau zu der herrlich gelegenen Burgruine Oybin. Am Abend traf dort atemlos ein Bote ein mit dem Telegramm, das meinen Sieg mit großem Mehr verkündete. Münche war über diese Siegesnachricht so erfreut, daß er aus den beiden Böllern, die der Wirt des Oybin besaß, zwanzig Schüsse in Wald und Gebirge donnern ließ.

Auf einer Geschäftsreise begriffen, schrieb ich am nächsten Morgen sofort an den Wahlkommissar und erklärte mich zur Annahme der Wahl bereit. Dann reiste ich weiter nach Nordböhmen. Mittlerweile trug sich in Leipzig schier Unglaubliches zu. Am Tage nach meiner Wahl veröffentlichte das „Leipziger Tageblatt" einen offiziellen Artikel, in dem erklärt wurde, meine Wahl sei ungültig, ich zahlte nicht die vom Gesetz vorgeschriebenen wenigstens dreißig Mark direkten Staatssteuern. Die Sozialdemokratie habe sich vergeblich über meine Wahl gefreut. Und nun fuhr der Artikelschreiber fort, meine Einkommen- und Steuerverhältnisse auseinanderzusetzen, was er nur durch Indiskretion aus amtlichen Quellen konnte. Des weiteren aber beging der Stadtrat die unglaubliche Kopflosigkeit, meiner Frau die für das laufende Jahr bereits gezahlten Steuern zurückzusenden. Der Täter dieser Dummheiten und Kopflosigkeiten, die man nicht für möglich halten sollte, war ein Stadtrat Messerschmied, der auch als Wahlkommissar in einem städtischen Wahlkreis dreihundertsechsundvierzig auf mich gefallene Stimmen ohne weiteres für ungültig erklärte.

Die offiziöse Darstellung war falsch. Ich hatte bereits im Jahre 1871, als Liebknecht und mir der große Hochverratsprozeß drohte, um mich im Falle meiner Verurteilung nicht

zum armen Manne machen zu lassen, mein kleines Eigentum gerichtlich an meine Frau übertragen lassen. Dieses Verhältnis bestand weiter. Ich trug die Steuer für nur einen Teil unseres Einkommens, der andere meiner Frau zufallende Teil der Steuer mußte aber nach der klaren Bestimmung in § 5 des sächsischen Wahlgesetzes bei der Berechnung des Zensussatzes mir in Anrechnung kommen. Damit hatte ich aber zweifellos das passsive Wahlrecht und war ordnungsmäßig gewählt. Ich stellte zur Beruhigung meiner Wähler durch eine Erklärung im „Leipziger Tageblatt" diesen Sachverhalt fest. Mittlerweile war man sich aber auch auf dem Leipziger Rathaus des begangenen Schildbürgerstreichs bewußt geworden und holte die Steuern, die man anfangs meiner Frau zurückgebracht hatte, wieder für die Kasse ab.

Das stärkste aber war, daß nachher der Minister des Innern Herr v. Nostitz-Wallwitz die Taktlosigkeit beging, im Landtag zu erklären, daß er es in der Hand gehabt hätte, ohne eine Gesetzesverletzung zu begehen, meine Wahl für ungültig zu erklären und eine Neuwahl anzuordnen. Nur die Rücksicht auf die Entscheidung der Kammer habe ihn davon abgehalten. Die wohlverdiente Antwort auf diese Insolenz konnte ich ihm nicht geben. Die Kammer bewahrte ihn durch Annahme des Schlusses der Debatte vor der wohlverdienten Züchtigung. Schließlich aber bekam er selbst durch die ihm so gefügige Kammer eine erstklassige moralische Ohrfeige. Die Abteilung, die meine Wahl zu prüfen hatte, erklärte sie einstimmig für gültig, und den gleichen Beschluß faßte das Plenum der Kammer. Ebenso wurden die dreihundertsechsundvierzig Stimmen für gültig erklärt, die der Stadtrat Messerschmied in seiner sinnlosen Wut gegen mich für ungültig erklärt hatte.

Ein zweites Wahldrama mit etwas anderem Ausgang folgte bald darauf.

Die allgemeinen Reichstagswahlen im Herbſt 1881.

Wir traten unter den denkbar ungünſtigſten Umſtänden in dieſe Wahlen ein. Eine im Inland erſcheinende Parteipreſſe beſaßen wir nicht mehr. Die farbloſen Blätter, die hier und dort ins Leben gerufen worden waren, durften nicht wagen, für einen ſozialdemokratiſchen Kandidaten einzutreten. Die paar Druckereien, die noch exiſtierten, waren Tag und Nacht polizeilich überwacht, um die Ausgabe von ſozialdemokratiſchen Flugblättern zu verhindern. Auch wurde eine derſelben, eine kleine Quetſche, die von Zumbuſch & Komp. in Dresden, polizeilich geſchloſſen, der Inhaber und das Perſonal gerichtlich zur Verantwortung gezogen und teilweiſe verurteilt, weil man gewagt hatte, ein Flugblatt für mich zu drucken. Bürgerliche Druckereien aber hatten nicht den Mut, für uns Flugblätter herzuſtellen, ſie wagten oft nicht einmal, Stimmzettel für einen ſozialdemokratiſchen Kandidaten zu drucken. So geſchah es, daß, als der Wahltag herankam, in einer ganzen Anzahl Wahlkreiſe nicht ein Flugblatt verteilt werden konnte, in vielen nicht einmal Stimmzettel. Auch verweigerten in zahlreichen Städten die bürgerlichen Blätter die Aufnahme bezahlter Anzeigen, in denen die Wahl ſozialdemokratiſcher Kandidaten empfohlen wurde. Trotzdem glaubte die Polizei noch ein übriges tun zu müſſen, um uns den Wahlkampf zu erſchweren. Mit dem Näherkommen des Wahltermins vermehrten ſich allerwärts die polizeilichen Verfolgungen und Schikanen, ſie nahmen einen immer bösartigeren Charakter an. In ſämtlichen Belagerungszuſtandsgebieten ſteigerte ſich im Herbſt die Zahl der Ausweiſungen. Die Polizei wurde immer nervöſer.

Zu alledem kam die Kandidatennot. Bracke, Geib, Reinders waren geſtorben. Fritzſche, Haſſelmann, Moſt, Reimer, Vahlteich waren ausgewandert. Andere, wie Motteler, Bernſtein, Tauſcher, Richard Fiſcher, waren durch ihre Stellung im Partei-

dienst im Ausland für eine Kandidatur unmöglich geworden. Viele ehemalige Kandidaten waren ebenfalls ausgewandert oder wagten nicht mehr zu kandidieren, um nicht ruiniert zu werden, oder sie hatten sich, wie Hartmann und die Gebrüder Kapell, unmöglich gemacht. Die Folge war, daß man allerwärts, wo es an eigenen Kandidaten fehlte, Genossen mit bekannten Namen, die bereits anderswo kandidierten, aufstellte, was auch zugleich die Agitation erleichterte. So kam ich zu der Ehre von fünfunddreißig Kandidaturen, Liebknecht und Hasenclever zu siebzehn, Grillenberger zu fünfzehn usw.

Erschwert wurde weiter die Agitation dadurch, daß viele Wahlversammlungen verboten, noch mehr während einer Rede aufgelöst oder dadurch überhaupt verhindert wurden, daß die Wirte die Hergabe der Säle verweigerten. Und wenn nun trotz alledem und alledem am Wahltag die Partei 311961 Stimmen zählte, nur 125197 weniger als bei den Attentatswahlen im August 1878, so war dieses ein gewaltiger Erfolg, der unseren Gegnern in die Glieder fuhr. Namentlich soll nach dem Bekanntwerden des Wahlresultats im Berliner Schloß eine sehr gedrückte Stimmung geherrscht haben.

Tatsächlich war schon am 27. Oktober 1881 das Sozialistengesetz besiegt.

Die moralische Wirkung auf die Partei war ungeheuer. Man hatte sich mal wieder gezählt, und siehe da, drei Viertel der alten Garde standen treu zur alten Fahne. Von jetzt an ging es unaufhaltsam vorwärts, bis endlich der 19. Februar 1890 mit 1427298 Stimmen die Entscheidungsschlacht gegen das Sozialistengesetz brachte.

Gewählt war keiner unserer Kandidaten im ersten Wahlgang. Wilhelm Stolle, der im achtzehnten sächsischen Wahlkreis Zwickau-Crimmitschau tatsächlich die Mehrheit hatte, wurde dieselbe durch den Wahlkommissar weggezählt. Er siegte erst in der Stichwahl. Wir waren im ganzen bei zweiundzwanzig engeren Wahlen beteiligt, ich allein in drei: Dresden, Leipzig und Berlin IV.

Die Dresdener Vorgänge waren für mich von besonderem Interesse, weil sie zwei eigentümliche Nachspiele hatten. Es war

unmöglich, in Dresden ein Flugblatt herzuſtellen. Ich entdeckte mit Hilfe von Freunden einen kleinen Drucker in Zittau i. d. L., dem ich den Druck eines ſolchen übergab. Er erhielt den Auftrag, fünfundvierzigtauſend Flugblätter und eine entſprechende Zahl Stimmzettel zu drucken und dieſe in Paketen von je tauſend Stück verpackt in zwei Kiſten, als Leinwand deklariert, an einen Dresdener Parteigenoſſen — Leinwandhändler — zu ſenden. Als Druckfirma wurde die Druckerei des „Sozialdemokrat“ in Zürich-Hottingen genannt. Die beiden Rieſenkiſten gelangten glücklich an ihre Adreſſe, aber als der Adreſſat dieſe auf ſeinem kleinen Hof liegen ſah, bekam er Angſt. Er ſandte ſie kopfloſerweiſe durch Dienſtmänner an einen befreundeten Junggeſellen, der im Hofe eines Spediteurs wohnte. Als dieſer die Kiſten ſah, forſchte er nach, was ſie enthielten. Dadurch in Angſt gejagt, ſchickte der neue Empfänger die Kiſten vom Hofe wieder zurück, was den Spediteur ſtutzig machte, der eilig nach der Polizei ſandte. Dieſe faßte die Dienſtmänner mit den Kiſten auf der Straße ab und ließ ſie nach dem Polizeipräſidium bringen. Als der Inhalt erkannt wurde, rieb ſich der Polizeikommiſſar Paul, einer unſerer ſchlimmſten Gegner, vergnügt die Hände. Jetzt hat die Sozialdemokratie keine Flugblätter zur Wahl, jubelte er. Es war zwölf Tage vor derſelben und unſere Lage eine höchſt unangenehme. Aber ich verlor den Kopf nicht. Ich erinnerte mich eines Genoſſen, der Schriftſetzer und ein geriebener Burſche war. Dieſen bat ich, ſofort eine Reiſe in die Umgegend von Dresden anzutreten, ob er einen Drucker finde, der bereit ſei, gegen gute Bezahlung ein Flugblatt zu drucken, ich wolle unterdes ein neues ſchreiben. Geſagt, getan. Als abends der Genoſſe wieder in meine Stube trat, ſah ich an ſeinem Geſicht, daß ſeine Reiſe erfolgreich geweſen war. Er hatte in Pirna den Drucker des Amtsblatts für den Plan gewonnen. Dieſer ſandte nach Weiſung am nächſten Sonnabend das Blatt in Koffern, die ihm zur Verfügung geſtellt waren, durch einen Dienſtmann nach dem Bahnhof, wo unſere Leute die Koffer in Empfang nahmen und an beſtimmte Adreſſen ablieferten. Alles ging nach Wunſch. Da kommt es einem Dienſtmann bei, ſeinen Kollegen wegen der Häufigkeit ſeiner Trans-

porte nach dem Bahnhof der Polizei zu denunzieren. Die Polizei belegte die letzte Sendung, etwa sechstausend Stück, mit Beschlag und meldete den Vorgang nach Dresden. Aber da es bereits Abend geworden war, standen vierhundert unserer Leute wohlvorbereitet auf dem Posten. Ehe die Polizei von ihrer Ueberraschung zur Besinnung gekommen war, waren Flugblätter und Stimmzettel verteilt. Es wurden nur zwei Mann mit einigen hundert Flugblättern gefaßt, denen man aber nichts anhaben konnte. Es gelang uns alsdann, noch ein zweites Flugblatt zu verbreiten.

Am Hauptwahltag hatte ich mit 9079 Stimmen die relative Mehrheit unter vier Kandidaten. Ich kam mit dem Dresdener Oberbürgermeister in engere Wahl. Die Handwerker Dresdens, die über 2076 Stimmen verfügten, legten mir ihre Forderungen zur Unterschrift vor, alsdann wollten sie mich wählen. Ich lehnte ab. Das bedeutete meine Niederlage. Die engere Wahl, die unter ganz ungewöhnlichen Umständen stattfand — Bekanntmachung der Aufruhrparagraphen, Konsignierung des Militärs, Besetzung der Wahllokale durch Gendarmen —, entschied mit 14439 gegen 10827, die ich erhielt, gegen mich.

In Leipzig erhielt ich bei der Hauptwahl 6482 Stimmen und kam mit dem nationalliberalen Kandidaten, auf den 8894 Stimmen gefallen waren, in engere Wahl. In dieser erhielt ich 9821 Stimmen, mein Gegner 11863. Auf einen Sieg hatten wir hier nicht gerechnet.

Interessanter verlief die Wahl in Berlin IV. Hier waren bei der Hauptwahl auf mich 13524 Stimmen, auf Albert Träger 19527 Stimmen, auf den Konservativen 8270 Stimmen gefallen. In diesem Wahlkreis wie in Berlin VI, in dem Hasenclever kandidierte, hatten die Konservativen bei den engeren Wahlen den Ausschlag zu geben. Nun war zu jener Zeit die Situation in Berlin so, daß die Konservativen (Antisemiten, Christlichsoziale usw.) verzweifelte Anstrengungen machten, die Fortschrittspartei aus dem Sattel zu heben. Sie handelten dabei im Sinne Bismarcks und Puttkamers, der seit einigen Monaten an Stelle Eulenburgs Minister des Innern geworden war. Bismarcks Haß gegen die Fortschrittler und die Libe-

ralen überhaupt war ständig im Steigen begriffen, und so war man wieder einmal wie zu Schweitzers Zeit im konservativen Lager bereit, mit dem Teufel selbst, das heißt mit uns, einen Pakt zu schließen, nur daß wir keine Neigung dazu hatten. Die Verhandlungen, die gepflogen wurden, gibt folgende Erklärung wieder, die wir in der „Berliner Volkszeitung" veröffentlichten:

„Die Mitteilungen des „Reichsboten" in bezug auf die Unterhandlungen, welche anläßlich der Stichwahlen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis zwischen den Führern der Konservativen und Sozialreformer (den Herren Professor Wagner, Hofprediger Stöcker, Dieſtelkamp usw.) einerseits und Angehörigen der sozialdemokratischen Partei andererseits stattgefunden haben, veranlassen uns zu folgender Darlegung:

Donnerstag mittag, den 10. November, erschienen hier in Dresden zwei unserer Berliner Parteigenossen und teilten uns mit, daß zwischen ihnen und den Führern der Konservativen und Sozialreformer Unterhandlungen wegen der bevorstehenden engeren Wahlen in Berlin stattgefunden und zu folgendem Resultat geführt hätten:

Wir, die Unterzeichneten, nebst Hasenclever sollten folgende Erklärung unterschreiben:

Wir erklären:

1. daß wir die arbeiterfreundliche Absicht der deutschen Reichsregierung in ihrer Reformpolitik anerkennen;

2. daß wir ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den sozialreformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten;

3. daß wir hoffen, nach dem Worte eines unserer Reichstagsabgeordneten, durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden.

Als Preis für die Unterzeichnung dieser drei Punkte wurde uns geboten:

1. die obenerwähnten Führer der Konservativen und Sozialreformer wollten dafür eintreten, daß ihre Parteigenossen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis bei der Stichwahl am 12. November für uns stimmten;

2. erboten sie sich alsdann, folgende Gegenerklärung zu unterzeichnen:

Dagegen erklären wir, daß, wenn die deutschen Sozialisten auf gesetzlichem Wege innerhalb der bestehenden Staatsordnung die Reform erstreben, wir für die Aufhebung des Sozialistengesetzes im gegebenen Falle stimmen werden.

Weiter wurde uns mündlich mitgeteilt: Weigerten wir uns, auf diesen Vertrag einzugehen, so würden die erwähnten Führer die Losung ausgeben: Stimmenthaltung, und dann sei unsere Niederlage in Berlin gewiß.

Wir haben darauf entschieden und bestimmt mündlich erklärt:

1. daß wir jeden Schacher und Stimmenkauf von uns wiesen; daß wir lieber dreitausend ehrlich gewonnene Stimmen als dreißigtausend erkaufte haben wollen; daß wir nicht in der Lage seien, die mit Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurierte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung: Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensbedürfnisse, Vermehrung der Militärlasten, Innungsgesetz und dergleichen als arbeiterfreundlich anzuerkennen;

2. daß wir nie abgelehnt — wie unsere Haltung und Erklärungen noch zuletzt gegenüber dem Unfallgesetz gezeigt —, Reformvorschläge der Reichsregierung ernsthaft zu prüfen, zu versuchen, sie unseren Wünschen entsprechend umzugestalten und, wenn sie unserem Standpunkt entsprächen, zu akzeptieren. daß wir es aber ablehnen müßten, mit Parteien gemeinsame Sache zu machen, die in ihren Bestrebungen reaktionär und darum arbeiterfeindlich seien;

3. daß, wenn mit Punkt 3 die Annahme ausgesprochen sein sollte, als wollten wir eine gewaltsame Revolution, dies eine ganz willkürliche Annahme sei. Wir hatten stets erklärt, daß planmäßige, gründliche und ganze Reformen der gewaltsamen sozialen Revolution, die andernfalls eine notwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten, und wir nicht verantwortlich seien für Dinge, die nicht in unserem Willen und in unserer Macht liegen, sondern von dem Willen und der Macht unserer bisherigen Gegner abhängen.

Mit dieser Antwort reisten unsere Parteigenossen nach Berlin zurück. Das Wahlresultat ist bekannt.

Dresden, den 16. November 1881.

A. Bebel. W. Liebknecht."

Das Wahlresultat war, daß Hasenclever mit 17378 gegen den Fortschrittler Klotz mit 17947 Stimmen, ich mit 18979 gegen 19031 Stimmen, die auf Träger fielen, unterlagen. In Wirklichkeit hatte ich aber gesiegt; die Minderheit von 52 Stimmen, mit der ich scheinbar unterlegen war, war dadurch entstanden, daß die Wahlkommission 450 Stimmzettel, die auf meinen Namen lauteten, wegen angeblich mangelhafter Erkennbarkeit des Kandidaten für ungültig erklärt hatte.

Die Parteigenossen des vierten Berliner Wahlkreises legten Protest gegen die Wahl Trägers ein. In der Wahlprüfungskommission beantragten auch die beiden Referenten die Ungültigkeit von Trägers Wahl. Als aber die entscheidende Sitzung herankam, waren die Wahlakten verschwunden, sie waren gestohlen worden. So konnte keine Entscheidung getroffen werden, und Träger blieb im Besitz des Mandats. Wer der Aktendieb war, ist nie ermittelt worden. Von jener Zeit ab werden die Wahlakten der Kreise, gegen deren Vertreter ein Wahlprotest vorliegt, in einem verschlossenen Zimmer aufbewahrt, zu dem nur die Mitglieder der Wahlprüfungskommission Zutritt haben.

Der Kampf bei der engeren Wahl in Berlin war ein sehr heftiger gewesen. Die „Berliner Tribüne" erzählt aus demselben folgende Episode: Ein neunjähriges Mädchen schreibt an eine Haustür mit Kreide: „Wählt Bebel." Ein Schutzmann sieht dies und fragt sie: „Wie heißt du?" Sie nennt ihren Namen. „Wo wohnst du?" Sie gibt die Wohnung an. „Was ist dein Vater?" ... Ausgewiesener.

Adolf Geck brachte den Vorgang in eine poetische Einkleidung, die lautete:

In Berlin am zweiten Martinitag,
Was war da ein heftiges Ringen!

Schwer wiegt die Entscheidung. Die Losung lag:
„Hie Träger, hie Bebel!“ — es dringen
Zur Urne die ringenden Scharen
Der Bourgeois und Proletaren.
Und wie so alle gaßaus gaßein
Nach einem Ziele sich drängen,
Da mischt sich mutterseelenallein
Ein Kind in die wandelnden Mengen,
Ein neunjährig Mädchen, die Wang' gebleicht
Vom Hunger; das Auge, das hohle,
Vom Darben, vom bitteren Elend zeigt. —
Das Händchen trägt eine Kohle,
Und damit an des Palastes Wand
„Wählt Bebel!“ kritzelt der ärmliche Fant
Bedächtig mit kräftigen Zügen.
Der Schutzmann, er schaut's; entbrennt vor Wut
Ob des Frevels der zitternden Kleinen:
„Wer bist du, Sozialistenbrut?“
„Man nennt mich Lieschen, bin krank und arm,“
Erwidert das Kind ohne Weinen. — —
Und weiter examiniert der Gendarm:
„Wer ist dein Vater, was sein Beruf?“
Ernst mustert die Kleine den Riesen:
„Erfahre es, wer dieses Elend schuf:
Mein Vater ist ausgewiesen.“
In Berlin an jenem Tage der Schlacht
Wohl zwanzigtausend haben bedacht
Des Kindes Mahnung: „Wählt Bebel.“

Das Endresultat der Wahl war, daß wir wider Erwarten dreizehn Mandate eroberten. Es wurden gewählt: Blos in Greiz, Dietz in Hamburg II, Frohme in Hanau, Geiser in Chemnitz, Grillenberger in Nürnberg, Kayser in Freiberg in Sachsen, Kräcker in Breslau-West, Liebknecht in Mainz und Offenbach, Stolle in Zwickau, Vollmar in Mittweida in Sachsen.

Ein Unikum bei dieser Wahl war, und ein Unikum ist es bis heute geblieben, daß der Wahlkreis Freiberg durch eine Frau

erobert wurde. Kayser befand sich während der Wahlagitation wieder einmal in Haft, so betrieb sein Freund Kaufmann O. Sch. in Dresden für ihn die Wahlagitation. Das bemerkte die Dresdener Polizei; sie sorgte also dafür, daß O. Sch. unter einem nichtigen Vorwand verhaftet wurde. Der arme und schlechtorganisierte Freiberger Wahlkreis war damit seines Wahlleiters beraubt. Als ich die Nachricht erfuhr, fiel sie mir auf die Nerven, ich wußte nicht, wie ich Ersatz für Sch. auftreiben sollte. Da tritt am nächsten Morgen Frau Sch. bei mir ein mit den Worten: „Daß mein Mann verhaftet wurde, wissen Sie, Herr Bebel. Er wird einige Tage brummen, das schadet ihm nichts. Aber was wird aus Max Kaysers Wahl? Was sagen Sie dazu, ich will in den Wahlkreis reisen und die Wahlagitation leiten!" Ich sah die Frau überrascht an, dann aber reichte ich ihr mit den Worten die Hand: „Frau Sch., Sie sind eine prächtige Frau, ich bin mit Ihrem Vorschlag einverstanden." Als Frau Sch. nach Freiberg kam und dort sich den vollständig mutlos gewordenen Genossen vorstellte, wurden diese von ihrer Anwesenheit elektrisiert. Sie arbeiteten nunmehr unter Frau Sch.s Leitung mit allen Kräften, und Kayser siegte.

Die Doppelwahl Liebknechts nötigte diesen zur Niederlegung eines der eroberten Mandate. Er legte für Mainz nieder, obgleich seine Mehrheit dort nur 600 Stimmen betrug, wohingegen er im Wahlkreis Offenbach eine Mehrheit von über 3400 Stimmen hatte. Aber er war durch das Offenbacher Wahlkomitee zu dieser verkehrten Maßnahme gezwungen worden, das noch vor der Wahlentscheidung öffentlich erklärt hatte, Liebknecht werde im Falle einer Doppelwahl für Offenbach annehmen. Nunmehr wurde ich in Mainz als Kandidat aufgestellt. Wir setzten alles daran, den Kreis zu erhalten. Vergebens. Es kam zunächst zur Stichwahl zwischen dem Demokraten Philipps und mir. Aber ich unterlag in der engeren Wahl am 15. Dezember mit 8385 gegen 8633 Stimmen. Ich hatte trotz der Unzufriedenheit, die bei unseren Wählern wegen der nochmaligen Wahl herrschte, 248 Stimmen mehr erhalten als Liebknecht. Als letzterer das Resultat erfuhr und mit mir

darüber ſprach, traten ihm die Tränen in die Augen. Das hatte er nicht gewollt.

Damit hatte zwar meine Reichstagstätigkeit, aber nicht meine parlamentariſche, einſtweilen ein Ende gefunden. Ich ſaß ja noch im ſächſiſchen Landtag. Die Kontinuität meiner parlamentariſchen Tätigkeit war alſo vorhanden.

Ich ſchrieb meiner Frau, ſie ſolle ſich über meine Niederlage nicht grämen, ich hätte jetzt mehr Zeit, mich um das Geſchäft zu kümmern, da der Landtag nur alle zwei Jahre zuſammentrete. Aehnlich ſchrieb ich an Engels, ich ſei froh, einmal ein wenig Ruhe zu haben, die mir nötig ſei. Der war aber nicht meiner Anſicht, er ſah meine Niederlage als einen Verluſt für die Partei an.

Mein Schickſal teilte auch Auer, der im ſiebzehnten ſächſiſchen Wahlkreis unterlegen war. Ein Proteſt, den ſein Wahlkomitee bei dem Reichstag einreichte, hatte die Folge, daß die Wahlprüfungskommiſſion die Wahl ſeines Gegners für ungültig erklärte. Aber dieſes geſchah erſt am Ende der letzten Seſſion der Legislaturperiode. So kam es zu keiner Neuwahl mehr.

Ein Nachſpiel zur Dresdener Reichstagswahl.

Anfang März 1882 verließ ich Dresden und den ſächſiſchen Landtag und ging auf die Geſchäftsreiſe. Bald darauf ſchrieb mir meine Frau: Ein Gerichtsdiener ſei bei ihr geweſen und habe ſich nach meiner Adreſſe erkundigt. Bei dem Dresdener Gericht ſchwebe eine Anklage gegen mich, das Aktenſtück habe man ihr nicht ausgehändigt. Ich ſchrieb darauf nach Dresden, daß ich auf der Geſchäftsreiſe ſei, keine beſtimmte Adreſſe angeben könne und man meiner Frau das Aktenſtück zuſtellen möge, doch ſei ich zu Oſtern in Nürnberg. Dort erhielt ich die Anklageſchrift. Der Bundesrat hatte wegen Beleidigung gegen mich Anklage erhoben, weil ich in dem konfiszierten, gar nicht zur Verteilung gelangten Wahlflugblatt das Sozialiſtengeſetz ein infames Geſetz genannt hatte. Sei dieſes infam, ſo ſei auch der Bundesrat infam. Aus dem gleichen Schluß erhob man Anklage gegen mich wegen Majeſtätsbeleidigung. War aber der Bundesrat beleidigt, dann auch der Reichstag. Dem hatte jedoch der ſächſiſche Juſtizminiſter nicht den Antrag auf meine Verfolgung wegen Beleidigung unterbreitet. Er wußte, daß dieſer ihn ablehnen würde, und das hätte für den anklagenden Bundesrat keine angenehme Situation gegeben. Ich ſchrieb dem Dresdener Gericht, daß ich in den nächſten Tagen meine Geſchäftsreiſe weiter fortſetze, aber in der Pfingſtwoche Aufenthalt in Dresden nehme, man möge mir dort weitere Nachricht zukommen laſſen. Am 18. Mai ſtand ich in Leipzig vor Gericht, und zwar ebenfalls wegen Beleidigung des Bundesrats, der ſich durch ein ſcharfes Wort, das ich in einem dort erſchienenen Wahlflugblatt über das Sozialiſtengeſetz geäußert hatte, nochmals beleidigt fühlte. Die Verhandlung endete mit meiner Verurteilung zu einem Monat Gefängnis.

Am Abend jenes Tages reiſte ich nach Dresden, wo auf polizeiliche Benachrichtigung von Leipzig mich ein polizeilicher Schutzengel erwartete, der in reſpektvoller Entfernung mich bis vor mein Quartier begleitete. Nächſten Morgen reiſte ich unter

demselben Schutz nach Schlesien ab. Als ich von dort, Donnerstag vor Pfingsten, nach Dresden zurückkam, war abermals der Polizeiengel auf dem Posten, dessen Schutz jetzt auch meine Familie genoß, als sie am nächsten Tage in Dresden eintraf. Da, als ich am ersten Pfingstfeiertagvormittag mit meiner Tochter auf der Brühlschen Terrasse spazieren gehe, klopft mir jemand von hinten auf die Schulter. Als ich mich umblicke, sehe ich das mir nur allzu bekannte Gesicht des Polizeikommissars Paul, der mir im höflichsten Sächsisch mitteilte, er habe Befehl, mich zu verhaften. Ich brauste auf: ob es ein schlechter Scherz sei oder ein Gewaltstreich, den man gegen mich ausführe. Mit Hinweis auf das Publikum, das auf uns aufmerksam geworden, ersuchte er mich, ihm nach dem Polizeipräsidium zu folgen, woselbst er mir den Gerichtsbeschluß über meine Verhaftung vorzeigen werde. Er hatte mich in möglichster Nähe des Polizeipräsidiums verhaftet.

Ich sandte mein Töchterchen zur Mutter, die sich bei einer befreundeten Familie befand, um diese zu unterrichten; sie solle unbesorgt sein, meine Verhaftung könne nicht aufrechterhalten werden.

Der Gerichtsbeschluß lautete:

Beschluß, vorzulegen der Königlichen Polizeidirektion mit dem Ersuchen, vorstehenden Haftbefehl an dem Drechslermeister Ferdinand August Bebel aus Leipzig, sobald sich derselbe hier betreffen läßt, zu vollstrecken, zugleich mit dem Bemerken, daß Bebel hier angezeigt hat, er werde während der Pfingstfeiertage in Dresden aufhältlich sein.

Dresden, den 13. Mai 1882.

Königliches Landgericht, Strafkammer II.
v. Mangoldt.

Die Untersuchungshaft wurde also begründet:

Die Untersuchungshaft wird verhängt, weil der Angeklagte im Hinblick auf die Höhe der angedrohten Strafe und darauf, daß er seiner eigenen Angabe nach einen festen Wohnsitz im Lande nicht habe, der Flucht verdächtig ist.

Dresden, den 13. Mai 1882. Wie oben.

Der fluchtverdächtige Landtagsabgeordnete zeigt also dem Landgericht selbst an, daß er zu Pfingsten in die Höhle des Löwen kommen werde. Der Haftbefehl, ausgestellt am 13. Mai und dahin lautend, ihn zu verhaften, sobald er sich in Dresden sehen lasse, wird zunächst nicht respektiert. Denn ich war am 18. Mai unbehelligt dort gewesen. Erst am 27. Mai, das heißt am ersten Pfingstfeiertag, ward ich auf Grund des Haftbefehls vom 13. Mai in Haft genommen. Das war also eine raffinierte Teufelei, ausgedacht, um meiner Familie und mir das Pfingstfest zu verderben. Hätte man mich gleich am 18. Mai verhaftet, als ich zum ersten Male in Dresden erschien, ich wäre zu Pfingsten längst frei gewesen.

Ich verlangte, da das Gericht geschlossen war, von dem Polizeikommissar, in die Privatwohnung des Herrn v. Mangoldt geführt zu werden, um zu versuchen, meine Freilassung zu bewirken. Paul ging bereitwillig auf mein Verlangen ein. Er wußte warum. In der Wohnung des Gerichtsdirektors eröffnete mir ein Dienstmädchen, Herr v. Mangoldt habe mit seiner Familie einen Pfingstausflug gemacht und kehre erst nächsten Abend zurück. So hatte ich das Vergnügen, aus der obersten Etage des Polizeigefängnisses bei herrlichstem Wetter den Turm und das Dach der Frauenkirche in ihren Formen zu studieren. Am nächsten Tage wurde ich in das Landgerichtsgefängnis überführt. Den übernächsten Tag ließ ich mich bei Herrn v. Mangoldt anmelden. Ich kochte vor Ingrimm, und so mochte wohl die Rede, mit der ich mich über den Gerichtsbeschluß beschwerte und meine Freilassung beantragte, nicht im höflichsten Tone gehalten sein. Herr v. Mangoldt erklärte barsch, er habe sich mit mir über den Gerichtsbeschluß nicht zu unterhalten, dessen Begründung mir bekannt sei. Ich könne gegen denselben Beschwerde erheben, doch werde die Kammer auch bereit sein, mich gegen Erlegung einer Kaution aus der Haft zu entlassen. Ich überlegte, daß der letztere Weg wohl der kürzeste sei, der zum Ziele führe, und erklärte mich zur Erlegung einer Kaution bereit. Jetzt wurde Herr v. Mangoldt sehr entgegenkommend, er hatte an längerer Haft kein Interesse mehr, seinen Zweck hatte er ja erreicht. Er meinte, ich solle sofort

einen ſchriftlichen Antrag ſtellen, den er ſo frühzeitig der Kammer unterbreiten werde, daß ich am nächſten Mittag wieder zu meiner Familie käme. Ich fragte, wie hoch die Kaution ſein müſſe? Gegenfrage: Wieviel können Sie ſtellen? Ohne Beſinnen antwortete ich: Tauſend Mark. Er ſtimmte zu. Nächſten Morgen erhielt ich die Mitteilung, man habe meine Freilaſſung gegen die angebotene Kaution beſchloſſen. Nun hatte ich aber keine tauſend Mark. Ich bat alſo, in Begleitung eines Beamten in die Stadt gehen zu dürfen, um mir das Geld zu beſchaffen. Das wurde genehmigt. Um Mittag war ich frei. Meine Familie war glücklich, als ſie mich wieder in ihrer Mitte hatte. Vor der Entlaſſung teilte mir Herr v. Mangoldt mit, die Gerichtsverhandlung werde am 15. Juni ſtattfinden.

Sobald ich frei war, reichte ich bei der Strafkammer den Antrag ein: Das Amt des Vorſitzenden der Kammer einem anderen Richter zu übertragen, da ich Herrn v. Mangoldt als befangen betrachte. Er habe bei der Wahlagitation im letzten Herbſt einen Wahlaufruf gegen mich unterzeichnet, in dem ich perſönlich aufs heftigſte angegriffen worden ſei. Nach Eröffnung der Gerichtsverhandlung, die hinter verſchloſſenen Türen ſtattfand, wie das damals in Dresden Regel war, namentlich bei der Mangoldtkammer, wie die Parteigenoſſen ſie nannten, wurde mir mitgeteilt, daß mein Antrag abgelehnt ſei. Herr v. Mangoldt habe ſich nicht für befangen erklärt; er habe ſeinerzeit ſeine Zuſtimmung zur Unterſchrift unter den Wahlaufruf gegeben, ohne den Inhalt gekannt zu haben. Ich erklärte, unter bewandten Umſtänden auf weitere Beſchwerde zu verzichten. Die Staatsanwaltſchaft hatte die Anklage gegen mich noch dahin ausgedehnt, daß ich die Angabe einer falſchen Druckfirma veranlaßt habe, und hatte neue Zeugen geladen, die aber nichts von Belang auszuſagen vermochten, ſo daß der Staatsanwalt die Anklage wegen Verletzung des Preßgeſetzes zurückzog. Ueber den Verlauf des Prozeſſes ſchrieb ich an meine Frau:

„Der Staatsanwalt wurde ſehr ausfallend gegen mich, und namentlich ſuchte er meinen Charakter anzugreifen und zu verdächtigen, ſo daß ich ihn mehrfach durch Zurufe unterbrach. Der Präſident rügte dieſes; wir ſeien hier nicht im Reichstag.

Als ich aber dann das Wort zur Entgegnung erhielt, leuchtete ich dem Staatsanwalt gehörig heim, ſo daß er vor Aufregung aufſprang und den Schutz des Präſidenten anrief. Der wurde ihm auch zuteil. Herr v. Mangoldt unterbrach mich drei- oder viermal und drohte mir ſogar, wenn ich weiter ſo fortfahre, das Wort zu entziehen und mich abführen zu laſſen. Ich ließ mich aber nicht einſchüchtern; ich ſagte mir, den Richtern gegenüber könne mir nur die entſchiedenſte Vertretung meines Standpunktes und meines guten Rechts helfen.

Mein Anwalt war über mein Benehmen ganz unglücklich; meine Rede koſte mich einen Monat mehr. Das beſtritt ich. Dieſe Herren vertreten meiſt die Anſicht, man müſſe ſich ducken, weil man in der Gewalt der Richter ſei. Nun, trotz ſeines milden Auftretens hatte ihn Herr v. Mangoldt einige Male in einer Weiſe unterbrochen, wie ich mir das nie und nimmer hätte gefallen laſſen. Der Verteidiger war in einigen Punkten gut, in einer Reihe anderer Punkte verlor er ſich derart in Spitzfindigkeiten, daß die Richter der Rede kaum noch folgten und das Gute ſeiner Ausführungen verwiſcht wurde. Ein Glück, daß ich nach ihm zu Wort kam, denn in dieſem Augenblick ſtanden die Karten ſchlecht für mich. Mir hörten die Richter ſofort mit großer Aufmerkſamkeit zu; ſie machten ſich auch eine Menge Notizen, ſo daß ich den Umſchlag der Stimmung förmlich ſehen und fühlen konnte. Der Staatsanwalt hatte genug bekommen; er verzichtete auf ein weiteres Wort. Nach halbſtündiger Beratung wurde das Urteil verkündet. Es lautete wegen Beleidigung des Bundesrats auf zwei Monate Gefängnis; von der Anklage der Majeſtätsbeleidigung wurde ich freigeſprochen. Der Kaiſer habe nach der Verfaſſung die Geſetze einfach zu verkünden, die Bundesrat und Reichstag in Uebereinſtimmung beſchloſſen hätten. Eine Mitwirkung bei dem Zuſtandekommen der Geſetze ſtehe dem Kaiſer nicht zu uſw."

Die Dresdener Parteigenoſſen, die ſich vor dem Gerichtsgebäude angeſammelt hatten, beglückwünſchten mich zu dem „milden Urteil". Die Mangoldtkammer ſtand bei ihnen wegen ihrer harten Urteile im ſchlechteſten Rufe. Erſt einige Monate zuvor hatte ſie den Parteigenoſſen Geyer wegen eines harm-

losen Satzes in einem Flugblatt auf § 131 hin zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Ich meldete gegen das Urteil die Revision an.

Das Jahr 1882 war in bezug auf gerichtliche Anklagen gegen mich „ein gesegnetes Jahr". Am 8. August stand ich abermals, und zwar in Gesellschaft Liebknechts und Hasenclevers, als Angeklagter vor dem Leipziger Landgericht. Es handelte sich um das Flugblatt, das wir drei nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend mit unserer Namensunterschrift veröffentlicht hatten. Der Staatsanwalt sah in unserer Behauptung, es habe sich bei der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes hauptsächlich darum gehandelt, unsere Wahlagitation möglichst zu verhindern, wiederum eine Verletzung des § 131. Wir hätten durch diese Behauptung eine Anordnung der sächsischen Regierung wider besseres Wissen verächtlich gemacht. Man sieht, der § 131 wurde damals der reine Kautschukparagraph. Außerdem hatte der Justizminister Herr v. Abeken noch eine Beleidigung des Bundesrats in dem Flugblatt gefunden, wegen der die Staatsanwaltschaft ebenfalls Strafantrag stellte. Vergebens machten wir geltend, daß die Angaben im Flugblatt unserer Ueberzeugung entsprächen; daß es eine Beleidigung für uns sei, anzunehmen, daß wir wider besseres Wissen Angaben gemacht hätten. Was wir behauptet, hätte ein großer Teil der Presse ebenfalls gesagt; auch sei im Wahlkampf in Dresden wiederholt die Behauptung zur Einschüchterung der Wähler aufgestellt worden: würde ich gewählt, so würde auch über Dresden der kleine Belagerungszustand verhängt. Und die offiziösen „Dresdener Nachrichten" hätten verkündet: nun ich nicht gewählt sei, bleibe Dresden vom kleinen Belagerungszustand verschont. Alles vergeblich. Das Urteil lautete gegen jeden von uns auf zwei Monate Gefängnis.

Eine dritte Gerichtsverhandlung fand wieder am 26. August gegen mich und noch zwei Parteigenossen (Kleemann und Goldhausen) statt, wobei es sich ebenfalls um ein Wahlflugblatt handelte: Vergehen gegen § 131 des Strafgesetzbuchs. Gegen mich mußte der Staatsanwalt die Anklage fallen lassen, weil

erwieſen wurde, daß nicht ich, ſondern Liebknecht der Verfaſſer war. Dieſer konnte aber nicht mehr belangt werden, weil mittlerweile Verjährung eingetreten war. Außerdem ſprach das Gericht auch die beiden Angeklagten frei, da es in dem Flugblatt keine Verletzung des § 131 entdecken konnte. Dem Zwickauer Landgericht gereichte dieſe Unabhängigkeit des Urteils nicht zum Vorteil. Herr v. Abeken ließ das übernächſte Jahr Herrn v. Mangoldt zum Präſidenten des Landgerichts ernennen.

Totgesagt.

Das zigeunernde Leben, das ich seit März mit sehr kurzen Unterbrechungen geführt, nebst all den Aufregungen, die ich erlebt, hatten meine Gesundheit geschwächt. Unmittelbar nach der Zwickauer Gerichtsverhandlung brach ich an einem schweren Magenkatarrh zusammen, der mich nötigte, das Bett aufzusuchen und ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen. Sobald meine Frau dies erfuhr, eilte sie zum Kreishauptmann und bat, meine Ueberführung nach Leipzig in ihre Pflege zu gestatten. Das Gesuch wurde bewilligt. Der Polizeiarzt, den man mir sofort ins Haus schickte, bestätigte nicht nur meine Erkrankung, er veranlaßte auch, daß mein Urlaub, in Leipzig zu bleiben, um eine Woche verlängert wurde. Ich siedelte dann nach Borsdorf über und entdeckte dort ein Haus, das auch Liebknecht ermöglichte, seine enge Zimmerwohnung zu verlassen und größere Räume zu beziehen. Wir wohnten von jetzt ab in der gleichen Etage, er hatte drei, ich zwei Räume inne.

Die Nachricht von meiner Erkrankung war auch in die Auslandspresse gedrungen. Eines Tages war ich nicht wenig überrascht, als zu ungewöhnlicher Zeit meine Frau nach Borsdorf kam und, als sie mich sah, in die Worte ausbrach: „Dieses Glück, du lebst also noch!“ Auf meine verwunderte Frage, wie sie zu diesem Ausruf komme, berichtete sie, sie hätte in aller Frühe zwei Depeschen erhalten. Die eine vom Deutschen Verein in Paris, in der man ihr zu meinem Tode kondoliert habe, die andere aus London, in der man vorsichtigerweise anfrug, ob die Nachricht von meinem Tode auf Wahrheit beruhe. Auch sei bereits in aller Frühe die Polizei im Hause gewesen und habe sich erkundigt, ob jemand im Hause gestorben sei. Sie hegte offenbar den Glauben, ich wohnte heimlich in Leipzig. Die Nachricht von meinem Tode war auch nach den Vereinigten Staaten gesandt worden und hatte unsere New Yorker Parteigenossen veranlaßt, eine von Tausenden besuchte Totenfeier zu veranstalten, in der Vahlteich die Gedächtnisrede hielt. Mich

amüsierte dieser Vorgang ungemein, aber Vahlteich war, als er die Wahrheit erfuhr, sehr ärgerlich und machte mir Vorwürfe, daß ich sie von meinem Lebendigsein nicht unterrichtete. Ich antwortete, ich hätte doch nicht wissen können, daß sie die Nachricht erhalten hätten und glaubten.

Der Todesnachricht folgte namentlich in der französischen Presse eine große Zahl von Nekrologen, aus deren Inhalt ich zum Teil lernte, wie manchmal Geschichte gemacht wird. So enthielt zum Beispiel der „Phare de Loire“ einen längeren Nekrolog, in dem der Verfasser erzählte: er habe mich in Livorno an der Mittagstafel kennen gelernt. Wir seien dann zusammen nach Florenz und Rom gereist und von dort nach Caprera, der durch Garibaldis Aufenthalt berühmt gewordenen Ziegeninsel, um diesen zu besuchen. An der ganzen Darstellung war kein wahres Wort. Ich hatte zu jener Zeit noch nie einen Fuß auf italienischen Boden gesetzt. Ob der Erzähler von jemand mystifiziert worden war, der sich für mich ausgab? Das kann sein. So erhielt ich zum Beispiel in den neunziger Jahren eines Tages eine Fremdenliste der Insel Borkum zugesandt, worin ich als Gast eines bestimmten Hotels aufgeführt wurde. Ich war nie dort.

Engels schrieb mir darüber am 23. September:

„Lieber Bebel!

Wir haben Deinetwegen einen schönen Schrecken ausgestanden. Gestern vor acht Tagen, Freitag c. kamen abends 10 Uhr zwei Leute vom Verein zu mir: ob es wahr sei, was im „Citoyen“ schon in zwei Nummern (mit Nekrolog) gestanden, daß Du gestorben seist. Ich erklärte es für höchst unwahrscheinlich, konnte aber nichts Bestimmtes sagen. Da ich einen langweiligen Menschen bei mir sitzen hatte, der nicht gehen wollte, obwohl ich kein Wort mehr sprach, konnte ich erst nach 11 zu Tussy Marx laufen, fand sie noch auf. Sie hatte die „Bataille“, ebenfalls mit Nekrolog — ohne alle Quellenangabe für die Nachricht, die aber für zweifellos galt. Also allgemeine Bestürzung. Das größte Unglück, das der deutschen Partei passieren konnte, wenigstens sehr wahrscheinlich. Daß englische Blätter nichts gebracht, in

dem Aegyptenjubel, war nur zu begreiflich. Nun kommt auch Samstag abend mein „Sozialdemokrat“ nicht an, was wohl passiert. Glücklicherweise finde ich am Sonntag morgen, daß Tussy den ihrigen erhalten und dessen Inhalt die Nachricht höchst unwahrscheinlich macht. Deutsche Blätter in Cafés nachzusehen, war von vornherein aussichtslos, da sie tagtäglich erneuert werden. Und so blieben wir in quälender Ungewißheit, bis endlich Montag abend die „Justice“ ankam mit offizieller Ableugnung.

Marx ging's geradeso. Er war in Vevey am Genfersee und las die Geschichte im reaktionären „Journal de Genève“, das sie natürlich als zweifellos erzählte. Er schrieb mir noch denselben Tag in höchster Bestürzung. Sein Brief kam gerade denselben Montag abend an, und ich konnte ihm noch mit der Frühpost die frohe Nachricht bringen, daß alles erlogen.*

Nein, alter Bursche, so jung darfst Du uns nicht abkratzen. Du bist zwanzig Jahre jünger als ich, und nachdem wir noch manchen lustigen Kampf zusammen ausgekämpft, bist Du verpflichtet, am Steuer zu bleiben, auch wenn ich meine letzte Grimasse geschnitten. Und da die Totgesagten am längsten leben sollen, so bist Du wohl jetzt zu einem recht langen Leben verdonnert.“

Ich antwortete:

Nachdem ich gesehen, wie wert ich den Freunden und Gesinnungsgenossen sei, lege mir das die Pflicht auf, nun erst recht zu leben und meine Schuldigkeit zu tun.... „Einstweilen habe ich einen Pakt mit dem Sensenmann auf weitere vierzig Jahre geschlossen, ich denke, daß diese Zeit reicht, nicht nur um den Zusammenbruch des Alten zu erleben, sondern auch noch ein Stück vom Neuen zu genießen.“ Zweiunddreißig Jahre sind vergangen, seit ich dieses schrieb, aber die noch fehlenden acht Jahre sind die schwersten, es schaut nicht danach aus, als durchlebte ich sie.

* Im Marx-Engelsschen Briefwechsel ist der Marxsche Brief veröffentlicht. Es heißt darin über Bebels Tod: „Es ist entsetzlich, das größte Unglück für unsere Partei! Er war eine einzige Erscheinung innerhalb der deutschen (man kann sagen, innerhalb der europäischen) Arbeiterklasse.“ D. H.

Im sächsischen Landtag 1881 bis 1882.

Der Landtag wurde in jenem Jahre ausnahmsweise schon am 1. September eröffnet, um das fünfzigjährige Jubiläum der Verfassung feiern zu können. Nach Konstituierung des Landtags begannen die Verhandlungen mit der Beratung einer Adresse an den König, die Liebknecht und mir die erwünschte Gelegenheit gab, das ganze Regierungssystem einschließlich der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend einer scharfen Kritik zu unterziehen. Ich hatte dabei der Regierung vorgeworfen, sie habe sich durch die preußische Regierung zu der Maßregel drängen lassen. Das bestritt Herr v. Nostiz-Wallwitz. Die Regierung habe aus eigener Entschließung gehandelt und werde weiter so handeln. Eine Entgegnung wurde durch Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte abgeschnitten, ein Mittel, das von jetzt ab fleißig gegen uns in Anwendung kam.

Wir entschlossen uns nunmehr zu einer Interpellation, die lautete: Welche Gründe bestimmten die Königliche Regierung, über das Gebiet der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig den sogenannten kleinen Belagerungszustand zu verhängen? Die Regierung entzog sich vorläufig der Beantwortung, indem sie am 6. September eiligst den Landtag vertagte, damit, wie die „Dresdener Nachrichten" ausplauderten, die sozialistischen Abgeordneten nicht vor den allgemeinen Reichstagswahlen Brandreden halten könnten.

Solcherart waren die „großen Gesichtspunkte", nach denen zu jener Zeit in Sachsen regiert wurde, und in dieser Auffassung begegnete sich die übergroße Mehrheit der Kammer mit der Regierung.

Nach dem noch jetzt geltenden Gesetz setzt sich die Zweite Kammer zusammen aus Vertretern der Wahlkreise der Städte und des platten Landes, eine Scheidung zwischen Stadt und Land, nirgends weniger angebracht als in dem industriell hochentwickelten Sachsen. Aber viele Jahrzehnte lang hatte diese

Trennung von Stadt und Land für die Regierung den Vorteil, daß sie sich, durch eine entsprechende Wahlkreiseinteilung unterstützt, eine konservative Mehrheit sicherte. Freilich, uns gegenüber bildete die Kammer mit ein paar Ausnahmen eine einzige reaktionäre Masse, stets bereit, alles, was von uns kam, kritiklos zurückzuweisen, und alles, was gegen uns ging, gutzuheißen. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach konnte es nicht anders sein. Einen sehr erheblichen Bruchteil der Kammer bildeten die ländlichen Abgeordneten, deren politischer Blick über die Grenzen ihres Wahlkreises kaum hinausreichte, Leute, die von dem Wollen der Sozialdemokratie die lächerlichsten Vorstellungen hatten. Ihnen schlossen sich an eine Anzahl Bürgermeister der kleinen Städte, die in einem spießbürgerlichen Milieu lebten und danach dachten. Den Rest der Abgeordneten bildeten eine Anzahl Regierungsbeamte, einige Fabrikanten und ein größerer Teil Juristen. Mit wenigen Ausnahmen war die Kammer im engherzigsten, sächsischen Partikularismus befangen, wobei sich die sogenannten fortschrittlichen Abgeordneten von den Konservativen nicht unterschieden. In einer solchen Kammer zu sitzen, war mir nicht einen Tag ein Genuß, nur das Pflichtgefühl gegen die Partei hielt mich in ihr fest und die Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit ein System zu brandmarken, das ich aus tiefster Seele haßte.

Ich glaube, die Minister haben manchmal im stillen bereut, daß sie den kleinen Belagerungszustand über Leipzig verhängten und so mich veranlaßten, ein Landtagsmandat anzunehmen.

Zur Vervollständigung des Bildes muß ich noch anführen, daß mir in Dresden zweimal die Wohnung gekündigt wurde, weil nach dem eigenen Geständnis der Mietsleute die Polizei sie dazu gedrängt habe. Ein Geschick, das auch Vollmar begegnete, als er zwei Jahre später in den Landtag eintrat. Borniertheit und Feindseligkeit ringsum.

Nach dem Wiederzusammentritt der Kammer Anfang November kam unsere Interpellation zur Verhandlung. Mir fiel die Begründung zu, die einen Sturm der Entrüstung in der Kammer und auf der Ministerbank hervorrief und mir mehrere Ordnungsrufe einbrachte. Als ich eine Anzahl Fälle von roher

und gesetzwidriger Behandlung Ausgewiesener durch die Polizeiorgane vortrug, lachte die Mehrheit, worauf ich ihr zurief: „Wenn solche Vorkommnisse der Kammer nicht die Schamröte ins Gesicht treiben, weiß ich nicht, was noch geschehen müßte."

Mir antwortete Herr v. Nostitz-Wallwitz, der, wie schon erwähnt, bei dieser Gelegenheit den traurigen Mut hatte, zu erklären, daß er meine Wahl, ohne mit dem Gesetz in Widerspruch zu kommen, für ungültig hätte erklären können. Des weiteren stellte er die unsinnige Behauptung auf, man habe in den Beratungen der Leipziger Sozialdemokratie die Frage erörtert, welche Personen eventuell beseitigt werden müßten. Das war offenbar eine lügnerische Behauptung der Berliner Polizeispitzel in Leipzig, die der Minister als glaubwürdig akzeptierte. Diese Behauptung war genau so glaubwürdig wie die andere, die nachher in den offiziösen Zeitungen zur Begründung für den Leipziger Belagerungszustand erschien: bei Beratung des (Heinrichschen) Organisationsplans sei die Eventualität einer allgemeinen Erhebung für den Fall in Betracht gezogen worden, daß man das Asylrecht und andere Freiheiten in der Schweiz aufhebe. Konnte man Blödsinnigeres dem lieben Publikum zumuten?

Eine Antwort auf die ministeriellen Ausführungen wurde uns wiederum durch die Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte unmöglich gemacht. Daß die Kammer damit die Schwäche der Regierung und ihre eigene zugleich zugab, ging über ihren Horizont. Dafür aber bekam der Minister des Innern am 17. November über seine Ausführungen wegen meiner Wahlfähigkeit die gebührende Antwort, und Otto Freytag beteiligte sich bei dieser Abrechnung.

Liebknecht, in dessen Wahlkreis überwiegend Bergarbeiter wohnten, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eine dringende Reform des Knappschaftskassenwesens durchzusetzen. Ueber seinen Antrag kam es am 21. Dezember zu einer großen Debatte. Der Antrag wurde einer Deputation — im sächsischen Landtag werden die Kommissionen Deputationen genannt — überwiesen, die schließlich vorschlug, unseren Antrag der Regierung

als Material zu überweisen. Dagegen stellte sie selbst einen Antrag, wonach die Regierung ersucht wurde, in der nächsten Session des Landtags geeignete Vorschläge zu einer Reform des Knappschaftswesens dem Landtag zu unterbreiten. Beide Anträge wurden angenommen, die von uns aufgedeckten Mißstände im Knappschaftswesen konnte der Landtag nicht mehr länger bestehen lassen.

In einer Sitzung Ende Januar 1882 führte ich lebhafte Beschwerde über die Handhabung der Justiz. Die Staatsanwälte gingen mit der Erhebung von Anklagen und die Richter mit der Verhängung der Untersuchungshaft in mißbräuchlichster Weise vor. In Dresden seien in einem Zeitraum von achtzehn Monaten über neunzig Parteigenossen in Untersuchungshaft genommen worden. Die gesamte Untersuchungshaft habe sich auf sechs Jahre fünf Monate belaufen. Von den Verhafteten seien nur dreiundzwanzig, also ein Viertel, verurteilt worden, und zwar insgesamt zu acht Jahren zwei Monaten und sechzehn Tagen Gefängnis. Die Richter hätten im ganzen nur neun Monate Untersuchungshaft bei Verhängung der Strafhaft angerechnet. Unter den aus der Untersuchungshaft und von der Anklage Entlassenen oder Freigesprochenen seien zwölf Fälle, bei denen die unschuldig erlittene Untersuchungshaft sich durchschnittlich auf zweiundfünfzig Tage pro Kopf belaufen habe. Es sei aber auch Untersuchungshaft von achtzehn, vierzehn, zwölf und elf Wochen vorgekommen. Es habe sich um lauter leichte Anklagen gehandelt, bei denen das Strafmaß nur in zehn Fällen über sechs Wochen hätte hinausgehen können, in keinem Falle aber mehr als drei Monate betragen habe. Es sei offenbar, daß in diesen Prozessen richterliche Voreingenommenheit und Parteileidenschaft in Frage gekommen seien. Einer der Angeklagten hatte aus Verzweiflung im Gefängnis Selbstmord durch Erhängen verübt, ein anderer, der nach achtzehnwöchiger Untersuchungshaft freigesprochen werden mußte, war dem Verfolgungswahn verfallen und ertränkte sich in der Elbe. In dem schon anläßlich der Freiberger Wahl erwähnten Falle Sch. hatte der Staatsanwalt erklärt, er wolle nicht verhehlen, daß er Sch. nicht verhaftet hätte, wäre er kein Sozialdemokrat.

Der Zutreiber in allen diesen Prozessen war der Polizeikommissar Paul.

Am 9. Februar machte der Justizminister, Herr v. Abeken, den Versuch, meine Anklagen richtigzustellen. Ich antwortete ausführlich. Darauf erklärte der Präsident plötzlich die Debatte für geschlossen. Herr v. Abeken war im Gegensatz zu seinem Kollegen, dem Minister des Innern, ein kleiner hagerer Mann mit einem kalten, fanatischen Gesicht. Ich bezeichnete ihn den Parteigenossen als ein Gegenstück zum Großinquisitor der spanischen Inquisition, Torquemada. In dessen Zeitalter hätte er gepaßt. Ein äußerst scharfsinniger Jurist, aus dessen ohne Tonfall mit einer scharfen, trockenen Bureaukratenstimme vorgetragenen Reden man nur an einem leisen Beben die innere Erregung heraushörte, verteidigte er mit äußerster Konsequenz die Taten seiner Staatsanwälte und Richter. Er wirkte damit im höchsten Grade unheilvoll auf die Justiz seines Landes ein, wie denn für einen erheblichen Teil der Anklagen gegen uns der Justizminister der Anreger war.

In der erwähnten Sitzung hielt auch Liebknecht eine lange Anklagerede, die mit zahlreichen Tatsachen gespickt war und ihm mehrere Ordnungsrufe einbrachte. Ich unterstützte Liebknecht, aber die Annahme des Debatteschlusses verhinderte ein weiteres Vorgehen.

Ein anderer Gegenstand des Angriffs für uns war der Polizeietat der Stadt Dresden, den das Land zu bezahlen hat. In demselben waren unter großer Anerkennung seiner Tätigkeit dem Polizeikommissar Paul jährlich sechshundert Mark persönliche Zulage ausgeworfen worden, bei der Lebensweise Pauls ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dieser Kämpfer für Sitte und öffentliche Ordnung, für Ehe, Familie, Religion und Eigentum war einer der gewissenlosesten Menschen, die es geben konnte. Er war ein Trunkenbold, ein Generalschuldenmacher, der sich Nacht für Nacht in den in Dresden geduldeten Bordellen umhertrieb und jeder Bestechung zugänglich war. Ein Sozialistenverfolger aus Sport, der wußte, daß er damit in den Augen seiner Vorgesetzten viele seiner Sünden zudeckte, aber schließlich, gegen Ende des Sozialistengesetzes, zum

Selbstmord greifen mußte, da die Staatsanwaltschaft genötigt war, ihn wegen begangener Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen.

Paul hatte sich namentlich auch bei den verflossenen Reichstagswahlen in Dresden wie ein Wüterich benommen. Am Abend der Wahl, den 19. November, drang er, total betrunken, in den Max Kayserschen Tabakladen und in die Restauration von Peters und schlug mit seinem Stock auf das Publikum ein. Auf dem Marktplatz kam es unter seiner Führung zu Gewalttaten der Polizei, die, als das Publikum dagegen protestierte, zu Aufruhrprozessen und schweren Verurteilungen führten.

Die Sitzung, in der wir diese Vorgänge zur Sprache brachten, war die längste und eine der stürmischsten im Landtag.

Eine andere Angelegenheit, die schließlich auch noch den Reichstag beschäftigte, war die Willkür, mit der die sächsische Regierung von dem ihr zustehenden Ausweisungsrecht gegen politisch bestrafte Personen Gebrauch machte. Sie ging hierbei so weit, daß selbst Polizeistrafen dazu dienen mußten, Ausweisungsbefehle zu rechtfertigen. In jener Zeit waren es nicht weniger als drei sächsische Abgeordnete, die von Ausweisungen auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1834 betroffen wurden, Kayser, Liebknecht und Vollmar. Wir beantragten, spätestens dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch für die den Polizeibehörden verbliebene Befugnis zu Ausweisungen feste, das bloße Ermessen ausschließende und die Freiheit der Person und das Freizügigkeitsrecht möglichst sichernde Normen aufgestellt würden. Wir hielten uns in diesem Antrag an einen ähnlichen, der schon in den siebziger Jahren von der Kammer angenommen worden war. Die Begründung dieses Antrags fiel mir zu. Ich wies auf die Fälle von Ausweisungen politisch bestrafter Personen hin, die in der letzten Zeit vorkamen, von denen vier geborene Sachsen, vier sogenannte „Fremdlinge" waren, als welchen der Minister Liebknecht und mich in der Sitzung vom 5. September bezeichnet hatte. Wer nicht auf dem geheiligten Boden Sachsens geboren war, war bei ihnen nicht vollwertig, was trotzdem nicht hinderte, daß auch die in seinen Augen vollwertigen Landeskinder, sobald sie Sozial-

demokraten waren, schikaniert und drangsaliert wurden. Ich wies ferner nach, daß die Ausweisungen mit dem Freizügigkeitsgesetz in Widerspruch standen, und daß der Minister selbst früher zugegeben habe, daß die Ausweisungen einer anderen, gesetzlichen Basis bedürften. In der Antwort des Ministers gab dieser wieder die Erklärung ab, daß, wenn es uns im Lande nicht gefiele, wir von der Freizügigkeit möglichst ausgedehnten Gebrauch machen sollten, eine Bemerkung, die die Kammer mit wieherndem Gelächter aufnahm. Er bekam von mir die gebührende Antwort.

Wir hatten verlangt, daß unser Antrag der Schlußberatung unterstellt würde, was nach der Geschäftsordnung zulässig war. Die Kammer lehnte den Antrag ab und beschloß, ihn der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen. Das hieß: der Antrag wird begraben, denn der Schluß des Landtags stand bevor.

Dies veranlaßte mich, unter dem 21. Oktober 1882 an den Reichstag eine Petition zu senden, in der ich die Ausweisungsmethode der sächsischen Regierung einer gründlichen Kritik unterzog und beantragte, der Reichstag wolle durch eine Deklaration des Absatzes 1 § 3 des Gesetzes über die Freizügigkeit und auf Grund der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Begriff der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen aussprechen, daß die Auslegung, die die Königlich sächsische Regierung dem Absatz 2 des § 19 des sächsischen Heimatgesetzes vom 26. November 1834 gebe, im Widerspruch stehe mit den in Frage kommenden Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes und des Strafgesetzbuches, und also eine Verletzung der bezüglichen Reichsgesetze enthalte; 2. daß Absatz 4 des § 17 des sächsischen Heimatgesetzes durch die §§ 3 und 12 des deutschen Freizügigkeitsgesetzes aufgehoben sei. Eventuell sollte der Reichstag eine Aenderung des Freizügigkeitsgesetzes, § 3, beschließen, wonach Ausweisungen, wie sie in Sachsen vorkämen, künftig unmöglich gemacht würden.

Ich hatte meiner Petition die stenographischen Verhandlungsberichte über die Sitzung vom 21. Februar beigefügt und beides in Separatdruck an die Mitglieder des Reichstags verteilen lassen.

Aus dem ausführlichen gedruckten Bericht, den die Petitionskommission des Reichstags an das Plenum erstattete, ging hervor, daß die sächsische Regierung für ihre Auffassungen in der Petitionskommission auch nicht eine Stimme der Unterstützung fand, obgleich der Kommission mehrere sächsische Abgeordnete angehörten, so unter anderen mein Nachfolger im Dresdener Reichstagsmandat, der Oberbürgermeister Stübel. Einstimmig empfahl die Kommission dem Plenum, zu beschließen, dem Reichskanzler die Petition mit dem Ersuchen zu überweisen, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, nötigenfalls durch die Vorlage eines darauf bezüglichen Reichsgesetzes, um das sächsische Heimatgesetz vom 26. November 1834 respektive dessen Handhabung mit dem Reichsgesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 in Einklang zu bringen.

Ich konnte mit dem Erfolg zufrieden sein.

Der erste Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht

vom 10. bis 21. Oktober 1881.

Das Sozialistengesetz hat den Anarchismus verschuldet, erklärte am 8. Mai 1884 der nationalliberale Abgeordnete Freiherr v. Stauffenberg im Reichstag bei der Beratung der Verlängerung des Sozialistengesetzes. Denselben Gedankengang, nur in noch weit ausführlicherer Weise und gestützt auf zahlreiche Tatsachen, enthält der Bericht des Generalstaatsanwalts über die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz, Mai 1885. Damit wurde nur bestätigt, was wir vorher im Reichstag wiederholt nachdrücklich erklärt hatten.

Der Anarchismus war vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes ein in Deutschland fast unbekanntes Gebilde. Es gab wohl einzelne Anhänger desselben, aber nicht in nennenswerter Zahl. Einen größeren Anhang, aber immer noch keinen erheblichen, erlangte er erst, sobald das Sozialistengesetz verhängt wurde und Most vom Jahre 1880 ab in der „Freiheit" begann, den Anarchismus in seiner gewalttätigsten Form zu propagandieren. Die Erbitterung, die das Gesetz geschaffen, war ein geeigneter Boden dafür, und diese Erbitterung wuchs durch die brutalen Maßnahmen zahlreicher Polizeibehörden, die darauf berechnet schienen, die Betroffenen zu Gewalttätigkeiten anzureizen. Daß sie ohne das Sozialistengesetz nie zum Anarchismus gekommen wären, gestanden in dem zur Erörterung stehenden Prozeß auch mehrere Angeklagte selbst zu.

Aber die Machtmittel, die das Gesetz der Polizei in die Hände gab, wurden für viele Beamte ein Reizmittel, sich als Staatsretter aufzuspielen. Die großen Geheimfonds, die namentlich in Preußen schon allein durch den Reptilienfonds zur Verfügung standen, ließen es auch bald genug als ein profitables Geschäft erscheinen, Verschwörungen anzuzetteln und Fanatisierte anzustiften, ihrem Haß gegen die Gewalthaber

durch Attentatsversuche Befriedigung zu verschaffen. Tatsache ist, daß bei all den Attentatsversuchen und Attentaten, die sich in den Jahren 1881 bis 1886 und noch später zutrugen, Polizeiagenten ihre Hände im Spiele hatten und die Anreger waren. Gelang es alsdann im geeigneten Augenblick, die Verschwörer aufzuheben und zur gerichtlichen Verantwortung zu bringen, dann erschien die Polizei in der Gloriole der Staats- und Gesellschaftsretter, sie hatte ihre Unentbehrlichkeit, ja ihre Notwendigkeit erwiesen, und es regnete Lob, Belohnungen und Ehrungen.

Der Prozeß, der sich gegen den Schuhmacher Breuder aus Frankfurt a. M., den Schriftsteller Viktor Dave aus London, den Metallschläger Albert Lichtensteiger aus Lechhausen bei Augsburg und weitere elf Angeklagte aus Frankfurt a. M., Darmstadt und Berlin richtete, in dem sich die Angeklagten wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Verletzung der §§ 110, 112, 128, 129 und 130 des deutschen Strafgesetzbuches und § 19 des Sozialistengesetzes verantworten sollten, wurde typisch für alle späteren Hochverrats- und Anarchistenprozesse.

Der Polizeirat Rumpf in Frankfurt a. M. empfand das Bedürfnis, sich einen bezahlten Provokateur zuzulegen, der die Aufgabe haben sollte, mit den in Frankfurt a. M. und Umgegend vorhandenen Anarchisten anzuknüpfen, um sie der Staatsanwaltschaft zu überliefern, aber auch, um ein Attentat gegen Rumpf selbst vorzubereiten, damit dieser sich bei seinen Vorgesetzten als einen Mann empfehle, dessen staatsretterischer Eifer ihn bei den Anarchisten als einen ganz gefährlichen Verfolger erscheinen ließ. Der Gefängnisinspektor Weidemann, der, wie er im Prozeß selbst aussagte, sich Rumpf zu Dank verpflichtet fühlte, empfahl ihm als geeignetes Subjekt den wegen Unterschlagung in Haft befindlichen Schneider Horsch. Dieser, ein armer Teufel, der eine zahlreiche Familie besaß, ließ sich gegen eine Entschädigung von zehn bis zwanzig Mark pro Woche von Rumpf in Dienst nehmen.

Zunächst sollte Horsch festzustellen suchen, wer die Hersteller und Verbreiter eines im Oktober 1880 in Frankfurt verbreiteten Flugblattes: „Die reaktionäre Sozialdemokratie“ gewesen seien,

das auch in Berlin und anderwärts verbreitet worden war. Um sich in das Vertrauen der Anarchisten einzuschleichen, abonnierte er mit Polizeigeld die „Freiheit" und verbreitete dieselbe unter den Anarchisten. Auch regte er im Einverständnis mit Rumpf bei seinen Freunden an, ein Attentat auf den Polizeirat zu unternehmen, das der Schuhmacher Breuder ausführen sollte. Er sollte dem Polizeirat auf einem seiner Spaziergänge ein Fläschchen Säure ins Gesicht gießen. Horsch selbst besorgte diese Säure und brachte sie nebst verbotenen anarchistischen Flugschriften und Platten zum Druck solcher Schriften von Darmstadt nach Frankfurt. Ebenso war Horsch bemüht, im Sinne der Mostschen Anweisungen Gruppen zu fünf Personen zu bilden, die getrennt voneinander die Pläne durchzuführen hatten.

Selbstverständlich wurden die Verschwörer nebst einer Anzahl ihrer Genossen rechtzeitig verhaftet und nach Berlin überführt, wo sich bereits mehrere der Anarchisten in Untersuchung befanden, die der aus dem Hödel- und Nobilingprozeß bekannte Stadtrichter Hollmann leitete, der sich zu diesem Amte eine ganz besondere Befähigung angeeignet zu haben schien. Um die gewünschten Geständnisse zu erhalten, wurden mit Wissen Hollmanns andere Gefangene in die Zellen der Verhafteten gelegt, um diese auszuhorchen. Um die Angeklagten weiter zu täuschen, verhaftete Rumpf auch Horsch, damit seine Genossen in dem Glauben blieben, es in Horsch mit einem ehrlichen Menschen zu tun zu haben. Als aber der Reichsanwalt erfuhr, daß Horsch Polizeiagent sei, setzte er ihn in Freiheit. Einer der den Verhafteten beigegebenen Spione gab nachher im Zeugenverhör die Erklärung ab, daß er sechsmal aus dem Gefängnis geführt worden sei, um Kassiber der Angeklagten hinauszubringen, die stets abgefaßt wurden. Auch habe der Polizeikommissar, Graf Stillfried, ihm tausend Mark Belohnung in Aussicht gestellt, wenn es ihm gelang, die Angeklagten hineinzulegen. Ferner habe ihm der Untersuchungsrichter Hollmann in Aussicht gestellt, ein Gnadengesuch zu befürworten, falls er durch seine Tätigkeit in diesem Prozeß als Zwischenträger verurteilt werden sollte. In der Verhandlung kamen auch zwei

kompromittierende Briefe Rumpfs an Hollmann zur Kenntnis. In dem einen schrieb Rumpf: „Ich glaube nicht, daß es rätlich sein dürfte, Horsch als Zeuge zu vernehmen, weil dann sein Verrat klar zutage treten würde, was für ihn verderblich und für mich mindestens nicht erwünscht sein dürfte."

„Ich glaube, Euer Wohlgeboren die Entscheidung zu überlassen, da das, was geschehen ist, lediglich im Interesse des Staates und zur wirksamen Bekämpfung des Sozialismus geschehen ist, und da ich für meine Pflicht gehalten, mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln das Ziel zu erreichen. Der Erfolg hat dieses Streben gerechtfertigt."

In dem anderen Brief an Hollmann schrieb Rumpf: „Ich halte es im öffentlichen und staatlichen Interesse für unbedingt nötig, daß die zur Erzielung des Resultats angewandten Mittel nicht bekannt werden", die ihn aufs schwerste bloßstellten und die schuftige Rolle enthüllten, die er gespielt hatte.

Und einer der Rechtsanwälte gab auch dem Untersuchungsrichter einen Denkzettel, indem er in seiner Verteidigungsrede zugunsten der Angeklagten äußerte: Es sei kein Zweifel, daß Herr Hollmann, den er für einen sehr guten Untersuchungsrichter nach der alten Inquisitionsschule halte, auf das Geständnis eingewirkt habe.

Nach neuntägiger Verhandlung wurde die Mehrzahl der Angeklagten verurteilt. Unter anderen erhielt Breuder zweieinhalb Jahre, Peschmann zwei Jahre, Dave zweieinhalb Jahre, Kristupeit zwei Jahre, Lichtensteiger ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus mit den üblichen Nebenstrafen.

Neben den Breuder und Genossen hätte von Rechts wegen auch der Haupturheber der Verbrechen, Schneider Horsch, auf die Anklagebank gehört, aber von Rechts wegen auch der Polizeirat Rumpf und der Untersuchungsrichter Hollmann, der sich Handlungen hatte zuschulden kommen lassen, die sich mit dem Strafgesetzbuch nicht vereinbaren ließen. Der Prozeß machte in der Oeffentlichkeit das peinlichste Aufsehen. Die Anarchisten aber schworen Rache, und sie führten sie aus.

Am 13. Januar 1885 wurde abends 8 Uhr der Polizeirat Rumpf sterbend im Vorgarten eines Hauses aufgefunden. Es

war ihm durch zwei Messer- oder Dolchstiche das Herz durchbohrt worden. Der Mord machte ungeheures Aufsehen, die erschreckten Behörden setzten zehntausend Mark aus als Belohnung für die Entdeckung des Mörders. Wenige Tage nach dem Mord wurde in Hockenheim bei Mannheim der Schuhmacher Julius Lieske aus Zossen als der Tat verdächtig durch einen Gendarmen verhaftet. Als der Gendarm ihn verhaften wollte, schoß Lieske auf ihn, ohne ihn zu verletzen. Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft wurde Lieske vom Frankfurter Schwurgericht wegen Totschlagversuchs an dem Gendarmen und wegen Ermordung Rumpfs zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und zum Tode verurteilt, und das Todesurteil wurde vollstreckt. Die Verurteilung zum Tode erfolgte auf bloße Indizien hin, da Lieske hartnäckig leugnete, die Tat begangen zu haben.

Bezeichnend für die Stimmung der Frankfurter Bürgerschaft nach der Ermordung Rumpfs war, daß sie sich bei der Beerdigung demonstrativ von dem Trauergeleite fernhielt. Dieses bestand ausschließlich aus Beamten.

Unstimmigkeiten.

Es ist unvermeidlich, daß in einer Partei, sei sie auch noch so geschlossen und in ihrer persönlichen Auffassung einig, im Laufe des Kampfes Meinungsverschiedenheiten entstehen und sich Gegensätze herausbilden. Es gibt keine Partei, die dergleichen Erfahrungen nicht gemacht hätte oder macht. Die Sozialdemokratie macht darin keine Ausnahme.

Parteien, die in der Macht sind und ihre Machtstellung gegen Angriffe zu verteidigen haben, sind geschlossener als solche, die um die Eroberung der Macht kämpfen. Bei diesen letzteren entstehen leicht Meinungsverschiedenheiten über die zu beobachtende Taktik, über Fragen wie die, in welcher Weise und mit welchen Mitteln man zu kämpfen habe, wie weit man dem Gegner entgegenkommen könne oder solle, welche Wirkung auf den Gegner die eine oder andere Kampfmethode ausüben werde und welchen Erfolg die eine oder andere zeitige.

Aber die Wahl der Kampfmethode ist keine freie; sie wird beeinflußt durch die Kampfweise und Machtmittel des Gegners, die den Angreifer zwingen, zu kämpfen nicht wie er will, sondern wie er muß. Darüber entstehen alsdann Meinungsverschiedenheiten, die durch Temperament und Charakter der einzelnen, die verschiedenartige Auffassung der allgemeinen Lage und der eigenen Partei zu Reibungen und Meinungskämpfen führen.

Solche Meinungskämpfe sind in der Sozialdemokratie vorgekommen, solange sie besteht, und sie werden bleiben, solange die Partei lebt, dabei allerdings nach den Umständen ihren Charakter ändern. Sollen aber solche Meinungskämpfe innerhalb einer Partei zu ihrem Nutzen verlaufen, so ist die erste Bedingung eine freie Aussprache der Meinungen, die einen Ausgleich der gegensätzlichen Auffassung herbeiführen kann.

An der Möglichkeit einer solchen offenen Aussprache, die Lebensluft für eine demokratische Partei ist, fehlte es aber unter dem Sozialistengesetz in hohem Grade. Die Kongresse, die immer

erst in langen Zwischenräumen und unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten stattfinden konnten, genügten allein nicht; auch die Konferenzen, die zeitweilig unter den führenden Genossen abgehalten wurden, waren nur ein Notbehelf. Ihre offene Ausfechtung im Parteiorgan war aber sehr schwierig und bedenklich, weil man dabei den Gegner in die Karten sehen lassen mußte. So erklärt es sich, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Partei zeitweilig einen unangenehmen Charakter annahmen und auf beiden Seiten zeitweilig der Glaube entstand, es werde zu einer Spaltung kommen.

In die Oeffentlichkeit drang von diesen Meinungsverschiedenheiten nur wenig, aber unzweifelhaft war, daß, falls es zu erregten, öffentlichen Erörterungen gekommen wäre, die ungeheure Mehrheit der Parteigenossen jeden Versuch, eine Spaltung hervorzurufen, zurückgewiesen hätte.

Ich habe angeführt, wie schon die Gründung des „Sozialdemokrat" unter den führenden Genossen nicht mit allgemeiner Sympathie begrüßt wurde. Auch die Haltung des Blattes wurde von einem Teil derselben fortgesetzt unliebsamer Kritik unterzogen; einzelne traten dem Blatt sogar direkt feindselig gegenüber und rührten für seine Verbreitung keinen Finger. Das hielt aber die Masse der Genossen nicht ab, ihre volle Schuldigkeit für das Blatt zu tun. Die Unzufriedenheit mit der Haltung des „Sozialdemokrat" wurde bei den charakterisierten Elementen größer, als Bernstein die Redaktion übernommen hatte und dem Blatt eine Richtung gab, die nicht nur bei Marx und Engels, sondern auch bei der Masse der Parteigenossen vollste Zustimmung fand, die sich in einer raschen Zunahme des Leserkreises äußerte. Im Juli konnte bereits die Verwaltung des „Sozialdemokrat" mitteilen, daß trotz der enormen Kosten, die namentlich die Beförderung des Blattes nach Deutschland verursachte, es seine Kosten decke. Diese Nachricht veranlaßte Engels, mir zu schreiben, daß dieses ein einzigartiger Erfolg sei, den bisher keine verfolgte Partei aufzuweisen gehabt habe.

Das Unbehagen mit der Haltung des „Sozialdemokrat" wuchs auch in den Regierungskreisen. In den sogenannten

Begründungen für die weitere Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend, Hamburg-Altona und Umgebung und Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig spielten Zitate aus dem „Sozialdemokrat" eine wichtige Rolle, wobei es nicht ohne tendenziöse Entstellungen abging. Statt aber diese Methode mit aller Schärfe zurückzuweisen, gaben die beiden Redner der Fraktion nach Ansicht der Redaktion des „Sozialdemokrat" das Blatt preis und suchten es von der Partei abzuschütteln. Das führte zu einer scharfen Zurückweisung seitens der Redaktion, die wieder Gegenerklärungen der Redner hervorrief. Außerdem hatte der „Sozialdemokrat" in einem Artikel erklärt, die Debatte sei nicht so geführt worden, wie es die Situation erforderte. Der Vorgang rief unter uns eine große Erregung hervor; insbesondere war auch nach meiner Meinung die Desavouierung des „Sozialdemokrat" als Zentralorgan der Partei aufs schärfste zu mißbilligen, und so trat die Fraktion unter Hinzuziehung von Auer und mir, die wir ja beide infolge unseres Durchfalls bei der Wahl der Fraktion nicht angehörten, zusammen und vereinbarte eine einstimmig angenommene Erklärung. Diese besagte, daß über den offiziellen Charakter des „Sozialdemokrat" kein Zweifel bestehe, und sollte die erste Gelegenheit benutzt werden, zu erklären, daß die Fraktion mit der Gesamthaltung des Blattes vollkommen einverstanden sei.

Diese Erörterungen wurden dadurch weitergesponnen, daß der aus Hamburg ausgewiesene und in Kopenhagen lebende Parteigenosse Breuel in einem Artikel des „Sozialdemokrat" dessen Haltung tadelte und sich im wesentlichen auf den Standpunkt der angegriffenen Abgeordneten stellte. Das war dann das Signal, daß die Parteigenossen einer großen Anzahl Orte und Bezirke im In- und Ausland durch Erklärungen sich auf Seite des „Sozialdemokrat" stellten.

Unter denen, die mit der Haltung des Blattes, aber auch der der Fraktion nicht einverstanden waren, befand sich Karl Höchberg. Sätze, die in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage enthalten waren, wie die: man müsse die Arbeiter überzeugen, daß der Staat nicht bloß eine notwen-

dige, sondern auch eine wohltätige Einrichtung sei; daß der Staat nicht als eine lediglich zum Schutze der besitzenden Klassen der Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch den Arbeiterinteressen und -bedürfnissen dienende Institution aufzufassen sei, und daß, wenn die Gesetzgebung ein Ziel wie im Unfallversicherungsgesetzentwurf verfolge, das Bedenken, daß damit ein sozialistisches Element eingeführt werde, von der Betretung dieses Weges nicht abhalten dürfe, hatten es ihm angetan. In Briefen an Auer und mich suchte Höchberg uns von unserer irrigen Auffassung abzubringen. Darauf schrieb ich an Auer unter dem 4. Januar 1882 aus Dresden:

„Lieber Auer!

Das Prosit Neujahr erwidere ich, wenn auch etwas spät. Meine Familie war bis Montagnachmittag hier (in Dresden), und da kommt man nur zum Notwendigsten, dann reiste ich ab und kam erst verflossene Nacht heim. Erfreulich wird 1882 für uns auch nicht, doch mag kommen was da will, wir halten aus, einmal kommt doch nach oben, was unten ist, und dann wollen wir Revanche holen....

Karl (Höchberg) hat auch an mich einen langen Brief im gleichen Tone geschrieben, ich habe ihm ausführlich geantwortet und den „Sozialdemokrat" entschieden in Schutz genommen. Karl ist einfach Philanthrop, er hat die Bewegung nie begriffen und kann sich von dem Klassencharakter der modernen Gesellschaft keine Vorstellung machen. Er glaubt, die Welt könne durch Philanthropie umgewandelt werden und es bedürfe nur des guten Willens weniger Mächtiger, und alles sei gemacht. Von dieser Anschauung aus begreift es sich, daß er den sozialistischen Experimenten eine ungemeine Bedeutung beilegt und bereits Versprechungen und Gerüchte für Taten annimmt.

Ich habe ihm geantwortet, daß wir gar keine Ursache hätten, unsere Taktik zu ändern, solange nicht die andere Seite sie ändere. Bisher sei man dort über leere Redensarten und faule Versuche noch nicht hinausgekommen, erst wenn man dort mit den Phrasen aufhöre und die ernste Tat zeige, wäre für uns der Moment gekommen, auch ernsthaft zu prüfen. Man könne

ja von jener Seite gar nichts Beſſeres tun, als ernſthaft zu reformieren, dann zwinge man uns, Stellung zu nehmen, und man könne uns dann vielleicht ſpalten, zum mindeſten ſchwer ſchädigen, wenn wir uns dem Guten wirklich verſchließen uſw. uſw.

Daß meine Vorleſung etwas hilft, glaube ich nicht, ſeine ganze Natur widerſtrebt der tieferen Auffaſſung, er wird, wie ſchon öfter, wenn er nicht mehr zu antworten weiß, die Polemik einſtellen.

Mich ärgert einigermaßen der immerwährende Verſuch des Zurückhufens und Verwäſſerns, den er macht, ſo oft er ſich wieder ein wenig körperlich wohl fühlt. St. in B. war ſicher aufgefordert, ihm zu ſekundieren, und der verſteht das allerdings mit mehr Geſchick.

Ich bin allerdings auch der Meinung, daß wir, wenn irgend möglich, verſuchen, dies Jahr in größerer Zahl zuſammenzukommen. Nicht um eine Spaltung zu verhüten, denn dieſe kommt am Ende doch, wenn erſt ſich die Dinge weiterentwickeln. Für mich iſt kein Zweifel, daß ein Teil unſerer Führer ſchon ſeit längerer Zeit kampfesmüde iſt, daß dieſer Teil ſchon früher wider ſeinen Willen weitergetrieben wurde, als er ſeiner Natur und ſeiner Auffaſſung nach gehen wollte, und heute nur noch äußerlich zur Sache hält, entweder weil er ſich ſelbſt des Gegenſatzes in der Auffaſſung nicht klar iſt oder ſich ſagt, daß er auf die Zuſtimmung der Maſſen ſchwerlich zählen kann und dann ſeiner bisherigen Stellung verluſtig geht.

Der Differenzpunkt liegt nicht darin, ob in fünf Jahren eine Revolution ausbricht. Darüber mag man ſich ſtreiten, ein Spaltungsgrund iſt es nicht, es wäre wenigſtens großer Unſinn, einen daraus zu machen. Der Differenzpunkt liegt vielmehr in der ganzen Auffaſſung der Bewegung als Klaſſenbewegung, die große, weltumgeſtaltende Ziele hat und haben muß und deshalb keinen Kompromiß mit der herrſchenden Geſellſchaft eingehen kann, und, wenn ſie es täte, einfach zugrunde ginge reſpektive in neuer Geſtalt und von der bisherigen Führerſchaft befreit ſich regenerierte.

Indes werden die Kompromißſüchtigen und Ruhebedürftigen unter uns ſchon deswillen keinen Anhang finden, weil

weder Bismarck noch eine der Parteien Reformvorſchläge bringen kann, die nur halbwegs akzeptabel erſcheinen. Es wird in allen dieſen Dingen bei dem bloßen Verſuch bleiben, und kommt etwas zuſtande, ſo wird es eine ſolche Halbheit ſein, daß dieſe erſt recht das Bedürfnis nach ganzer Arbeit — die die heutigen Machthaber zu leiſten unfähig ſind — erweckt.

Weshalb ich eine größere Zuſammenkunft wünſchte, iſt, daß man ſich einmal recht gründlich und ungeniert über den beſtehenden Zuſtand der Dinge und die wahrſcheinliche Zukunft ausſprechen kann und mit denen zu verſtändigen vermag, mit denen man in der Grundanſchauung ſympathiſiert. Ich fürchte nur, daß bei einer ſolchen Zuſammenkunft diejenigen fehlen oder ſchweigen werden, die anderer Auffaſſung ſind, ohne es eingeſtehen zu wollen. Aber das iſt natürlich kein Grund, die Zuſammenkunft zu unterlaſſen.

Die Verlängerung des fraglichen Geſetzes halte ich für unzweifelhaft, wenn nicht ein mit Illuſionen ſich wiegender Reichskanzler alsdann das Heft in der Hand hat — und ich wüßte nicht, wer jener Illuſionär ſein ſollte — oder bei dem Thronwechſel in der erſten Hitze ein Verſöhnlichkeitsgefühl die Oberhand bekommt, das mit der ſonſt maßgebenden Staatsräſon arg kontraſtiert. Das ſind nahezu undenkbare Fälle. Die einzige Konzeſſion, die vielleicht gemacht wird, iſt die Aufhebung des Belagerungszuſtandes, alles andere bleibt, es ſei denn, daß ein Vereins- und Verſammlungsrecht für das Deutſche Reich und eine Verſchärfung der Strafgeſetze in einer Weiſe möglich wird, die das Ausnahmegeſetz überflüſſig machen. Dazu dürfte ſich aber ſchwerlich eine Majorität finden, denn ſie verſchlechterte den Zuſtand für alle anderen Parteien, nicht bloß für uns, und ſich dieſe Rute ſelber aufzubinden, dazu liegt gar kein Grund vor. Alle Parteien ohne Ausnahme, von einzelnen Perſonen abgeſehen, ſind froh, daß das Geſetz gegen uns beſteht, alle ſähen mit wahrer Angſt dem Zeitpunkt entgegen, wo wir wieder frei auf die Bühne träten; alle wiſſen, daß dann unſer Anhang ſich lawinenartig vergrößern würde, denn wir haben wohl Ausſicht auf weitere Verſchlechterung unſerer ökonomiſchen Zuſtände, aber keine auf Verbeſſerung, höchſtens

nur auf sehr vorübergehende und kaum allgemein merkbare Verbesserung.

Das fühlen alle Parteien instinktiv, und daher sind sie alle von einer tödlichen Furcht über das, was wir dann würden, beseelt, und so wird sich 1884 die Majorität schon finden, die weiter verlängert und sich den stillen Dank der Opposition verdient.

Unser Verhalten wird an dem Verhalten unserer Gegner gar nichts ändern. Um einigermaßen zu wirken, müßten wir alles abschwören und verleugnen, unser Organ vernichten, unsere Reden im Reichstag und Landtag kastrieren, kurz, wir müßten alles unterlassen, was unseren Gegnern auch nur im geringsten mißfallen könnte. Und wenn wir das alles täten, würde man noch immer mehr verlangen und schließlich — uns doch nicht glauben, sondern erklären, das sei alles nur Heuchelei, auf Düpierung berechnet, und jetzt müsse man erst recht vorsichtig sein. Wir wären dann die gründlich Blamierten.

Der Kulturkampf sollte uns als warnendes Beispiel dienen. Wenn jemand denen oben Konzessionen machen und eine sehr erwünschte Hilfe bringen kann, ist es die katholische Kirche, und wie vorsichtig geht man da zu Werke, wie mißtraut man sich gegenseitig, obgleich man in letzter Instanz sich gegenseitig sehr nötig braucht.

Das einzige, was wir tun können und müssen, ist, nicht unnötig provozieren und kaltes Blut behalten, obgleich das bei den gegen uns ständig verübten Schweinereien verflucht schwer ist und von keinem von uns unter allen Umständen eingehalten werden kann. Jeder hat das Bedürfnis, seinem Grimm und Groll gelegentlich einmal Luft zu machen, und da passiert dann manches, das die Fischblütigen in Aufregung versetzt. Wir befinden uns in einer Situation, wo Fehler oder ein Verhalten, das als Fehler angesehen wird, unvermeidlich sind, und da bleibt schließlich keine andere Wahl, als das Unvermeidliche mit in den Kauf zu nehmen oder auszutreten.

Wir können nichts weiter tun, als uns allesamt bemühen, Fehler möglichst zu vermeiden, ganz vermeiden können wir sie nicht, wenn wir uns nicht selbst geistig und moralisch kastrieren

wollen, und dann wollen wir nicht vergessen, daß unsere Fehler die Fehler unserer Gegner sind; wir schieben nicht, wir werden geschoben. So ist also unsere Taktik — wenn wir nicht unsere Prinzipien verleugnen wollen — uns weit mehr durch unsere Feinde vorgeschrieben, als daß wir sie uns selbst vorschreiben könnten. —

Eine Frühjahrssession wird schwerlich stattfinden, auf die werden wir also kaum rechnen können, eher auf den Herbst, wo man vermutlich früher zusammenkommt.

Wenn Ihr, Du und Gr., das Verabredete ausführt, so rate ich zur größten Vorsicht in den Briefen, es ist wirklich arg, wie wenig sich ein Teil unserer Leute in die Situation zu finden vermag. Von dem beiliegenden Zettel kann ich Euch eine größere Partie zur Verfügung stellen.

Mit den besten Grüßen an Dich und die Deinen

Dein August Bebel."

In der damals tagenden Reichstagssession fehlte es der Fraktion nicht an Arbeit. Die Regierungen hatten abermals den Entwurf zu einem Unfallversicherungsgesetz eingebracht, der auf einer prinzipiell anderen Grundlage wie der vorhergehende fußte und den Wünschen der bürgerlichen Parteien mehr entgegenkam. Zu diesem Entwurf sprachen Grillenberger und Kayser. Ein Antrag der Fraktion auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze kam nicht mehr zur Verhandlung.

Ein Hauptgegenstand der Beratung war die Tabakmonopolvorlage, die Professor Adolf Wagner und Genossen als „das Patrimonium der Enterbten" den ihr mißtrauisch gegenüberstehenden Massen zu empfehlen suchten. Angeblich sollten die Ueberschüsse des Monopols für Zwecke der Arbeiterversicherung Verwendung finden. Die Vorlage lautete wesentlich anders. Wohl sollte ein kleiner Teil des auf rund 165½ Millionen berechneten Ueberschusses für die Unfallversicherung verwendet werden, aber den Hauptteil schluckte das Reich für Militär- und ähnliche Zwecke. Von den rund 100000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Tabakindustrie glaubte man 80000 weiterbeschäftigen zu können, etwa 8000 wollte man entschädigen, der Rest

von 12000 sollte leer ausgehen. Und nun der Lohn? 80000 sollten durchschnittlich im Jahr einen Hungerlohn von 577 Mark erhalten. Man rechnete in der Mehrzahl auf weibliche Arbeiter. Der Hauptredner der Fraktion war Vollmar, der in einer ausgezeichneten Rede die Vorlage zerpflückte, mit der man politischen Bauernfang treiben wolle. In der späteren Beratung sprach Hasenclever ebenfalls gut gegen die Vorlage. Die Liberalen wollten Vollmar einen Platz in der Kommission einräumen, ihnen war unsere Opposition hochwillkommen. Die Fraktion lehnte ab, sie wollte ohne Kommissionsberatung den Entwurf begraben. Er wanderte schließlich in den Papierkorb.

In der Nummer 34 und 35 des „Sozialdemokrat" erschienen ohne Nennung des Verfassers zwei Artikel mit der Ueberschrift: „Aufhebung des Ausnahmegesetzes", in denen der Verfasser die Frage erörterte: ob es für die Partei nützlicher sei, daß das Gesetz aufgehoben oder durch Verschärfung des allgemeinen Gesetzes ersetzt werde. Der Verfasser sprach sich für die Beibehaltung des Gesetzes als den für die Partei wünschenswertesten Zustand aus, weil er die Partei zum Entscheidungskampf dränge. Er berief sich dabei auf eine Stelle in Liebknechts Broschüre: „Die politische Stellung der Sozialdemokratie", wo es hieß: der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld entschieden werden kann.

Der Verfasser führte weiter aus: Man müsse über den Kriegsplan schlüssig werden. . . . Alle müßten von der Ueberzeugung erfüllt werden, daß kein Vergleich, kein Friedensschluß den Kampf wenden könne, sondern daß die Entscheidung allein beim Schwert stehe. . . . Die offenen Spiele sind die starken Spiele. Lassen wir alles Verstecken, Vertuschen, Leugnen und Heucheln als unser unwürdig. . . . Sagen wir offen und steifnackig unseren Feinden: Jawohl, wir sind „staatsgefährlich", denn wir wollen euch vernichten. Jawohl, wir sind die Feinde eures Eigentums, eurer Ehe, eurer Religion und eurer ganzen Ordnung. Jawohl! Wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl! Wir werden der Gewalt mit Gewalt begegnen. Ja-

wohl! Wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was eure Gesetze verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor. ...

Die beiden Artikel, als deren Verfasser nachher Vollmar bekannt wurde, machten großes Aufsehen, die einen rühmten sie, die anderen mißbilligten sie, die dritten lasen sie mit Kopfschütteln. Zu diesen letzteren gehörte ich. Engels schrieb mir in dem schon oben zum Teil zitierten Brief, den er wegen der Nachricht von meinem Tode an mich richtete: „Nach einigen Artikeln, die er in den „Sozialdemokrat" geschrieben (über eine etwaige Abschaffung des Sozialistengesetzes), scheint Vollmar sich sehr herausgemacht zu haben. Es sollte mich freuen, wenn sich dies auch sonst bestätigte, wir können tüchtige Leute verdammt gut gebrauchen."

Das war auch meine Meinung, aber gleichwohl konnte ich mich mit den beiden Artikeln nicht einverstanden erklären, und so schrieb ich an Engels:

„Borsdorf bei Leipzig, den 1. Oktober 1882.

Lieber Engels!

Deinen vor zwei Monaten geschriebenen Brief — den ich augenblicklich in Leipzig liegen habe und mir also nicht zur Hand ist — wie Deinen Brief vom 23. vorigen Monats habe ich erhalten. Es ist für mich sehr schmeichelhaft, daß die Nachricht von meinem angeblichen Tode bei Euch und überhaupt im Kreise der Parteigenossen so viel Bestürzung und Teilnahme hervorgerufen. Da habe ich gesehen, wie wert ich den Freunden und Gesinnungsgenossen bin, und das legt mir ja die Pflicht auf, nun erst recht zu leben und meine Schuldigkeit zu tun. Einstweilen habe ich einen Pakt auf weitere vierzig Jahre mit dem Sensenmann geschlossen; ich denke, diese Zeit reicht nicht nur, um den Zusammenbruch des Alten zu erleben, sondern auch noch ein redliches Stück vom Neuen zu genießen.

Wer eigentlich die Nachricht von meinem Abkratzen in die Welt gesetzt, habe ich bis jetzt nicht ausfindig machen können; ich weiß nicht einmal, wo die Nachricht zuerst aufgetaucht ist.

Ich erſah nur aus verſchiedenen Zuſchriften, die meine Frau während meiner Krankheit in Leipzig empfing, daß man allerlei Nachrichten von gefährlicher Erkrankung in die Preſſe gebracht. Daß ich auch geſtorben ſein ſollte, erfuhr ich, nachdem ich bereits hierher übergeſiedelt war, und zwar infolge eines Telegramms der Pariſer Parteigenoſſen an meine Frau, worin dieſe ihr Beileid über meinen Tod ausſprachen.

Meine arme Frau war über dieſes Telegramm nicht wenig erſchrocken, ſie glaubte im erſten Augenblick, man wiſſe in Paris mehr über mich wie ſie, der man aus Schonung vielleicht die Nachricht verheimlicht habe.

Kurz und gut, die Nachricht iſt erfunden, und das iſt uns ja allen recht. Ich habe mich jetzt wie Liebknecht einige Stunden von Leipzig hier in Borsdorf feſtgeſetzt. Ein elendes Dorf, das einige hundert Einwohner zählt und in einer Ebene flach wie ein Teller liegt. Der Vorteil iſt nur, daß es der Zentralpunkt der Linien Leipzig-Rieſa-Dresden und Leipzig-Döbeln-Dresden iſt und infolgedeſſen ſehr gute Eiſenbahnverbindung mit Leipzig hat, ſo daß unſere Familien bequeme Fahrt nach hier und wieder zurück haben. Liebknecht und ich wohnen in einem Hauſe und hat jeder genügend Raum, ſo daß auch die Familie mal übernachten kann.

Nunmehr hoffe ich auch pünktlicher in meiner Korreſpondenz und fleißiger in literariſcher Beziehung ſein zu können. Ich habe nach beiden Richtungen ſeit Jahr und Tag faſt nichts leiſten können.

Wie ich höre, hatteſt Du anfangs die Vermutung, die beiden „Artikel“ im „Sozialdemokrat“ über das Sozialiſtengeſetz ſeien von mir. Wie Du mittlerweile weißt, iſt das nicht der Fall. Die Artikel ſind gut geſchrieben und prinzipiell korrekt, aber taktiſch falſch. Wenn wir die Sprache führen, die Vollmar empfiehlt, dann ſitzen wir binnen vier Wochen auf die §§ 80, 81, 128, 129 uſw. unſeres Strafgeſetzbuches ſämtlich im Loch und haben unſere fünf bis zehn Jahre am Halſe; und wenn das Blatt in gleichem Stile ſchreiben wollte, würde dasſelbe jedem paſſieren, der mit der Verbreitung des Blattes abgefaßt würde.

Dieſe Sprache iſt einfach unmöglich, ſo prinzipiell richtig ſie iſt; wir richten uns aber mit dieſer Sprache zugrunde, und daher dürfen wir ſie nicht reden.

Mir iſt dieſe Sprache Vollmars um ſo ſchwerer begreiflich, als Vollmar ſelbſt, unter voller Würdigung unſerer Zuſtände, regelmäßig, ſobald eine Reichstagsſeſſion ihrem Ende naht, Deutſchland verläßt und ſich in der Zwiſchenzeit auf deutſchem Boden nicht betreffen läßt. Grund hierfür iſt ſeine frühere Tätigkeit am „Sozialdemokrat“, die der deutſchen Polizei ſehr genau bekannt iſt. Vollmar fürchtet meines Erachtens mit Recht, daß man ihn ſofort faſſen und prozeſſieren wird, ſobald man ſeiner außerhalb der Reichstagsſeſſion habhaft werden kann. Und nun rät er uns, die wir mitten unter den Wölfen ſitzen, eine Taktik an, die uns unrettbar ans Meſſer lieferte. Ihr im Ausland könnt Euch aber gar nicht in unſere Lage denken und wißt nicht, wie wir zu lavieren haben, um nicht mit etwelchen Strafgeſetzbuchparagraphen, die man ſchon lange für uns bereit hält, gefaßt zu werden. Daß man eines Tages die §§ 128 und 129, handelnd von der geheimen und ungeſetzlichen Organiſation, gegen uns wird anzuwenden verſuchen, iſt für mich zweifellos, und kann man uns packen, fliegen wir mit einigen Jahren hinein. Und da ſollen wir uns noch auf den Markt ſtellen und uns ſelbſt denunzieren?

Ich werde gegen die Artikel ſchreiben. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Beſeitigung des Ausnahmegeſetzes und die Verſchärfung der allgemeinen Geſetze für uns ein Schaden ſei und eine Verquickung unſerer Partei mit der bürgerlichen Oppoſition herbeiführe.

Würde zu der vorhandenen, ſehr ſtarken Unzufriedenheit der bürgerlichen Schichten über unſere ökonomiſchen Verhältniſſe auch noch die politiſche Oppoſition hinzukommen, ſo wäre das eine wahre Wohltat für uns; denn beides zuſammen beſchleunigt die Kataſtrophe, und tritt dieſe ein, dann ſind die bürgerlichen Wortheldẽn von der Bühne verſchwunden, und unſer Einfluß und unſere Führung werden maßgebend. . . .

Liebknecht und mir iſt es ſehr angenehm, zu ſehen, daß Du ſo fleißig am „Sozialdemokrat“ mitzuarbeiten gedenkſt; nament-

lich erklären wir uns auch sehr für Deine Artikel betreffend den Bismarckschen Sozialismus und die Lassalleschen Schlagworte. Die eifrigsten Lassalleaner in der Partei stehen heute so, daß sie sich eine Kritik Lassalles gefallen lassen, nur darf diese nicht feindselig gehalten sein, und das wirst Du ja von selbst vermeiden. Also lege nur frisch los, je mehr je lieber. Da Liebknecht Mitte dieses Monats seine Haft antritt, so kommen Deine Artikel doppelt erwünscht, denn bei der gegenwärtigen Gefängnisordnung ist die geheime Mitarbeiterschaft — offen konnte sie ja nie sein — sehr erschwert. Da Liebknecht zwei verschiedene Strafen hat, die durch ein Nachtragserkenntnis [noch reduziert werden dürften. D. H.], das erst nach erfolgter Revision bei dem Reichsgericht, die er gleich mir eingelegt, gefällt werden kann, so ist er in der Lage, mit Eröffnung des Reichstags das Gefängnis zu verlassen.

Ich habe die Absicht, meine Haft am 1. November anzutreten. Bringe ich durch die Revision von meinen acht Verurteilungen mit in Summa fünf Monaten nichts herunter, und das ist schwer anzunehmen, da das Reichsgericht furchtbar reaktionär und in gewisser Richtung in seiner Kompetenz sehr beschränkt ist, so wird das Nachtragserkenntnis mir die fünf Monate hoffentlich auf vier reduzieren, und würde ich dann Mitte März mein Pensum erledigt haben.

Für die Empfehlung der Bücher bin ich Dir dankbar;* ich werde sie mir in der einen oder anderen Weise zu verschaffen suchen.

Wenn Du an Marx schreibst, grüße ihn von mir; auch Tussy bitte ich zu grüßen.

Schreibst Du mir wieder, so benutze die bekannte Adresse weiter. Liebknecht läßt grüßen.

Die sozialen Gesetzentwürfe Bismarcks, die Du für Deine Arbeiten brauchst, werden wir Dir verschaffen. Der Mensch operiert mit riesigem Ungeschick; solche faux pas, wie die „Provinzialkorrespondenz“ sie gemacht, dürften nicht vorkommen.

* Engels hatte Bebel in seinem Brief das Studium der Arbeiten G. L. v. Maurers über die Markenverfassung empfohlen. D. H.

Auch daß er den alten Plan der Reichsunfallversicherungsbank — die einzige vernünftige Idee, die er bisher gehabt hat — aufgegeben, weil er sich durch Schäffle hat breitschlagen lassen, mußt Du ihm gehörig unter die Nase reiben.

Schäffles Broschüre „Der kooperative Hilfskassenzwang" (Tübingen 1882, H. Lauppscher Verlag) habe ich kürzlich gelesen. Sie bezweckt, für den neuesten Gesetzentwurf und die Bismarcksche „Sozialreform" Propaganda zu machen, und befürwortet eine Organisation, die das reine Tohuwabohu schafft. Es schadet nichts, wenn Du Herrn Schäffle ein wenig mitverarbeitest.

Gruß und Handschlag von Deinem A. Bebel."

Meine Entgegnung auf die Artikel Vollmars erfolgte in Nummer 42 des „Sozialdemokrat" vom 22. Oktober unter der Ueberschrift: „Aufhebung des Sozialistengesetzes?" In diesem Artikel trat ich den Trugschlüssen, die nach meiner Meinung den Vollmarschen Artikeln zugrunde lagen, entschieden entgegen und lehnte die empfohlene Taktik als unmöglich ab, weil sie die Partei zugrunde richte. In der gegnerischen Presse, die zu jener Zeit den Inhalt des „Sozialdemokrat" aufmerksam verfolgte, fand die Polemik große Beachtung. Sie sahen wieder einmal, wie vorher schon soundso oft, eine Spaltung in der Partei eintreten — denn was man wünscht, glaubt man gern — und unterrichteten in diesem Sinne ihre Leser. Es lag auch in der Natur der Sache, daß ich mit meinen Artikeln den rechtsstehenden Elementen in der Partei eine Genugtuung bereitete, obgleich ernstlich kein Grund dazu vorlag. Engels wieder meinte, ich hätte die Vollmarschen Artikel zu ernst genommen und machte gegen seine Gewohnheit allerlei mystische Andeutungen, wonach wir das Gesetz früher loswerden würden, als wir selbst glaubten.

Darauf antwortete ich ihm unter dem 14. November durch einen aus dem Gefängnis gepaschten Brief:

„Lieber Engels!

Deinen Brief erhielt ich noch unmittelbar vor Torschluß ... Da ich Gelegenheit habe, einige Zeilen an Dich zu schmug-

geln, will ich so gut als möglich auf Deinen letzten Brief antworten, denn zu Händen habe ich ihn natürlich nicht.

Ob ich den Artikel von Vollmar zu ernst genommen habe, lasse ich dahingestellt sein. Der „Sozialdemokrat" hat jetzt bei unseren Leuten den allerbedeutendsten Einfluß, weil sie absolut nichts anderes zu lesen bekommen und auch sonst nichts hören. Bleibt eine Meinung wie die Vollmarsche unwidersprochen, wird sie als allgemein gültige anerkannt, und die Folge ist, daß dann die Leute auch die Handlungen danach verlangen. Es muß also jetzt mehr denn je zuvor vermieden werden, Ansichten zu verbreiten, denen zu entsprechen nicht möglich ist. Das sind, kurz gesagt, die Gründe, weshalb ich das Ding ernst nahm. Daß ich bei dieser Gelegenheit ein Lob Viereckes einheimste, war mir weder angenehm, noch hatte Viereck Veranlassung dazu; er hat im Eifer, Kapital für sich daraus zu schlagen, entweder nicht verstanden oder nicht verstehen wollen, was letzteres ja auch bei den Offiziösen geschah, die lächerlicherweise eine Spaltung ankündigten und das so dumm als möglich anfingen. Vollmar vergißt zu leicht, wenn er in der Schweiz sitzt, wie es bei uns aussieht; ist er in Deutschland, dann ist er viel vernünftiger, das hat seine Monopolrede bewiesen.

Angenehm wäre mir gewesen, wenn Du Dich weniger mystisch ausgelassen hättest, wieso wir denn etwa und vielleicht ganz unerwartet das Gesetz loswerden könnten. Ich kann mir darunter nur zweierlei denken, und ich will versuchen, ob ich Deine Idee errate.

Entweder kommt uns in Bälde abermals eine Handels- und Industriekrise über den Hals, die von Nordamerika ausgeht, und der Rückschlag dieser auf Europa treibt dasselbe aus den Fugen, oder es bricht ein europäischer Krieg aus, dessen eine Wirkung alsdann unzweifelhaft die europäische Revolution ist. Ein Drittes vermag ich nicht zu entdecken.

Der europäische Krieg scheint mir deshalb unwahrscheinlich, wenigstens auf absehbare Zeit, weil nach meiner festen Ueberzeugung alle europäischen Kabinette genau die Folgen eines großen Krieges kennen und fürchten. Vergeblich sucht man nicht die ägyptische Frage totzutreten auf die Gewißheit hin, daß

Englands Macht ſich gewaltig dadurch befeſtigt. Bismarck ſucht offenbar auch alles zu vermeiden, was äußere Konflikte ſchaffen könnte, er weiß zu gut, daß Deutſchland am allerwenigſten aus inneren und äußeren Gründen einen Krieg brauchen kann. Zu erobern gibt es nichts, es kann alſo nur verlieren, und die Situation in dem Innern iſt ſo, daß, ganz abgeſehen von der erbitterten Arbeiterklaſſe, unſer Bürgertum infolge einer Kriegserklärung zu drei Viertel ſeinen Bankrott anſagen müßte, das heißt das Syſtem wäre fertig. Ich ſehe, abgeſehen von Rußland, dem der beſte Wille nicht fehlt, keinen Staat, der jetzt eine europäiſche Verwicklung wünſcht, Rußland kann ſie aber wegen ſeiner inneren Schwäche nicht ausnutzen.

Ich halte alſo einen europäiſchen Krieg in Bälde nicht für wahrſcheinlich, womit nicht geſagt ſein ſoll, daß es an Urſachen mangelt. Zündſtoff iſt überall in Menge, und der Zufall kann eine Exploſion herbeiführen. Aber der Zufall iſt doch kein Faktor, mit dem man rechnet.

Die andere Alternative für einen großen Krach: die amerikaniſche Kriſe, auf die ich unſere Leute ſchon ſeit Jahr und Tag hingewieſen habe, ſcheint mir dagegen ſehr nahe zu ſein. Mein zigeunerndes Leben in den letzten Jahren hat mich verhindert, die Entwicklung mehr im einzelnen zu verfolgen, aber das Fazit, das die nordamerikaniſche Handelsbilanz in den letzten Monaten ergibt, ſcheint mir ſehr für den baldigen Krach zu ſprechen, und dann gute Nacht mit der europäiſchen Exportinduſtrie. Dann dürfte insbeſondere auch für England die Stunde der Umwälzung ſchlagen.

Das ganze bißchen Aufſchwung, wenn man es ſo nennen will, das wir in Deutſchland in den letzten anderthalb Jahren bemerkt haben, ſchuldet ſeine Exiſtenz ausſchließlich dem ſteigenden Export. Bekommt der ein Loch, dann bekommen wir einen Krach, ärger als jener von 1874, denn wir haben uns von dem noch nicht erholt. Unſere Eiſeninduſtrie kommt bereits wieder bedenklich ins Schwanken; tatſächlich ſind die Notierungen, wie ſie der Börſenzettel bringt, Schwindel, und wird zu viel niedrigeren Preiſen verkauft. Der Kartellvertrag der Eiſenproduzenten iſt, wie vorauszuſehen war, längſt in die

Brüche gegangen, und iſt die Ueberproduktion wieder im beſten Zuge. In der Textilinduſtrie ſieht's nur wenig beſſer aus; auch hier iſt der Export die Hauptſache, bekommt auch dieſer einen Rückſchlag, ſo ſind die beiden Hauptinduſtrien lahmgelegt, und die Lähmung greift weiter. Kurz, die amerikaniſche Kriſe hat weit mehr Wahrſcheinlichkeit als ein europäiſcher Krieg, die Sturmglocke für die europäiſche Revolution zu werden.

Es wäre mir lieb, gelegentlich Deine und Marx' Meinung über meine Anſichten zu hören. Ich hoffe, auf Weihnachten meine Haft unterbrechen zu können.

Schreibſt Du mir, ſo nimm auf das Datum dieſes Briefes keinen Bezug, es möchte andere in Verlegenheit bringen können.

Es freut mich ſehr, daß Marx wieder wohl iſt. Ich erwidere ſeine und Tuſſys Grüße herzlich. R. Meyer ſchreibt im Nachwort zu ſeiner Veröffentlichung der Briefe und Aufſätze von Rodbertus: „Es ſei möglich, daß Marx noch die Zeit erlebe, daß mit ſeinem Syſtem ein Verſuch gemacht werde.“ Obgleich er dies offenbar nur ſchrieb, um Bismarck zu ärgern, ſo kann er doch recht haben, das wäre prächtig.

Habt Ihr die Meyerſchen Bücher geleſen? Ich habe ſie im Gefängnis durchgenommen. Meyer lobt Euch beide ſehr und fühlt ſich über die gute Aufnahme, die Ihr ihm bereitet, offenbar ſehr geſchmeichelt; freilich müßt Ihr dieſen Ruhm mit fünf Kardinälen teilen, die ihm dieſelbe Ehre widerfahren ließen. Da Marx von ſeinen guten Freunden den Feinden ſchon oft als ſozialiſtiſcher Papſt hingeſtellt worden iſt, ſo kann er ſich die Geſellſchaft gefallen laſſen.

Rodbertus habe ich ſo recht erſt aus dieſen Briefen und Aufſätzen kennen gelernt. Er ſteht jedenfalls weit über dem Durchſchnitt unſerer ſogenannten Nationalökonomen. Der Mann hat Kritik und Ideen, aber als konſervativer Sozialiſt kommt er in den ſtärkſten Widerſpruch mit ſich ſelbſt.

Marx' „Kapital“ wollte er ja auch „widerlegen“; ſein Nachlaß ſcheint aber nicht veröffentlicht zu werden, in bezug auf letzten Punkt für ihn ſelbſt am nützlichſten. Dein A. Bebel.“

Die Züricher August-Konferenz.

Während sich die erwähnten Erörterungen abspielten, war man in den leitenden Kreisen der Partei allgemein zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine gründliche Aussprache in einer Zusammenkunft, wie ich sie schon in meinem Briefe vom 4. Januar an Auer befürwortet, eine zwingende Notwendigkeit sei. Die Konferenz wurde in Nummer 35 des „Sozialdemokrat" öffentlich angekündigt, um den Parteigenossen die beruhigende Gewißheit zu geben, daß die strittigen Fragen einer gründlichen Erörterung unterzogen werden würden. Teilnehmer der Konferenz waren die Fraktion, die Redaktion und die Verwaltung des „Sozialdemokrat", Auer und ich. Als Zeit der Verhandlung wurden drei Tage angesetzt, vom 19. bis 21. August, als Tagesordnung: Taktik, Organisation, Regelung des Flugblattwesens, Stand und Haltung des Parteiorgans, Verhalten zur deutschen Presse. Darunter war die Stellungnahme zu den farblosen Blättern verstanden, die die Parteigenossen an einzelnen Orten herausgaben, Blätter, die sich allmählich in die Parteiangelegenheiten im Sinne des Bremsens mischten und an denen Reichstagsabgeordnete Mitarbeiter waren. Weiter stand auf der Tagesordnung: Errichtung eines Parteiarchivs, Kassenangelegenheiten, Einberufung eines Kongresses für das Frühjahr 1883, Anträge und Beschwerden.

Das war eine sehr umfangreiche Tagesordnung, die keine Parteifrage unberührt ließ. Wäre noch ein Zweifel über die Notwendigkeit einer Konferenz gewesen, die Verhandlungen hätten ihn beseitigt. Da von einer Veröffentlichung derselben keine Rede sein konnte, herrschte bei derselben eine herzerfrischende Offenheit und Rücksichtslosigkeit. Man sagte sich gegenseitig gründlich die Wahrheit, und was der eine oder andere seit Jahren auf dem Herzen hatte, wurde nunmehr abgeladen. Die angesetzten drei Tage wurden redlich durch die Verhandlungen in Anspruch genommen. Die Wirkung war die eines die Luft reinigenden Gewitters. Mißverständnisse und Irrtümer

wurden aufgeklärt und verschiedene persönliche Differenzen durch offene Aussprache beseitigt.

Die Wirkung der Konferenz zeigte sich namentlich auch in der nächsten Reichstagssession, in der die Fraktionsredner entschiedener und geschlossener als vorher den Kampf führten.

Die wichtigsten Beschlüsse der Konferenz waren: daß im nächsten Frühjahr wieder ein Parteikongreß im Ausland abgehalten werden sollte, wofür von einer Anzahl Parteiorte Anträge vorlagen, und daß die Gründung des Parteiarchivs in Zürich vorgenommen werden sollte. Als Schlüter 1884 nach Zürich übersiedelte, übernahm er dessen Einrichtung und Leitung.

Das Jahr 1882 brachte auch eine verbesserte Position für unsere Züricher Unternehmungen. Das unter der Firma Schweizerische Vereins- und Volksbuchhandlung bestehende Geschäft, in dem der „Sozialdemokrat" und die Parteischriften gedruckt wurden, und das bisher in den Händen eines schweizerischen Genossen gewesen war, ging in unser Eigentum über. Und zwar wurde der Genosse C. Conzett, der von Chur nach Zürich übersiedelte, Leiter desselben unter der Firma C. Conzett, Schweizerische Genossenschaftsdruckerei und Volksbuchhandlung. Das Betriebskapital brachten wir durch unverzinsliche Darlehenscheine à 5 Franken auf, zu deren Zeichnung Auer, Dietz, Grillenberger, Liebknecht und ich im „Sozialdemokrat" aufforderten.

Ruhetage.

Anfang November ſuchte ich mal wieder, diesmal in Leipzig, das Gefängnis auf, um die mir zuerkannten Gefängnisſtrafen zu abſolvieren. Liebknecht und Haſenclever hatten es bereits vor mir zu demſelben Zweck bezogen, doch kamen wir nicht in Beziehungen zueinander. Ich hatte gehofft, da noch eine Reviſion in einer Strafſache wieder mich vor dem Reichsgericht ſchwebte und ein Nachtragserkenntnis über die ergangenen Urteile erſt nach Erledigung der Reviſion gefällt werden konnte, zu Weihnachten die Haft unterbrechen zu können. Das war wieder einmal eine Illuſion. In dem Nachtragserkenntnis, das ſchließlich gefällt wurde, wurden die mir zuerkannten fünf Monate auf vier Monate reduziert. Ich hatte alſo die Sicherheit, Anfang März aus der Haft entlaſſen zu werden.

Eine Annehmlichkeit des Leipziger Gefängniſſes war, daß mich jede Woche einmal in Gegenwart eines Beamten meine Frau beſuchen konnte. Als ich eines Tages mit dieſer über meinen Dresdener Flugblattprozeß ſprach, trat der Beamte an ein Schubfach, nahm ein Paket Flugblätter heraus und legte ſie mir vor. Zu meiner Ueberraſchung waren es Exemplare meines im Oktober 1881 in Dresden konfiszierten Flugblattes, die nach dem Urteil des Gerichts dem Feuertode hätten verfallen ſollen. Auf meine verwunderte Frage, wie dieſe Blätter ſich nach Leipzig verirrten, bekam ich die Antwort, die ſeien durchs ganze Land gewandert. Es ſchienen alſo auch die Beamten einen beſonderen Geſchmack an ihnen gefunden zu haben, denn Parteigenoſſen hatten es nicht verbreitet.

Es war nicht das einzige Mal, daß einem meiner Geiſteserzeugniſſe die Ehre einer ſo eigentümlichen Verbreitung zuteil wurde. In Dresden war eine Kiſte mit zweihundert Exemplaren des Buches „Die Frau und der Sozialismus“ konfisziert worden. Das Gericht ſprach die Vernichtung der zweihundert Exemplare aus, ſie ſollten alſo den Tod im feurigen Ofen erleiden. Wie ich aber nachher aus ſicherſter Quelle erfuhr, erlitten dieſen

Feuertod nur wenige Exemplare, alle übrigen wanderten in die Hände der Gerichtsbeamten. Dem Verleger entging die Bezahlung für die konfiszierten zweihundert Exemplare, der Autor aber hatte die Genugtuung, die Schrift in Händen zu sehen, in die sie ohne die Konfiskation kaum gelangt wäre. So hat jede Sache in dieser Welt ihre schlechte und ihre gute Seite.

Während ich in der Haft war, wurde die Begründung der sächsischen Regierung für die erneute Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend bekannt. Als Hauptgrund war angeführt, daß wir beide, Liebknecht und ich, uns hart an der Grenze des Belagerungszustandsgebiets, in Borsdorf, niedergelassen hätten. Und um die Gefahr dieser Situation für das betreffende Gebiet auch äußerlich zu markieren, hatte man einen Gendarmenposten nach Borsdorf verlegt. Eine Anzahl Berliner Ausgewiesene, die von Berlin kommend eines Tages uns von Leipzig aus in Borsdorf besuchten, wurden nach ihrer Rückkehr in Leipzig einer körperlichen Untersuchung unterzogen. Das war zwar alles sehr lächerlich, aber das nennt man bei uns „regieren".

Unter dem 22. Dezember schickte mir Engels eine Antwort auf meinen Brief vom 10. November, in der er unter anderem schrieb:

„Lieber Bebel!

Ich hoffe, Du kommst übermorgen auf vierundzwanzig Stunden los und so ohne Schwierigkeit in Besitz dieser Zeilen.

Die Stelle meines letzten Briefes, die Dir energisch vorkam, besagt weiter nichts, als daß ich eine Aufhebung des Ausnahmegesetzes erwarte von Ereignissen, die entweder selbst revolutionärer Natur sind (ein neuer Schlag oder Einberufung einer Nationalversammlung in Rußland zum Beispiel, wo sich die Rückwirkung auf Deutschland sofort zeigen würde) oder doch die Bewegung in Gang bringen und die Revolution vorbereiten (Thronwechsel in Berlin, Tod oder Abgang Bismarcks, beides mit fast unvermeidlicher „neuer Aera").

Die Krisis in Amerika scheint mir wie die hiesige und wie der noch nicht überall gehobene Druck auf der deutschen Industrie keine richtige Krisis, sondern Nachwirkung der Ueber-

produktion von der vorigen Krisis her. Der Krach in Deutschland wurde das vorige Mal durch den Milliardenschwindel verfrüht, hier und in Amerika kam er zu normaler Zeit 1877. Nie aber sind während einer Prosperitätsperiode die Produktionskräfte so gesteigert worden wie von 1871 bis 1877, daher ähnlich wie 1837 bis 1842 ein chronischer Druck hier und in Deutschland auf den Hauptindustriezweigen, besonders Baumwolle und Eisen. Die Märkte können alle die Produkte noch immer nicht verdauen; da die amerikanische Industrie der Hauptsache nach noch immer für den geschützten inneren Markt arbeitet, kann dort eine lokale Zwischenkrise bei der raschen Vermehrung der Produktion sehr leicht entstehen. Sie dient aber schließlich nur dazu, die Zeit abzukürzen, in der Amerika exportfähig wird und als gefährlicher Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt erscheint. Ich glaube daher nicht — und Marx ist derselben Ansicht —, daß die wirkliche Krisis viel vor der richtigen Verfallzeit kommen wird.

Einen europäischen Krieg würde ich für ein Unglück halten, diesmal würde er furchtbar ernst werden, überall den Chauvinismus entflammen auf Jahre hinaus, da jedes Volk um die Existenz kämpfen würde. Die ganze Arbeit der Revolutionäre in Rußland, die am Vorabend des Sieges stehen, wäre nutzlos, vernichtet; unsere Partei in Deutschland würde momentan von der Flut des Chauvinismus überschwemmt und gesprengt, und ebenso ging's in Frankreich. Das einzig Gute, was herauskommen könnte, die Herstellung eines kleinen Polens, kommt bei der Revolution ebenfalls, und zwar von selbst heraus, eine russische Konstitution im Falle eines unglücklichen Krieges hätte eine ganz andere, eher konservative Bedeutung als eine revolutionär erzwungene. Ein solcher Krieg, glaube ich, würde die Revolution um zehn Jahre aufschieben, nachher würde sie freilich um so gründlicher. Uebrigens war wieder Krieg in Sicht. Bismarck hat mit der österreichischen Allianz geradeso demonstriert wie 1867 bei der Luxemburger Affäre mit den süddeutschen Bündnissen. Ob es im Frühjahr zu etwas kommt, müssen wir abwarten.

Deine Mitteilungen über den Stand der deutschen Industrie waren uns sehr interessant, namentlich die ausdrückliche Be-

ſtätigung, daß der Kartellvertrag der Eiſenproduzenten geſprengt iſt. Das konnte nicht vorhalten, am allerwenigſten bei deutſchen Induſtriellen, die ohne die kleinlichſte Beſchummelei nicht leben können. Die Meyerſchen Sachen haben wir hier bis jetzt nicht geſehen, und ſo haſt Du uns da auch was Neues erzählt. Daß Marx neben ſeinen Kardinälen figurieren würde, war zu erwarten, es machte Meyer immer ein ganz beſonderes Vergnügen, wenn er von Kardinal Manning direkt zu Marx gehen konnte, das verſchwieg er dann nie.

In ſeinen „Sozialen Briefen" war Rodbertus nahe daran, dem Mehrwert auf die Spur zu kommen, aber näher kam er nicht. Sonſt wäre ſein ganzes Dichten und Trachten, wie dem verſchuldeten Landjunker zu helfen ſei, am Ende geweſen, und das konnte der gute Mann nicht wollen. Aber wie Du ſagſt, er iſt viel mehr wert als die Maſſe der deutſchen Vulgärökonomen inkluſive der Katheder-ſozialiſten, die ja nur von unſeren Abfällen leben. — — —

Ich habe geſtern das letzte Manuſkript zur Broſchüre nach Zürich geſchickt, nämlich einen Anhang über die Markverfaſſung und eine kurze Geſchichte der deutſchen Bauern überhaupt. Da der Maurer ſehr ſchlecht erzählt und viel durcheinander wirft, kommt man bei erſter Leſung den Sachen ſchwer auf die Spur. Sobald ich alſo Aushängebogen erhalte, ſchicke ich Dir die Geſchichte, da ſie den Maurer nicht einfach auszieht, ſondern auch indirekt kritiſiert und noch vieles Neue enthält. Es iſt die Erſtlingsfrucht meiner ſeit einigen Jahren betriebenen Studien über deutſche Geſchichte, und es freut mich ſehr, daß ich ſie nicht zuerſt den Schulmeiſtern und ſonſtigen „Gebildeten", ſondern den Arbeitern vorlegen kann.

Jetzt muß ich ſchließen, ſonſt kann ich den Brief für die Abendpoſt nicht mehr einſchreiben laſſen. Die Preußen ſcheinen noch nicht ſo weit zu ſein, auch eingeſchriebene Briefe zu beſtiebern, bis jetzt kommt alles in normalem Zuſtand an, lange Uebung hat mich gelehrt, das ziemlich ſicher zu beurteilen.

Deine Frau bitte ich, einliegende Weihnachtskarte und meine beſte Empfehlung akzeptieren zu wollen.

Dein F. E."

Nachwort des Herausgebers.

Hier bricht das Manuskript ab. Bebel gedachte seine Erinnerungen bis zum Ende des Sozialistengesetzes fortzuführen. Es ist ihm gelungen, wenigstens die wichtigste Partie fertigzustellen, die Anfänge des Kampfes gegen das Sozialistengesetz. Sie zeigen Bebel auf seinem Höhepunkte. Nie trat seine Unbeugsamkeit und Klarheit stärker hervor, als in jenen Jahren der Verwirrung, wo die Organisationen aufgelöst waren, Kleinmut weit in die Massen hinein ebensosehr wie in die Reihen der Führer gedrungen war, an allen Ecken und Enden Ratlosigkeit und Mittellosigkeit die Parteitätigkeit lähmte.

Von dem Zeitpunkt an, bei dem die Erinnerungen abbrechen, ging es wieder aufwärts in der Partei, indes die Gegner nicht mehr in der Lage waren, ihre Gewaltmaßregeln zu überbieten, um der steigenden Flut steigende Dämme entgegenzustellen. Die Gewalttat von oben verwirrte nicht mehr das Proletariat, schüchterte es nicht mehr ein, sie säte bloß noch Haß und Verachtung gegen ihre Urheber, um so mehr Verachtung, je mehr die Gewalthaber sich nur noch dadurch zu helfen wußten, daß sie der politischen Polizei freiesten Lauf bei der Fabrikation der Materialien gaben, die sie zur Beschönigung ihrer Gewalttaten brauchten; je unverkennbarer diese Polizei sich als staatliche Einrichtung zur skrupellosesten Züchtung von Verbrechern und Verbrechen erwies.

So brach das Sozialistengesetz schließlich unter allgemeiner Verachtung moralisch zusammen, ehe es noch politisch unhaltbar wurde.

Diese Zeit des unaufhaltsamen Vordringens und des schließlichen Triumphes zu schildern, war Bebel nicht mehr vergönnt. Die Feder entfiel ihm unmittelbar vor der Darstellung zweier großer Ereignisse, die zeitlich fast zusammenfielen und beide unsere Partei aufs tiefste berührten: des Todes von Karl Marx am 14. März 1883 und des Parteitags von Kopenhagen, der am 29. März des gleichen Jahres zusammentrat. So schmerzlich der Hingang des großen Meisters war, so erhebend wirkten die Verhandlungen des Kongresses, der die Partei in befriedigender Lage zeigte und dessen Beschlüsse ungebrochenen Kampfesgeist atmeten.

In jenen Tagen, als Engels den Freund verlor, an dem er mit allen Fasern gehangen, näherte er sich noch mehr als bisher Bebel,

mit dem ihn seitdem die innigste Freundschaft verband. Die Briefe, die sie damals wechselten, sind höchst bemerkenswert für die beiden und für die Auffassung, die sie von ihren Aufgaben hegten. Sie gehören noch in den vorliegenden Band.

In der Serie des Briefwechsels zwischen Bebel und Engels finden wir als nächsten nach dem in dem Bebelschen Manuskript zuletzt zitierten einen Brief vom 15. Februar 1883. Damals schrieb Bebel:

„Lieber Engels!

Da ich Marx' gegenwärtige Adresse nicht kenne, bitte ich Dich, beiliegenden Brief an ihn gelangen zu lassen. Du willst vom Inhalt Kenntnis nehmen, damit ich nicht zweimal dasselbe schreiben muß.

Der Tod von Longuets Frau tut mir ungemein leid. Sie hatte mir einen sehr sympathischen Eindruck gemacht, und am bedauerlichsten ist ihr Tod für die armen netten Kinder. Sie ist wohl an einem Schlag oder etwas Aehnlichem gestorben?

Wie Du aus der Beilage siehst, fliege ich am 9. März aus meinem jetzigen Nest aus. Ich bin einigermaßen begierig, zu erfahren, wie sich unsere Parteizusammenkunft gestalten wird. Vorläufig weiß ich gar nichts darüber, als was der „Sozialdemokrat" enthält.

Gruß und Handschlag von Deinem A. Bebel."

Diese Parteizusammenkunft war der geplante Kopenhagener Kongreß. Daß Bebel nicht mehr darüber wußte, ist begreiflich, denn das „Nest", aus dem er am 9. März ausfliegen sollte, war das Leipziger Gefängnis, in dem er seit November saß, wie er oben (S. 241) noch selbst angibt.

Den beigelegten Brief an Marx habe ich in den von Bebel gesammelten Schriften nicht gefunden. Marx selbst war damals von der Insel Wight, auf der er zuletzt Heilung seines hartnäckigen Leidens gesucht hatte, nach London zurückgekehrt. Der Tod seiner Tochter Jenny, der Frau Longuet, hatte ihn aufs tiefste ergriffen und nach Hause getrieben. Er wollte bei den Seinen sein.

Am 7. März antwortete Engels:

„Lieber Bebel!

Ich muß Dir heute aus dem Gedächtnis antworten, ich muß Deinen Brief noch bei Marx liegen haben, will Dir aber doch gleich zu Deiner Loslassung übermorgen gratulieren.

Die von Dir geschilderten raschen Fortschritte der Industrie in Deutschland freuen mich enorm.

Wir machen jetzt in jeder Weise das zweite bonapartistische Kaiserreich durch: die Börse macht alle noch ganz oder halb müßig liegenden Kapitalien mobil, indem sie sie anzieht und rasch in wenigen Händen konzentriert; diese so für die Industrie disponibel gemachten Kapitalien leiten den industriellen Aufschwung ein (der keineswegs mit flotter Geschäftslage identisch zu sein braucht), und ist die Sache einmal im Gang, dann geht sie immer rascher. Nur zwei Dinge unterscheiden die Aera Bismarck von der Aera Bonaparte III.: Diese florierte durch relativen Freihandel, jene kommt voran trotz der gerade in Deutschland total unangebrachten Schutzzölle. Und zweitens setzt die Aera Bismarck weit mehr Leute außer Beschäftigung. Dies kommt teilweise daher, daß die Bevölkerungszunahme bei uns weit stärker ist als im zweikinderigen Frankreich, teilweise daher, daß Bonaparte mit seinen Pariser Bauten eine künstliche Nachfrage nach Arbeitskraft hervorrief, während das bei uns mit der Milliardenzeit bald ein Ende hatte. Teilweise muß es aber noch andere Ursachen haben, die mir nicht klar sind. Jedenfalls aber fängt das spießbürgerliche Deutschland endlich an, ein modernes Land zu werden, und das ist absolut nötig, um uns rasch vorauzuhelfen.

Wenn man die deutschen Bourgeoisblätter und Kammerreden liest, so sollte man meinen, man lebte im England Heinrichs VII. und VIII. Dieselbe Klage über Vagabundennot, dasselbe Schreien nach Zwangsunterdrückung des Vagabundentums, Cachot und Prügeln. Das beweist am besten, wie rasch sich die Scheidung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln, die Verdrängung des Kleinbetriebs durch die Maschine und die Vervollkommnung der Maschine vollzieht. Lächerlich und verächtlich aber sind diese Bürger, die mit Moralpredigten und Strafmitteln die notwendigen Folgen ihres eigenen Tuns aus der Welt schaffen wollen. Es ist ewig schade, daß Du nicht im Reichstag bist, das wäre so ganz ein Thema für Dich.

Euer Vorgang im sächsischen Landtag, den Eid ruhig zu schwören, hat Nachahmung gefunden. Die Italiener haben einstimmig erklärt, der Eid dürfe kein Hindernis sein, und Costa hat ohne Murren geschworen. Und das sind doch Leute, die sich für „Anarchisten" erklären, wenn sie auch wählen und sich wählen lassen!

Meine Broschüre ist in Zürich schändlich verschleppt worden, der Druck sollte aber jetzt fertig sein. Ob in dem kleinstädtischen Zürich das Broschieren so lange dauert, weiß ich nicht. Jedenfalls warte ich noch immer auf Exemplare, bis jetzt habe ich keins. Der

Abschnitt über die Mark wird Dir manches bei Maurer klar machen. Der Mann schreibt entsetzlich bummlig, aber trotzdem sind die Sachen ausgezeichnet. Ich habe das Buch fünf- bis sechsmal durchgesehen und lese es nächste Woche noch einmal, nachdem ich seine übrigen sämtlichen Schriften noch einmal im Zusammenhang durchgemacht.

Sehr gefreut hat uns die Weise, wie der sittlich-religiöse Puttkamer abgefertigt worden, erst durch Grillenberger im Reichstag selbst, dann noch wiederholt im „Sozialdemokrat". Der wird sich jetzt in acht nehmen! . . .

Jetzt muß ich schließen. Ich muß zu Marx gehen, mit dessen Gesundheit es immer noch nicht recht voran will. Wären wir zwei Monate weiter, so würden Wetter und Luft das Ihrige tun; aber so haben wir Nordostwind, fast Sturm und Schneegestöber, da kuriere einmal eine alteingewurzelte Bronchitis! Grüße Liebknecht!

Dein F. Engels."

Eine Woche später durchflog die Trauernachricht die Welt, daß Karl Marx nicht mehr sei. Liebknecht eilte sofort nach London, um der Beisetzung des alten Freundes beizuwohnen, die am 17. März stattfand. Am gleichen Tage richtete Bebel folgenden Brief an Engels:

„Borsdorf-Leipzig, den 17. März 1883.

Lieber Engels!

Dein den Tod unseres teuren Marx meldendes Telegramm traf mich, wie Du mittlerweile durch Liebknecht erfahren haben wirst, in Dresden. So hart der Schlag ist, unerwartet kam er nicht. Dein letzter Brief hatte meine Bedenken aufs neue geweckt, und Liebknecht bestätigte sie. Jetzt drängt sich zunächst aller Welt die Frage auf: Was geschieht mit den noch unvollendeten Arbeiten Marx' bezüglich des „Kapital"? Bereits kündigen die französischen Blätter an und die Zeitungen hier drucken's nach, daß Du die Fertigstellung übernähmst. Das erwarten ja alle, und Du allein hast das Zeug dazu; aber hast Du auch die Zeit? Da ich annehme, daß Du mit Liebknecht hierüber gesprochen hast, so bin ich sehr gespannt, was dieser berichten wird.

Da wir nächstens unsere Parteizusammenkunft haben, werde ich anregen, daß Marx ein Denkstein seitens der Gesamtpartei gesetzt wird. Es handelt sich hierbei selbstverständlich nicht um ein glänzendes Denkmal, sondern um ein Zeichen der Dankbarkeit und der Solidarität der Arbeiter aller Länder.

Hiermit möchte ich noch eine andere Frage an Dich richten. Willst Du, nachdem Marx tot ist, in England bleiben oder nicht lieber nach Deutschland oder wenigstens nach der Schweiz kommen, damit wir in näheren und häufigeren Konnex mit Dir kommen können? Die Frage kommt mir in dem Moment, wo ich schreibe, und ich werfe sie hin, ohne mir zu verhehlen, daß Du mit manchen Fäden an England gebunden bist und ein totaler Wechsel in der gesamten Existenzweise in Deinen Jahren nicht leichthin zu unternehmen ist. Aber eine Kampfnatur wie Deine würde sich meines Erachtens auf dem Festland wohlfühlen können.

Die Blätter lassen Marx alle in Argenteuil gestorben sein. Als ich das zuerst las, bekam ich keinen geringen Schreck. Ich bildete mir im ersten Augenblick ein, Marx sei vielleicht in den letzten Tagen nach Argenteuil zurückgegangen und dort plötzlich gestorben, und nun wäre Liebknecht nach London gereist, ohne Dich zu treffen. Dein mittlerweile eingetroffener Brief hat mich nach dieser Richtung beruhigt.

Ich bitte Dich, beiliegende Karten der armen Tussy zu übergeben; das Mädchen tut mir schrecklich leid. Grüße sie von uns.

Mit Gruß und Handschlag Dein A. Bebel."

Unmittelbar nach diesem Brief mußte Bebel nach Kopenhagen abreisen. Die Antwort sandte ihm Engels erst, nachdem er ihn sicher wieder zurück wußte. Sie lautete:

„London, 30. April 1883.

Lieber Bebel!

Deine Frage, ob ich nach Deutschland oder der Schweiz oder sonstwohin auf dem Kontinent übersiedeln würde, beantwortet sich einfach dahin, daß ich in kein Land gehe, wo man ausgewiesen werden kann. Davor ist man aber nur sicher in England und Amerika. Nach letzterem Lande gehe ich höchstens auf Besuch, wenn ich nicht muß. Also bleibe ich hier.

Dazu hat England aber noch einen anderen großen Vorzug. Seit dem Ende der Internationalen ist hier absolut keine Arbeiterbewegung außer als Schwanz der Bourgeoisie, Radikalen und für kleine Zwecke innerhalb des Kapitalverhältnisses. Also hier allein hat man Ruhe für theoretisches Weiterarbeiten. Ueberall anderswo hätte man sich an der praktischen Agitation beteiligen müssen und enorm Zeit verloren. In der praktischen Agitation hätte ich nicht mehr geleistet als irgend ein anderer, in den theo-

retischen Arbeiten sehe ich bisher noch nicht, wer mich und Marx ersetzen soll. Was die Jüngeren darin versucht haben, ist wenig, meist sogar weniger als nichts wert. Kautsky, der einzige, der fleißig studiert, muß schreiben, um zu leben, und kann schon deshalb nichts leisten. Und jetzt, im dreiundsechzigsten Jahre, mit dem Buckel voll eigener Arbeit und der Aussicht auf ein Jahr Arbeit am zweiten Band des Kapitals und auf ein zweites Jahr für Marx' Biographie nebst Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung von 1843 bis 1863 und der Internationale von 1864 bis 1872 müßte ich verrückt sein, wenn ich mein ruhiges Asyl hier vertauschte mit Orten, wo man an Versammlungen und am Journalkampf sich beteiligen müßte und schon damit den klaren Blick sich notwendig trübte. Ja, wenn es wieder wäre wie 1848 und 1849, da stieg ich auch wieder zu Pferd, wenn's sein muß. Aber jetzt — strenge Teilung der Arbeit. Sogar vom „Sozialdemokrat" muß ich mich möglichst zurückziehen. Denk' nur an die ungeheure, früher zwischen Marx und mir geteilte Korrespondenz, die ich seit über einem Jahr allein zu führen habe. Denn die vielen Fäden aus allen Ländern, die in Marx' Studierzimmer freiwillig zusammenliefen, wollen wir doch ungebrochen erhalten, soweit es in meinen Kräften steht.

Wegen Denkmal für Marx weiß ich nicht, was geschehen soll. Die Familie ist dagegen. Der einfache Grabstein, der für seine Frau gemacht und nun auch seinen und seines kleinen Enkels Namen trägt, würde entweiht werden in ihren Augen, wenn er durch ein Monument ersetzt würde, das hier in London sich doch kaum unterscheiden lassen würde von den prätentiösen Philisterdenkmalen, die es umgeben. So ein Londoner Kirchhof sieht ganz anders aus als ein deutscher. Da ist Grab an Grab und kein Raum für einen Baum zwischen ihnen, und das Denkmal darf nicht die Breite und Länge des gekauften schmalen Raumes überschreiten.

Liebknecht sprach von einer Gesamtausgabe der Marxschen Schriften. Alles sehr schön, aber wie mit dem Dietzschen Plan für den zweiten Band vergessen die Leute, daß der zweite Band an Meißner längst verhandelt ist und daß eine Ausgabe der anderen kleineren Sachen erst doch Meißner ebenfalls angeboten werden müßte und dann *nur im Ausland* erscheinen könnte. Schon *vor* dem Sozialistengesetz hieß es ja immer, selbst das Kommunistische Manifest könne nicht in Deutschland gedruckt werden! Außer als bei Eurem Prozeß verlesenes Aktenstück.

Das Manuſkript des zweiten Bandes iſt vor 1873, wahrſcheinlich ſchon vor 1870 vollendet. Es iſt mit deutſchen Lettern geſchrieben; ſeit 1873 benutzte Marx nur noch lateiniſche.

Es iſt zu ſpät zum Einſchreiben, alſo muß dieſer Brief ſo gehen, doch verſiegle ich ihn mit meinem Siegel.

An Liebknecht heute abend Brief nach Berlin.

Dein F. Engels."

Bebel antwortete ſofort:

„Borsdorf-Leipzig, 2. Mai 1883.

Lieber Engels!

Dein Brief traf gerade in dem Moment ein, wo ich an Dich zu ſchreiben beabſichtigte. Du ſiehſt, er iſt ohne „Einſchreiben" ans Ziel gekommen, was mich einigermaßen wundert. Die Antwort will ich aber nicht in gleicher Weiſe laufen laſſen, weil ihr Inhalt Dritten nicht gleichgültig iſt.

Meine Anfrage, ob Du nicht England verlaſſen wollteſt, war eigentlich mehr dem Gefühl entſprungen, daß Du Dich nach dem Tode Marx' ſehr vereinſamt fühlen möchteſt. Die Gründe, die Du für Dein Bleiben anführſt, billige ich vollkommen, und ich wünſchte, ich wäre in ähnlicher Lage. Mir drängt ſich mehr und mehr das Gefühl auf, daß die ganze agitatoriſche Tätigkeit und insbeſondere die parlamentariſche unter den heutigen Verhältniſſen nicht die Kraft und die Zeit lohnt, die man drauf verwendet. Unter dem Eindruck dieſes Gefühls hatte ich die Hamburger gebeten, von meiner Kandidatur abzuſehen, aber mein Brief kam zu ſpät. Die Proklamierung iſt bereits erfolgt. Ich tröſte mich nun damit, daß die Wahl mir einen neuen Durchfall zu den vielen einbringt; unangenehm iſt nur, daß dieſe ewige Kandidatur nach außen den Eindruck macht, als wollte ich mit aller Gewalt ins Parlament, und das iſt eine große Täuſchung.

Ich weiß nicht, ob Du ſchon von anderer Seite ein genaueres Bild über den Kopenhagener Kongreß bekommen haſt. Der „Sozialdemokrat" kann natürlich nur unter Zenſur berichten. Es kam zwiſchen den beiden Richtungen zu ziemlich lebhaften Auseinanderſetzungen, ſpeziell zwiſchen Geiſer und mir. Wohl ſind alle im „Prinzip" einig, aber ich brauche Dir nicht zu ſagen, daß es denn doch ſehr weſentlich iſt, wie man ſich den Kampf für das Prinzip vorſtellt. Und da unterliegt es keinem Zweifel, daß es unter unſeren Parlamentariern ſpeziell Leute gibt, die, weil ſie an die Höhe der revolutionären Entwicklung nicht glauben, zum Parlamenteln geneigt

sind und jedes scharfe Vorgehen sehr ungern sehen. Wer glaubt, daß wir noch mindestens hundert Jahre bis zu einer sozialen Revolution haben, wird anders auftreten wie jener, der sie in absehbarer Ferne erblickt....

Die Stimmung in der Masse ist, wie ich Dir schon früher schrieb, durchaus gut und ist von jener Seite nur das Beste zu hoffen.

Daß Du ferner nicht mehr für den „Sozialdemokrat" tätig sein kannst, ist sehr bedauerlich, aber angesichts der anderen und sehr wichtigen Arbeitslast, die auf Dir ruht, natürlich. Es fehlt dem „Sozialdemokrat" leider sehr an tüchtigen Mitarbeitern.... Die Nachricht, daß der zweite Band des „Kapital" fertig ist, ist mir sehr erfreulich zu hören. Liebknecht hat mir keinen kleinen Schrecken eingejagt mit dem Verdacht, daß er möglicherweise durch Marx selbst vernichtet sei. Wie ist denn diese Geheimhaltung bei Deinem intimen Umgang mit Marx nur möglich gewesen?

Deine Schilderung eines englischen Friedhofs erinnert mich an das Bild, das mir kürzlich der Hamburger bot, als ich Yorks und Geibs Grab besuchte; der sieht einem englischen aufs Haar ähnlich. Ein frostiges Bild.

Wenn die Familie jedes Denkmal ablehnt und auch der Liebknechtsche Vorschlag unmöglich ist — was ich mir auch gesagt habe —, dann ist überhaupt nichts zu machen. Sorgen wir um so eifriger dafür, daß die Marxschen Ideen und Lehren immer weiteren Eingang und Verwirklichung finden. Leider hast Du recht, daß es mit den theoretischen Nachfolgern von Euch schlimm aussieht. Was an Kräften vorhanden ist, ist abgenutzt und verbraucht, und neue Kräfte können augenblicklich unter dem Druck der Verhältnisse nicht emporkommen. Aber sie kommen, sobald Luft wird, darauf kannst Du Dich verlassen. Das predige ich allen denen, die auf die jetzigen schwachen geistigen Kräfte der Partei hinweisen, an eine siegreiche Zukunft nicht glauben wollen und pessimistisch auf das Bismarcksche Ausnahmegesetz hinweisen, das uns „vernichte", wenigstens nicht aufkommen lasse.

Unsere ökonomische Abwirtschaftung schreitet ruhig, aber sicher weiter. Der Eisenmarkt zeigt allgemeine Stagnation; der Kartellvertrag der böhmischen Eisenindustriellen ist ganz neuerdings auch in die Brüche gegangen. Im sächsischen Voigtland ist in der Stickereibranche infolge des Ausbleibens amerikanischer Bestellungen eine große Krise im Anzug, ebenso in der Spielwarenbranche des Thüringer Waldes. Andere Industrien, die vom amerikanischen Markt abhängen, werden bald in die gleiche Lage kommen.

Unsere Bauern jammern über die niedrigen Bodenproduktenpreise — trotz der Schutzzölle. Sie haben durchschnittlich eine volle Ernte gehabt, aber von schlechter, schwer verkäuflicher Qualität. Ferner hat der nasse Herbst und das bis heute sehr kühle Frühjahr die Ackerbestellung zu einem großen Teil unmöglich gemacht oder die Saaten verdorben, so scheint die nächste Ernte nicht viel erwarten zu lassen. Auch das Baugeschäft — das ich speziell kenne — liegt zum größten Teil sehr danieder.... Dein A. Bebel."

Engels bemühte sich, Bebels Anfall von Parlamentsmüdigkeit zu bekämpfen. Er schrieb ihm:

„London, 10. Mai 1883.

Lieber Bebel!

Daß Du lieber nicht im Reichstag sitzest, glaube ich Dir gern. Aber Du siehst, was Deine Abwesenheit möglich gemacht hat. Vor Jahren schon schrieb mir Bracke: „Von uns allen ist es doch nur Bebel, der wirklichen parlamentarischen Takt hat." Und das habe ich immer bestätigt gefunden. Es wird also wohl nicht anders gehen, als daß Du bei erster Gelegenheit Deinen Posten wieder einnimmst, und ich würde mich sehr freuen, wenn Du in Hamburg gewählt und damit von Deinen Zweifeln durch die Notwendigkeit erlöst würdest.

Agitatorische und parlamentarische Arbeit werden auf die Dauer sicher sehr langweilig. Es ist damit wie mit dem Annoncieren, Reklamemachen und Herumreisen im Geschäft: Der Erfolg tritt nur langsam und für manche gar nicht ein. Aber es geht nun einmal nicht anders, und wer einmal darin ist, muß das Ding bis zu Ende durchmachen, oder all die vorige Mühe ist verloren. Und unter dem Sozialistengesetz ist dieser einzige offen gebliebene Weg absolut nicht zu entbehren....

Deine Auffassung der Geschäftsverhältnisse bestätigt sich in England, Frankreich und Amerika. Es ist eine Zwischenkrise wie die von 1841 bis 1842, aber auf weit kolossalerer Stufenleiter. Der zehnjährige Kreislauf hat sich überhaupt erst seit 1847 (wegen der kalifornischen und australischen Goldproduktion und damit vollständigen Herstellung des Weltmarkts) klarer entwickelt. Jetzt, wo Amerika, Frankreich, Deutschland anfangen, das Weltmarktsmonopol von England zu brechen, und wo daher die Ueberproduktion wieder wie vor 1847 anfängt, sich rascher geltend zu machen, jetzt kommen auch die fünfjährigen Zwischenkrisen wieder auf. Beweis der vollständigen Erschöpfung der kapitalistischen Produk-

tionsweise. Die Periode der Prosperität kommt nicht mehr zu ihrer vollen Entwicklung. Schon nach fünf Jahren wird wieder überproduziert, und selbst während dieser fünf Jahre geht es im ganzen schofel ab. Was aber keineswegs beweist, daß wir nicht 1884 bis 1887 wieder eine ganz flotte Geschäftszeit haben wie 1844 bis 1847. Dann aber kommt der Hauptkrach ganz sicher.

11. Mai. Ich wollte Dir noch weiter über die allgemeine Handelslage schreiben, allein es ist Posteinschreibezeit drüber geworden, also Schluß. Dein F. E."

Es kam zunächst noch schlimmer, als Engels 1883 erwartete. Die „flotte Geschäftszeit" blieb 1884 aus. Sie kam erst 1887 und war 1890 schon wieder zu Ende. Die neue Aera der Prosperität, das neuerliche Aufleben der kapitalistischen Produktionsweise nach ihrer „vollständigen Erschöpfung", die zeitweise Ueberwindung der chronischen Ueberproduktion sollte Engels nicht mehr erleben. Ein furchtbarer ökonomischer Druck lag 1883 neben dem politischen des Ausnahmegesetzes auf dem deutschen Proletariat.

Um so erhebender dessen Widerstandskraft und Kampfesmut.

Einen für Engels besonders erfreulichen Beleg lieferte die Aufnahme seiner Broschüre, von der er in seinem Briefe vom 7. März sprach. Es war die Schrift über die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft".

Triumphierend berichtete darüber der „Sozialdemokrat" vom 17. Mai 1883 unter der Spitzmarke: „Unser der Sieg trotz alledem!" Er schrieb:

„Genossen! Ende Februar kündigten wir euch das Erscheinen der neuen Broschüre von Friedrich Engels an; heute, nach noch nicht drei Monaten, können wir euch mitteilen, daß die ganze Auflage derselben bereits bis auf das letzte Exemplar vergriffen ist, so daß, da noch unausgesetzt Bestellungen einlaufen, sofort zur Herstellung einer neuen Auflage geschritten werden mußte."

Wenige Wochen darauf fand die Wahl im ersten Hamburger Wahlkreis statt. Eine Stichwahl wurde nötig, die Bebel am 29. Juni mit 11711 Stimmen in den Reichstag entsendete. Mit mehr Stimmen, als wir je dort gewonnen.

So war Bebel wieder dem Parlamentarismus gegeben, und trotz seiner Sehnsucht nach einer anderen Tätigkeit hat er es kaum bedauert. In der Tat, nirgends war er so sehr an seinem Platze, wie im Reichstag. Bracke hatte vollkommen recht, wenn er schrieb, daß keiner unserer Abgeordneten so viel parlamentarischen Takt besäße wie Bebel.

Als Bebel 1867 in den Reichstag als unser erster Abgeordneter kam, war die parlamentarische Tätigkeit eines sozialistischen Proletariers noch etwas ganz Unerhörtes. Wohl besaßen die Arbeiter Frankreichs seit 1848, mit kurzer Unterbrechung, das allgemeine Wahlrecht, aber sie hatten zunächst nicht viel damit anzufangen gewußt, und unter dem Kaiserreich waren sie durch politischen Druck und durch ihr Mißtrauen gegen die Regierung von der Kammer ferngehalten worden.

Weder in Frankreich noch in England fand Bebel ein Vorbild, an das er sich bei seiner Tätigkeit im Parlament halten konnte.

Auch einem erfahreneren, reiferen, besser vorgebildeten Mann hätte diese Situation schwere Probleme aufgegeben. Bebel war jung, noch nicht siebenundzwanzig Jahre alt, als er zuerst gewählt wurde, hatte nur eine höchst dürftige Schulbildung und geringe politische Erfahrung — so sah der sozialistische Proletarier aus, der als der erste der Weltgeschichte in ein Parlament eindrang. Ihm standen gegenüber die bedeutendsten Staatsmänner, die gelehrtesten Redner, die gewiegtesten Parlamentarier jener Zeit. Ihm stand gegenüber eine Regierung, die drei Kriege glänzend gewonnen, das Sehnen der Nation befriedigt hatte; eine Regierung, vor der die ganze bürgerliche Welt zusammenknickte. Und hinter ihm stand nichts als ein schwaches, noch nach eigener innerer Klärung ringendes Parteichen!

Und trotzdem wußte er sich zu behaupten und imponierte er. Aber noch mehr. Er fand, noch ohne klares theoretisches Wissen, ganz instinktiv sofort die dem proletarischen Klassenkampf am besten angepaßte, mit ihm harmonisch verbundene Art der parlamentarischen Taktik. Bewußt stellte er sich dabei in Gegensatz zu älteren, reiferen, weit besser gebildeten und an formaler Gewandtheit ihm überlegenen Männern der eigenen Partei, wie Liebknecht und Schweitzer, von denen jener zu sehr das Mißtrauen, den bloßen Protest betonte, und dieser zu sehr in bloßer positiver Arbeit aufging und die Aufgabe schärfster, energischster Opposition darüber verdunkelte.

Für die Verwandlung des Parlamentarismus aus einem Mittel, die Massen zu beherrschen und zu nasführen, in eines, sie zu befreien, hat niemand so viel geleistet wie August Bebel. Er ist bahnbrechend dabei vorausgegangen, nicht durch theoretische Erörterungen, sondern durch meisterhafte Tat, durch die innigste Verbindung parlamentarischer Arbeit mit proletarischem Klassenkampf, mit der Tätigkeit der Massen, wobei die eine Aktion die andere befruchtet, kräftigt und hebt.

Digitized by Google

Bebel hat Großes geleiſtet als Parlamentarier. Engels hatte ganz recht. Bebel war unentbehrlich im Reichstag und der Reichstag unentbehrlich für uns, trotz alles Kleinlichen und Langweiligen, das an der parlamentariſchen Arbeit haftet, wie faſt an jeder Arbeit in unſerer Produktionsweiſe, die dauernd betrieben wird, außer an der des Forſchers und Künſtlers.

Die Größe der Leiſtungen Bebels im Parlament beruhte aber auf der Größe ſeiner Leiſtungen außerhalb des Parlaments, auf dem regen Intereſſe für alle Bedürfniſſe, alle Regungen, alle Kampfesmittel des Proletariats, auf ſeinem tiefen Verſtändnis für die Stellung des Proletariats in unſerer Geſellſchaft. Er konnte als Parlamentarier ſo Großes wirken, weil er ſtets mehr war als Nurparlamentarier, weil er mit genaueſter Kenntnis und ſouveräner Beherrſchung des parlamentariſchen Apparats auch vollſte Klarheit über die Grenzen des parlamentariſchen Könnens verband und weil er auf jedem Gebiet des proletariſchen Klaſſenkampfes zu Hauſe war. Er konnte ſo Großes wirken, weil die Arbeitsteilung ihm nie die Univerſalität raubte, nie ſeinen Blick verengte, ihn ſtets die Geſamtheit überſchauen ließ.

Ihre parlamentariſche Praxis bildete die beſondere Eigenart der deutſchen Sozialdemokratie, durch die ſie ſich in den Anfängen der neuen Arbeiterbewegung ſeit den ſechziger Jahren vor den anderen Arbeiterparteien auszeichnete. Soweit ſie für dieſe vorbildlich geworden iſt, geſchah dies im weſentlichen durch ihr parlamentariſches Wirken. Und weſentlich durch dieſes iſt Bebel zu einer Stellung in der proletariſchen Klaſſenbewegung der Welt gelangt, wie ſie unſere tiefſten Denker, wie ſie Marx und Engels nicht erlangt haben. Es gibt eben kein Mittel, das beſſer vermöchte auf die Maſſen in machtvollſter Weiſe zu wirken, ſie aufs tiefſte aufzurütteln, ſie zu einheitlichem Tun zuſammenzufaſſen, das Maximum an Kraft aus ihnen herauszuholen, als eine energiſche, rückſichtsloſe, von großen Geſichtspunkten getragene Verfechtung des proletariſchen Klaſſenkampfes in jener zentralen Verſammlung, die die Geſamtheit des Volkskörpers repräſentiert.

Der Typus des gewaltigen Parlamentariers dieſer Art iſt von Auguſt Bebel geſchaffen worden. Darin haben wir ſeine vornehmſte hiſtoriſche Leiſtung zu ſuchen. Er hat zahlreiche, kraftvolle und befähigte Nachfolger in faſt allen Parlamenten der Welt gefunden, die in ſeinem Sinne wirken. Doch bis ans Ende ſeiner Tage, während eines halben Jahrhunderts unermüdlichen Schaffens vermochte es keiner der Jüngeren, ihn zu überholen.

Digitized by Google

Bebel hat im wesentlichen durch seine meisterhafte Beherrschung und Ausnutzung des Parlamentarismus als proletarischer Politiker eine Stellung errungen, ebenso einzig in ihrer Art, wie sie Napoleon als Feldherr gewann.

Aber Bebel ist stets Gleicher unter Gleichen geblieben, seine glänzenden Erfolge haben ihm nie den Kopf verdreht, aber auch nie den Blick für die Grenzen seines Könnens und für die des Könnens der proletarischen Kräfte, die hinter ihm standen, getrübt. Bei allem revolutionären Enthusiasmus und Optimismus zeigte er sich als Meister auch in der Beschränkung, der Konzentration aller Kräfte auf das Notwendige und Mögliche, und so konnte er wohl manches Jena und Austerlitz verzeichnen, aber nie hat er sich und seine Partei nach einem Moskau oder Waterloo geführt.

Wenn wir seiner gedenken, finden wir keinen häßlichen Flecken, ja nicht einmal einen Mißerfolg, der sein leuchtendes Bild in der Erinnerung trüben könnte. Niemand übte strengere Kritik an sich, als Bebel. Niemandes Handeln konnte strengere Kritik bestehen, als das seine.

Namen-Verzeichnis.

Abbe II 75.
Abeken, v. II 175, 248. III 204, 205, 213.
Ackermann I 102.
Ahnert II 206.
Albert II 298.
Albrecht, Dr. I 55.
Albrecht, Prinz v. Preußen II 67.
Ammermüller II 155.
Andreack II 51.
Angerstein I 122, 123.
Armborst II 123.
Arnold III 91.
Arons, Dr. III 156.
Auer II 227, 244, 267, 280, 287, 296, 298, 306, 312, 315, 331, 333, 338, 375, 377 bis 379, 382, 386, 398, 402. III 17, 23, 24, 26, 39, 40, 44, 45, 63, 73 bis 75, 78, 83, 148, 150, 161, 172, 173, 182, 198, 224, 225, 239, 240.
Aurin II 129.
Autenriet III 91.
Bachem I 121.
Backofen III 182.
Bahr II 282.
Bakunin II 278, 285, 322.
Balleſtrem, Graf II 256, 328.
Bamberger II 154, 302, 344, 391. III 5, 7, 174.
Bandow I 96, 97, 104, 107, 114 bis 116, 121, 124, 179.
Bazaine II 191.
Bebel, Johann Gottlob (Vater) I 1.
Bebel, Johann (Großvater) I 2.
— Wilhelmine Johanna, geb. Simon (Mutter) I 1.
— Heinrich I 2.
— Johann (Buchdrucker) I 3.
— Balthaſar I 3.
— Friedrich Wilhelm I 3.
— Auguſt (Onkel) I 3, 7.
Beck III 94, 95.
Becker, Bernhard I 83, 92, 126. II 5, 27, 34, 35, 337.
— Hermann (der rote Becker) I 84, 85. II 139, 148, 149.
— Jean Philipp I 114, 181, 196, 230. II 14, 20, 22, 81, 86, 89 bis 91, 93. III 105.
Belli III 92, 93.
Benedetti II 173 bis 175.
Bennigſen, v. I 47, 118, 119, 140, 148. II 139, 326, 347, 397, 398, 405, 408, 410, 411. III 13.
Bernhardi, v. I 230.
Bernsdorf II 39.
Bernſtein, Ed. II 107, 278, 306, 315, 388 bis 390. III 47, 48, 50, 51, 53 bis 55, 58, 63, 67, 94, 96, 148, 162, 165 bis 169, 189, 223.
— (Redakteur der „Berliner Volkszeitung“) II 231.
Beſchan II 86.
Beſeler II 411.
Bethuſy-Huc, Graf II 143.
Beuſt, v. I 52, 56 bis 58, 92, 95, 125, 134, 137, 141, 230. II 15 104, 284, 365.

Biedermann, Dr. I 52, 95, 162. II 176, 181, 185, 211, 212, 215.
Birkert III 148.
Birnbaum II 246, 413.
Bismarck, v. I 49, 56, 59 bis 68, 74, 118, 121, 125 bis 127, 141 bis 146, 153, 159 bis 165, 168, 192, 206, 227, 228, 230, 235, 236. II 3 bis 5, 7, 12, 13, 15, 17 bis 20, 24, 25, 30 bis 47, 49, 51, 53, 56, 57, 64, 66, 67, 121, 124, 132, 138, 140, 141, 146, 147, 152, 155, 162, 163, 167 bis 169, 172 bis 177, 191, 197, 198, 200, 203, 205, 219, 220, 223, 241, 245, 246, 253, 254, 280, 282, 284, 285, 302, 310, 325 bis 329, 343, 345, 346, 354, 370, 378, 383, 391, 393, 397, 398, 401, 405, 406, 408, 411, 413, 414, 417 bis 420. III 1, 3 bis 5, 11 bis 13, 15, 30, 59, 60, 63, 100, 102 bis 104, 107, 123, 125, 158, 161, 170, 172, 173, 175, 192, 227, 234, 235, 237, 242, 243.
Bitter I 84, 87.
Blanc, Louis I 230.
Bleuler I 99.
Blos II 295, 298, 382. III 23, 44, 63, 161, 196.
Blum, Dr. Hans I 52, 90, 162. II 153, 154, 162, 247.
— Robert II 364, 367, 368.
Bluntschli I 148, 155. II 154.
Boas I 209. II 242.
Bock-Gotha II 315, 330.
— Professor I 52.
Böhmert II 413.
Bohne I 81.
Bonhorst II 107, 187, 191, 209, 216, 374.
Bosse, Kultusminister III 30.
Bracke I 213. II 52, 55, 57, 70, 74, 76, 77, 80, 81, 86, 88, 92, 93, 105 bis 107, 180, 181, 187, 212, 216, 228, 230, 231, 248, 251, 259, 264, 271, 275, 307, 316, 317, 320, 324, 334, 336, 337, 340, 372, 374, 376, 378, 379, 382, 385, 419. III 6, 7, 14, 35, 37 bis 39, 41, 44, 51, 60, 64, 66, 78, 83, 105, 189.
— Frau III 35, 36.
Brasch II 377.
Braß I 61, 126.
Bräuer II 70.
Braun, Dr. Karl II 139, 195.
Bredt II 47.
Bremer I 207. II 76, 80.
Breuder III 218 bis 220.
Breuel III 224.
Brockhaus I 102, 104, 105, 107, 109. II 246.
Brückmann I 203.
Bucher I 61, 165. II 4, 13, 24, 25, 182. III 4, 59.
Buchez II 320.
Büchner, Louis I 83, 148, 192.
Bülow, Hans v. II 12.
Burckhardt, Dr. I 52, 55.
— Xylograph III 181.
Bürger-Göppingen I 203, 207. II 98.
Bürgers II 53, 149.
Bürkli I 114. II 390.
Busch, Moritz II 197.
Büsing II 235, 242.
Bütter I 203.
Camphausen, v. II 370, 408. III 172.

Clauswitz III 30.
Conzett III 240.
Creuznacher II 75.
Curti III 31.
Daake, v. II 70.
Dahlmann I 118.
Dalwigk I 56.
Dammer, Dr. I 53, 69, 70, 74, 75. II 5.
Dasbach-Hanau II 297.
Daschner II 296.
Dave III 218, 220.
Delbrück II 192, 198, 200, 370.
Delius III 30.
Demmler II 382, 383, 415.
Dentler II 399, 400.
Denzin, v. II 326.
Derossi II 128, 333, 377. III 19, 94, 150.
Diestelkamp III 193.
Dietz I 190. III 41, 97, 98, 161, 196, 240.
Dinter I 124.
Dittmann I 85, 86, 89.
Döbler III 121, 122.
Dodel II 390.
Dolge, I 55, 74, 91, 96.
Dollfus III 7.
Döllinger II 257.
Dotzauer II 313.
Douai III 107.
Dreesbach II 340, 376. III 126.
Dühring II 387, 388.
Duncker II 139, 196, 197, 241.
Eccarius, I 202.
Eckhardt I 82, 114, 115, 124, 132.
Ehlers II 80, 374.
Ehrenberg, v. III 94.
Ehrhart III 11, 44, 82.
Eichelsdörfer I 86, 89, 93, 94, 116, 154, 177, 194, 207.
Eichhoff II 85.
Eichler I 62 bis 65, 69. II 4.
Eisner I 128.
Ellisen I 197.
Ellner II 80.
Endres III 131.
Engels I 119, 126, 130, 131, 166, 216. II 14, 20, 21 bis 24, 26, 107, 130, 168, 190, 209, 292, 293, 295, 317, 318, 324, 334, 336, 338, 339, 379, 387 bis 390. III 48, 50 bis 55, 57, 60, 69, 74, 78, 81 bis 83, 86, 88, 89, 96, 133, 136, 156, 162, 165 bis 167, 169 bis 171, 176, 198, 207, 208, 223, 231, 234, 235, 242.
Eras, Dr. I 52, 90, 112, 127.
Eulenburg, Graf Botho zu II 344, 345, 408, 410, 411. III 4, 101, 192.
Ewald, Dr. II 196.
Eynern, v. I 60.
Falk I 100. II 409.
Faucher I 119.
Favre II 172.
Feilitzsch, v. III 33, 114.
Feuerbach II 244.
Fieser, Staatsanwalt III 91.
Finn II 244.
Fischer, Richard II 416. III 94, 189.
Forckenbeck, v. II 45, 46, 139, 300, 301, 326, 346, 398, 408. III 2, 103.
Forrer II 190.
Försterling I 75, 81, 137, 169, 176, 222, 223. II 179.
Fox I 111.
Franz I 81. II 112, 373.
Freese, Julius I 150. II 103, 104.

Freiesleben II 155, 156.
Freycinet II 190, 191.
Freytag, Bernhard II 248, 250.
— Gustav II 139, 203.
— Otto I 183. II 210, 214, 248, 250, 251, 278, 309, 373, 389, 407. III 23, 105, 107, 169, 211.
Frick II 378, 380.
Friedemann III 186.
Friedenthal II 200.
Friedländer, Dr. II 242.
Friedrich Karl, Prinz II 138, 182.
Friedrich, Kronprinz (später Kaiser) II 203, 204. III 173.
Friesen, Freiherr v. II 147, 246, 419.
Fritzsche I 51 bis 55, 62, 69, 70, 74 bis 76, 96, 124, 141, 147, 148, 169, 174, 175, 212 bis 214, 217, 220. II 5, 27, 35, 71, 74, 82, 106, 159, 179, 196, 291, 305, 312, 331, 378, 382, 384 bis 386, 388, 419. III 14, 24, 26, 50, 60, 66, 69, 104, 135, 148, 176, 177, 189.
Frohme II 128, 297, 310, 376, 379. III 148, 196.
Gablenz, v. I 142.
Gagern I 118.
Galen, Graf II 384.
Gambetta II 190, 191.
Garibaldi I 119. II 283.
Garve III 148, 150, 161.
Geck, Adolf III 91, 195.
— Karl III 91.
Geffken II 203.
Geib I 226, 227. II 59, 70, 74, 81, 88, 92, 93, 105, 124, 177, 181, 187, 191, 274, 296, 299, 303 bis 305, 307, 308, 312, 315 bis 317, 330, 334, 341, 375, 377, 379, 390, 398. III 17, 18, 34 bis 36, 61, 63, 105, 133, 189.
Geiser II 288, 291, 415. III 196.
Germann I 133, 199, 200, 206.
Geyer III 203.
Giersch II 308.
Giesecke & Devrient I 102, 148.
Glattstern, Dr. II 401.
Gneist II 47, 139, 411.
Goegg, Amand I 148, 154. II 320.
Goldhausen III 204.
Goltz, v. d. II 191. III 141.
Götz, Gießereibesitzer I 74.
— Dr. I 175. II 196.
Govone I 143.
Gralle II 374.
Gramont, Herzog von II 173.
Granville, Lord II 284, 285.
Grävenitz, v. III 30.
Greil II 234, 240.
Greulich I 114, 202, 206, 223. II 91. III 148.
Grillenberger II 288, 296, 307, 308, 378, 382, 388. III 97, 148, 182, 190, 196, 229, 240.
Groschuff II 392, 393.
Grottkau I 219.
Grumbrecht II 142.
Grun I 54.
Grün I 154, 155.
Grüneberg II 406.
Grunzig III 128, 131, 133.
Günzel I 207.
Gutmann III 91.
Haberkorn II 148, 149.
Hadlich I 183.
Hahn III 30.
Hänel, Dr. II 326, 344.
Harm II 228, 287, 297.

Härtel, Richard I 101, 212.
— Stadtrat I 102 bis 105, 107, 109.
Hartmann I 218. II 305, 315, 333, 377. III 41, 150, 190.
Hartung I 202. II 86, 288.
Haſenclever I 175, 218, 232. II 65, 66, 71, 74, 111, 122, 128, 130, 161, 179, 196, 244, 274, 297 bis 299, 302, 303, 305, 307, 311 bis 316, 318, 323, 325, 330, 332 bis 334, 340, 347, 375, 377, 379, 382, 385, 412, 415. III 23, 31, 34, 66, 87, 128, 132, 135, 148, 151, 170, 178, 179, 181, 190, 192, 193, 195, 204, 230, 241.
Haſſelmann I 219. II 57, 111, 128, 244, 274, 297, 303, 304, 307, 312 bis 316, 318, 323, 325, 331, 338, 345, 377, 378, 380, 382, 387, 419. III 13, 14, 88, 101, 104, 140, 143, 144, 146, 149 bis 151, 189.
Hatzfeldt, Gräfin v. I 64, 93, 175, 219, 222, 232. II 12, 32 bis 34, 43, 73, 77, 80, 100, 294.
Haueiſen III 91.
Haug, Jakob III 91.
— Fr. III 91.
Haußmann, Konrad I 154.
— (Vater) I 154.
Hausmeiſter II 103.
Havenith I 209.
Heger, Dr. I 203.
Heidt, v. d. II 47.
Heinke I 110.
Heinrich (Spitzel) III 178, 179, 186, 211.
Heinſch II 310, 398 bis 400.
Heinzen II 247.
Helldorf, v. III 3.
Hepner I 128, 189, 210. II 125, 206, 207, 215, 230, 231, 246, 249 bis 251, 292 bis 296. III 170.
Herbig II 124, 188, 191, 197.
Hertling, v. III 101, 140, 174.
Herwegh II 14, 20, 22, 32, 329.
Heß II 14, 23, 43, 44, 329.
Heubner II 108, 278.
Heymann-Koburg I 207.
Heynrichs, Jenny I 101.
Heyſe, Paul III 96.
Hillmann II 35, 41. III 148.
Hirſch, Karl I 209. II 70, 188, 210, 211, 230, 245, 261, 262, 329, 375. III 43, 48, 49, 51, 53 bis 57, 61 bis 63, 69, 70, 75, 76, 78, 81, 82, 86, 87, 162 bis 165, 167, 168.
— Dr. Max I 96, 97, 104, 107, 114 bis 116, 157, 179, 181, 213. II 116, 117, 157, 247.
Hirſemenzel II 85.
Hirzel, Dr. I 52, 115, 116.
Hitzinger II 97.
Hobrecht II 409.
Höchberg II 389, 390. III 23, 47 bis 50, 53, 55, 56, 58, 60 bis 63, 67, 69, 72, 75, 78, 82, 84, 85, 131, 134, 136, 163, 164, 224, 225.
Hochberger I 116, 179.
Höbel II 405, 407, 408, 414. III 219.
Hoffmann-Neuſtadt-Magdeburg II 80.
— Staatsanwalt II 252.
Hofmann, Dr. Fritz I 55.
Hofſtetten, v. II 10, 14, 15, 30, 35, 51, 54, 65, 91.

Hohenlohe, Fürst zu I 119, 145. II 154, 239, 326.
Hohenwart, Graf II 210, 281 bis 283.
Hohenzollern, Fürst Karl Anton von II 172, 173.
— Prinz Leopold von II 172, 173, 175.
Hohoff, Kaplan II 274.
Hölder I 114, 117.
Holleben, v. III 30.
Hollmann III 219, 220.
Horsch III 218 bis 220.
Hoverbeck, v. II 151, 161, 241, 253.
Huber I 96.
Ißleib I 128, 190.
Jacoby, Johann I 205. II 41, 42, 57, 58, 75, 124, 147, 188, 189, 191, 196, 197, 212, 241, 253, 274, 380, 381.
— Leopold III 21.
Jaeckh I 111.
Jonas I 209. II 156.
Jörg II 154, 327.
Joseph, Dr. I 147.
Josewicz II 233.
Kapell, A. II 310, 315, 376, 382, 419. III 161, 190.
— O. II 315.
— Gebrüder III 161, 190.
Karageorgewitsch, Peter III 95.
Kardorff, v. II 221. III 7, 140, 174.
Karl, Prinz von Bayern I 119.
Kaufmann III 130.
Kautsky III 94, 96, 148, 168.
Kayser, Max II 296, 378, 419. III 3, 23, 29, 31, 34, 43, 50, 57, 63, 64, 66, 70, 71, 75, 76, 79, 80, 101, 151, 196, 197, 214, 229.
Keil, Ernst II 147.
Kegel III 69, 148.
Keller, Gottfried III 96.
Ketteler II 47.
Keubler III 120.
Keudell, v. I 68.
Kiefer-Baden II 218. III 30.
Kirbach I 57, 58. II 248.
Kirchmann, v. II 56, 151.
Kirchner, Dr. I 203, 207.
Klapka I 161, 162.
Kleemann III 91, 204.
Klees II 80.
Klein, Karl I 214.
Kleist-Retzow, v. III 6, 7.
Klotz II 240. III 195.
Knieling II 189.
Knöfel I 81, 137.
Knorr I 84.
Köber II 373.
Kobitsch I 207. III 26.
Koch, Dr. I 96.
Köhler II 189.
Kohner I 75.
Kokosky II 271, 272, 295, 307.
Kolb, Dr. (Statistiker) I 193. II 154 bis 156, 163.
— Speyer I 154, 157.
Kolping, Pfarrer I 29.
König I 116.
Korn, Hauptmann a. D. I 101.
Kräcker III 196.
Krahnstöver III 39, 40.
Krämer-Doos I 154, 199.
Krause I 207.
Krebs I 179, 181, 209.
Kremer I 111.
Kristupeit III 220.
Krüger III 138.
Krummacher II 6.
Kugelmann, Dr. II 107.

Kühn II 128, 187, 216, 374.
Kullmann II 327, 328.
Kufferow, v. II 48, 126.
Lachmann I 97.
Ladendorf, Dr. I 148, 202, 211. II 91, 97.
Lafargue, Laura, geb. Marx III 166.
La Marmora I 143, 160.
Lange, Dr. Friedrich Albert I 96 bis 100, 116, 121 bis 123, 197, 201.
Langen I 129.
Lasker II 139, 146, 156, 160, 163, 194 bis 196, 221, 234 bis 239, 243, 327, 344, 347, 397, 398. III 8, 19, 27, 140.
Lassalle I 62, 64 bis 68, 70, 71, 73 bis 77, 82 bis 85, 89, 91, 92, 119, 126, 130 bis 132, 135, 165, 166, 216, 219. II 1, 4, 5, 7, 10 bis 14, 20, 23, 25 bis 27, 32 bis 34, 36, 40, 43, 45, 60, 62, 63, 73, 81 bis 83, 113, 133, 160, 293, 294, 312, 320, 329, 335, 336. III 3, 5, 58, 59, 234.
Lauer I 123.
Leboeuf II 172.
Leeden, van der II 242.
Lefaivre II 199.
Leichardt II 104.
Leonhardti, v. II 277.
Levy, Morten II 242.
Lewin, Dr. II 399.
Leyendecker III 148.
Lichtensteiger III 218, 220.
Liebknecht I 6, 52, 61, 64, 124 bis 131, 148, 163, 164, 167, 170, 173 bis 175, 177, 181, 189, 192 bis 194, 199, 207, 208, 210, 212, 221, 230, 233, 234. II 3, 14, 20, 23, 25, 31, 44 bis 46, 49, 50, 63, 64, 68 bis 72, 76, 89, 98, 102, 104, 105, 107, 117, 119, 121, 123 bis 125, 135, 153 bis 157, 159, 163 bis 167, 176 bis 178, 180, 181, 185, 187, 189, 194 bis 196, 199, 201, 204 bis 209, 211, 212, 215, 217, 223, 227, 230, 231, 242, 246, 247, 249, 251, 257, 260 bis 262, 266, 268, 274, 276, 289, 292 bis 295, 299, 300, 302, 305, 306, 308, 309, 312 bis 316, 318, 323 bis 326, 328, 331, 332, 334 bis 337, 340, 345, 347, 375 bis 379, 382, 386, 388 bis 390, 406, 410, 412, 415, 419. III 14, 23, 31, 36 bis 38, 45 bis 50, 52, 55, 66, 69, 73, 81 bis 83, 86, 101, 105, 110, 121, 133, 134, 147, 148, 151, 156, 157, 162, 163, 167 bis 170, 178, 179, 181, 187, 190, 195 bis 197, 204 bis 206, 209, 211, 213, 214, 230, 232 bis 234, 240 bis 242.
Liebknecht, Frau II 123, 210, 265.
Lieske III 221.
Lindau, Paul II 55.
Lindner, Dr. I 52.
Lingenau III 105.
Lingner II 130.
Lippold I 81, 116.
Longuet, Jenny, geb. Marx III 166.
Loof II 373.
Löwe, Ludwig I 70. II 156.
— Kalbe I 171. II 47, 48, 101. III 13.

Löwenſtein I 203, 207. II 296, 376. III 148.
Lübkert I 218.
Lucius II 419.
Luck III 122.
Lüdecke II 80.
Ludwig II., König von Bayern II 200. III 33.
Lutz, Brüder III 91.
Lyſer II 296.
Macher II 86.
Machiavelli II 3.
Madai III 68.
Maihoff II 382.
Mainländer (Schweſter d. Philoſophen) III 32.
Majunke II 326, 327, 414.
Mallinckrodt II 140, 218, 267, 303.
Malon III 85, 133.
Mangoldt, v. III 200 bis 203, 205.
Manning III 244.
Manteuffel, v. I 142, 153. II 140.
Manz III 94.
Marbach I 52.
Marquardſen II 154.
Marſchall v. Bieberſtein III 10, 11.
Marſching III 113, 114.
Martens I 97.
Marx I 59, 61, 111, 119, 130, 131, 166, 215 bis 217. II 4, 13, 14, 20 bis 26, 59, 68, 89, 90, 107, 160, 168, 180, 186, 190, 209, 285, 292, 294, 295, 317, 318, 320, 322, 324, 336 bis 338, 389, 390. III 4, 48, 50 bis 57, 60, 62, 64, 73, 78, 81, 89, 96, 136, 156 bis 159, 164 bis 168, 176, 208, 223, 238, 243, 244.
Marx, Frau III 166.
— Tuſſy (ſpätere Frau Aveling) III 166, 207, 208, 238.
Mayer, Dr. Guſtav II 32, 55, 130, 136.
— Stuttgart, Karl I 117, 154. II 103. III 116.
Mehring I 119. II 32, 242.
Meier-Thorn, Dr. II 142.
Meierſtein, Dr. II 242.
Meiſter II 305.
Memminger II 244, 296.
Mende I 176, 219, 222, 232. II 66, 67, 72 bis 74, 76, 77, 80, 82, 100, 109, 113, 179, 196.
Meſſerſchmied III 187, 188.
Metz-Darmſtadt I 55. II 154.
Metzner I 209. II 51, 233.
Metzſch, v. I 125.
Meyer, Dr. Rudolf II 130, 133, 393. III 80, 238, 244.
Milke I 209.
Miquel I 59, 85, 118. II 139, 145, 148, 149, 158, 198, 219, 343.
Mohl, v. II 154.
Molkenbuhr II 376.
Moltke, v. II 151, 173, 175, 181, 192, 302, 303.
Mommſen I 145.
Morgenſtern, Dr. I 154.
Moſt II 119, 122, 210, 226, 227, 231, 232, 243, 245, 268, 271, 274, 282, 296, 301, 303, 310, 315, 325, 328, 341, 347, 372, 378, 382, 387, 388, 394, 396, 398, 406, 407. III 39 bis 41, 44, 46 bis 48, 50 bis 52, 57, 58, 63, 68, 74, 77, 78, 81 bis 83, 107, 134, 136, 143, 144, 146, 150, 151, 155, 157, 171, 189, 217, 219.

Mothes I 53.
Motteler I 81, 114, 124, 173, 179, 184, 185, 199, 207, 223. II 98, 212, 228, 267, 274, 279, 288, 296, 302 bis 304, 307, 308, 315, 316, 335, 340, 348, 366, 382, 398, 401, 409. III 23, 31, 92 bis 94, 96, 97, 128, 130, 131, 148, 162, 189.
— Frau III 93, 94.
Mücke, v. II 248, 252.
Mühler, v. II 226.
Mülberger, Dr. II 117.
Müller, Gerichtsrat II 249.
— Moritz I 115, 196.
— Frankfurt, Siegm. I 141, 157.
— Dr. Otto III 37.
— Passavant I 151.
— Wolfenbüttel, C. II 80.
Münche III 187.
Muth II 296.
Napoleon III. II 34, 121, 124, 125, 167 bis 173, 176 bis 178, 181, 183 bis 185, 191, 193, 213, 220.
Napoleon, Prinz Pierre II 170.
Naters II 188.
Neergardt I 154.
Neff II 112.
Niethammer I 203, 205, 206.
Nobiling, Dr. II 406, 408, 412 bis 414. III 5, 219.
Noir II 170, 171.
Nordeck zur Rabenau, Freiherr v. II 345, 346.
Nostitz-Wallwitz, v. I 125. II 108. III 180, 188, 209, 211.
Notz I 207.
Oberwinder I 151, 202, 207. II 86, 91, 92, 119, 122, 210, 282, 288.
Ockelmann II 81.
Oldenburg III 148.
Olivier II 170, 172.
Oelkers I 55.
Offowsky, v. II 308.
Oesterlen II 154 bis 157.
Otto-Peters, Luise I 101.
Papst II 122.
Paschky II 414.
Paul, Polizeikommissar III 191, 200, 201, 213, 214.
Penzig III 133.
Perl II 41, 52, 70.
Peschmann III 220.
Petermann, Dr. II 396.
Peters, Dr. I 51, 55.
Petzold-Leipzig II 124.
Petzoldt, Bezirksgerichtsdirektor II 267.
Peucker II 348, 349.
Pfannkuch I 235. II 111, 212.
Pfeiffer, Dr. I 114, 177.
Pfister, v. I 40.
Pfordten II 15.
Philipps III 197.
Pils I 81.
Planck, Dr. I 232. II 139.
Praast II 81. III 161.
Preuß II 31.
Puttkamer, v. III 98, 108, 136, 155, 172, 173, 192.
Puttrich III 36, 169.
Quick I 202. II 92.
Rackow III 24, 26, 39, 40.
Rakowicza, v. (Dönniges, v.) II 4.
Ramm II 315, 324, 379.
Rasch II 276.
Raspe II 70.
Real II 57.
Rechberg, Graf I 142.

Reich II 394.
Reichensperger II 193. III 2.
Reimann II 51.
Reimer II 274, 303, 312, 313. III 189.
Reincke, Dr. I 175. II 156, 159.
Reinders II 315, 419. III 14, 34, 189.
Reinhard I 97.
Reusche II 14, 20, 22.
Rex II 26.
Reyher, Dr. I 52, 80.
Richter, Eugen I 84. II 139, 234, 254, 273, 370, 419. III 7, 11, 172.
— Hamburg I 116.
— Wandsbek II 109, 120, 297, 338, 339, 379.
Rickert III 172.
Rittinghausen II 382, 404, 405.
Röckel I 57, 58, 84, 154, 155, 157. II 278, 329, 364. III 21.
Rodbertus III 238, 244.
Roggenbach, v. II 154.
Rögner I 194, 195, 203.
Röhrich I 85.
Roller II 82.
Roon, v. II 139, 175, 181.
Roscher, Dr. C. II 160.
— W. II 160.
Roßmäßler I 52, 53, 55, 74, 76, 84, 85, 169 bis 171, 179. II 44, 138.
Röthing I 169.
Rothschild, v. II 140, 154, 201.
Rottmanner II 373.
Rübner II 500.
Rüder, Dr. I 133. II 244, 296.
Rudolph-Hannover II 70.
Rüdt II 105, 106, 296.
Rüegg I 99. III 31.
Rumpf III 218 bis 221.
Russell II 29.
Rüstow II 14, 22, 36.
Sabor III 12.
Saeweke II 373.
Samter II 396.
Sauerteig I 116.
Schabelitz III 98, 99.
Schäffle II 154 bis 157, 210, 281 bis 284, 396. III 21, 235.
Schaffrath II 108, 138.
Schallmeyer I 218. II 36.
Scheel, v. II 396.
Scherr II 355, 361.
Scheu, Andreas II 91, 119, 122, 210, 282, 288.
— Heinrich II 233.
Schilling I 51.
Schlör, v. I 200.
Schlüter II 383, 403, 414. III 94, 148, 149, 240.
Schmidt, Auguste I 101.
— Spitzel III 96.
Schob I 217. II 82.
Schöpf, Dr. I 38 bis 40.
Schorlemer-Alst, v. III 14.
Schrader II 70, 80.
Schramm III 47, 48, 53, 55, 58, 67.
Schraps I 137, 174, 175. II 138, 139, 149, 196, 212, 215, 221, 267.
Schröder, Wilhelm III 91.
Schulze-Delitzsch I 55, 69, 83, 86, 91, 119, 120, 136, 152, 178, 193. II 140, 158, 211, 212, 219, 347, 402.
Schumann, Louis I 217. II 70, 82.
Schwarze, Dr. v. II 240, 245, 246, 253, 326. III 25.

Schweichel, Robert I 53, 61, 126, 127, 175, 194, 199, 207. II 224, 242, 300.
Schweitzer, v. I 82, 105, 120, 122, 127, 170, 174, 175, 203, 208, 209, 211, 213 bis 215, 217, 219, 221, 223, 225, 230, 233 bis 235. II 1 bis 137, 140, 159, 161, 179, 195, 196, 244, 292, 294, 297, 312, 335. III 4.
Schwerin-Putzar II 139.
Segitz III 114.
Seifert III 31.
Sepp II 154.
Seyferth I 221.
Sievers II 187.
Simson, Dr. II 139, 179, 236, 238, 240, 241, 300, 346.
Singer I 209. II 156, 242. III 55, 118, 124, 166, 167.
Smith, Prince I 229.
Snell II 75.
Sonnemann I 83, 89, 93, 94, 97, 102, 104, 105, 107, 109 bis 112, 114, 116, 121, 123, 173, 177, 194, 206, 207. II 20, 91, 281, 337, 338, 346, 376, 377, 379. III 11, 12, 116.
Sorge II 204. III 105.
Sparig II 226, 348 bis 369, 405, 406.
Spier II 70, 76, 80, 98, 102, 187, 212, 216, 248, 251.
Spindler, William II 242. III 21.
Stahl II 6.
Staudinger I 97, 114, 116, 171, 172, 178.
Stauffenberg, Freiherr v. II 154, 326, 398. III 217.
Steinert I 147.
Steinfatt III 91.
Steinmetz, v. II 140.
Stephan, Dr. III 110.
Stephani, Fr. II 156.
— Dr. II 212, 215, 242, 339.
Sterzing II 9.
Stettenheim II 223, 224.
Stillfried III 219.
Stöcker II 396, 406. III 5, 59, 193.
Stoffel II 171.
Stolberg-Wernigerode, Graf, II 408. III 1, 4.
Stolle I 81, 124. II 267. III 190, 196.
Strachwitz II 14.
Straßer II 86.
Streit, Dr. I 93, 99, 114, 117, 157, 158.
Strousberg II 151, 152.
Struve I 148, 154, 155.
Stübel, Bürgermeister III 216.
Stumm, Freiherr v. II 158.
Stuttmann I 97, 207.
Sy, Dr. II 75.
Sybel, v. II 16, 48, 142.
Tafel, Dr. II 154 bis 157.
Tauscher II 112. III 94, 148, 189.
Taute I 221.
Temme II 252.
Tessendorf I 227. II 307 bis 310, 370 bis 372, 380, 383, 385, 386, 390 bis 392. III 18, 30, 104.
Thiers II 171, 270, 354, 360 bis 363, 365, 368.
Thomas II 373.
Tiedt III 148.
Tobias II 154.
Todt (Mitglied d. provisorischen Regierung Sachsens 1849) II 108, 278.

Todt (Pastor, christlich-sozial) II 396. III 5, 59.
Tölcke I 218. II 28, 29, 32, 35, 52, 53, 74, 85, 86, 92, 93, 97, 98, 101, 120, 123, 129 bis 131, 287, 297, 312 bis 314, 318, 323, 386.
Tölde II 156.
Trabert I 154.
Träger I 186, 187. III 192, 195, 196.
Treitschke, v. I 162. II 16, 218, 411.
Twesten I 145. II 140.
Tzschirner II 108.
Ufert II 296. III 29.
Uhle III 67, 92, 131.
Uhlig I 179.
Ulrich, P. I 183.
— Karl III 118, 119, 148.
Unruh, v. I 63. II 140.
Usedom, v. I 160.
Vahlteich I 51 bis 55, 64, 69 bis 72, 74 bis 76, 135, 178, 179, 183, 184, 194, 206, 207, 222, 223, 232. II 230, 245, 261, 267, 269, 271, 274, 288, 301 bis 303, 305, 315, 331, 337, 338, 373, 389, 419. III 3, 31, 36, 45, 46, 49, 64, 66, 101, 129, 135, 148, 176, 177, 189, 206, 207.
Vaillant II 117.
Valentin II 301, 302, 346.
Varnbüler, v. II 154.
Vater I 218. III 148.
Venedey I 203, 204.
Viereck III 55, 176, 236.
Viewieg II 80.
Vincke, v. II 140.
Virchow II 101, 218, 408.
Vogel, Heinrich I 209. II 54, 70. III 46, 47.
Vogel v. Falckenstein II 140, 187, 188, 196 bis 198, 374.
Vogt II 7.
Völck, Dr. I 149, 151. II 154.
Vollmar, v. II 116, 373, 388, 389, 413. III 28 bis 30, 49, 50, 52, 54 bis 57, 61, 62, 67, 69, 75, 86, 88, 89, 92, 94, 96, 107, 129, 132, 133, 135, 148, 154, 162, 168, 196, 210, 214, 230 bis 233, 235, 236.
Wächter, Dr. v., I 102, 103, 105, 106, 108. II 138, 142, 149.
Wagener, Hermann I 61, 63, 64, 120. II 31, 32, 40, 47, 50, 140, 158, 199, 205. III 59.
Wagner, Ad. II 396. III 193, 229.
Waldeck II 140, 156.
Wallau II 149.
Walster II 189, 267.
Walther (Lassalleaner) II 315.
— (Fortschrittler) II 419.
Wartenburg I 179.
Watzdorf, v. II 154.
Weber-Stade II 145.
Weidemann III 218.
Weiß, Dr. Guido I 85. II 84, 184, 241, 242, 275.
Weißheimer II 12.
Weithmann I 90, 97.
Welcker I 123, 148.
Wenck I 52.
Wenzel I 209.
Werner I 81.
Werth II 118.
Werthern, Freiherr v. II 172.
Wickede, v. II 192.
Wiemer, Ph. II 419. III 31, 50, 66.
Wiener, Amtmann III 118

Wigard II 138.
Wiggers, Gebrüder II 140.
Wiggers II 237.
Wilhelm I. II 167, 173, 174. III 32, 33.
Wilhelm II. II 202. III 32, 33, 91.
Wilke II 70.
Windischgrätz, Fürst II 364, 368.
Windthorst II 140, 149, 198, 201, 218, 241, 301, 325, 326, 346. III 25, 103.
Wintermann I 4.
Wirth I 69, 89, 97.
Wode II 312, 313, 315.
Wolf-Hamburg II 123.
Wolff, Medizinalrat II 400.
Wolff (Spitzel) III 149.
Wölffel III 179.
Wundt I 114, 115.
Würkert, Pfarrer I 54.
Wuttke I 52, 76, 77, 124, 147, 148, 170, 175. II 14, 23, 44.
York I 217, 223, 226, 232. II 70, 76, 80, 82, 104, 105, 188, 231, 267, 279, 280, 287, 292 bis 295, 308, 315.
Zeidler II 205.
Zetkin III 152.
Ziegler I 145. II 151, 226, 241, 381.
Zielowsky I 218. II 244.
Zumbusch III 189.

Wir empfehlen:

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844–1883

Herausgegeben von A. Bebel und Ed. Bernstein

Vier Bände Großoktav

❖

Inhalts-Verzeichnis

1. **Band.** Erster Abschnitt (1844 bis 1849): Die ersten Jahre des Bundes. — Zweiter Abschnitt (1850 bis 1853): Das Londoner Exil bis zur Auflösung des Kommunistenbundes.

2. **Band.** Dritter Abschnitt (1854 bis 1860): Krimkrieg. — Geschäftskrise von 1857. — New York Tribune. — Italienischer Krieg.

3. **Band.** Vierter Abschnitt (1861 bis 1867): Der amerikanische Bürgerkrieg. — Die liberale Ära. — Schleswig-Holstein. — Preußisch-Österreichischer Krieg. — Lassalleanische Bewegung. — Norddeutscher Reichstag. — Das Kapital.

4. **Band.** Fünfter Abschnitt (1868 bis 1883): Die Parteientwicklung in Deutschland. — Dühring. — Der Deutsch-Französische Krieg. — Engels Übersiedelung nach London 1870. — Marx' Krankheit und Tod. — Register.

❖

Der Gesamtpreis für die **vier Bände beträgt 40 Mark broschiert.** Es gelangen auch **gebundene** Exemplare (mit Fadenheftung) zur Ausgabe, für die **4 Mark extra** berechnet werden.

Princeton University Library
32101 057679985